

MONATSBERICHT

**OKTOBER
2011**

NOVEMBER

DEZEMBER

JANUAR

FEBRUAR

63. Jahrgang
Nr. 10

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
14. Oktober 2011, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



Inhalt

Kurzberichte	5
---------------------	----------

Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	8
Wertpapiermärkte	10
Zahlungsbilanz	11

Die Schuldenbremse in Deutschland – Wesentliche Inhalte und deren Um- setzung	15
--	-----------

<i>Zur Rolle des Stabilitätsrates</i>	20
<i>Umsetzung der Schuldenregeln in den deutschen Ländern</i>	34

Die außenwirtschaftliche Position Deutschlands vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftspolitischer Überwachung	41
--	-----------

<i>Empirische Panel-Untersuchung zu fundamentalen Einflussfaktoren von Leistungsbilanzsalden</i>	52
<i>NiGEM-Simulationen zum Einfluss wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf die Leistungsbilanz</i>	56

Statistischer Teil	1*
---------------------------	-----------

Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*

Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Finanzierungsrechnung	52*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	54*
Konjunkturlage in Deutschland	61*
Außenwirtschaft	68*

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*
---	-----

Abkürzungen und Zeichen

- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl
- ts teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten
oder nicht sinnvoll
- 0 weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

Der wirtschaftliche Aufschwung hat sich in Deutschland im dritten Vierteljahr 2011 fortgesetzt. Die bis zum Berichtsmonat August vorliegenden „harten“ Konjunkturindikatoren zeigen eine kräftige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Leistung an. So hat die industrielle Produktion in den ersten beiden Monaten des Quartals gegenüber dem Vorzeitraum saisonbereinigt beträchtlich zugelegt. Wenngleich dabei Sondereffekte wie eine außergewöhnliche Konstellation von Brücken- und Ferientagen sowie der Verzicht auf Werksferien vor allem in der Automobilindustrie eine Rolle gespielt haben, wird selbst bei der für September erwarteten Normalisierung im Quartalsergebnis ein deutliches Plus verbleiben. Die Bauwirtschaft hat im Sommer das hohe Produktionsvolumen der Frühjahrsmonate vermutlich zumindest gehalten. Die Niveaueinstellung der Energieerzeugung im Zusammenhang mit dem Atomausstieg scheint weitgehend abgeschlossen zu sein. Der private Verbrauch dürfte nach dem Rückgang im zweiten Vierteljahr etwas zugelegt haben. Die Einzelhandelsumsätze werden den Vorquartalswert wohl übertreffen. Zudem nahm die Zahl der privaten Kfz-Zulassungen erheblich zu, und auch der Heizölabsatz hat sich nach der schwachen Nachfrage im Frühjahr wieder erhöht.

Kräftiges BIP-Wachstum im dritten Quartal

Die Konjunkturaussichten für das Winterhalbjahr 2011/2012 haben sich weiter eingetrübt. Die gewerbliche Wirtschaft hat ihre Erwartun-

Eingetrübte Konjunkturperspektiven

Zur Wirtschaftslage in Deutschland*)

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2005 = 100			
	Industrie			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2010 4. Vj.	110,9	105,6	115,5	94,2
2011 1. Vj.	113,6	109,2	117,4	102,1
2. Vj.	117,2	114,1	119,9	101,2
Juni	119,2	109,8	127,3	97,2
Juli	116,1	113,9	118,1	106,3
Aug.	114,5	110,3	118,2	...
Produktion; 2005 = 100				
Industrie				
	insgesamt	darunter:		Bauhauptgewerbe
		Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	
2010 4. Vj.	109,3	110,5	111,2	107,1
2011 1. Vj.	111,5	113,9	113,0	122,1
2. Vj.	114,0	116,8	115,6	121,0
Juni	113,7	117,6	114,5	117,9
Juli	118,5	120,3	122,3	122,6
Aug.	117,3	119,5	122,6	121,1
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leistungsbilanzsaldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2010 4. Vj.	248,94	208,39	40,55	38,23
2011 1. Vj.	258,21	220,13	38,08	33,25
2. Vj.	263,35	226,99	36,36	31,09
Juni	88,48	76,40	12,08	10,18
Juli	87,44	76,75	10,69	9,78
Aug.	90,51	76,73	13,78	11,60
Arbeitsmarkt				
	Erwerbstätige	Offene Stellen 1)	Arbeitslose	Arbeitslosenquote in %
Anzahl in 1 000				
2011 1. Vj.	40 910	436	3 066	7,3
2. Vj.	41 055	460	2 976	7,1
3. Vj.	...	471	2 942	7,0
Juli	41 122	465	2 957	7,0
Aug.	41 151	471	2 948	7,0
Sept.	...	478	2 922	6,9
	Einfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Baupreise 2)	Verbraucherpreise
2005 = 100				
2011 1. Vj.	117,0	114,4	117,4	109,8
2. Vj.	116,6	115,8	118,5	110,5
3. Vj.	119,3	110,9
Juli	116,5	116,4	.	110,8
Aug.	115,3	116,3	.	110,7
Sept.	111,1

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, X, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. — 1 Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. — 2 Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

gen nochmals zurückgenommen, und der Zufluss neuer Aufträge, vor allem aus Drittländern, hat spürbar nachgelassen. Insbesondere der Industrie dürfte es bei deutlich abgeschwächter Nachfragedynamik schwerfallen, das auch durch Sondermaßnahmen im Sommer erhöhte Fertigungsvolumen in den kommenden Monaten saisonbereinigt zu halten.

Industrie

Die industrielle Erzeugung hat sich im August gegenüber Juli saisonbereinigt um 1,0% verringert. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, dass im Juli vergleichsweise wenige, im August dafür viele Schulfertigungstage anfielen. Im Durchschnitt der beiden Monate nahm sie im Vergleich zum Mittel des Vorquartals um 3 ½% zu. Der Ausstoß der Investitionsgüterproduzenten stieg saisonbereinigt mit 6% ausgesprochen kräftig. Dazu trug der Verzicht auf Werksferien in Teilen der Automobilindustrie wesentlich bei. Ohne die Kfz-Produktion, die in den ersten beiden Sommermonaten um ein Zehntel über dem Vorquartalsstand lag, betrug das Plus in diesem Industriebereich aber immerhin noch 3 ½%. Die Fertigung von Vorleistungsgütern hat sich im Juli und August zusammen genommen um 2 ½% erhöht. Dazu steuerte eine kräftige Steigerung der Produktion von Halbleitern und Bauelementen rund die Hälfte bei. Zurückgefahren wurden hingegen die Chemieproduktion und die Metallerzeugung. Die Herstellung von Konsumgütern wurde um 1% zurückgenommen.

Kräftiger Anstieg der Produktion, vor allem bei Automobilen

Der Auftragseingang der Industrie verringerte sich im August saisonbereinigt mit einem

*Auftrags-
eingang nach
umfangreichen
Großaufträgen
im Vorquartal
rückläufig*

Minus von 1½% gegenüber dem Vormonat nochmals deutlich. Die Ferienkonstellation dürfte auch nachfrageseitig einen spürbaren Effekt gehabt haben. Dafür spricht insbesondere, dass sich die inländischen Bestellungen in der Automobilindustrie von Juli auf August um 7% verringerten, während sie im Zwei-monatsdurchschnitt saisonbereinigt um 1½% gegenüber dem Vorquartal anstiegen. Das Auftragsvolumen insgesamt fiel im Mittel der Monate Juli und August saisonbereinigt um 1½% geringer aus als im Frühjahr, in dem allerdings besonders umfangreiche Großaufträge vor allem für Investitionsgüter eingegangen waren. Gleichwohl zeichnet sich eine deutliche Beruhigung des Zustroms an neuen Bestellungen ab, insbesondere aus Drittländern.

*Absatz im
Ausland stärker
gestiegen als
im Inland.*

Die Umsätze der Industrie erhöhten sich im Juli und August zusammen genommen um 3¼% gegenüber dem Vorquartal, wobei der Zuwachs im Auslandsgeschäft mit 4% deutlich stärker ausfiel als die Steigerung der Umsätze mit inländischen Kunden (+2½%). Nach dem kräftigen Plus im Berichtsmonat übertraf der Wert der Warenexporte im Zwei-monatsdurchschnitt den Stand des Vorquartals um knapp 1½%. Ein Zuwachs in gleicher Höhe steht bei den nominalen Wareneinfuhren zu Buche, nachdem das hohe Ergebnis vom Juli im August saisonbereinigt erneut erreicht wurde.

Bauhauptgewerbe

Das Bauhauptgewerbe konnte im August – abgesehen von Ferieneffekten – das hohe Produktionsniveau des Vormonats halten. Im

Mittel der Monate Juli und August stiegen die Bauleistungen um ¾%, wobei im Hochbau ein Zuwachs von 1% und im Tiefbau von ½% verbucht wurde. Die recht volatilen Bestellungen für das Bauhauptgewerbe haben im Juli gegenüber dem Vorquartal – neuere Angaben liegen nicht vor – kräftig zugenommen. Der Anstieg im Tiefbau fiel aufgrund eines Großauftrags besonders hoch aus.

Arbeitsmarkt

Der Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt hält weiterhin an. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland nahm gemäß vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im August gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt mit 29 000 sogar etwas stärker zu als im Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein Plus von 515 000 Beschäftigten oder 1,3%. Der Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse dürfte sich weiter erhöht haben. Der Stellenzuwachs belief sich im Juli binnen Jahresfrist auf 672 000 oder 2,4%. Laut ifo Beschäftigungsbarometer ist die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen im September weiterhin auf sehr hohem Niveau. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit blieb stabil auf einem Rekordhoch.

Die Zahl der als arbeitslos registrierten Personen ist im September saisonbereinigt um 26 000 Personen auf 2,92 Millionen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote (BA-Konzept) reduzierte sich auf 6,9%. Da wegen der verbesserten Beschäftigungssituation die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zurückgefahren werden, verringerte sich die von der

*Produktion
und Auftrags-
eingang weiter
auf hohem
Niveau*

*Anhaltendes
Beschäftigungs-
wachstum*

*Arbeitslosigkeit
leicht gesunken*

Bundesagentur für Arbeit ausgewiesene gesamte Unterbeschäftigung gegenüber dem Vorjahr mit einem Minus von 509 000 Personen deutlich stärker als die registrierte Arbeitslosigkeit mit 231 000 Personen.

Preise

*Internationale
Rohölpreise
rückläufig*

Der Preis für ein Fass der Rohölsorte Brent verblieb im September mit einem Monatsdurchschnitt von 110 US-\$ auf Augustniveau. Im Verlauf des Septembers war nach einem zwischenzeitlichen Anstieg ein kräftiger Rückgang der Notierungen zu beobachten. Anfang Oktober kehrte sich die Tendenz erneut um, und der Rohölpreis näherte sich wieder 110 US-\$ an. Zukünftige Rohöllieferungen notierten bei Bezug in sechs Monaten mit einem Abschlag von 6 ¼ US-\$ sowie in 12 Monaten von 8 ½ US-\$.

*Einfuhr- und
Erzeugerpreise
gesunken*

Der Rückgang der Ölpreise von Juli auf August machte sich auf den vorgelagerten Absatzstufen bemerkbar. Die Einfuhrpreise von Energie reduzierten sich im August gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 4,4%. Vor allem deshalb gingen die Importpreise deutlich um saisonbereinigt 1% zurück. Bei den inländischen Produzentenpreisen machte sich dieser Effekt nicht bemerkbar. Sie gaben im Vormonatsvergleich nur geringfügig nach. Ohne Energie gerechnet verbilligten sich sowohl die Importe als auch die inländischen Erzeugnisse um jeweils 0,2%. Der Vorjahrsabstand verringerte sich bei den Einfuhrpreisen spürbar auf 6,6% und bei den inländischen Erzeugerpreisen leicht auf 5,5%.

Auf der Verbraucherstufe sind die Preise im September gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 0,4% gestiegen, nach einem leichten Rückgang im August. Vor allem gewerbliche Waren verteuerten sich deutlich, und auch für Energie musste infolge von Preisanhebungen bei Mineralölprodukten spürbar mehr gezahlt werden. Die Preise von Dienstleistungen stiegen leicht an. Die Preise von Nahrungsmitteln blieben im Durchschnitt unverändert. Die Jahresteuersatzrate erhöhte sich im September nach dem nationalen Verbraucherpreisindex auf + 2,6%, nach + 2,4% im Monat zuvor. In der harmonisierten Abgrenzung waren es + 2,9%, nach + 2,5%.

*Verbraucher-
preise spürbar
gestiegen*

Öffentliche Finanzen¹⁾

Kommunal финанzen

Die günstige Entwicklung der Gemeindehaushalte setzte sich im zweiten Quartal 2011 fort. Aus den jüngsten Angaben des Statistischen Bundesamtes zur Kassenstatistik errechnet sich hierfür ein Überschuss der Kernhaushalte von 1 Mrd €, nach einem Defizit von 1 ½ Mrd € vor Jahresfrist.²⁾ Die Einnahmen stiegen weiter kräftig um 7 ½%

*Überschuss im
zweiten
Quartal 2011
bei starkem
Einnahmen-
zuwachs*

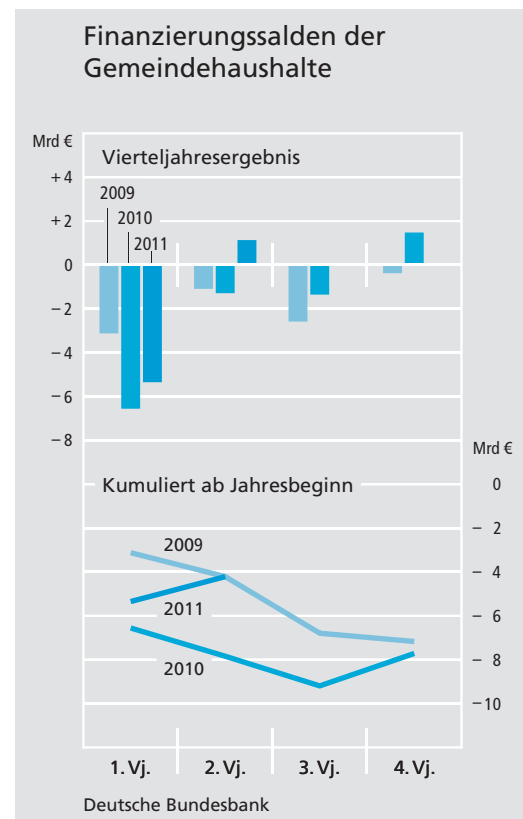
¹ In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) wird die Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal umfassend dargestellt. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

² Infolge von unterjährigen Revisionsbedarfen im Zusammenhang mit der Einführung kaufmännischer Buchführung in zahlreichen Gemeinden verzichtet das Statistische Bundesamt seit dem Frühjahr 2009 auf den Ausweis von Einzelquartalen und veröffentlicht nur noch kumulierte Kassenergebnisse.

(3 Mrd €). Einen erneut wichtigen Beitrag leistete die Zunahme des Steueraufkommens (+ 6 ½% bzw. 1 Mrd €), insbesondere bei der Gewerbesteuer (+ 9% nach Abzug der Umlage). Darüber hinaus wuchsen die zumeist verzögert an die Steueraufkommensentwicklung gekoppelten Schlüsselzuweisungen der Länder kräftig (+ 13% bzw. 1 Mrd €), und auch die Einnahmen aus Gebühren und wirtschaftlicher Tätigkeit legten stark zu. Die Ausgaben nahmen deutlich moderater um 2% (1 Mrd €) zu. Dabei entwickelten sich insbesondere die Personalausgaben (+ ½%), aber auch der laufende Sachaufwand (+ 2%) und die Ausgaben für Sozialleistungen (+ 1 ½%) relativ verhalten. Bei Letzteren stand einem deutlichen Rückgang der Unterkunftskosten für Bezieher von Arbeitslosengeld II ein Anstieg der Aufwendungen für Sozial- und Jugendhilfe gegenüber. Die Ausgaben für Sachinvestitionen sanken (- 2%).

Deutlich verringertes Defizit im Gesamtjahr bei weiter wachsendem Schuldenstand

Die positive Haushaltsentwicklung dürfte sich – wenngleich voraussichtlich abgeschwächt – auch im zweiten Halbjahr fortsetzen, sodass im Gesamtjahr mit einem deutlich verringerten Defizit (2010: 7 ½ Mrd €) zu rechnen ist. Die Verschuldung der kommunalen Haushalte erreichte dabei inzwischen neue Höchststände. Trotz des rechnerischen Überschusses im zweiten Vierteljahr stiegen die Kreditmarktschulden der Kernhaushalte in der Summe seit Ende März um ½ Mrd € auf 78 Mrd €. Auch das Volumen der eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe vorgesehenen Kassenkredite stieg in diesem Zeitraum weiter an. Einschließlich der Extrahaushalte wurde ein Zuwachs um 1 Mrd € auf ein Niveau von knapp



44 Mrd € verzeichnet. Dies belegt die weiterhin äußerst angespannte Haushaltslage zahlreicher Gemeinden.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seit diesem Quartal auch erweiterte kumulierte Kassenergebnisse, die neben den Kernhaushalten ebenfalls dem Staatssektor zuzurechnende kommunale Extrahaushalte umfassen.³⁾ Auf diese Weise wird die im Sommer 2011 in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgenommene Erweiterung des Konsolidierungskreises auch in der Kassenstatistik vollzogen und insoweit ein umfas-

Erstmaliger Ausweis von Extrahaushalten noch mit Problemen

³ Vgl. dazu auch: Pressemitteilung Nr. 359 vom 28. September 2011. Das Defizit der Kern- und Extrahaushalte wird für das erste Halbjahr 2011 auf knapp 5 Mrd € (nach 8 ½ Mrd € vor Jahresfrist) beziffert. Davon entfällt ½ Mrd € auf die Extrahaushalte. Die Kreditmarktschulden der Kern- und Extrahaushalte beliefen sich auf 84 ½ Mrd € (nach 83 ½ Mrd € Ende März).

senderer Einblick in die aktuelle Entwicklung der staatlichen Haushalte auf der Gemeindeebene ermöglicht. Dies ist umso mehr von Bedeutung, weil in der Vergangenheit in merklichem Umfang Einheiten aus den Kernhaushalten ausgegliedert und damit die bisher in der Kassenstatistik ausgewiesenen Entwicklungen entsprechend verzerrt worden sind.⁴⁾ Die Anpassung des Berichtskreises übte allerdings nur wenig Einfluss auf die Höhe des Defizits für das nun vorliegende erste Halbjahr aus. Insgesamt beeinträchtigen fehlende Informationen zum Kreis der über die Kernhaushalte hinaus erfassten staatlichen Einheiten und zum von diesen gemeldeten Datenstand die Analyse der Entwicklung aber gleichwohl noch spürbar.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Hoher Nettoabsatz am deutschen Rentenmarkt

Das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt belief sich im August 2011 auf brutto 132,6 Mrd € (Vormonat: 106,5 Mrd €). Nach Abzug der deutlich gesunkenen Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten erhöhte sich der Umlauf heimischer Rentenwerte um 38,4 Mrd €, verglichen mit einer Verringerung in Höhe von 13,9 Mrd € im Juli. Der Absatz ausländischer Schuldverschreibungen am deutschen Rentenmarkt betrug 2,3 Mrd €; dabei handelte es sich ausschließlich um in Euro denominierte Schuldverschreibungen. Im Ergebnis stieg der Umlauf an Rentenpapieren in Deutschland damit um 40,7 Mrd €.

Die öffentliche Hand nahm den Kapitalmarkt im Berichtsmonat mit 20,8 Mrd € in Anspruch, was zum größten Teil auf den Bund zurückzuführen war (16,1 Mrd €). Er hat im Ergebnis vorwiegend zweijährige Schatzanweisungen (7,0 Mrd €) und zehnjährige Anleihen (4,7 Mrd €) abgesetzt. Hingegen wurden Unverzinsliche Schatzanweisungen für per saldo 2,2 Mrd € getilgt. Die Länder nahmen den Kapitalmarkt im Berichtsmonat für netto 4,7 Mrd € in Anspruch.

Gestiegene Mittelaufnahme der öffentlichen Hand

Die heimischen Kreditinstitute erhöhten im August ihre Kapitalmarktverschuldung um 16,7 Mrd €. Dabei wurden vor allem Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute für per saldo 15,3 Mrd € abgesetzt, aber auch flexibel gestaltbare Sonstige Bankschuldverschreibungen wurden in Höhe von 5,1 Mrd € am Markt platziert. Dem standen Tilgungen von Öffentlichen Pfandbriefen sowie Hypothekendarlehen gegenüber (3,1 Mrd € bzw. 0,6 Mrd €).

Kreditinstitute erhöhten Kapitalmarktverschuldung

Inländische Unternehmen begaben im Berichtsmonat Anleihen in Höhe von 0,9 Mrd €, im Vergleich zu 2,5 Mrd € im Juli. Dabei handelte es sich im Ergebnis ausschließlich um Papiere mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr

Kaum Emissionen von Unternehmensanleihen

Als Erwerbergruppe traten im August im Ergebnis vor allem ausländische Investoren am deutschen Rentenmarkt in Erscheinung; sie nahmen für 34,9 Mrd € Schuldverschreibungen in ihre Portfolios auf. Heimische Nicht-

Ausländische Investoren stärkste Erwerbergruppe

⁴ Vgl. hierzu ausführlicher auch: Deutsche Bundesbank, Die Entwicklung der Kommunalfinanzen seit Mitte der neunziger Jahre, Monatsbericht, Juni 2000, S. 52–55.

banken erwarben ebenfalls Rentenwerte, und zwar für netto 15,2 Mrd €, während die hiesigen Kreditinstitute Schuldverschreibungen für per saldo 9,4 Mrd € veräußerten.

Aktienmarkt

*Geringe
Aktien-
emissionen
deutscher
Unternehmen*

Am deutschen Aktienmarkt haben inländische Gesellschaften im Berichtsmonat junge Aktien für 0,2 Mrd € begeben; dabei handelte es sich vor allem um nicht börsennotierte Unternehmen. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt sank gleichzeitig um 3,4 Mrd €. Erworben wurden Dividentitel netto ausschließlich von heimischen Nichtbanken (4,6 Mrd €). Inländische Kreditinstitute sowie ausländische Anleger trennten sich dagegen im Ergebnis von Aktien (5,2 Mrd € bzw. 2,5 Mrd €).

Investmentfonds

*Mittelabflüsse
bei Investment-
fonds*

Inländische Investmentfonds verzeichneten im August Mittelabflüsse in Höhe von netto 1,3 Mrd € (Juli: Mittelzuflüsse von 6,4 Mrd €). Hiervon waren ausschließlich die Publikumsfonds betroffen (2,5 Mrd €), während die den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds Mittelzuflüsse in Höhe von 1,2 Mrd € verzeichneten. Unter den Publikumsfonds nahmen vor allem Aktienfonds (1,2 Mrd €) und Gemischte Wertpapierfonds (1,0 Mrd €) Anteile zurück, in geringerem Umfang aber auch Gemischte Fonds (0,4 Mrd €). Einzig Geldmarktfonds setzten Anteile am Markt ab (0,4 Mrd €). Am deutschen Markt vertriebene ausländische Fonds nahmen im Berichtsmonat Anteilscheine für 2,2 Mrd € zurück. Erworben wurden Invest-

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Position	Mrd €		
	2010 August	2011 Juli	2011 August
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	14,3	- 13,9	38,4
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	2,6	- 8,6	16,7
Anleihen der öffentlichen Hand	12,4	- 7,9	20,8
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	2,6	- 1,9	2,3
Erwerb			
Inländer	- 0,9	- 8,2	5,8
Kreditinstitute ³⁾	- 1,9	- 12,5	- 9,4
Nichtbanken ⁴⁾	1,0	4,3	15,2
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 3,3	0,1	8,4
Ausländer ²⁾	17,8	- 7,6	34,9
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	16,9	- 15,8	40,7

1 Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Transaktionswerte. — 3 Buchwerte, statistisch bereinigt. — 4 Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

mentzertifikate im Ergebnis ausschließlich von inländischen Kreditinstituten (0,4 Mrd €). Hingegen veräußerten heimische Nichtbanken Fondsanteile für 3,9 Mrd €.

Zahlungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im August 2011 – gemessen an den Ursprungsdaten – einen Überschuss von 7,0 Mrd € auf. Das Ergebnis lag um 0,8 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Ausschlaggebend war das höhere Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, welcher Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfasst. Dagegen stieg der Überschuss in der Handelsbilanz.

*Leistungs-
bilanz-
überschuss
gesunken*

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2010	2011	
	August	Juli ¹⁾	August
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel ¹⁾			
Ausfuhr (fob)	74,5	85,8	85,3
Einfuhr (cif)	65,3	75,2	73,5
Saldo	+ 9,2	+ 10,6	+ 11,8
nachrichtlich:			
Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	80,6	87,4	90,5
Einfuhr (cif)	69,1	76,8	76,7
2. Ergänzungen zum Außenhandel ²⁾	- 1,0	- 1,4	- 1,8
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	15,0	15,7	14,9
Ausgaben	18,2	17,9	19,2
Saldo	- 3,2	- 2,1	- 4,3
4. Erwerbs- und Vermögens-einkommen (Saldo)	+ 4,2	+ 4,5	+ 4,5
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	0,7	0,8	0,8
Eigene Leistungen	4,3	4,5	4,0
Saldo	- 3,6	- 3,7	- 3,2
Saldo der Leistungsbilanz	+ 5,7	+ 7,8	+ 7,0
II. Vermögensübertragungen (Saldo) ³⁾	- 0,1	- 0,1	+ 0,3
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)			
1. Direktinvestitionen	+ 3,1	+ 0,7	- 1,4
Deutsche Anlagen im Ausland	+ 2,7	+ 0,4	- 1,6
Ausländische Anlagen im Inland	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2
2. Wertpapiere	+ 8,8	+ 2,4	+ 35,9
Deutsche Anlagen im Ausland	- 7,7	+ 7,1	+ 3,4
darunter: Aktien	- 0,1	+ 3,4	+ 3,5
Anleihen ⁴⁾	- 3,4	+ 4,1	+ 1,0
Ausländische Anlagen im Inland	+ 16,5	- 4,8	+ 32,5
darunter: Aktien	- 0,6	+ 0,2	- 2,4
Anleihen ⁴⁾	+ 13,1	- 17,3	+ 24,3
3. Finanzderivate	- 2,3	- 0,4	- 3,2
4. Übriger Kapitalverkehr ⁵⁾	- 28,3	+ 2,9	- 46,6
Monetäre Finanzinstitute ⁶⁾	- 1,4	- 2,6	+ 8,6
darunter: kurzfristig	- 2,5	+ 3,9	+ 10,2
Unternehmen und Privatpersonen	- 13,3	- 2,0	- 12,6
Staat	- 1,6	+ 13,4	+ 0,9
Bundesbank	- 12,0	- 5,8	- 43,5
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ⁷⁾	+ 0,1	- 0,4	+ 0,1
Saldo der Kapitalbilanz	- 18,5	+ 5,1	- 15,2
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	+ 12,9	- 12,8	+ 7,9

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absatzung der Rückwaren. — 3 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — 4 Ursprungslaufzeit über ein Jahr. — 5 Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. — 6 Ohne Bundesbank. — 7 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes weitete sich der Aktivsaldo im Außenhandel im August gegenüber dem Vormonat um 1,3 Mrd € auf 11,8 Mrd € aus. Saison- und kalenderbereinigt nahm er um 3,1 Mrd € auf 13,8 Mrd € zu. Dabei expandierten die wertmäßigen Ausfuhren mit 3,5% recht kräftig, während der Umfang der Einfuhren das hohe Vormonatsniveau halten konnte. Im Juli/August zusammen genommen lagen sowohl die nominalen Exporte als auch die Importe saisonbereinigt um 1,4% über dem Durchschnitt des zweiten Quartals. Dahinter standen auf der Ausfuhrseite geringfügig höhere Preise als im Frühjahr, während die Einfuhrpreise etwas nachgaben.

Kräftiges Exportwachstum lässt Außenhandelsaldo steigen

Das Defizit der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen vergrößerte sich im August um 1,6 Mrd € auf 3,0 Mrd €. Ursächlich dafür war eine deutliche Verschlechterung in der Dienstleistungsbilanz. Im Berichtsmonat verdoppelte sich der Passivsaldo auf 4,3 Mrd €. Zu diesem Ergebnis trugen insbesondere höhere Reiseverkehrs Ausgaben bei. Dagegen verminderte sich der Fehlbetrag bei den laufenden Übertragungen um 0,5 Mrd € auf 3,2 Mrd €. Der Überschuss aus den grenzüberschreitenden Faktoreinkommen belief sich wie bereits im Monat zuvor auf 4,5 Mrd €.

Höheres Defizit bei „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen

Im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr ergaben sich im August hohe Netto-Kapitalimporte (35,9 Mrd €). Maßgeblich dazu beigetragen haben Transaktionen gebietsfremder Anleger. Diese erwarben deutsche Wertpapiere im Umfang von 32,5 Mrd €. Der Schwerpunkt lag auf hiesigen Schuldverschreibungen und dabei im Wesentlichen auf

Hohe Netto-Kapitalimporte im Wertpapierverkehr

öffentlichen Anleihen (20,0 Mrd €) und Geldmarktpapieren (10,6 Mrd €). Aktien gaben sie hingegen im Umfang von 2,4 Mrd € ab. Deutsche Kapitalanleger verringerten ihr grenzüberschreitendes Engagement um 3,4 Mrd €. Sie veräußerten Aktien (3,5 Mrd €) und Investmentzertifikate (2,2 Mrd €), erwarben aber ausländische Schuldverschreibungen (2,3 Mrd €).

*Wenig Aktivität
bei Direkt-
investitionen*

Im Bereich der Direktinvestitionen kam es im August zu leichten Netto-Kapitalexporten (1,4 Mrd €). Ausschlaggebend war das Engagement deutscher Firmen im Ausland (1,6 Mrd €). Ausländische Unternehmen hielten sich dagegen mit Investitionen in Deutschland zurück (0,2 Mrd €).

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen

zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, traten im August Netto-Kapitalexporte in Höhe von 46,6 Mrd € auf. Davon entfielen 11,7 Mrd € auf die Nichtbanken. Die Dispositionen der Unternehmen und Privatpersonen führten zu Mittelabflüssen von 12,6 Mrd €, wobei insbesondere kurzfristige Bankguthaben im Ausland aufgebaut wurden. Hingegen flossen staatlichen Stellen Mittel zu (0,9 Mrd €). Im Bankensystem kam es zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 34,9 Mrd €. Während bei den hiesigen Kreditinstituten 8,6 Mrd € aufkamen, erhöhten sich die Auslandsforderungen der Bundesbank, vorwiegend über TARGET2, um 43,5 Mrd €.

Die Währungsreserven der Bundesbank haben im August – zu Transaktionswerten gerechnet – leicht abgenommen (0,1 Mrd €).

*Übriger Kapital-
verkehr von
Entwicklung
bei TARGET2
geprägt*

Die Schuldenbremse in Deutschland – Wesentliche Inhalte und deren Umsetzung

Im Jahr 2009 wurde in Deutschland eine grundlegende Reform der staatlichen Verschuldungsregeln beschlossen. Für den Bund und die Länder wurden im Grundgesetz mit einem strukturell annähernd beziehungsweise vollständig ausgeglichenen Haushalt enge Neuverschuldungsgrenzen verankert. Die Ausnahmen wurden deutlich enger gefasst sowie an Tilgungsregelungen geknüpft. Mit der Reform soll auch die Einhaltung des Mittelfristziels für das gesamtstaatliche Defizit aus dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt abgesichert werden. Bevor die Grenzen bindend werden, ist für die Länder eine Übergangsfrist bis 2020 und für den Bund bis 2016 vorgesehen.

Die Reform ist ausdrücklich zu begrüßen und stellt eine klare Verbesserung dar. Die aktuelle Staatsschuldenkrise hat die zentrale Bedeutung solider Staatsfinanzen nachdrücklich verdeutlicht. Zu deren Absicherung sind stringente nationale Regeln wichtig. Entscheidend für den Erfolg ist, dass die neuen Bestimmungen konsequent umgesetzt und befolgt werden. Hierfür ist Transparenz sowohl bezüglich der Regelungen als auch deren Anwendung besonders wichtig. Dies ermöglicht dann insbesondere auch die Kontrolle durch die Öffentlichkeit.

Derzeit entwickeln sich die Staatsfinanzen in Deutschland unerwartet günstig, und die zuvor sehr hohen Defizite gehen stark zurück. Die neuen Regeln dürften den eingeschlagenen Konsolidierungskurs bisher spürbar unterstützt haben. Allerdings hat der Bund die Defizitobergrenzen für die Übergangsphase sehr hoch festgelegt, und etliche Länder scheinen die letztlich nötigen Konsolidierungsmaßnahmen aufzuschieben. Wichtig wäre, zügig einen ausgeglichenen Haushalt auf allen Ebenen zu erreichen. Darüber hinaus ist dringend zu empfehlen, Sicherheitsabstände zur Obergrenze des Grundgesetzes einzuplanen. Damit lassen sich insbesondere bei unerwartet ungünstigen Entwicklungen Notwendigkeiten zu kurzfristigen Anpassungen vermeiden, die dann potenziell prozyklisch wirken. Um im Sinne der neuen Haushaltsregeln eine übermäßige strukturelle Verschuldung zu verhindern, sind außerdem eine angemessene Definition der aus der Begrenzung ausgeklammerten finanziellen Transaktionen, die auch faktisch symmetrische Berücksichtigung positiver und negativer Konjunkturlinien und der Verzicht auf eine staatliche Verschuldung über Einheiten außerhalb der Kernhaushalte erforderlich.

Wesentliche Elemente der neuen Schuldenbremse

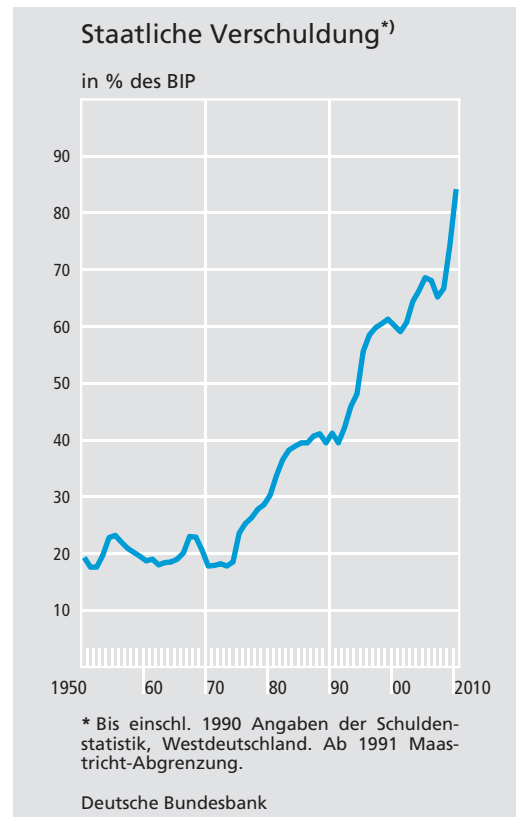
Alte Verfassungsregeln haben Schuldenanstieg nicht ausreichend begrenzt

Die Kreditaufnahme des Bundes und der Länder ist seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch das Grundgesetz beziehungsweise die Landesverfassungen begrenzt. Die bisherigen Regelungen, die zum Teil übergangsweise noch genutzt werden dürfen, sahen vor, dass die Neuverschuldung im Normalfall die Summe der veranschlagten Investitionsausgaben nicht übersteigen durfte. Dennoch nahm die Schuldenquote im Zeitverlauf stark zu (siehe das nebenstehende Schaubild), ohne dass dem ein entsprechender Aufbau des Staatsvermögens gegenüberstand.¹⁾

Neue Schuldenregel 2009 beschlossen

Als maßgebliche Schwächen der alten Regeln standen neben einer zu weiten Abgrenzung der investiven Ausgaben vor allem die zu vage definierte Ausnahmeklausel zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ohne Tilgungsverpflichtungen, die generelle Ausnahmemöglichkeit für Sondervermögen sowie die fehlende Kontrolle der Regeleinhaltung bei Haushaltsabschluss im Blickpunkt. Zur Überwindung der Schwächen wurde in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts eine umfassende Reform der Verfassungsregeln angestoßen und auf der Bundes- und Länderebene diskutiert. Diese wurde im Frühsommer 2009 mit breiter Zustimmung von Bundestag und Bundesrat verabschiedet.

Für den Bund und die Länder sind in Artikel 109 GG gemeinsame Grundsätze festgelegt. Gemäß Artikel 109 II GG sind die Haushalts-



regeln der Europäischen Währungsunion einzuhalten. In der Begründung des Gesetzentwurfs wird deutlich, dass damit insbesondere die Vorgabe eines strukturell mindestens annähernd ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalts aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt gemeint ist.²⁾

Struktureller Haushaltsausgleich zur Einhaltung europäischer Regeln

Die Schuldenbremse in Artikel 109 III GG schreibt im Regelfall explizit den Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung für den Bund und die Länder vor und unterscheidet sich damit erheblich von der bisherigen investitionsbezogenen Kreditgrenze. Dabei han-

Operational definierte Schuldenbremse für Bund und Länder

¹ Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank: Zur Verschuldung und Zinsbelastung des Staates in Deutschland, Monatsbericht, April 2010, S. 15–33. Zu den Schwächen der bisherigen Verfassungsregeln vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Zur Reform des deutschen Haushaltsrechts, Monatsbericht, Oktober 2007, S. 47–68.

² Vgl.: Bundestagsdrucksache 16/12410, S. 10.

delt es sich nicht etwa um eine Zielmarke, sondern um eine Obergrenze, die grundsätzlich nicht zu überschreiten ist. Fiskalische Spielräume im Rahmen der Regeln erfordern somit angemessene Sicherheitsabstände. Eine geplante Verletzung der Verschuldungsgrenze könnte angesichts der recht klar gefassten Regeln bei Nutzung der Klagerechte zumindest von den Verfassungsgerichten gestoppt werden. Grundsätzlich wünschenswerte Automatismen bei einer Grenzüberschreitung wurden dagegen nicht verankert. Eine vergleichbare explizite Defizitgrenze für die Gemeinden und Sozialversicherungen findet sich zwar nicht. Allerdings sind den Sozialversicherungen Kreditaufnahmen am Kapitalmarkt ohnehin allenfalls in Ausnahmefällen gestattet, und für die Gemeinden ist eine Neuverschuldung durch Landesrecht grundsätzlich eng begrenzt. Bei konsequenter Anwendung dieser Vorschriften sollte insofern die Einhaltung der europäischen Verpflichtungen gewährleistet sein.

Konjunkturell bedingte Defizite durch Überschüsse in guten Zeiten zu kompensieren

Ausnahmen vom Neuverschuldungsverbot für die Haushalte von Bund und Ländern sind zum Ausgleich konjunktureller Belastungen gegenüber einer Normallage möglich. Bedingung dafür sind aber entsprechende Überschüsse in zyklisch günstigen Zeiten, um den anhaltenden Zuwachs der Staatsverschuldung durch eine längerfristige Kumulierung von als konjunkturell ausgewiesenen Belastungen auszuschließen.³⁾ Für den Bundeshaushalt gilt die Verschuldungsgrenze als eingehalten, wenn die insbesondere um konjunkturelle Effekte bereinigte Nettokreditaufnahme einen Grenzwert von 0,35% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschrei-

Begrenzte strukturelle Defizite nur für Bund zulässig

tet. Für die Länderhaushalte ist ein solcher struktureller Verschuldungsspielraum dagegen ausgeschlossen.

Weitere Ausnahmen sind bei besonderen Notfällen möglich, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und seine Haushalte in hohem Maße belasten. Gegenüber der bisherigen Ausnahme zur Abwehr einer kaum eingegrenzten Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sind damit deutlich strengere Anforderungen zu erfüllen. In der Gesetzesbegründung werden einige Beispielfälle genannt wie etwa der extreme Wirtschaftsabschwung nach der Zuspitzung der Finanzkrise im Herbst 2008, aber auch die Vereinigung Deutschlands. Mindestens ebenso wichtig wie eine enge Definition der Ausnahmen ist die Frage der Behandlung damit verbundener Schulden. Während bisher sogar Restkreditermächtigungen, die nach einem Rückgriff auf die Ausnahmeklausel entstanden waren, später zur Kreditaufnahme genutzt werden konnten, sind die zusätzlichen Schulden gemäß der neuen Schuldenbremse mit einer ausdrücklichen Tilgungsregelung zu verbinden. Der Anreiz zu einer übermäßigen Inanspruchnahme der Ausnahmeklausel und ein systematischer Schuldenanstieg sollten dadurch eingeschränkt sein, auch wenn weder konkrete Tilgungszeiträume noch Konsolidierungsmaßnahmenbeschlüsse vorgeschrieben sind.

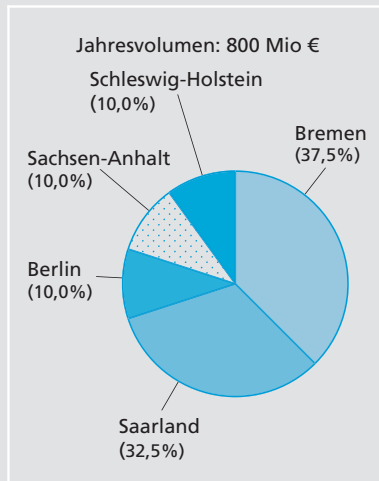
Notfallausnahme relativ eng gefasst ...

... und mit Tilgungsauflage verknüpft

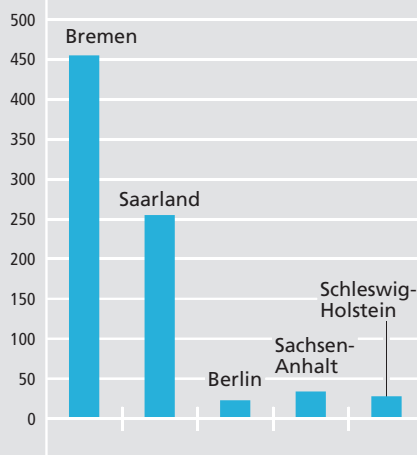
Die neuen Regeln gelten zwar grundsätzlich ab dem Haushaltsjahr 2011. Allerdings wurden vor dem Hintergrund der bei Verabschie-

³ Vgl. dazu auch die Begründung im Gesetzesentwurf: Bundestagsdrucksache 16/12410, S. 11.

Konsolidierungshilfen für die Haushaltsjahre 2011 bis 2019



in € je Einwohner und Jahr



Deutsche Bundesbank

*Unterschiedliche
Übergangsvorschriften
für Bund und
Länder*

derung der Reform erwarteten mehrjährigen hohen Haushaltsbelastungen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise in Artikel 143d GG längere Übergangsfristen vereinbart. Der Maximalwert von 0,35% des BIP für die strukturelle Neuverschuldung des Bundes gilt ab dem Jahr 2016, und der Bund soll im Jahr 2011 mit dem Defizitabbau beginnen. Für die Länder wurde nicht zuletzt wegen der in einzelnen Fällen sehr hohen Ausgangsdefizite

eine Übergangszeit bis Ende 2019 zugestanden,⁴⁾ in der die landesspezifischen Verschuldungsgrenzen fortgelten können. Wenn die Landesverfassungen bis dahin nicht entsprechend angepasst sind, tritt das Neuverschuldungsverbot des Grundgesetzes unmittelbar und ausnahmslos in Kraft. Für die besonders hoch verschuldeten Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein sind hälftig von Bund und Ländern zu finanzierende Übergangshilfen im Gesamtumfang von jährlich 800 Mio € vorgesehen (vgl. das nebenstehende Schaubild). Die fünf Länder sind im Gegenzug zu einem gleichmäßigen Abbau ihrer strukturellen Ausgangsdefizite aus dem Jahr 2010 verpflichtet. Die anderen Länder müssen lediglich darauf zielen, die neuen Vorgaben ab 2020 einhalten zu können.

Flankiert werden die neuen Verschuldungsgrenzen gemäß Artikel 109a GG durch einen Stabilitätsrat. Dessen Einrichtung zielt darauf ab, Haushaltsnotlagen künftig zu vermeiden. Dazu überwacht der Rat die Haushaltsentwicklung der einzelnen Gebietskörperschaften. Dabei hat er drohende Haushaltsnotlagen festzustellen und dann Sanierungsprogramme zu vereinbaren. Mit dem Veröffentlichungszwang für die Beschlüsse und Beratungsunterlagen soll offenbar erreicht werden, dass sich auch die Öffentlichkeit möglichst leicht insbesondere über die Finanzlage einzelner Länder informieren kann.

*Überwachung
der Haushalts-
entwicklungen
durch Stabili-
tätsrat mit
Information der
Öffentlichkeit*

⁴ Vgl. zur Notwendigkeit langer Übergangsfristen für Bremen, das Saarland und auch Schleswig-Holstein schon vor der Wirtschaftskrise: Kommissionsdrucksache 102 der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, April 2008.

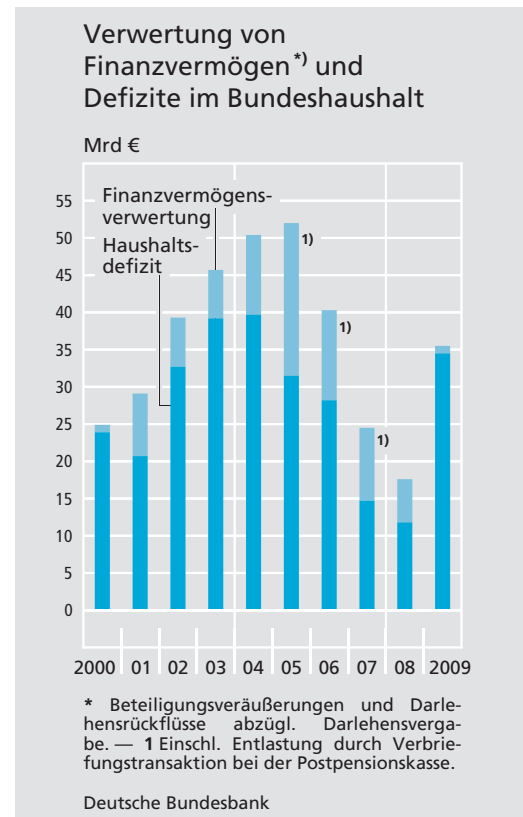
Gleichwohl läuft der Stabilitätsrat – nicht zuletzt aufgrund nahezu vollständig fehlender Sanktions- und Eingriffsmöglichkeiten sowie noch bestehender Transparenzdefizite – Gefahr, wie der vorherige Finanzplanungsrat nur sehr begrenzt wirksam zu bleiben (siehe die Erläuterungen auf S. 20 ff.).

Die Konkretisierung der Schuldenregel für den Bund

Grundgesetz

Artikel 115 GG klammert im Sinne der EU-Regeln finanzielle Transaktionen aus, ...

Für den Bundeshaushalt wurden die Grundsätze in Artikel 115 II GG zum Teil weiter präzisiert und die Ermächtigung zur Konkretisierung in einem Ausführungsgesetz gegeben. Vor der Reform wurde häufig umfangreich auf Veräußerungen von Beteiligungs- und Darlehensvermögen zurückgegriffen, um Haushaltslöcher zu stopfen, und damit letztlich die ausgabenbezogene Kreditbegrenzung ausgehöhlt. Durch die neuen Regeln ist nunmehr festgelegt, dass Erwerbe oder Verwertungen von Finanzvermögen (z. B. Darlehensvergaben oder Privatisierungserlöse) für die Kreditbegrenzung nicht relevant sind und aus den der Regel unterliegenden Defiziten herausgerechnet werden (vgl. zum Umfang der Beträge im letzten Jahrzehnt das nebenstehende Schaubild). Da bei den europäischen Haushaltsregeln (die an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angelehnt sind) finanzielle Transaktionen ausgeklammert werden, ist dies auch wichtige Voraussetzung für die Effektivität des neuen Regelwerks hinsichtlich der Wahrung der europäischen Verpflichtungen gemäß Artikel 109 II GG.



Zukünftig soll außerdem sichergestellt werden, dass aus Kreditaufnahmen, die im Haushaltsvollzug die Regelgrenze überschreiten, kein struktureller Schuldenanstieg resultiert. Deshalb hat der Bund ein Kontrollkonto zu führen, auf dem jedes Jahr die Abweichungen zwischen der tatsächlichen Kreditaufnahme und der verfassungsmäßigen Obergrenze verbucht werden. Überschreitungen können beispielsweise dadurch entstehen, dass eine die Verfassungsgrenze ausschöpfende Kreditermächtigung durch das Haushaltsgesetz im Vollzug (etwa infolge überplanmäßiger Ausgaben) vollständig ausgenutzt wurde, obwohl die Belastungen aus Konjunktur oder finanziellen Transaktionen geringer als veranschlagt ausgefallen waren. Überschreitet der kumulierte Fehlbetrag auf dem Kontrollkonto 1,5% des BIP, sind die

... schreibt Ex-post-Kontrollen der Regelein-haltung vor ...

Zur Rolle des Stabilitätsrates

Im Rahmen der reformierten Haushaltsregeln ist für den neuen Stabilitätsrat eine wichtige Rolle vorgesehen. Dieser soll über die Haushaltsentwicklung und -planungen des Bundes und der Länder wachen und diesbezüglich Transparenz herstellen. Insbesondere soll eine Haushaltsnotlage einer Gebietskörperschaft künftig bereits im Vorfeld abgewehrt werden. Der Rat hat dazu die Kompetenz, gegebenenfalls eine drohende Notlage festzustellen und Sanierungsprogramme zu vereinbaren. Über die tatsächliche Einhaltung der bestehenden beziehungsweise der neuen Schuldenregeln soll indes lediglich im Rahmen der jährlich vorzulegenden Stabilitätsberichte der einzelnen Gebietskörperschaften referiert werden.

Der Stabilitätsrat setzt sich aus den Bundesministern für Finanzen sowie Wirtschaft und den Landesfinanzministern zusammen und gab sich im April 2010 eine Geschäftsordnung. Danach trifft er sich mindestens zweimal im Jahr und fasst Beschlüsse mit der Mehrheit von mindestens 11 der 16 Länder sowie mit der Zustimmung des Bundes, wobei das Stimmrecht bei Entscheidungen zur eigenen Gebietskörperschaft ruht.

Im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung reichen Bund und Länder jährlich Berichte zur aktuellen und zur mittelfristig geplanten Haushaltslage ein. Diese fokussieren vor allem auf vier vom Stabilitätsrat festgelegte Haushaltskennzahlen und Schwellenwerte. Deren Überschreiten wird als Warnzeichen für eine bevorstehende Haushaltsnotlage interpretiert (siehe auch die Übersicht auf S. 21). Zudem müssen standardisierte mittelfristige Haushaltsprojektionen erstellt werden. Erst sobald bei einem Land oder dem Bund drei Schwellenwerte zweimal in letzter Zeit (die zwei Vorjahre und das laufende Jahr) oder zweimal im Planungszeitraum (grundsätzlich die vier folgenden Jahre) überschritten wurden oder die Projektion auffällige Werte ausweist, ist eine differenziertere Evaluation einzuleiten. Auf deren Basis werden gegebenenfalls eine drohende Haushaltsnotlage attestiert und danach zu deren Abwehr ein Sanierungsprogramm vereinbart. Die Nettokreditaufnahme ist darin über einen Zeitraum von im Regelfall fünf Jahren zurückzuführen. Dabei sind konkrete, in eigener Verantwortung der jeweiligen Gebietskörperschaft stehende Maßnahmen zur Sicherung des Konsolidie-

rungsbedarfs zu benennen. Wegen der begrenzten Einnahmenautonomie der Länder müssen deren Maßnahmen überwiegend auf der Ausgabenseite ansetzen. Eine betroffene Einheit muss dem Stabilitätsrat halbjährlich über die Umsetzung berichten. Bei Zielverfehlungen gibt es jedoch lediglich weitere Aufforderungen, und Sanktionsmaßnahmen sind nicht vorgesehen, sodass der Druck zu konsequenter Umsetzung der Programme möglicherweise nicht groß genug ausfällt.

Die Einrichtung eines Stabilitätsrates und die Stärkung der präventiven Haushaltsüberwachung anhand einfacher Verfahren auf Basis einheitlicher Vorgaben sowie die angestrebte Transparenz der Berichterstattung¹⁾ sind eindeutig zu begrüßen. Grundsätzlich könnte damit der in der Vergangenheit beobachteten Verschuldungsneigung entgegengewirkt werden.

Aus heutiger Sicht besteht allerdings die Gefahr, dass der derzeit verfolgte Ansatz zu kurz greift. Die Beurteilungskriterien drohen Fehlentwicklungen nicht rechtzeitig aufzudecken. Auch ist die Vergleichbarkeit der Zahlen sowie der Nutzen für Lageeinschätzungen bisher deutlich dadurch eingeschränkt, dass die ausgewiesenen Länderplanungen nicht durchweg zum Stichtag der Vorlage aktuell sind. Die notwendige konsequente Einbeziehung von Nebenhaushalten wird zwar angestrebt, aber derzeit offenbar nicht umgesetzt. Nicht zuletzt wäre es wünschenswert, in den Stabilitätsberichten neben den Kennzahlen deren detaillierte Berechnung einheitlich darzustellen und über die vereinbarten Kennzahlen hinausgehende ländervergleichende Übersichten zu erstellen. Hier besteht zum Teil immer noch eine Informationslücke, die eine umfassende Beurteilung der aktuellen Lage und der künftigen Entwicklung deutlich erschwert.

Bisherige Kennzahlen und Schwellenwerte nur bedingt zielführend

Die vereinbarten Kennzahlen zur Warnung vor Haushaltsnotlagen der Länder²⁾ scheinen für die Zielsetzung des Stabilitätsrates allenfalls bedingt geeignet. Bei der ersten Kennzahl, dem strukturellen Finanzierungssaldo je Einwohner, wird mangels einer Einigung unter den Ländern (noch) kein Konjunkturbe-

der Verfassungsgrenzen zielführend. — 3 Zur Festlegung der Abbau-pfade für die strukturellen Defizite der Konsolidierungshilfeländer vgl.: Deutsche Bundesbank, Konsolidierungshilfeländer – Zunächst

1 Die Beratungsunterlagen sind verfügbar unter www.stabilitaetsrat.de. — 2 Für den Bund ist die Herleitung von geeigneten Kennzahlen besonders schwierig. Hier scheint eher ein Fokus auf die Einhaltung

Kennziffern und wichtigste Regelungen im Rahmen der Haushaltsüberwachung

Kennziffern zur aktuellen Haushaltslage und Finanzplanung^{*)}

jährliche Schwellenwerte

Position	Bund		Flächenländer		Stadtstaaten	
	aktuelle Haushaltslage ⁵⁾	Finanzplan ⁶⁾	aktuelle Haushaltslage ⁵⁾	Finanzplan ⁶⁾	aktuelle Haushaltslage ⁵⁾	Finanzplan ⁶⁾
Strukt. Finanzierungssaldo ¹⁾ € je Einwohner	Bis 2010: Höhe der Investitionsausgaben	Abbaupfad Übergangszeit – 50 €	Länderdurchschnitt – 200 €	Schwellenwert des lfd. Haushaltsjahres – 100 € ⁷⁾	Länderdurchschnitt – 200 €	Schwellenwert des lfd. Haushaltsjahres – 100 € ⁷⁾
Kreditfinanzierungsquote ²⁾ in %	gleitender Durchschnitt der letzten 5 Jahre + 8 PP	Schwellenwert des lfd. Haushaltsjahres	Länderdurchschnitt + 3 PP	Schwellenwert des lfd. Haushaltsjahres + 4 PP ⁷⁾	Länderdurchschnitt + 3 PP	Schwellenwert des lfd. Haushaltsjahres + 4 PP ⁷⁾
Zins-Steuer-Quote ³⁾ in %	gleitender Durchschnitt der letzten 5 Jahre + 8 PP	Schwellenwert des lfd. Haushaltsjahres	140% des Länderdurchschnitts	Schwellenwert des lfd. Haushaltsjahres + 1 PP	150% des Länderdurchschnitts	Schwellenwert des lfd. Haushaltsjahres + 1 PP
Schuldenstand ⁴⁾ Bund: % BIP, Länder: € je Einwohner	gleitender Durchschnitt der letzten 5 Jahre + 8 PP	Schwellenwert des lfd. Haushaltsjahres	130% des Länderdurchschnitts	Schwellenwert des lfd. Haushaltsjahres + 200 € p. a.	220% des Länderdurchschnitts	Schwellenwert des lfd. Haushaltsjahres + 200 € p. a.

* Die Daten sollen auf Basis des Schalenkonzeptes des Statistischen Bundesamtes geliefert werden – das heißt, der Berichtskreis umfasst die Kern- und Extrahaushalte sowie sonstige ausgelagerte öffentliche Einrichtungen. Solange dies noch nicht umgesetzt ist, wird im Einzelfall geprüft, ob die Überschreitung von Schwellenwerten auf die fehlende Berücksichtigung von Extrahaushalten zurückzuführen ist. — 1 Struktureller Finanzierungssaldo: Finanzierungssaldo (in periodengerechter Abgrenzung des Länderfinanzausgleichs), bereinigt um den Saldo finanzieller Transaktionen und Konjunkturfaktoren (Länder: derzeit nicht konjunkturbereinigt, bis zum Beschluss über Konjunkturbereinigungsverfahren wird Vergleich mit Länderdurchschnitt vorgenommen). Salden von Grundstücken (vom Kernhaushalt separierte Vermögen) und der Pensionsfonds werden mit einbezogen. — 2 Kreditfinanzierungsquote: Nettokreditaufnahme in % der bereinigten Ausgaben (= Gesamtausgaben bereinigt um Zahlungen innerhalb der gleichen staatlichen Ebene). — 3 Zins-

Steuer-Quote: Zinsausgaben in % der Steuereinnahmen. Steuern nach Länderfinanzausgleich, inkl. allgemeine Bundesergänzungszuweisungen, Förderabgabe und Kfz-Steuer-Kompensation. — 4 Schuldenstand: Kreditmarktschulden zum Stichtag 31. Dezember. Soll-Schuldenstand des betrachteten Jahres und im Finanzplanungszeitraum errechnet sich aus dem Schuldenstand des Vorjahres zuzüglich der Nettokreditaufnahme des betrachteten Jahres. — 5 Aktuelle Haushaltslage: Beobachtungswerte = Ist-Werte der beiden Vorjahre und Soll-Wert des laufenden Haushaltsjahres (t-2 bis t). — 6 Finanzplan: Beobachtungswerte = Werte gemäß Haushaltsentwurf für Folgejahr und mittelfristiger Finanzplanung (t+1 bis t+4). — 7 Finanzplan: Auf den Aufschlag gegenüber dem Schwellenwert für die aktuelle Haushaltslage (d. h. Lockerung) kann verzichtet werden, falls die Steuerschätzung des laufenden Jahres wesentlich bessere Ergebnisse als die vorangegangene Schätzung erbringt.

Standardprojektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung

Zusätzlich zu den oben genannten Kennziffern wird im Rahmen der Haushaltsüberwachung eine Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung auf Basis einheitlicher Annahmen bezüglich Wachstum und Einnahmen vorgelegt. Ermittelt wird, bei welcher Zuwachsrates der Ausgaben am Ende eines Projektionszeitraums von sieben Jahren (ausgehend vom Ist-Ergebnis des dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahres und auch vom Soll-Wert des laufenden Jahres) der Schwellenwert der Kennziffer Schul-

denstand gerade nicht überschritten wird. In einem ersten Schritt wird überprüft, ob die Ausgabenwachstumsrate eines Landes mehr als drei Prozentpunkte unter dem Länderdurchschnitt liegt beziehungsweise ob die Ausgabenwachstumsrate des Bundes die im Berichtsjahr ermittelte Zuwachsrates um mehr als zwei Prozentpunkte unterschreitet. In einem zweiten Schritt wird das Ergebnis auch qualitativ überprüft, gegebenenfalls unter Berücksichtigung zusätzlicher eigener Projektionen der betroffenen Einheit.

Prüfung einer drohenden Haushaltsnotlage

Die Prüfung einer drohenden Haushaltsnotlage wird eingeleitet, wenn bei der Mehrzahl der Kennziffern in einem der beiden Zeiträume die Schwellenwerte überschritten werden oder die Projektion eine auffällige Entwicklung

ausweist. Eine Kennzahl gilt als auffällig bei mindestens zweimaliger Überschreitung des Referenzwertes in einem Zeitraum.

nur wenig ambitionierte Auflagen für die Defizitrückführung, Monatsbericht, Mai 2011, S. 74f. — 4 Da der Umfang möglicher eigener Konsolidierungsmaßnahmen umstritten sein dürfte, wäre die Min-

destanforderung, solche Maßnahmen zu einer schrittweisen Annäherung an das Durchschnittsdefizit je Einwohner der nicht von einer Notlage bedrohten Länder zu benennen. Sobald individuelle Konso-

noch: Zur Rolle des Stabilitätsrates

reinigungsverfahren angewendet, und insofern liegen derzeit keine um konjunkturelle Einflüsse bereinigten strukturellen Salden vor. Die zweite Kennzahl, die Kreditfinanzierungsquote, bezieht auch beispielsweise aus höher als veranschlagten Einnahmen finanzierte diskretionäre Rücklagenzuführungen und deren ebenso arbiträre Verwendung ein. Die Entwicklung der Größe erlaubt ohne Bereinigung um die dadurch ausgelösten Schwankungen nur begrenzt Rückschluss auf die Haushaltslage. Längerfristige Entwicklungen spiegeln sich in der Kennzahl Schuldenstand je Einwohner wider. Kritisch ist, dass Kassenkredite dabei nicht berücksichtigt werden. Es könnte hier zudem daran gedacht werden, risikobehaftete Gewährleistungen, aber auch die länderweise sehr unterschiedlich umfangreichen ungedeckten Versorgungsansprüche der Beamten ergänzend auszuweisen, um die (drohenden) Belastungen der Haushalte vollständiger aufzuzeigen. Bei der letzten Kennzahl, der Zins-Steuer-Quote, wird eine Fehlentwicklung wie beim Schuldenstand erst nach einigen Jahren auffällig, sodass die erst bei Überschreitung der Mehrheit der Schwellenwerte ausgelöste Warnung erheblich verzögert wird.

Die gewählten Kennzahlen für die Länder stellen weder zur neuen Schuldenregel noch zu den teilweise noch geltenden investitionsorientierten Kreditgrenzen, die 2011 in vielen Plänen überschritten wurden, einen direkten Bezug her. Zwar umfassen die Stabilitätsberichte der einzelnen Gebietskörperschaften allgemeine Ausführungen über die gegenwärtige Einhaltung ihrer verfassungsmäßigen Kreditgrenzen. Überschreitungen der Regelgrenzen oder Überbrückungsmaßnahmen zur Verhinderung solcher Überschreitungen werden aber nicht weiter qualifiziert. Zudem besteht keine Möglichkeit, in den Berichten genauer zu überprüfen, wie die Planungen diesbezüglich einzuordnen sind. Auch sind die Schwellenwerte der Kennzahlen insbesondere für die Zeit der mittelfristigen Planung, in die ohnehin häufig hohe globale Minderausgaben und günstige Wachstumszenarien eingestellt sind, großzügig bemessen, sodass eine aufziehende Notlage im Rahmen der Überwachung durch den Stabilitätsrat lange unbemerkt bleiben kann. Ungeachtet des ab 2020 im Grundgesetz vorgeschriebenen strukturellen Haushaltsausgleichs wird den Ländern ein weiterer beträchtlicher

lidierungsmaßnahmen der Referenzländer erkennbar sind, wäre deren Umfang – gegebenenfalls zeitlich gestreckt – zusätzlich von

jährlicher Schuldenzuwachs zugestanden – ohne Relativierung für Zunahmen durch Erwerb von Finanzvermögen. Nicht zuletzt ist der Länderdurchschnitt als Vergleichsmaßstab problematisch: Je mehr Länderhaushalte in Schieflage geraten, desto weniger Aussagekraft besitzt die Einhaltung der Schwellenwerte.

Zusätzlich sind die Prüfprozesse langwierig (zwischen kennzahlengestützter Problemdiagnose und Vereinbarung eines Sanierungsprogramms vergeht ein ganzes Jahr), und finanzielle Sanktionsmöglichkeiten sind nur für Konsolidierungshilfelande in der Übergangszeit vorgesehen (Entzug der Mittel). Insgesamt erscheint es daher nicht gesichert, dass vom Stabilitätsrat wie ursprünglich beabsichtigt frühzeitig und ausreichend Druck zu einer durchgreifenden Konsolidierung (in der Übergangszeit oder bei Nutzung von Ausnahmeklauseln) und zu einer konsequenten sowie sachdienlichen Auslegung der Haushaltsregeln im Normalfall ausgeübt werden kann. Angesichts der deutlich strengeren und auch klarer definierten neuen Schuldenregeln dürfte diese Aufgabe somit nicht dem hierfür eigentlich gut geeigneten Stabilitätsrat, sondern eher den – nur auf Antrag involvierten – Verfassungsgerichten zufallen.

Sanierungsprogramme mit geeigneten konkreten Maßnahmen fundieren

Bislang wurden den Konsolidierungshilfelandern Berlin, Schleswig-Holstein und bei noch weitaus schlechterer Finanzlage Bremen und dem Saarland basierend auf dem Datenstand vom Herbst 2010 drohende Haushaltsnotlagen attestiert. Berlin und Schleswig-Holstein hatten dabei – mit unterschiedlichen Begründungen – dargelegt, dass aus ihrer Sicht keine Haushaltsnotlage drohe, während Bremen und das Saarland – die zuvor aus diesem Grunde noch vor dem Bundesverfassungsgericht auf Bundeshilfen geklagt hatten – ihre Haushaltsnotlage sogar als „extrem“ bezeichneten. Im November 2011 ist geplant, dass die betroffenen Länder – wie vorgeschrieben – Sanierungsprogramme mit dem Stabilitätsrat vereinbaren. Nach den schlechten Erfahrungen mit den Sanierungsversuchen von Bremen und dem Saarland seit den neunziger Jahren wäre es angesichts der teilweise deutlich überhöht gewählten Startwerte für

den Sanierungsländern einzufordern. — 5 Für die kommunalen Haushalte wären Angaben zum ausgabengewichteten Anteil der Einhei-

die Abbaupfade der strukturellen Neuverschuldung wichtig, darauf zu achten, dass nicht die Einhaltung der in den Verwaltungsvereinbarungen ausgewiesenen, überhöhten Neuverschuldungsgrenzen³⁾, sondern die mit diesen Grenzen verbundenen rechnerischen Abbauschritte weitestmöglich mit dauerhaft wirksamen eigenen Maßnahmen unterlegt werden.⁴⁾ Deren Konkretisierung bereits über mehrere Jahre im Voraus erscheint bedenkenswert. Zudem dürfte es zielführend sein, in den jeweiligen Programmen konkrete Nachbesserungsverpflichtungen bei Abweichungen zu bestimmen.

Aussagekräftige Kennzahlen und transparenzfördernde Vergleiche

Im Hinblick auf die vom Stabilitätsrat zur Verfügung gestellten Daten scheinen eine Ausweitung und detailliertere Berichtspflichten wünschenswert. Der Bund und einzelne Länder weisen in ihren Berichten bereits etwas detailliertere Herleitungen der Kennzahlen aus. Besonders aussagekräftig wären neben den Ist-Werten (für die einzelnen Länder sowohl isoliert für die Landesebene als auch so weit wie möglich einschl. der Kommunen) Planangaben zum laufenden Jahr und über den Finanzplanungszeitraum. Wichtig wären Angaben im Hinblick auf die Höhe der Finanzierungssalden, der bereinigten Gesamteinnahmen und -ausgaben, der Zahlungen für und Einnahmen durch finanzielle Transaktionen, der steuerlichen Erträge, der Zinsaufwendungen und der Leistungen im Länderfinanzausgleich.

Neben diesen für die Ermittlung der vier vereinbarten Kennzahlen für die Landesebene ohnehin bereits erforderlichen Daten wäre jedoch auch der Ausweis der Versorgungsausgaben (für den Bund zuzüglich Zuweisungen an Bundeseisenbahnvermögen und Postpensionskasse sowie die Rentenversicherung), der Zuweisungen an die Kommunen und der veranschlagten globalen Minderausgaben und Mehreinnahmen von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Entwicklung durch unabhängige Beobachter. Von Interesse wären auch Angaben zum Schuldenstand – wie zuvor dargelegt – zumindest einschließlich der Kassenkredite.

ten mit in dem betreffenden Jahr nicht erreichten Haushaltsausgleich bei gleichzeitiger kurzer Darlegung landesrechtlicher Besonderheiten

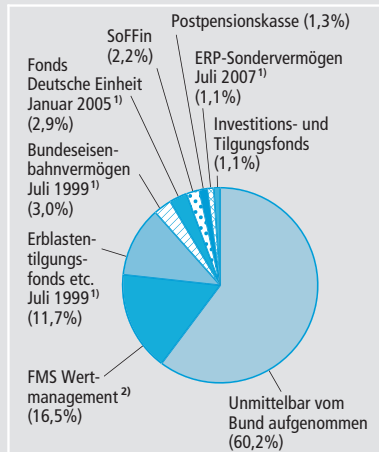
Die Transparenz könnte außerdem entscheidend verbessert werden, wenn zusätzlich der in den Planungen beziehungsweise im Ergebnis erzielte Abstand zu den verfassungsmäßigen Neuverschuldungsgrenzen ausgewiesen würde.⁵⁾ Ergänzende Angaben zu den etwa aus zwischenzeitlichen Steuerschätzungen abzuleitenden Datenanpassungen und zu Sicherheitsabschlägen oder für erwartete Steuerrechtsänderungen vorgenommene Korrekturen gegenüber der Steuerschätzung wären darüber hinaus wichtig und regelmäßig darzulegen, um einerseits aussagefähige Vergleiche durchführen und andererseits auch ein aktuelles Lagebild zeichnen zu können. Mit diesen Angaben, die sowohl als Absolutbeträge als auch in Euro je Einwohner von Interesse wären, ließen sich – etwa anhand von gegenüberstellenden Übersichten – deutlich aussagekräftigere Vergleiche unter den Ländern durchführen und bei Vereinbarung niedrigerer Alarmschwellen Fehlentwicklungen voraussichtlich wesentlich zuverlässiger und schneller aufspüren, sodass nicht unnötig wertvolle Reaktionszeit verstreicht.

Die Daten, die zur Bereitstellung der genannten weitergehenden Informationen erforderlich wären, sollten grundsätzlich vorliegen und werden teilweise bereits im Rahmen anderer regelmäßiger statistischer Berichterstattungen ausgewiesen, sind aber für Beobachter allenfalls mit sehr hohem Aufwand zusammenzustellen. Der Stabilitätsrat könnte mit einer entsprechend erweiterten Datengrundlage und zielgerichteten Vergleichen einen wesentlichen Beitrag zu einer umfassenden Information der Öffentlichkeit über die finanzielle Lage und die Aussichten in den einzelnen Ländern und beim Bund leisten. Bei einer konsequenten und transparenten Überwachung steigt der Druck bei sich abzeichnenden Haushaltsproblemen deutlich, und es wird nicht zuletzt der Öffentlichkeit vor allem in den jeweiligen Ländern ein möglichst frühes Signal im Hinblick auf zu korrigierende Ungleichgewichte oder Fehlentwicklungen gegeben. Transparenz auch im Hinblick auf die mittelfristige Planung kann zudem die Diskussion über finanzpolitische Vorhaben und deren Gegenfinanzierung auf eine rationalere Basis stellen.

ten hinsichtlich diesbezüglicher Vorgaben für die Gemeindehaushalte wünschenswert.

Beitrag der Schulden von Extrahaushalten zur Gesamtverschuldung des Bundes 2010^{*)}

Gesamt: 1 312 Mrd €



* Aufgelaufene Schulden bei Übernahme bzw. Ende 2010. — 1 Zeitpunkt der (Mit-)Übernahme durch den Bund. — 2 Abwicklungsanstalt für Risikoaktiva der Hypo Real Estate.

Deutsche Bundesbank

entsprechenden Beträge durch Unterschreiten der strukturellen Kreditgrenze von 0,35% des BIP „konjunkturgerecht zurückzuführen“. Diese Regelungen zeigen, dass die Vorgaben der Schuldenbremse anders als zuvor nicht nur bei der Haushaltsaufstellung, sondern auch ex post bindend sein sollen.

Um die Umgehung der Kreditgrenze durch Nebenhaushalte zu verhindern,⁵⁾ wurde Absatz 2 des alten Artikel 115 GG gestrichen, mit dem Sondervermögen von der Kreditgrenze befreit wurden (vgl. zur Bedeutung der Extrahaushalte für die Gesamtverschuldung des Bundes die oben stehende Abbildung). Im neuen Artikel 143d I Satz 1 GG wird zudem klargestellt, dass nur zum Jahresende 2010 bestehende Restkreditermächtigungen der Sondervermögen noch ausge-

schöpft werden dürfen. Zur vorgeschriebenen Einhaltung der europäischen Vorgaben (Art. 109 II GG) wäre es außerdem von besonderer Bedeutung, dass nicht nur Nebenhaushalte, sondern auch alle sonstigen gemäß den europäischen Haushaltsregeln dem staatlichen Teilsektor Bund zuzuordnenden Einheiten grundsätzlich in die Begrenzung einbezogen werden.⁶⁾

Ausführungsgesetz

Weitere Einzelheiten der Schuldenbremse des Bundes wurden in unmittelbarem Zusammenhang mit der Grundgesetzreform in einem Gesetz zur Ausführung von Artikel 115 GG (im Folgenden G 115) festgelegt. Dort wird konkretisiert, dass (haushaltsmäßige) Ausgaben- wie Einnahmentitel für den Erwerb oder die Verwertung von Darlehensforderungen und Unternehmensbeteiligungen sowie Kreditaufnahmen und Tilgungen gegenüber öffentlichen Haushalten als finanzielle Transaktionen aus der Schuldenbremse ausgeklammert werden. In der Gesetzesbegründung wird betont, dass die Kreditgrenze im Rahmen der Schuldenbremse damit dem Finanzierungssaldo in der Maastricht-Abgrenzung angenähert wird.⁷⁾ Die Anknüpfung an ausgewählte Haushaltspositionen wird mit Praktikabilitätsgründen gerechtfertigt. Folgerichtig wäre, bei bedeutenderen Fällen die Abgrenzung aus dem europäischen Haushaltsüberwachungsverfahren anzuwenden.

Ausführungsgesetz definiert finanzielle Transaktionen, ...

... und sieht keine Ausnahmen für Extrahaushalte vor

5 Vgl. dazu: Bundestagsdrucksache 16/12410, S. 13.

6 Vgl.: Stellungnahme der Deutschen Bundesbank in der öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses am 21. März 2011, S. 4, unter www.bundestag.de.

7 Vgl.: Bundestagsdrucksache 16/12400, S. 19.

... fordert
Überein-
stimmung mit
EU-Verfahren
zur Konjunktur-
bereinigung, ...

Außerdem werden die Berechnung der Konjunkturkomponente als Produkt aus Produktionslücke und Budgetsensitivität vorgeschrieben und eine Verordnungsermächtigung für weitere Detailregelungen gegeben. Das anzuwendende Konjunkturbereinigungsverfahren soll über die Symmetrievorgabe hinaus im Wesentlichen der bei der europäischen Haushaltsüberwachung eingesetzten Methode entsprechen und ist regelmäßig zu überprüfen sowie gegebenenfalls anzupassen.

... erweitert
Kreditspielraum
bei Nachtrags-
haushalten, ...

Auch künftig wird es Situationen geben, in denen der Kreditaufnahmebedarf höher ausfällt als erwartet, weil Einnahmen hinter den Ansätzen zurückbleiben oder gesetzlich definierte Leistungen mehr Mittel erforderlich machen als veranschlagt und zugleich keine Kompensation an anderer Stelle erfolgt. Soweit keine Restkreditermächtigungen verfügbar sind, ist dann grundsätzlich ein Nachtragshaushalt mit zusätzlichen Kreditermächtigungen erforderlich. Dabei kann der zusätzliche Neuverschuldungsbedarf auch deutlich über den bei schwächer als erwartetem Wachstum als konjunkturbedingt ermittelten Betrag hinausgehen. So wurden in der Vergangenheit bei Steuerschätzungen die um zwischenzeitliche Rechtsänderungen bereinigten Einnahmeperspektiven teilweise deutlich stärker abgesenkt, als sich allein aufgrund der Revision der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte erklären ließ.⁸⁾ Die neuen Regeln sehen vor, dass die Neuverschuldung durch Nachtragshaushalte im Umfang von 3% der veranschlagten Steuereinnahmen (derzeit 7 Mrd €) über die reguläre Verfassungsgrenze hinausgehen kann, wenn mit

dem Nachtragshaushalt keine neuen, das Budget belastenden Maßnahmen einhergehen. Ein langfristiger Effekt auf den Schuldenstand soll dadurch unterbunden werden, dass die Überschreitung der strukturellen Neuverschuldungsgrenze vollständig auf dem saldenbegrenzten Kontrollkonto verbucht wird.⁹⁾

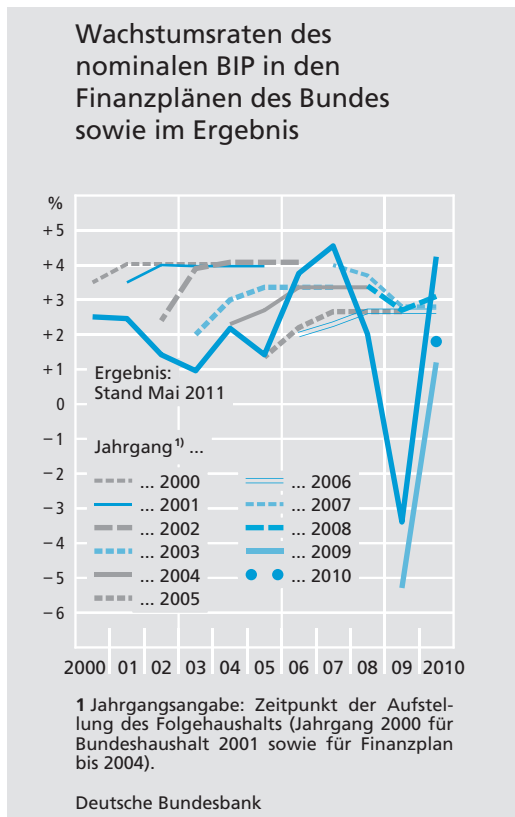
Im Hinblick auf das Kontrollkonto wird darüber hinaus spezifiziert, dass nach dem Haushaltsabschluss erstmals zum 1. März und abschließend zum 1. September des Folgejahres die Differenz zwischen dem Haushaltsergebnis und der Obergrenze auf dem Konto verbucht wird. Hierzu wird die Nettokreditaufnahme um den tatsächlichen Nettoerwerb von Finanzvermögen und die Ist-Konjunkturkomponente bereinigt und von der Obergrenze abgezogen. Die Konjunkturkomponente wird dabei nicht vollständig neu berechnet. Vielmehr wird die Abweichung zwischen dem bei Verabschiedung des Haushalts erwarteten und dem tatsächlich realisierten BIP-Wachstum in voller Höhe als zyklisch bedingt klassifiziert.¹⁰⁾ Rechnerisch daraus resultierende Defizite für das abgelaufene Haushaltsjahr werden mithin als konjunkturell ausgeklammert. Zu beachten ist allerdings, dass

... regelt das
Kontroll-
konto, ...

⁸ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Entwicklung der Steuereinnahmen in Deutschland und aktuelle steuerpolitische Fragen, Monatsbericht, Oktober 2008, S. 48.

⁹ Allerdings ist diese – sachlich durchaus nachvollziehbare – Ausnahme bei einer höher als erwarteten Neuverschuldung während des Vollzugs im Grundgesetz nicht vorgesehen. Die Anwendung sollte deshalb in dem engen Rahmen gehalten werden, der seinerzeit zusammen mit der Verfassungsreform vereinbart worden ist. Vgl. zu einer skeptischen Wertung: H. Kube, Kommentierung des Art. 115 GG, Rn. 205, in: T. Maunz, H. Dürig (Hrsg.), Grundgesetz, Kommentar (56. Ergänzungslieferung, 2009).

¹⁰ Gemäß Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente vom 9. Juli 2010.



zusätzliche Informationen häufig auch zu einer Neubewertung der mittelfristigen Wachstumsperspektiven führen, was bei der Aufstellung des nächsten Haushalts zu berücksichtigen ist. So wurden die gesamtwirtschaftlichen Projektionen, die den mittelfristigen Finanzplanungen zugrunde lagen, überwiegend nach unten korrigiert (vgl. zur Entwicklung im letzten Jahrzehnt das oben stehende Schaubild). Für eine symmetrische Konjunkturbereinigung muss in diesem Fall auch das BIP-Potenzial abgesenkt und somit – sowohl rückblickend als auch perspektivisch – ein größerer Teil der beobachteten Defizite als strukturell klassifiziert werden. Es wird häufig übersehen, dass sich wie im Zusammenhang mit den oben angesprochenen umfangreichen und unerwarteten Steuerausfällen – soweit diese als nicht konjunkturell

bedingt klassifiziert werden – auch in den Folgejahren strukturelle Lücken öffnen, die nicht über das Kontrollkonto aufgefangen werden dürfen und im nächsten aufzustellenden Budget vollständig zu schließen sind. Weiter wird bestimmt, dass auf dem Kontrollkonto aufgelaufene Schulden generell abgebaut werden sollen. Ab einem dort verbuchten Schuldenstand von über 1% des BIP sinkt die zulässige Kreditgrenze um den Überschreibungsbetrag beziehungsweise maximal 0,35% des BIP, wenn im betreffenden Haushaltsjahr ein Zuwachs des BIP oberhalb der Potenzialrate erwartet wird. Dies stellt eine Verschärfung gegenüber der in Artikel 115 GG vorgesehenen Obergrenze von 1,5% des BIP dar, um deren tatsächliche Einhaltung besser abzusichern (vgl. zur Anwendung der Schuldenbremse die zusammenfassende Übersicht auf S. 27).

Voll wirksam werden die neuen Regeln im Jahr 2016. Bis dahin besteht eine Übergangsregelung (§ 9 G 115) zum „Abbau des bestehenden Defizits“. Artikel 143d GG wird dahingehend konkretisiert, dass der Ausgangspunkt für die Kreditgrenze durch „das strukturelle Defizit des Haushaltsjahres 2010“ definiert und diese Grenze „ab dem Jahr 2011 in gleichmäßigen Schritten zurückgeführt wird“.

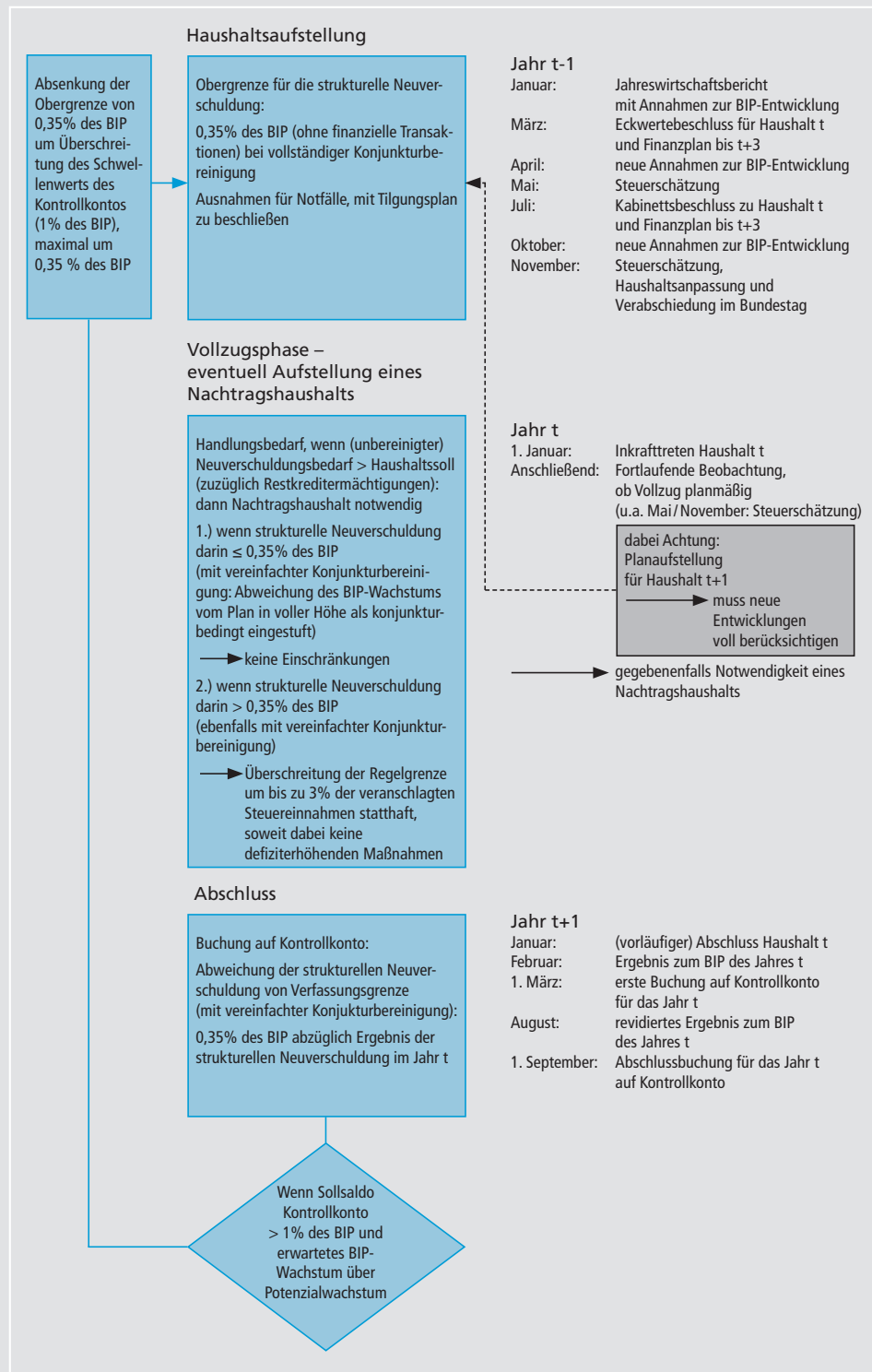
... und definiert Verschuldungsgrenze in der Übergangszeit

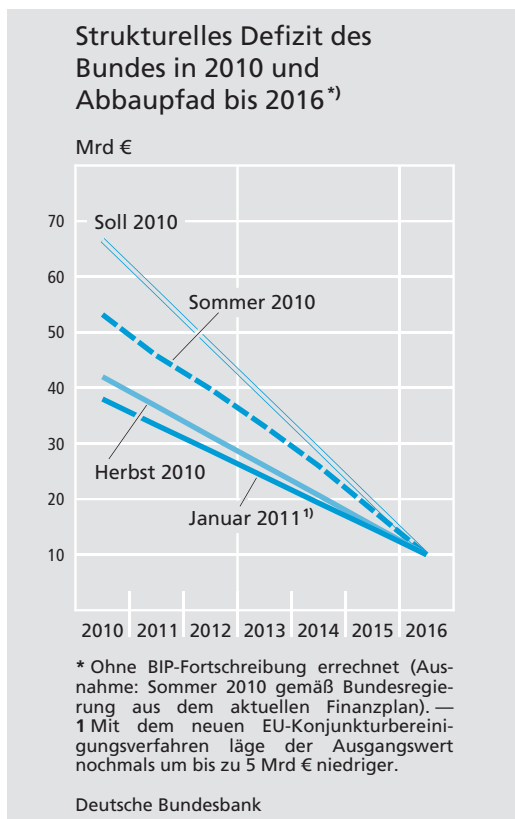
Zu einzelnen Aspekten der Umsetzung der Schuldenbremse durch den Bund

Grundsätzlich ist die deutsche Schuldenbremse gut geeignet, die Staatsverschuldung wirksam einzugrenzen. Entscheidend für den

Stringente Anwendung wichtig für Reformerfolg

Die Schuldenbremse im Haushaltszyklus des Bundes





Erfolg werden letztlich aber eine stringente Umsetzung und der Verzicht auf die Nutzung von Aufweichungsspielräumen sein.

Strukturelles Defizit 2010 als Ausgangswert der Schuldengrenze zwar im Sommer 2010 revidiert, ...

Die mit festen Abbauschritten ausgestaltete Neuverschuldungsgrenze in der Übergangsphase bis 2016 wird grundsätzlich durch das strukturelle Ausgangsdefizit im Jahr 2010 bestimmt. Nachdem der Haushaltsplan für das Jahr 2010 im März 2010 beschlossen worden war, verbesserten sich die Wirtschaftslage und die Aussichten zunehmend. So wurde im Frühsommer des vergangenen Jahres die erwartete strukturelle Neuverschuldung für 2010 auf 53 Mrd € revidiert, nachdem das strukturelle Soll im Haushalt 2010 noch mit 66 ½ Mrd € veranschlagt worden war.¹¹⁾ Obwohl bereits bei der Verabschiedung des Haushalts 2011 im November 2010 ein noch-

... danach aber keine weiteren Anpassungen

mals deutlich günstigeres Ergebnis absehbar war, wurde auf eine weitere Anpassung der Obergrenze für die Übergangszeit dann aber verzichtet, und auch der nochmals günstigere Haushaltsabschluss mit einem strukturellen Defizit von unter 40 Mrd € wurde nicht berücksichtigt (siehe das nebenstehende Schaubild). Nach Artikel 143d GG wäre eine entsprechende Absenkung des Ausgangswertes und damit auch des Anpassungspfades allerdings letztlich geboten.¹²⁾ Dies würde auch nicht die haushaltspolitische Kontinuität gefährden, da die Revision des strukturellen Defizits nicht nur das Jahr 2010 betrifft, sondern sich als Basiseffekt in die Folgejahre fortschreibt.¹³⁾ Nunmehr könnte hingegen durch die unterlassene Anpassung des Startwerts der im Juni 2010 vereinbarte Konsolidierungskurs gelockert und die erforderliche

11 Die Anpassungen gegenüber dem Soll 2010 wurden von der Regierung zunächst abgelehnt, vgl. dazu etwa: Bundestagsdrucksache 17/494, S. 14 f.

12 Vgl. dazu die Stellungnahmen der Bundesbank und des Bundesrechnungshofes zur Anhörung des Haushaltsausschusses am 21. März 2011 unter www.bundestag.de. Auch die Begründung des Gesetzentwurfs zur Reform des Grundgesetzes (Drucksache 16/12410) macht deutlich, dass ein aktueller Datenstand als Ausgangswert zugrunde zu legen ist. So wird auf die Prognoseunsicherheit verwiesen, und für den Fall einer ungünstigeren Entwicklung wurde im Grundgesetz sogar ein späterer Startzeitpunkt für den Defizitabbau zugestanden.

13 So fielen z.B. nicht nur 2010 Steuermehreinnahmen an, sondern die Erwartungen für die Folgejahre wurden sogar noch stärker angepasst. Gleiches gilt für die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt und bei den Zinsausgaben.

Konsolidierung zum guten Teil in die Zukunft verlagert werden.¹⁴⁾

*Fragwürdige
Gutschriften
auf dem
Kontrollkonto
eröffnen Ver-
schuldungs-
spielräume*

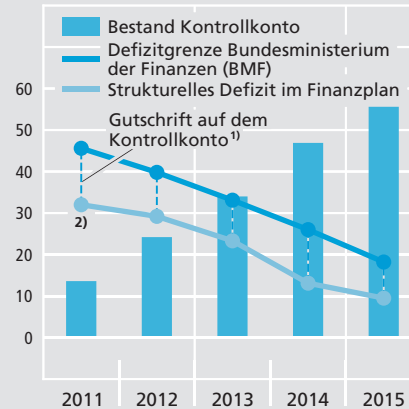
Die Beibehaltung der höheren Obergrenze schafft aber auch dann höhere Verschuldungsspielräume, wenn sie unterschritten werden sollte. So sind dann nach dem Ausführungsgesetz Gutschriften auf dem Kontrollkonto vorzunehmen, die sich nach dem aktuellen mittelfristigen Finanzplan allein in den Jahren 2012 bis 2015 auf eine Größenordnung von über 40 Mrd € summieren (vgl. das nebenstehende Schaubild). Diese können zwar nicht zur Veranschlagung höherer Defizite in künftigen Haushalten eingesetzt werden, erlauben aber den Ausgleich negativer Abweichungen im Vollzug. Werden also etwa die Wirkungen von Leistungsausweitungen oder Steuersenkungen im Haushalt unterschätzt, so können Fehlbeträge mit den auf dem Kontrollkonto verbuchten Guthaben auch aus der Übergangszeit gedeckt werden. Ein Rückgriff auf die strengere Regelung des Grundgesetzes, die Gutschriften explizit nur bei Unterschreitungen der regulären strukturellen Kreditgrenze von 0,35% des BIP vorsieht, scheint hier erwägenswert, um einer möglichen Regelaushöhlung vorzubeugen.

*Verfahrens-
wechsel bei
Konjunktur-
bereinigung
erhöht
Verschuldungs-
spielräume*

Ein weiterer Aspekt, der bei der Regelumsetzung kritisch zu bewerten ist, ist der Wechsel des Konjunkturbereinigungsverfahrens in der Übergangsphase.¹⁵⁾ Mit dem neuen Verfahren werden die als zyklisch klassifizierten Belastungen am aktuellen Rand deutlich größer ausgewiesen, wodurch die Strukturkomponenten bei gegebenen unbereinigten Defiziten niedriger ausfallen als zuvor. Eine der Regelungsabsicht der Schuldenbremse folgende

Buchungen auf dem Kontrollkonto^{*)} bei Umsetzung des Finanzplans bis 2015

Mrd €



* Speicher für Abweichungen der Ist-Kreditaufnahme von deren Verfassungsgrenze. — 1 Gutschrift bereits im jeweiligen Haushaltsjahr dargestellt. — 2 BMF-Erwartung vom Sommer 2011 für Neuverschuldung 2011 (rd. 30 Mrd €), bereinigt um eigene Schätzung für finanzielle Transaktionen und Konjunkturreffekt.

Deutsche Bundesbank

Anwendung des neuen Verfahrens macht somit auch eine entsprechende Neubewertung der strukturellen Lage im Ausgangsjahr 2010 notwendig. Durch das bisherige Unterlassen dieser Korrektur wird der strukturelle Ausgangswert um bis zu 5 Mrd € zu hoch ausgewiesen und der daraus abgeleitete

¹⁴ Eine Anpassung der Obergrenze an das Haushaltsergebnis 2010 hätte darüber hinaus den Vorteil, dass der Abbaupfad kaum noch durch Einmalmaßnahmen im Basisjahr beeinflusst würde. Das Defizit 2010 wurde durch Einmaltransfers an die gesetzliche Krankenversicherung und die Bundesagentur für Arbeit (BA) strukturell zunächst deutlich ausgeweitet (12 Mrd € im Soll), im Ergebnis kam es aber durch die Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen und die weitaus günstiger als veranschlagte Arbeitsmarktentwicklung, die den Zuschussbedarf der BA erheblich senkte, per saldo zu praktisch keinem Einmaleffekt. Der von der Regierung verwendete Startwert vom Sommer 2010 dürfte hingegen noch um 5 Mrd € durch Einmalmaßnahmen überhöht sein.

¹⁵ Mit dem Wechsel übernimmt die Bundesregierung für ihre Methode die von der Europäischen Kommission 2010 angestoßene Änderung des Konjunkturbereinigungsverfahrens.

strukturelle Verschuldungsspielraum in der Übergangszeit nochmals spürbar erhöht. Da das neue Verfahren auch aus anderen Gründen im Hinblick auf die Nutzung im Rahmen der Schuldenregel kritisch zu beurteilen ist, empfiehlt sich die Rückkehr zu dem für das Jahr 2010 verwendeten Ansatz.¹⁶⁾ Das neue Verfahren ist durch hohe Komplexität charakterisiert. Allgemein wird über die Notwendigkeit umfangreicher Einstellungen und Datengrundlagen die Transparenz der Schätzungen gefährdet. Zudem reagieren die Schätzergebnisse relativ stark auf kleinere, kaum objektivierbare Modellierungsentscheidungen, sodass das Verfahren vergleichsweise gestaltungsanfällig ist. Darüber hinaus wird durch fortlaufende methodische Änderungen die faktische Symmetrie der in Echtzeit geschätzten Konjunkturkomponenten stärker gefährdet. Sofern mit den Änderungen – wie zuletzt – am aktuellen Rand jeweils größere Konjunkturbelastungen ausgewiesen werden, droht ein anhaltendes Verschuldungswachstum. Aufgrund der grundsätzlichen und unvermeidbaren methodischen Schwierigkeiten der Konjunkturbereinigung empfiehlt es sich, auch die Konjunkturkomponenten auf einem eigenen Kontrollkonto zu verbuchen, um deren groben Ausgleich im Zeitverlauf einfach überprüfen und gegebenenfalls einem strukturellen Schuldenzuwachs entgegenwirken zu können. Damit würde unabhängig vom gewählten Verfahren sichergestellt, dass in diesem Zusammenhang ein allmähliches zusätzliches Anwachsen der Verschuldung vermieden wird.

Für die Wirksamkeit der Schuldenbremse ist zudem eine hinreichend strikte Abgrenzung

der finanziellen Transaktionen bedeutsam. Sonst besteht bei merklicher Haushaltsanspannung die Gefahr, dass Zahlungen als Darlehensvergabe oder Beteiligungserwerb klassifiziert werden, damit deren Umfang nicht durch die Defizitgrenze eingeschränkt wird. Im Extremfall könnten reguläre Ausgaben auf Darlehensbasis umgestellt werden. Verbunden mit niedrigen Zinsen bis hin zu vollständigen Schuldenerlassen könnten so erhebliche Transfers außerhalb der Schuldenbremse gewährt werden. Da die Ausklammerung der finanziellen Transaktionen gemäß der Gesetzesbegründung aber zur Annäherung an die Defizitregeln im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung erfolgte und deren Einhaltung sogar Verfassungsrang hat, sollten die europäischen Regeln letztlich auch für die Schuldenbremse relevant sein. Damit sollten Vorgänge mit bedeutenden Transferkomponenten ungeachtet ihrer haushaltsmäßigen Klassifizierung ebenso auf die Kreditaufnahmegrenzen angerechnet werden wie insbesondere auch Schuldenerlasse, die ohne haushaltswirksamen Zahlungsfluss das Finanzvermögen verringern. Allein Erwerbe tatsächlich werthaltigen Finanzvermögens dürfen im Sinne der Regelungsabsicht ausgeklammert bleiben.

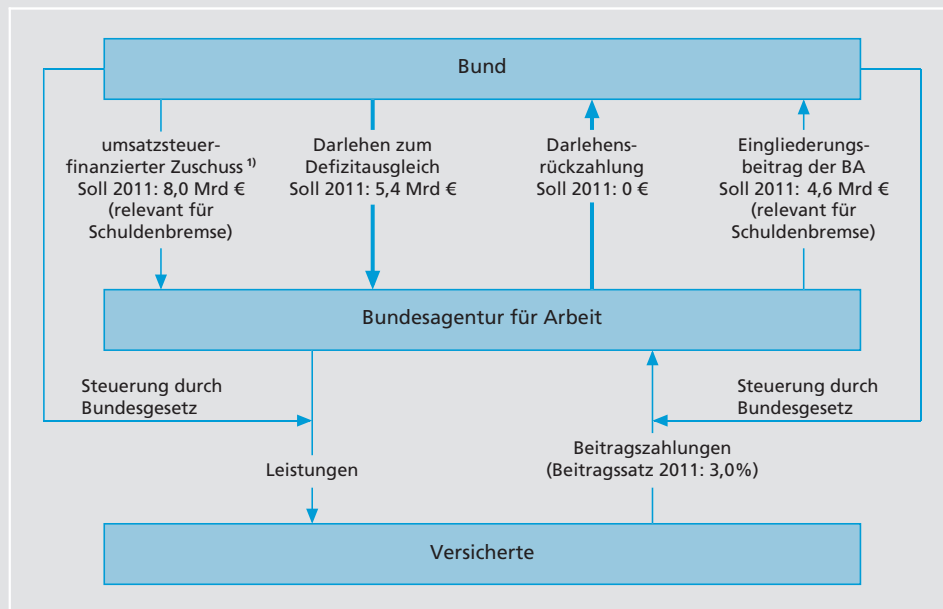
Diesem Grundansatz wird zunehmend Rechnung getragen. So wurden Kapitalzuführun-

Grundsatz, finanzielle Transaktionen nach strikten EU-Regeln einzugrenzen, ...

... zunehmend umgesetzt, ...

¹⁶ Vgl. zu den grundlegenden Problemen der neuen Vorgehensweise ausführlicher: Deutsche Bundesbank, Anforderungen an die Konjunkturbereinigung im Rahmen der neuen Schuldenregel, Monatsbericht, Januar 2011, S. 59–64. Bezüglich der Veröffentlichung der den Berechnungen zugrunde gelegten Daten durch die zuständigen Bundesministerien sind indes zwischenzeitlich deutliche Fortschritte zu verzeichnen.

Einfluss des Bundes auf die Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit (BA)



¹ Weitere für die Vorgaben der Schuldenbremse relevante Zahlung aus dem Bundeshaushalt: Verwaltungskostenerstattung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Soll 2011=4,3 Mrd € (überwiegend an BA).

Deutsche Bundesbank

gen an Entwicklungsbanken, die in den letzten Jahren ungeachtet fehlender Gewinnausschüttungen als Beteiligungserwerbe geführt wurden, im Haushaltsentwurf 2012 als Vermögenstransfer klassifiziert. Ebenso sind in diesem Entwurf auch die Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen generell nicht mehr in die finanziellen Transaktionen einbezogen, während dies 2011 noch für auslandsbezogene Abrufe und Tilgungen vorgesehen ist.

Weiterhin als finanzielle Transaktion wird indes der Defizitausgleich für die BA geführt. Die im Haushalt 2011 veranschlagten 5 ½ Mrd € sind als zinsfreie Darlehen ohne festen Rückzahlungstermin vorgesehen. Tilgungen sollen erfolgen, sobald die BA einen Überschuss erzielt. Dies ist dann kritisch zu sehen, wenn der BA-Beitragssatz über einen Zyklus

hinweg nicht ausreicht, um Einnahmen und Ausgaben zur Deckung zu bringen. Dabei kann der Bundesgesetzgeber die Finanzlage der BA selbst stark beeinflussen (siehe die oben stehende Darstellung). So werden bei der Anfang 2011 vereinbarten Reform der Grundsicherungsleistungen zur Gegenfinanzierung die umsatzsteuerfinanzierten Zahlungen des Bundes an die BA in vergleichbarem Umfang (2014 etwa 4 Mrd €) verringert. Damit wird eine auf die Schuldenregel anrechenbare Ausgabe für die BA gekürzt. Als Ersatz werden bei Bedarf als finanzielle Transaktion klassifizierte Bundesdarlehen zum Defizitausgleich gewährt. Nach den Regeln der Schuldenbremse besteht zu solchen Umstellungen ein starker Anreiz, der Rückzahlungen von der BA entgegenstehen könnte. Bemerkenswert ist dabei, dass schon der aktuelle

... Klassifizierung zinsfreier Darlehen an BA als finanzielle Transaktion aber zweifelhaft

BA-Beitragsatz ohne wesentliche Leistungskürzungen nicht als kostendeckend einzustufen ist.¹⁷⁾ Somit erscheint es problematisch, zinsfreie Darlehen an die BA zum Defizitausgleich als werthaltigen Finanzvermögenserwerb zu deklarieren. Es besteht die Gefahr, dass hier sukzessiv Kredite außerhalb der Schuldenbremse auflaufen.

Extrahaushalte und versteckte Defizite konsequent in Schuldenbremse einzubeziehen

Für den Erfolg der Schuldenbremse ist darüber hinaus der Umgang mit kreditgleichen Belastungen außerhalb des Kernhaushalts von Bedeutung. Ein zunächst erwogener Plan, vor deren Inkrafttreten ein kreditfinanziertes Sondervermögen zum Defizitausgleich für die Sozialversicherungen zu gründen, wurde nach sehr kritischen Reaktionen der Öffentlichkeit wieder verworfen. Seit 2011 ist dieses Schlupfloch gemäß Artikel 143d GG geschlossen. Vor dem Hintergrund der Regelungsabsicht sollte dieses Verbot konsequent auch auf alle anderen Einheiten des Bundes angewendet werden, die nach den europäischen Haushaltsregeln dem Sektor Staat zuzuordnen sind. Damit wären auch Unternehmen, die keine hinreichend kostendeckenden Preise für ihre Leistungen erheben oder nur über unzureichende Autonomie in ihrem Kerngeschäft verfügen, in die Begrenzungen der Schuldenbremse einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund ist beispielsweise das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarte Vorhaben, eine begrenzte Kreditfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur-Finanzierungsgesellschaft herzustellen,¹⁸⁾ zu überprüfen. Daneben bedürfen auch öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) einer kritischen Analyse. Wie bei den europäischen Verbuchungsregeln zur Berechnung des Maas-

tricht-Defizits sollte ihr Investitionsvolumen defizitwirksam erfasst werden, wenn der Staat die relevanten Projektrisiken trägt. Durch Einbeziehung solcher Vorhaben in die Schuldenbremse könnte zugleich unterstützt werden, dass Entscheidungen für ÖPP-Projekte tatsächlich auf Wirtschaftlichkeitsvorteilen fußen.

Harte Kreditobergrenzen schränken die Haushaltsflexibilität im Hinblick auf die Kreditfinanzierung naturgemäß ein. Um dennoch auch unter schwierigen Umständen die Neuverschuldungsgrenzen ohne erratische Kurskorrekturen einhalten zu können, ist grundsätzlich die Einplanung eines Sicherheitsabstandes zur Obergrenze dringend zu empfehlen. Die Problematik wird nicht zuletzt anhand der erheblichen Schätzunsicherheiten bezüglich der Entwicklung der Steuereinnahmen deutlich. Schwankungen der Aufkommensentwicklung werden auch ohne Wirkungen aus Rechtsänderungen, die mit Schätzunsicherheiten verbunden sind, häufig von den gängigen Konjunkturbereinigungsverfahren nur begrenzt als konjunkturell eingestuft.¹⁹⁾ Ohne Sicherheitsabstand zur verfassungsmäßigen Neuverschuldungsgrenze, entsteht bei unerwartet ungünstiger struktureller Steueraufkommensentwicklung schnell ein beträchtlicher Konsolidierungsbedarf.²⁰⁾

Strikte Schuldengrenze macht Sicherheitsabstand sehr ratsam

17 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Nachhaltiger Beitragsatz für die Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht, August 2011, S. 82 f.

18 Vgl.: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode, S. 35.

19 Vgl. S. 25 f.

20 Für die Haushaltsjahre 2003 bis 2006 hätte dieser für den Bundeshaushalt eine erhebliche Größenordnung von jeweils bis zu 10 Mrd € erreicht. Vgl.: J. Kremer und D. Stegarescu, Neue Schuldenregeln: Sicherheitsabstand für eine stetige Finanzpolitik, in: Wirtschaftsdienst, 9/2009, S. 632 f.

Zwar können in einem laufenden Haushalt mitunter erhebliche Zusatzlasten – über Restkreditemächtigungen oder gegebenenfalls auch in einem Nachtragshaushalt mit einem erweiterten Kreditrahmen – hingenommen werden. Dies gilt aber nicht für die Aufstellung des nächsten regulären Budgets, das zwingend die engen Vorgaben der Schuldenbremse einhalten muss. Die zur Einhaltung der Obergrenze dann kurzfristig notwendigen Maßnahmen können aber prozyklisch wirken. Durch eine ambitioniertere Grundausrichtung, die für einen ausreichenden Sicherheitsabstand erforderlich ist, lässt sich ein solcher problematischer Handlungsdruck vermeiden. Eine überraschend ungünstigere strukturelle Entwicklung könnte dann bis zum Erreichen der Obergrenze hingenommen werden. Aber auch abgesehen von der Problematik möglicher negativer Überraschungen wäre ein – im Normalfall eingehaltener – Sicherheitsabstand zwecks einer beschleunigten Rückführung der hohen Schuldenquote zu rechtfertigen.²¹⁾

Schuldenbremsen der Länder

Länder noch zurückhaltend bei Schuldenbremsen mit Verfassungsrang

Die Länder sind bei der Umsetzung der neuen Verfassungsregeln angesichts der langen Übergangszeit bis zum Jahr 2020 weit weniger fortgeschritten als der Bund (vgl. im Einzelnen die Erläuterungen auf S. 34 ff.). Einige Länder haben aber bereits ihre Verfassungen angepasst oder beraten über Änderungen. Die bisher verabschiedeten Reformen schöpfen dabei die Anpassungszeit voll aus. Im Sinne der strikten Zielsetzung der Schuldenbremse wäre freilich folgerichtig, dass Länder

mit relativ niedrigen Ausgangsdefiziten bereits deutlich früher auf die Möglichkeit zu einer strukturellen Neuverschuldung verzichten (vgl. zur Ausgangslage 2010 das Schaubild auf S. 38). Soweit Übergangspfade vorgesehen sind, sollten auch diese in Einklang mit der Zielsetzung einer konsequenten Verschuldungsbegrenzung konkretisiert werden.

Für die fünf Empfängerländer von Konsolidierungshilfen stecken in der Übergangszeit die in den Verwaltungsvereinbarungen mit dem Bund im Frühjahr 2011 abgestimmten Regeln den Defizitabbaupfad ab. Diese betreffen nicht zuletzt die – im Sinne der europäischen Vorgaben über den Kernhaushalt deutlich hinausgehende – Abgrenzung des Geltungsbereichs, die anzuwendende Konjunkturbereinigung sowie die Behandlung von finanziellen Transaktionen.

Einige Länder mit relativ günstiger Ausgangsposition haben Schuldenbremsen in ihren Landeshaushaltsordnungen verankert und teilweise sogar vor der Grundgesetzreform in Kraft gesetzt. Hier kam es allerdings mitunter zur Umgehung oder Nichtanwendung der nur einfachgesetzlich verankerten Grenzen. Vor diesem Hintergrund scheint es hilfreich, die Schuldenbremse bereits in der Über-

Konsolidierungshilfe-länder mit Vorgaben aus Verwaltungsvereinbarungen

Beschränkte Wirksamkeit gesetzlicher Regeln legt verfassungsmäßige Absicherung nahe

²¹ Eine gesetzliche Regelung könnte die Einplanung eines Sicherheitsabstandes vorschreiben. Um die gewünschte Pufferfunktion der staatlichen Haushalte zu erhalten, könnten Zielwerte deutlich unter der Obergrenze festgelegt werden, wobei bei unerwartet ungünstiger Entwicklung Belastungen auf die Finanzierungssalden durchwirken könnten und eine verzögerte Wiederannäherung an die strengeren Zielwerte festgelegt wird. Vgl. dazu ausführlich: Deutsche Bundesbank, Zur Reform des deutschen Haushaltsrechts, Monatsbericht, Oktober 2007, S. 47–68; sowie J. Kremer und D. Stegarescu, s. Fußnote 20, S. 633 ff.

Umsetzung der Schuldenregeln in den deutschen Ländern

Während die Schuldenbremse für den Bund seit dem Haushaltsjahr 2011 anzuwenden ist, können die Länder bis Ende 2019 entweder die bestehenden divergierenden landesspezifischen Regeln – die investitionsbezogenen Kreditgrenzen – erhalten oder neue Regeln vor dem Hintergrund der verabschiedeten Schuldenbremse beschließen. Ohne Anpassungen des Landesrechts gilt ab 2020 allerdings ein ausnahmsloses Neuverschuldungsverbot. Vor diesem Hintergrund haben vier Länder bereits ihre Verfassung geändert und das Neuverschuldungsverbot ab 2020 mit Ausnahmeklauseln im Rahmen der Vorgaben des Grundgesetzes verknüpft.

Nachdem Reformentwürfe unter anderem in Nordrhein-Westfalen und Thüringen die notwendigen

parlamentarischen Mehrheiten verfehlt hatten, wurde Schleswig-Holstein im Mai 2010 zum Vorreiter.¹⁾ Neben der Ausnahme für konjunkturbedingte Defizite wurde auch eine Notfallklausel eingeführt, deren Nutzung zur Verhinderung einer übermäßigen Inanspruchnahme an eine Zweidrittelmehrheit im Landtag gebunden wurde. Als Empfänger von Konsolidierungshilfen hat das Land zugleich einen Defizitabbaupfad in die Verfassung aufgenommen, bei dem sich ab 2011 die Kreditobergrenze ausgehend vom strukturellen Finanzierungssaldo 2010 jährlich um ein Zehntel des Ausgangswertes verringert. Allerdings wurde der Abbaupfad nicht zuletzt durch eine gezielte Anhebung des Startwerts zunächst teilweise entschärft, indem im Dezember 2010 einmalig – bei den Zinsausgaben eingesparte – Mittel von 60 Mio € zur Förde-

Schuldenbremsen in Landesverfassungen

Land	Allgemein	Ausnahmen	Tilgungsplan bei Ausnahme
Hessen	<ul style="list-style-type: none"> – Art. 141: Neuverschuldungsverbot ab 2020 – Art. 161: Defizitabbau ab 2011 (kein konkreter Abbaupfad vorgegeben) 	<ul style="list-style-type: none"> – Konjunktur symmetrisch berücksichtigt – Naturkatastrophen o. Ä. 	Innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu tilgen
Mecklenburg-Vorpommern	<ul style="list-style-type: none"> – Art. 65: Neuverschuldungsverbot ab 2020 – Art. 79a: Defizitabbau ab 2012 (kein konkreter Abbaupfad vorgegeben) 	<ul style="list-style-type: none"> – Konjunktur symmetrisch berücksichtigt – Naturkatastrophen o. Ä. 	Innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu tilgen
Rheinland-Pfalz	<ul style="list-style-type: none"> – Art. 117: Neuverschuldungsverbot ab 2020 – Änderungsgesetz, Art. 2: Defizitabbau ab 2011 mit „regelmäßig zu verringerndem strukturellen Defizit“ 	<ul style="list-style-type: none"> – Konjunktur symmetrisch berücksichtigt – Naturkatastrophen o. Ä. – bei „einer auf höchstens vier Jahre befristeten Anpassung an eine strukturelle, auf Rechtsvorschriften beruhende und dem Land nicht zurechenbare Änderung der Einnahme- oder Ausgabesituation“ 	Konjunkturgerechte Tilgung
Schleswig-Holstein ³⁾	<ul style="list-style-type: none"> – Art. 53: Neuverschuldungsverbot ab 2020 – Art. 59a: Defizitabbau ab 2011: Obergrenze verringert sich jährlich um 1/10, Ausgangswert 2010 	<ul style="list-style-type: none"> – Konjunktur symmetrisch berücksichtigt – Naturkatastrophen o. Ä. (Zweidrittelmehrheit erforderlich) 	Innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu tilgen
Niedersachsen	<ul style="list-style-type: none"> – Art. 71 (Gesetzentwurf der Koalition, Juni 2011, in Beratung): Neuverschuldungsverbot ab 2017 – Art. 71a: Defizitabbau ab 2011. Ausgangswert: Kreditaufnahme-Soll 2011, Grenze sinkt jährlich linear 	<ul style="list-style-type: none"> – Konjunktur symmetrisch berücksichtigt – Naturkatastrophen o. Ä. (Zweidrittelmehrheit erforderlich) 	Innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu tilgen

¹ Der Landtag sah sich zwar durch die Grundgesetzänderung in seinen Rechten verletzt. Ein im Februar 2010 gestellter Antrag beim Bundes-

verfassungsgericht (2 BvG 1/10) wurde aber mangels Klagebefugnis zurückgewiesen. — ² Vgl. zu deutlicher Kritik an der erwähnten

zung des Kinderbetreuungsausbaus zur Verfügung gestellt und somit der Ausgangswert des Defizitabbaupfads um diesen Betrag auf 1,3 Mrd € erhöht wurden. Die detaillierteren gesetzlichen Ausführungsbestimmungen stehen zwar noch weitgehend aus, Artikel 53V der Landesverfassung deutet aber an, dass neben einer Bereinigung um finanzielle Transaktionen auch ein Kontrollkonto vorgesehen ist. Anhand der öffentlich verfügbaren Informationen ist allerdings nicht zu erkennen, wie der im Haushaltsplan für 2011 und 2012 ausgewiesene konjunkturbedingte Teil der Nettokreditaufnahmen bestimmt wurde. Damit ist auch nicht nachzuvollziehen, inwieweit die Verfassungsvorgabe zum strukturellen Defizitabbau tatsächlich erfüllt wird.²⁾

Im Dezember 2010 änderte auch Rheinland-Pfalz seine Landesverfassung. Grundsätzlich lehnt sich die Regel eng an die Vorgaben des Grundgesetzes an und schreibt darüber hinaus bis 2019 eine – wenngleich nicht mit jährlichen Abbauschritten konkretisierte – kontinuierliche Rückführung des strukturellen Defizits vor. Allerdings ist neben den Ausnahmen gemäß Artikel 109 GG auch eine auf maximal vier Jahre begrenzte, mit Tilgungsvorgaben verbundene Ausnahme vom Neuverschuldungsverbot vorgesehen, wenn aufgrund einer dem Land nicht zurechenbaren Veränderung der Rechtslage Belastungen hinsichtlich der Einnahmen oder Ausgaben eintreten. Hierzu werden auch solche Maßnahmen gerechnet, die vom Bundesrat beschlossen werden, da das Land „keinen unmittelbaren Einfluss“ sieht.⁴⁾ Fraglich ist indes, ob diese Regelung ab 2020 in Einklang mit den Vorgaben des Grundgesetzes steht. Vor dem Hintergrund der auf die Einhaltung der europäischen Regeln zielenden Bestimmungen in Artikel 109 II GG folgerichtig erscheint dagegen die Vorgabe in Artikel 117 III der Landesverfassung, dass die Schuldenbremse auch über den Kernhaushalt hinaus Wirkung entfaltet. Ob die gewählten Kriterien der im Grundgesetz vorgezeichneten Abgrenzung hinreichend entsprechen, wird sich letztlich bei der Umsetzung zeigen.

Hessen entschied sich nach einem Landtagsbeschluss in einer Volksabstimmung im März 2011 für eine Schuldenbremse in der Landesverfassung. Die wesentlichen Regelungen lehnen sich eng an die Vorgaben des Grundgesetzes an. Darüber hinaus hat sich eine breite Mehrheit im Landtag bereits auf einige Eckpunkte des noch ausstehenden Ausführungsgesetzes verständigt,⁵⁾ wobei nicht zuletzt eine Bereinigung der Einnahmen und Ausgaben um finanzielle Transaktionen, ein transparentes – noch im Detail festzulegendes – Konjunkturbereinigungsverfahren sowie eine Art Kontrollkonto in Anlehnung an die Regelung auf Bundesebene vorgesehen sind. Für Extrahaushalte sind Neuverschuldungsmöglichkeiten an eine zu diesem Zweck zu erlassende gesetzliche Ausnahme gebunden, worin ein Ansatzpunkt gesehen werden könnte, die Wirksamkeit der Schuldenbremse spürbar einzuschränken.

Ende Juni 2011 folgte Mecklenburg-Vorpommern mit einer Verfassungsreform, die die Bestimmungen des Grundgesetzes übernimmt. Entsprechende Ausführungsgesetze stehen auch hier noch aus, wobei der Landeshaushalt angesichts seiner guten Ausgangsposition beim Finanzierungssaldo im Wesentlichen im Hinblick auf das bis 2020 erfolgende Abschmelzen der umfangreichen Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für die neuen Länder anzupassen sein wird.

Eine Anpassung der Landesverfassung ist auch in anderen Ländern wie beispielsweise in Niedersachsen in der Diskussion. Der Entwurf dort sieht den Startzeitpunkt 2017 für das grundsätzliche Neuverschuldungsverbot vor. Für die Übergangszeit ist die Vorgabe eines linearen Abbaupfads geplant, der durch die vorgesehene Bezugnahme auf das – aus aktueller Sicht hohe – Haushaltssoll 2011 für die Nettokreditaufnahme aber in den ersten Jahren den Anpassungsbedarf mindern dürfte. Bei der ersten Anwendung der neuen Regeln im Jahr 2012 würde damit gegenüber der alten Verfassungs-

„Sprungschance“ sowie an der fehlenden Transparenz bezüglich der Konjunkturreffekte auch: Landesrechnungshof Schleswig-Holstein, Be-

merkungen 2011, S. 41ff., unter www.landesrechnungshof-sh.de. — 3 Konsolidierungshilfeempfänger. — 4 Vgl. dazu die Begründung des

noch: Umsetzung der Schuldenregeln in den deutschen Ländern

grenze sogar noch ein zusätzlicher Verschuldungsspielraum ermöglicht.

In den Konsolidierungshilfsländern scheint nach Abschluss der Verwaltungsvereinbarungen im Frühjahr 2011 aufgrund der dort bereits mit konkreten Berechnungsvorschriften festgelegten Defizitabbauaufpfade, an deren Einhaltung die Auszahlung der Konsolidierungshilfen nach Artikel 143d GG gebunden ist, keine Dringlichkeit zu darüber hinausgehenden Gesetzesinitiativen gesehen zu werden.⁶⁾ Die Bestimmungen regeln neben dem Konjunkturbereinigungsverfahren den schrittweisen Abbau der um finanzielle Transaktionen bereinigten Ausgangsdefizite, wobei auch hier die Startwerte insbesondere durch Bezugnahme auf das Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2010 überhöht ausfallen und damit den Konsolidierungsdruck am aktuellen Rand erheblich entschärfen („Sprungchance“). Dies ist vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit für die Zukunft versprochenen, dann aber nicht realisierter Sanierung bedenklich. Eine bei Wahrung der Vorgaben der Verwaltungsvereinbarung eingetretene Überschreitung der bisherigen verfassungsmäßigen (investitionsorientierten) Neuverschuldungsgrenze im Jahr 2011 wurde im Falle Bremens sogar vom Staatsgerichtshof zur Überwindung einer extremen Haushaltsnotlage übergangsweise explizit gebilligt.⁷⁾ Bei einer solchen Rechtsauslegung kommt der strikten Einhaltung der vereinbarten – zunächst freilich weitgehend unambitionierten – Defizitobergrenzen für die Übergangszeit herausgehobene Bedeutung zu.

Statt einer Verfassungsreform haben bisher sechs Länder (Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) grundsätzliche Neuverschuldungsverbote in ihren Landshaushaltsordnungen (LHO) eingeführt und zum Teil bereits in Kraft gesetzt. Die Ausnahmeregelungen sind im Vergleich zu denen in den genannten reformierten Landesverfassungen oft etwas großzügiger und umfassen beispielsweise auch Einnah-

menausfälle, die eine Mindestgröße überschreiten (Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen). Die volle Vereinbarkeit mit den Vorgaben des Grundgesetzes ab 2020 scheint damit nicht zweifelsfrei gesichert. Ein Neuverschuldungsverbot in der LHO – im Gegensatz zur Verfassung – kann in der Übergangszeit zudem durch ein weiteres Gesetz außer Kraft gesetzt werden und bietet insofern deutlich weniger Schutz vor einer stark wachsenden Verschuldung der staatlichen Haushalte.

Beispiele, in denen ein in der LHO enthaltenes Neuverschuldungsverbot bereits in der Praxis ausgehebelt wurde, finden sich etwa in Bayern und Baden-Württemberg. Zur Rekapitalisierung der in der Finanzkrise angeschlagenen BayernLB gab es in Bayern im Rahmen eines Nachtragshaushalts 2008 eine Kreditermächtigung über 10 Mrd €, wobei zur Rechtfertigung nicht eine der Ausnahmesituationen der LHO angeführt, sondern schlicht mit einem außerordentlichen Bedarf nach Artikel 82 der Landesverfassung argumentiert und die Nichtanwendung der LHO-Regelungen bestimmt wurde. In Baden-Württemberg versicherte die im Frühjahr 2011 gewählte Regierung zwar, schon innerhalb dieser Legislaturperiode deutliche Konsolidierungserfolge verzeichnen zu wollen und das tatsächliche Gewicht der Verschuldung künftig mit begleitenden Vermögensrechnungen zu veranschaulichen. Eine Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung wird derzeit aber offenbar nicht erwogen. Der vierte Nachtragshaushalt 2011 lässt zudem kaum Konsolidierungsbemühungen erkennen: Das Haushaltsvolumen steigt, und der Haushalt wird entgegen dem bestehenden Neuverschuldungsverbot weiterhin mit Krediten ausgeglichen, obwohl die in der LHO vorgesehenen Voraussetzungen für eine Ausnahme augenscheinlich nicht mehr vorliegen.⁸⁾ Allerdings wurde schon zuvor die Begrenzungsregel – die ohne Ausschluss finanzieller Transaktionen aufgestellt wurde – umgangen, indem Kreditaufnahmen auf neu gegründete Zweckgesellschaften außerhalb des Haushalts ausgelagert

Gesetzentwurfs: Landtag Rheinland-Pfalz, Drucksache 15/4966, S. 7. — 5 Vgl. dazu: Hessischer Landtag, Drucksache 18/3492. — 6 Die verein-

barten Obergrenzen für das strukturelle Finanzierungsdefizit wurden indes in Bremen in die Landshaushaltsordnung übernommen. —

Schuldenbremsen in Landeshaushaltsordnungen

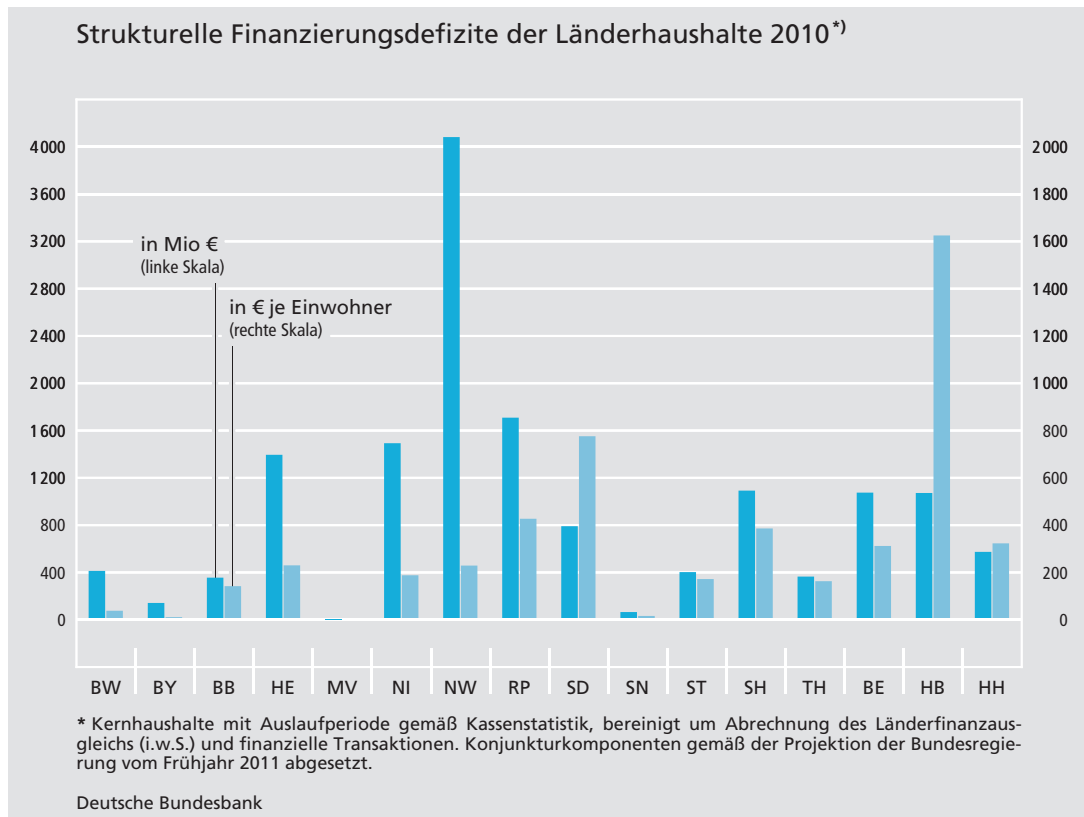
Land	Allgemein (Verkündungsdatum)	Ausnahmen	Tilgungsplan
Baden-Württemberg	§ 18 (12. Februar 2007): Neuverschuldungsverbot ab 2008	<ul style="list-style-type: none"> – Bis zur Höhe der Verschuldung Ende 2007: Sicherung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts – Rückgang der Steuereinnahmen des Landes um mindestens 1% gegenüber dem Vorjahr – Naturkatastrophen o. Ä. 	Generelle Tilgungsfrist: sieben Jahre
Bayern	§ 18 (22. Dezember 2000): Neuverschuldungsverbot ab 2006	<ul style="list-style-type: none"> – Sicherung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts 	Keine Vorschrift
Bremen ³⁾	§ 18a (17. Mai 2011): Konsolidierungsverpflichtungen 2011 bis 2019, Obergrenzen aus Verwaltungsvereinbarung		
Hamburg	§ 18 (12. Juni 2007): Neuverschuldungsverbot ab 2013	<ul style="list-style-type: none"> – Sicherung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts 	Ja, aber keine Fristvorgabe
Sachsen	§ 18 (12. Dezember 2008): Neuverschuldungsverbot ab 2009	<ul style="list-style-type: none"> – Bis zur Höhe der Verschuldung Ende 2008: Sicherung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts – Rückgang der Steuereinnahmen um mehr als 3% – Naturkatastrophen o. Ä. 	Generelle Tilgungsfrist: fünf Jahre
Sachsen-Anhalt ³⁾	§ 18 (17. Dezember 2010): Neuverschuldungsverbot ab 2012	<ul style="list-style-type: none"> – Konjunkturbedingte Einnahmehausfälle – Naturkatastrophen o. Ä. 	Beginn spätestens vier Jahre nach Aufnahme
Thüringen	§ 18 (08. Juli 2009): Neuverschuldungsverbot ab 2011	<ul style="list-style-type: none"> – Steuerliche Einnahmen kleiner als der Durchschnitt der drei Jahre vor Haushaltsaufstellung – Naturkatastrophen o. Ä. 	Fünf Jahre ab erstem ausgeglichenen Haushaltsjahr

wurden. Baden-Württemberg nutzte diese Umgehungsmöglichkeit erstmals 2009, als die Landesbank Baden-Württemberg durch eine Kapitalerhöhung gestützt wurde, die im Umfang von 2 Mrd € über eine mit einer Gewährleistung des Landes ausgestattete, in der Maastricht-Abgrenzung dem Staatssektor zugeordnete Gesellschaft kreditfinanziert wurde. Darüber hinaus übernahm das Land zur Risikoabschirmung Gewährleistungen in Höhe von 12½ Mrd € mit Auswirkung auf den Maastricht-Schuldenstand. Ende 2010 beschloss es zudem, in erheblichem Umfang Aktien des regionalen Energieversorgers über eine Landesgesellschaft zu erwerben, für die Garantien von bis zu 6 Mrd € bereitgestellt wurden. Auch hier ist in der Maa-

tricht-Abgrenzung letztlich ein beträchtlicher Effekt auf den staatlichen Schuldenstand zu erwarten. Dabei ist grundsätzlich festzuhalten, dass aus finanziellen Transaktionen beim Erwerb von werthaltigen Unternehmensanteilen entstandene Schulden im Rahmen der Schuldenbremse des Grundgesetzes von der Kreditgrenze ausgeklammert hätten werden dürfen. Unabhängig von der konkret anzuwendenden Klassifizierung der genannten Transaktionen sieht dies die LHO aber nicht vor. Auch ist offen, inwiefern an der gesetzlich vorgeschriebenen Tilgung von über die Ausnahme Klausel bei Steueraufkommensrückgängen aufgelaufenen Schulden festgehalten wird.

7 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, August 2011, S. 80. — 8 Weder ist das Vorliegen einer Naturkatastro-

phe oder vergleichbaren Notlage noch ein Rückgang der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um mindestens 1% zu konzidieren.



gangszeit im Landesverfassungsrecht abzusichern.

für die Länder dringend empfehlenswert, größere Sicherheitsabstände einzuplanen.

Verzicht auf „Sprungschanze“ auch bei Ländern wichtig

Einer mit dem Reformziel kompatiblen Festsetzung von Startwerten für die Defizitabbauaufgabe kommt zur Sicherstellung des Haushaltsausgleichs 2020 hohe Bedeutung zu. Hier ist ein „Sprungschanzeneffekt“ durch einen überhöhten Ansatz zu vermeiden, der die Konsolidierung – wie so häufig in der Vergangenheit – in die Zukunft verschiebt. Auch die Länder sollten die derzeit guten Bedingungen nutzen, um das Ziel eines strukturellen Haushaltsausgleichs möglichst schnell zu erreichen, und nicht auf die letzten Jahre vor Auslaufen der Korrekturfrist setzen. Grundsätzlich ist es angesichts der harten verfassungsrechtlichen Vorgaben auch

Ausblick und Schlussfolgerungen

Mit der neuen Schuldenbremse für den Bund und die Länder sollten die wichtigsten Schwächen der alten Neuverschuldungsgrenze behoben werden. Statt der gestaltungsanfälligen investitionsbezogenen Regelung wurde ein strukturell mindestens annähernd beziehungsweise vollständig ausgeglichener Haushalt vorgeschrieben. Anders als zuvor zielt die Vorgabe auch unstrittig auf die Ausführungsphase. Weiterhin wurden die zuvor zur Aushöhlung genutzten Ausnahmemöglichkeiten erheblich eingeschränkt. Wichtig ist hierfür insbesondere, dass für die ausnahms-

Schuldenbremse kann die wichtigsten Schwächen der alten Verfassungsregeln überwinden ...

weise aufgenommenen Schulden ein Tilgungsplan beschlossen werden muss. Schließlich wurde auch die Möglichkeit gestrichen, die Kreditbegrenzung durch Sondervermögen des Bundes zu umgehen.

... und den bedenklichen Trend der Schuldenquote umkehren

Die Regeln sind grundsätzlich gut geeignet, den vorangegangenen starken und fast kontinuierlichen Anstieg der staatlichen Schuldenquote zu stoppen und umzukehren. Im laufenden Jahr ist insbesondere vor dem Hintergrund der unerwartet günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eine sehr positive Entwicklung der Defizite des Bundes und der Länder zu verzeichnen. Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch immer ein größerer Konsolidierungsbedarf, eine sehr hohe Schuldenquote und nicht zuletzt absehbare Belastungen aus der demographischen Entwicklung vorhanden sind. Die neue Schuldenregel dürfte auch einen positiven Einfluss auf die aktuelle fiskalische Entwicklung gehabt haben. Die Einhaltung solcher Regeln unter unerwartet günstigen Umständen ist indes sicherlich nicht der entscheidende Test. Wichtig ist es vielmehr, die guten Zeiten zu einer zügigen Konsolidierung zu nutzen und die Vorgaben dann auch unter schwierigen Umständen konsequent einzuhalten.

Erste Erfahrungen noch nicht voll zufriedenstellend und einige Fragen offen

Einige aktuelle Erfahrungen mahnen dabei zur Vorsicht und zeigen an, dass im politischen Tagesgeschäft durchaus Tendenzen zu einer wenig stringenten Regelauslegung bestehen. Insbesondere die bisherige Festlegung eines überhöhten Startwerts für die Übergangsphase von 2011 bis 2015 für den Bundeshaushalt belegt eine wenig ambitio-

nierte Herangehensweise. Um die Regelungsabsicht wirksam zu sichern, wäre es außerdem wichtig, dass die von der Schuldenbremse ausgeklammerten finanziellen Transaktionen sachgerecht abgegrenzt werden. Hier wurden zuletzt deutliche Verbesserungen erzielt, aber beispielsweise wäre die Klassifizierung des Defizitausgleichs für die BA noch zu überprüfen. Auch ist darauf zu achten, dass ein transparentes Konjunkturbereinigungsverfahren genutzt und ein allmähliches Anwachsen als konjunkturell klassifizierter Verschuldung vermieden wird. Eine Dokumentation der kumulierten Konjunkturlasten könnte hier helfen, Fehlentwicklungen aufzudecken und gegebenenfalls Korrekturmaßnahmen einzuleiten. Verhindert werden sollte auch, dass eine Verschuldung außerhalb der Kernhaushalte und der Schuldenbremse erfolgt. Über die Extrahaushalte hinaus ist dabei nicht zuletzt auf dem Staatssektor zuzurechnende ÖPPs zu achten.

Einige Länder haben bereits eine Schuldenbremse in ihre Verfassung oder zumindest in die Haushaltsordnung aufgenommen. Auch angesichts fehlender Ausführungsbestimmungen bleibt aber abzuwarten, wie die im Grundgesetz vorgesehene Schuldenbegrenzung letztlich umgesetzt wird. Zudem scheinen einige Länder die Konsolidierung eher aufzuschieben. Dies bedroht das Erreichen des für 2020 festgelegten Haushaltsausgleichs, wenn wie häufig in der Vergangenheit der dann notwendige umfassendere Konsolidierungsbedarf zum Ende der Anpassungsperiode als nicht darstellbar angesehen wird, weil er etwa in ungünstige gesamtwirtschaftliche Zeiten fällt. Der bisherige Umgang

Gefahr, dass Länder die Anpassungslast aufschieben

mit Haushaltsproblemen von Ländern mit besonders hohen Budgetdefiziten ist sicherlich nicht ermutigend. Der zur Prävention von Haushaltsnotlagen neu gegründete Stabilitätsrat ist deshalb grundsätzlich zu begrüßen und kann einen wesentlichen Beitrag im Hinblick auf solide Staatsfinanzen leisten. Allerdings besteht die Gefahr, dass die verwendeten Kennzahlen und Referenzwerte drohende Haushaltsnotlagen nicht frühzeitig anzeigen. Zudem sind nur begrenzte Möglichkeiten zur Sanktionierung von Ländern mit Schwächen beim Defizitabbau vorhanden. Auch könnten umfassendere, unmittelbar vergleichbare Informationen vorgelegt werden, um Transparenz hinsichtlich Haushaltslage und -planungen der einzelnen Gebietskörperschaften herzustellen. Hierdurch könnten Überwachung und Absicherung der im Rahmen der Schuldenbremse vereinbarten Haushaltsdisziplin spürbar erhöht werden.

Nicht zuletzt angesichts der Bedeutung der deutschen Schuldenbremse als Orientierungspunkt im Rahmen der Europäischen Währungsunion ist eine konsequent intentionsgemäße Umsetzung von entscheidender Bedeutung. Als notwendig erachtete finanzpolitische Spielräume für unerwartete Entwicklungen können durch Sicherheitsabstände zur verfassungsmäßigen Verschuldungsobergrenze geschaffen werden. Auch für die Übergangszeit empfiehlt sich dieses Vorsichtsprinzip. Die aus einer konsequenten Konsolidierungspolitik resultierende rückläufige Belastung durch Zinsausgaben eröffnet perspektivisch wachsende finanzpolitische Gestaltungsmöglichkeiten. Dabei macht allein die aktuelle Staatsschuldenkrise mehr als deutlich, von welcher elementaren Bedeutung solide Staatsfinanzen und auch glaubwürdige Fiskalregeln nicht zuletzt für eine robuste gesamtwirtschaftliche Entwicklung sind.

*Elementare
Bedeutung
solider Staats-
finanzen ver-
langt nach
konsequenter
Umsetzung
gemäß
Regelungs-
absicht*

Die außenwirtschaftliche Position Deutschlands vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftspolitischer Überwachung

Als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise gibt es sowohl auf internationaler als auch auf europäischer Ebene Bestrebungen, die bestehende wirtschaftspolitische Koordinierung zu intensivieren. Im Rahmen der makroökonomischen Überwachung der EU („Economic Governance“), aber auch auf Ebene der G20 („Mutual Assessment Process“: MAP) sollen volkswirtschaftliche Entwicklungen auf ihre Tragfähigkeit hin untersucht werden. Ausgangspunkt des Überwachungsverfahrens auf europäischer Ebene wird ein Frühwarnsystem auf Basis ausgewählter Indikatoren sein. Der Aufsatz skizziert methodische Ansätze zur Bestimmung von Schwellenwerten („benchmarks“), die als Richtwerte für eine tragfähige außenwirtschaftliche Position herangezogen werden können. Wenn sich die Hinweise auf potenzielle oder bestehende Ungleichgewichte in einer detaillierten Länderanalyse bestätigen, sollen Empfehlungen ausgesprochen werden, die die betroffenen Volkswirtschaften zu wirtschaftspolitischen Reformen veranlassen. Eigene empirische Untersuchungen zeigen, dass sich die „hinter der Leistungsbilanz“ stehenden Spar- beziehungsweise Investitionsentscheidungen durch marktkonforme wirtschaftspolitische Maßnahmen jedoch nur moderat beeinflussen lassen. Zusätzlich erschweren Wirkungsverzögerungen eine klare Zuordnung der Effekte auf die Leistungsbilanz.

Mit Blick auf Deutschland steht mitunter der Überschuss der Leistungsbilanz in der Kritik. Diese Kritik könnte durch die Überwachungsverfahren zusätzlich verstärkt werden, wenn – wie es sich abzeichnet – auch positive Positionen der Leistungsbilanz als Hinweis auf mögliche Fehlentwicklungen angesehen werden. Dem ist entgegenzuhalten, dass sich aus der im internationalen Vergleich hohen deutschen Nettoersparnis – anders als im Falle von Leistungsbilanzdefiziten – keine Zahlungsverpflichtungen ergeben, deren Nichterfüllung Risiken für andere Länder oder die Stabilität der Währungsunion birgt.

Letztlich sind der Leistungsbilanzsaldo und die Auslandsposition keine eigenständigen wirtschaftspolitischen Zielgrößen, sondern das Ergebnis zahlreicher, überwiegend privatwirtschaftlicher Entscheidungen im Inland und im Ausland. Allerdings können diese in der Summe zu Fehlentwicklungen führen, die das Funktionieren der Europäischen Währungsunion beeinträchtigen und die Anfälligkeit der internationalen Kapitalmärkte erhöhen. Andererseits gilt es, angesichts der aufgezeigten Diagnoseprobleme sowie der eingeschränkten Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen eine Balance zu finden zwischen berechtigten Eingriffen, um Stabilitätsrisiken für andere Volkswirtschaften oder den Euro-Raum als Ganzes abzuwenden, und einer zu vermeidenden Feinsteuerung wirtschaftlicher Entwicklungen.

Einführung

Durch die Finanzkrise sind die globalen Ungleichgewichte, ...

Durch die Finanzkrise sind die globalen Ungleichgewichte verstärkt in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion gerückt. Deuteten die ausgeprägten Unterschiede im Spar- und Investitionsverhalten verschiedener Volkswirtschaften bereits in den Jahren davor auf eine nicht tragfähige weltwirtschaftliche Entwicklung hin, wurde ihnen nach Ausbruch der Finanzkrise häufig sogar eine Mitverantwortung für diese zugesprochen.¹⁾

... aber auch die Divergenzen im Euro-Raum verstärkt in den Fokus gerückt

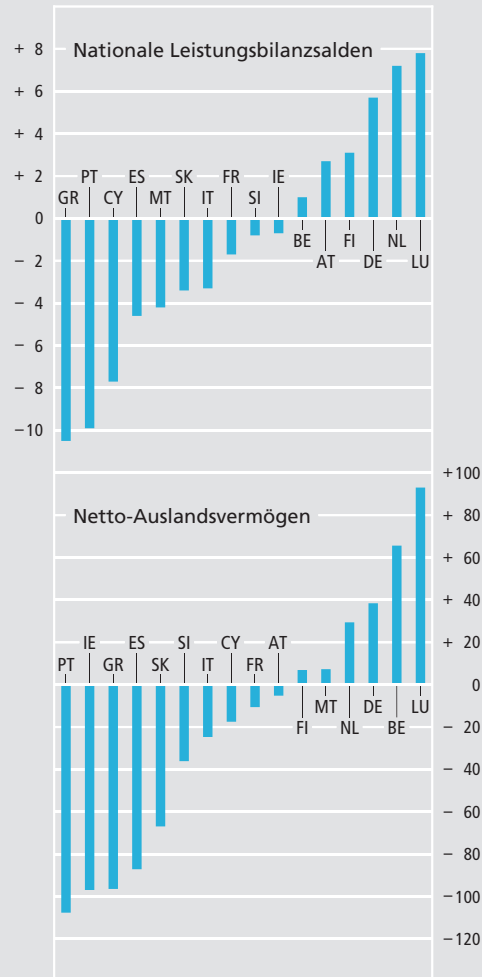
Auch für den Euro-Raum wurden die hier bestehenden Ungleichgewichte kontrovers diskutiert.²⁾ So lässt sich seit Mitte der neunziger Jahre eine persistente und zunehmende Abweichung der Leistungsbilanzpositionen der Mitgliedstaaten im heutigen Währungsgebiet feststellen. Während sich seit Beginn des Jahrtausends in Deutschland sowie Österreich, Belgien, Finnland, den Niederlanden und Luxemburg zum Teil wachsende Leistungsbilanzüberschüsse einstellten – Deutschland erreichte 2007 mit beinahe 7,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einen nationalen Höchstwert, der von Luxemburg und den Niederlanden noch übertroffen wurde –,

1 Zwar hat der ausgeprägte Zufluss von Liquidität in die USA u. a. die Exzesse am dortigen Häusermarkt möglicherweise begünstigt. In erster Linie waren aber wohl regulatorische Mängel für den Zusammenbruch des US-Subprime-Markts verantwortlich. Vgl.: EZB, Prospects of real and financial imbalances and a global rebalancing, Monatsbericht, April 2010.

2 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum, Monatsbericht, Juli 2010, S. 17–40; sowie: Europäische Kommission (2006), Focus: Widening Current Account Differences within the Euro Area, Quarterly Report on the Euro Area, Vol. 5, 4, S. 25–37; Europäische Kommission (2010), Surveillance of Intra-Euro-Area Competitiveness and Imbalances, European Economy 1, Directorate General, Economic and Financial Affairs.

Außenwirtschaftliche Positionen der EWU-Länder

2010, in % des BIP



Quellen: Eurostat, IWF und eigene Berechnungen.

Deutsche Bundesbank

wiesen die Leistungsbilanzen der restlichen Euro-Länder zum Teil erheblich steigende Defizite auf.

Entsprechend ergaben sich beachtliche Verschiebungen in den Vermögenspositionen der Volkswirtschaften gegenüber dem Ausland. Im Falle Deutschlands stieg das Netto-Auslandsvermögen von 8,7% des BIP im Jahr 2001 auf 38,4% Ende 2010. Demgegenüber

nahm zum Beispiel in Portugal, Griechenland und Spanien, aber auch in einigen jüngeren EWU-Mitgliedsländern Mittel- und Osteuropas die Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland stark zu.

Unterschiedliche makroökonomische Entwicklungen in einer Währungsunion nicht grundsätzlich problematisch, ...

Unterschiedliche makroökonomische Entwicklungen sind auch in einer Währungsunion nicht per se ein Indiz für zunehmende Ungleichgewichte. So erscheint es grundsätzlich durchaus gerechtfertigt, dass Länder mit einer stärker alternden Bevölkerung und hohem Pro-Kopf-Einkommen eine höhere Sparquote aufweisen als Staaten mit wachsender Bevölkerung und weniger entwickelte Volkswirtschaften, die ihren Konsum und ihre Investitionen in Erwartung eines raschen und anhaltenden Konvergenzprozesses zum Teil im Ausland finanzieren.³⁾

Darüber hinaus kam es mit der verstärkten Integration der Finanzmärkte auch zu divergierenden Investitionsentwicklungen. Die Bereitstellung von Kapital dort, wo es gemäß den Erwartungen der Anleger den höchsten Grenzertrag liefert, und die damit einhergehende ausgeprägte Investitionstätigkeit in den Staaten Süd-, Mittel- und Osteuropas entsprechen grundsätzlich gängigen ökonomischen Vorstellungen.

... doch sind die zugrunde liegenden Ursachen im Blick zu behalten

Allerdings warf die Größenordnung der Leistungsbilanzdefizite zusammen mit der aufgelaufenen Netto-Auslandsverschuldung einiger Länder bereits vor Ausbruch der Finanzkrise die Frage auf, inwieweit die Salden tatsächlich im Einklang mit dem Finanzierungsbedarf des Aufholprozesses stehen und nachhaltig sind. Untersuchungen liefer-

ten Hinweise darauf, dass sich Verschiebungen in den Leistungsbilanzpositionen der EWU-Länder vollzogen, die teilweise weit über das hinausgingen, was allein durch realwirtschaftliche Konvergenz erklärt werden kann.⁴⁾

Die Finanzkrise legte diese Ungleichgewichte offen und zwang die betreffenden Länder zu teils erheblichen Anpassungen.⁵⁾ Allerdings war der Rückgang der Leistungsbilanzdefizite zum Teil auch auf die konjunkturelle Abschwächung zurückzuführen; insoweit ist eine grundlegende und auf längere Frist angelegte Verminderung der Divergenzen noch nicht gesichert. Die Anpassungserfordernisse würden zudem erleichtert, wenn die unverzichtbare Einschränkung der heimischen Nachfrage durch eine Stärkung der Angebotsseite begleitet würde. Diesbezüglich ergibt sich ein gemischter Befund: Während in einigen Defizitländern bereits eine deutliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu verzeichnen ist, haben in anderen Mitgliedstaaten die Ursachen für die im Vorfeld der Finanzkrise bestehenden Verzerrungen nach wie vor Bestand. Ohne weitreichende strukturelle Reformen drohen dort die Ungleichgewichte bei zunehmender wirtschaftlicher Erholung erneut anzusteigen.

Rückgang externer Ungleichgewichte infolge der Krise macht strukturelle Reformen nicht obsolet

3 Vgl.: M. Ca'Zorzi, A. Chudik und A. Dieppe (2009), Current Account Benchmarks for Central and Eastern Europe – a Desperate Search?, Working Paper Series, 995, Europäische Zentralbank.

4 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Leistungsbilanzsalden und preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum, Monatsbericht, Juni 2007, S. 35–56.

5 Vgl.: Europäische Kommission (2010), Special Issue: The Impact of the Global Crisis on Competitiveness and Current Account Divergences in the Euro Area, Quarterly Report on the Euro Area, Vol. 9, 1; P.R. Lane und G.M. Milesi-Ferretti (2011), External Adjustment and the Global Crisis, Working Paper, 197, Internationaler Währungsfonds.

Verstärkte wirtschaftspolitische Überwachung auf europäischer und internationaler Ebene

*Zunehmende
wirtschafts-
politische Über-
wachung auf
europäischer
und inter-
nationaler
Ebene*

Ein erneuter Aufbau von Ungleichgewichten muss – so besteht weitreichender politischer Konsens auf europäischer und globaler Ebene – im Rahmen einer verstärkten internationalen Politikkoordination verhindert werden. In diesem Sinne wurde im März 2010 vom Europäischen Rat die Van Rompuy Task Force ins Leben gerufen mit dem Ziel, ein europäisches Überwachungsverfahren auszuarbeiten, das makroökonomische Ungleichgewichte und Verschiebungen der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der EU frühzeitig identifiziert und zu deren Korrektur beiträgt.⁶⁾ Auf globaler Ebene hat die Ländergruppe der G20 im Rahmen des MAP Richtlinien entwickelt, die ebenfalls dazu dienen sollen, externe Ungleichgewichte zu erkennen und diese auf ein tragfähiges Niveau zurückzuführen.⁷⁾

Das Ziel beider Verfahren besteht darin, ein möglichst umfassendes Bild potenzieller Risiken zu ermitteln, gleichzeitig den Überwachungsmechanismus aber einfach und transparent zu gestalten. Auch im Vorgehen weisen die beiden Ansätze zahlreiche Gemeinsamkeiten auf. Allerdings sind der zugrunde liegende rechtliche Rahmen, aber auch die Kompetenzen der mit dem Aufbau und der Durchführung betrauten Instanzen nicht zu vergleichen. Da der EU-Prozess in seiner Zielsetzung weitaus ambitionierter ist und mit weitreichenderen Konsequenzen für Deutschland einhergehen dürfte, konzentriert sich der vorliegende Aufsatz auf das geplante europäische Überwachungsverfahren.

Auf europäischer Ebene wurde am 4. Oktober 2011 ein sechsteiliges Gesetzespaket, das sogenannte „Six Pack“, vom Rat bestätigt.⁸⁾ Es sieht neben einer Überarbeitung des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch eine stärkere Überwachung der nationalen Wirt-

*Gesetz-
gebungs-
verfahren in
der EU nahezu
abgeschlossen*

⁶ Vgl.: Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 25./26. März 2010, 26. März 2010, EUCO 7/10, Europa 2020: Eine neue europäische Strategie für Beschäftigung und Wachstum.

⁷ Vgl.: IWF, G-20 Mutual Assessment Process – IMF Staff Assessment of G-20 Policies (www.imf.org/external/np/exr/facts/g20map.htm). Auf dem G20-Gipfel in Paris im Februar 2011 wurden Details des Frühwarnmechanismus, wie z. B. die Auswahl der Indikatoren, formuliert. So werden öffentliche Defizite und Staatsverschuldung, private Sparquote und Verschuldung des privaten Sektors sowie externe Ungleichgewichte auf Basis der Handelsbilanz und des Saldos der Erwerbs- und Vermögenseinkommen unter Berücksichtigung Wechselkurs-, fiskal- und geldpolitischer Aspekte untersucht. Bei der Auswahl des Länderkreises für eine detaillierte makroökonomische Tragfähigkeitsanalyse soll auch berücksichtigt werden, dass von großen Volkswirtschaften potenziell besonders starke Übertragungseffekte auf die Weltwirtschaft ausgehen. Als groß und somit „systemrelevant“ sind in diesem Zusammenhang jene Volkswirtschaften definiert, die (entweder auf Basis von Marktwechselkursen oder nach Kaufkraftstandards) mehr als 5% des BIP aller G20-Länder erwirtschaften. Im Rahmen des IWF-Frühjahrstreffens im April 2011 gelang es, sich auf die methodischen Ansätze zur Berechnung der Schwellenwerte für die Indikatoren des Frühwarnmechanismus zu einigen. Neben einem strukturellen, d. h. ökonomischen Ansatz sollen auch statistische Verfahren zur Anwendung kommen. Die Abstimmung weiterer Schritte, insbesondere die Tragfähigkeitsanalysen derjenigen Volkswirtschaften, die gemäß Frühwarnsystem auffällig geworden sind, sowie die Aktionspläne bzw. Politikzusagen für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Korrektur der Ungleichgewichte ist auf dem G20-Gipfel im November 2011 in Cannes zu erwarten. Vgl.: Communiqué, Meeting of Finance Ministers and Central Bank Governors, 14. und 15. April 2011, www.G20.org/pub_communiques.aspx.

⁸ Die Texte werden am 8. November 2011 formell vom ECOFIN-Rat angenommen und danach veröffentlicht. Vgl.: Rat der Europäischen Union (2011), Council Confirms Agreement on Economic Governance; Europäische Kommission (2011), Proposal for a Regulation of the European Parliament and the Council on the Prevention and Correction of Macroeconomic Imbalances, 2010/0281 (COD); Europäische Kommission (2011), Proposal for a Regulation of the European Parliament and the Council on Enforcement Measures to Correct Excessive Macroeconomic Imbalances in the Euro Area, 2010/0279 (COD).

schaftspolitiken vor.⁹⁾ Zuvor hatte bereits das Europäische Parlament dem Maßnahmenpaket zugestimmt. Die Beratungen über die Einzelheiten des Überwachungsverfahrens werden in den zuständigen Gremien weitergeführt.¹⁰⁾

Frühwarnmechanismus liefert erste Hinweise auf Ungleichgewichte, ...

Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU sollen in einem ersten Schritt die Volkswirtschaften anhand weniger makroökonomischer Größen auf den Prüfstand gestellt werden. Die Kommission beabsichtigt die Finalisierung eines sogenannten Indikatorenkatalogs in kurzer Frist gemäß den Vorgaben des verabschiedeten Regelwerks. Neben dem Leistungsbilanzsaldo, der Netto-Auslandsposition, dem realen effektiven Wechselkurs, den Exportmarktanteilen, Preis- und

9 Vgl.: Europäische Kommission (2011), EU Economic Governance „Six Pack“ – State of Play, MEMO/11/647; Europäische Kommission (2011), EU-Wirtschaftsregierung: ein großer Schritt in die richtige Richtung, MEMO/11/364.

10 Die makroökonomische Überwachung in der EU hat bereits von dem Einvernehmen des Rates „Wirtschaft und Finanzen“ über die Einführung des Europäischen Semesters in der ersten Hälfte des Jahres 2011 profitiert. Es handelt sich hierbei um wirtschaftspolitische Abstimmungen in den Bereichen Fiskal- und Makropolitik sowie bei strukturellen Reformen. Der Prozess wurde im März 2011 mit der Formulierung länderspezifischer Politikempfehlungen an die Mitglieder weitergeführt. Mit der Annahme der Europa-2020-Strategie im Juni 2010 durch den Europäischen Rat wurden die Möglichkeiten zur Überwachung der Haushalts- und Strukturpolitik der Mitgliedsländer ebenfalls erheblich gestärkt. Zusätzlich haben die Mitglieder des Euro-Raums sowie weitere sechs EU-Mitglieder im Euro-Plus-Pakt weitere Schritte vereinbart, um Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung sowie fiskal- und finanzpolitische Nachhaltigkeit zu verbessern und Fortschritte auf dem Gebiet der Steuerpolitik zu machen. Im Regelfall wird die makroökonomische Überwachung dem Zeitplan des Europäischen Semesters folgen. Allerdings beinhaltet das neue Gesetzespaket eine spezielle Klausel, die es erlaubt, dass im Notfall der Prozess auch eigenständig aktiviert werden kann. Vgl.: Europäische Kommission, Communication from the Commission, Reinforcing Economic Policy Coordination, COM(2010) 250 final, 12. Mai 2010; Europäische Kommission (2010), Economic governance package (3): Chronology and Overview of the New Framework of Surveillance and Enforcement, MEMO/10/456.

Das Makroökonomische Überwachungsverfahren der EU

vereinfachte Darstellung



1 Sanktionen können nur mit qualifizierter Mehrheit im Rat abgewehrt werden. Sie werden nur gegen Euro-Länder verhängt.

Deutsche Bundesbank

Kostenmaßen sowie Indikatoren der nicht preislichen Wettbewerbsfähigkeit sind auch Größen wie Hauspreise, private Kreditentwicklung, die Arbeitslosenquote sowie die Verschuldung des privaten und öffentlichen Sektors als Teil des Indikatorenkatalogs („Scoreboard“) vorgesehen, um neben den externen Divergenzen auch potenzielle interne Ungleichgewichte zu berücksichtigen. Längerfristig sind infolge regelmäßiger Über-

prüfungen Anpassungen des Indikatorenkatalogs möglich.¹¹⁾

Darüber hinaus soll mittels sogenannter Schwellenwerte – die aber nicht als Politikziele zu verstehen sind – eine Vorauswahl von Ländern getroffen werden, bei denen Hinweise auf nicht tragfähige Entwicklungen bestehen. Abweichungen von den vorgegebenen Richtwerten werden jedoch nicht automatisch als Warnsignal interpretiert; erst in Kombination mit einer ökonomischen Bewertung („economic reading“) lassen sich gegebenenfalls Anzeichen für potenzielle Ungleichgewichte identifizieren.¹²⁾

... muss aber durch detaillierte länderspezifische Analysen ergänzt werden

In einem zweiten Schritt sieht die „Economic Governance“ der EU für diejenigen Länder, bei denen im Frühwarnsystem der ersten Stufe Hinweise auf mögliche Ungleichgewichte gefunden werden, eine eingehende Analyse der aktuellen makroökonomischen Entwicklung vor. Dies kann auch Entsendungen („missions“) in die betroffenen Länder implizieren. Beabsichtigt ist, dass auf dieser Ebene des Verfahrens länderspezifische Entwicklungen und charakteristische Gegebenheiten einzelner Volkswirtschaften in die Tragfähigkeitsanalyse einfließen. Auf diese Weise kann entschieden werden, ob die in der ersten Stufe identifizierten potenziellen Ungleichgewichte tatsächlich als problematisch betrachtet werden müssen.

Ergeben sich signifikante Hinweise auf künftige Ungleichgewichte, wird der Rat – auf Basis von Empfehlungen der EU-Kommission – an das jeweilige Land gerichtete wirtschaftspolitische Empfehlungen formulieren

(„preventive action“). Bestehen begründete Anhaltspunkte für das Vorliegen oder das Entstehen ernsthafter makroökonomischer Ungleichgewichte, einschließlich solcher, die das reibungslose Funktionieren der gesamten Wirtschafts- und Währungsunion gefährden, wird ein Verfahren bei übermäßigen Ungleichgewichten („excessive imbalances procedure“) eingeleitet. Als Folge dieses Prozesses müssen die betroffenen Volkswirtschaften innerhalb einer bestimmten Frist wirtschaftspolitische Maßnahmenpläne („corrective action plan“) ausarbeiten, deren Einhaltung auf Basis eines vereinbarten „Fahrplans“ überwacht wird.

Dieser korrektive Teil des Überwachungsverfahrens gilt für alle EU-Länder; die Nichteinhaltung vereinbarter Maßnahmen soll jedoch nur für Euro-Länder mit Sanktionen einhergehen. Es handelt sich dabei um einen zweistufigen Ansatz: Infolge einer ersten Verfehlung der vereinbarten Maßnahmen muss eine zinstragende Einlage geleistet werden. Nach einer zweiten Verfehlung kann die zinstragende Einlage in eine Geldbuße (bis zu 0,1% des BIP) umgewandelt werden. In diesem Zu-

11 Vgl.: Europäische Kommission, Report of the Task Force to the European Council – Strengthening Economic Governance in the EU, 21. Oktober 2010 (www.european-council.europa.eu/the-president/taskforce.aspx); sowie: Why the Task Force Proposals Will Make the European Economies more Crisis Proof, Factsheet on the Surveillance procedures in the EU, 21. Oktober 2010. Vgl. zum vorgesehenen Überwachungsprozess auch: M. Buti, Europe in Crisis – Balancing Imbalances: Improving Economic Governance in the EU after the Crisis, CESifo Forum, 2/2011.

12 Auch die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sowie die nationalen Reformprogramme werden berücksichtigt. In diesem Zusammenhang spielt auch die Anpassungskapazität eines Landes eine Rolle, d. h., in welchem Maße die Volkswirtschaft in der Lage ist, durch Preis-, Lohn- und Arbeitsmarktflexibilität sowie Zahlungsbilanzanpassungen etc. zum Ausgleich bestehender Ungleichgewichte beizutragen.

sammenhang gilt das Abstimmungsverfahren mit umgekehrter qualifizierter Mehrheit („reverse qualified majority voting“), dem zufolge eine Empfehlung als erlassen gilt, wenn sie nicht von einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedstaaten abgelehnt wird.¹³⁾

Asymmetrische Interpretation von Auslandsvermögen und Leistungsbilanz geboten

In den Verhandlungen war es ein kontrovers diskutiertes Thema, inwiefern externe Überschüsse in gleicher Weise wie Defizite als Ungleichgewichte zu definieren sind. Leistungsbilanzüberschüsse führen zu einer Akkumulation von Auslandsvermögen. Im Gegensatz zu den Defiziten resultieren aus Forderungen gegenüber dem Ausland aber keine Zahlungsverpflichtungen. Somit verstärken sie nicht das Risiko eines Zahlungsausfalls oder einer nationalen Zahlungsbilanzkrise mit negativen Übertragungseffekten auf andere Länder. Nicht zuletzt aus diesem Grund erscheint das Kriterium Netto-Auslandsvermögen im Hinblick auf Deutschland derzeit unproblematisch und wird auch in der politischen Diskussion nicht thematisiert.

Dieselbe Argumentation gilt prinzipiell auch für Überschüsse in der Leistungsbilanz. Eine Ausnahme läge allerdings dann vor, wenn ihnen interne Verzerrungen zugrunde liegen, die ihrerseits auch andere Volkswirtschaften beeinträchtigen könnten. Negative Übertragungseffekte wären unter Umständen auch dann möglich, wenn sich die Kapitalexperte der Überschussländer auf wenige Länder verdichten und dort zu realwirtschaftlichen oder finanziellen Anspannungen führen. Dennoch sind die mit Überschüssen einhergehenden Risiken deutlich verschieden von denen im Falle von Leistungsbilanzdefiziten; somit

scheint eine unterschiedliche Behandlung der beiden Positionen im Rahmen eines Frühwarnsystems nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig.

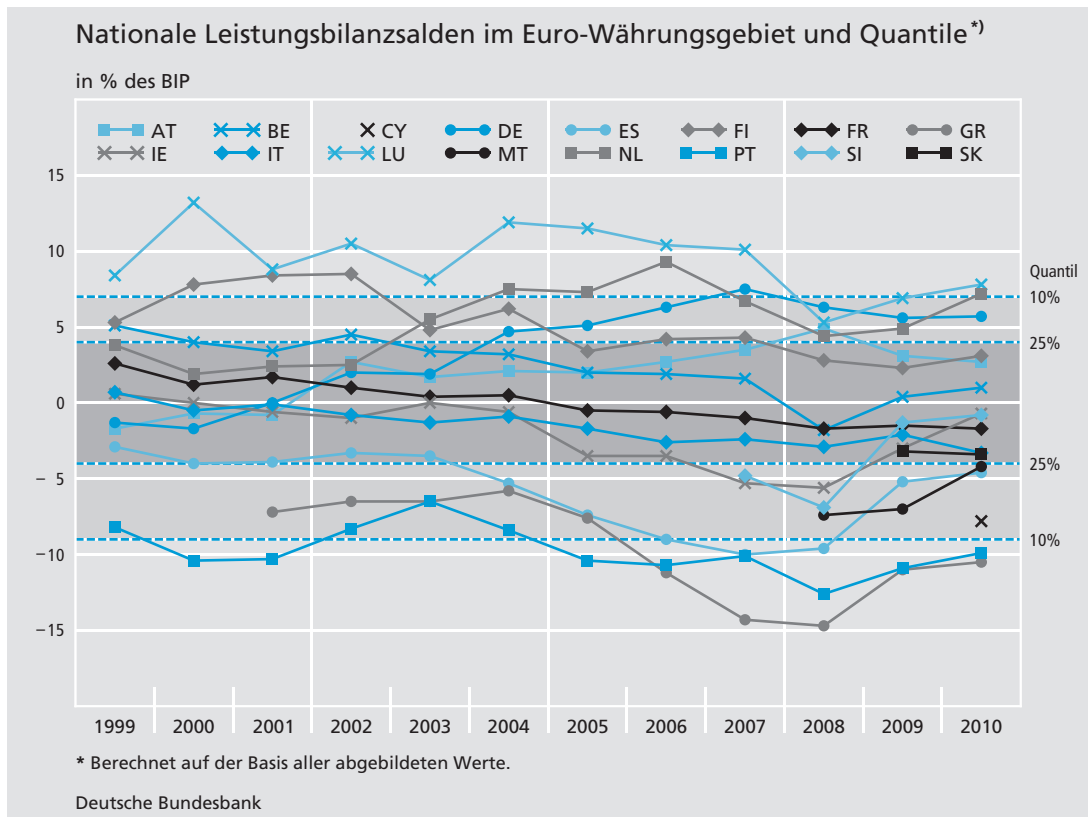
Das nunmehr beschlossene Verfahren wird sich allerdings nicht auf Länder mit Leistungsbilanzdefiziten beschränken. Zwar ist das Frühwarnsystem in erster Linie darauf ausgerichtet, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, und auch die Wahl der Indikatoren sowie der Schwellenwerte sollen diesem Ziel untergeordnet sein („conducive towards promoting competitiveness“). Andererseits hat das Europäische Parlament in den Verhandlungen darauf hingewirkt, dass auch Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen in Augenschein genommen werden, wenn es darum geht, die Quellen makroökonomischer Instabilität zu untersuchen.

Zur Tragfähigkeit externer Positionen: methodische Ansätze

Konkret ist die Frage, ob die außenwirtschaftlichen Positionen einer Volkswirtschaft als tragfähig zu bezeichnen sind, schwer zu beantworten. Verschiedene empirische Verfahren können herangezogen werden, um tragfähige von nicht tragfähigen Entwicklungen

Tragfähigkeit außenwirtschaftlicher Positionen schwer zu beurteilen

¹³ Derzeit wird die qualifizierte Mehrheit mit 255 von 345 gewichteten Stimmanteilen im Rat erreicht. Zusätzlich kann ein Mitgliedstaat beantragen, dass überprüft wird, ob die qualifizierte Mehrheit mindestens 62% der Gesamtbevölkerung der Union repräsentiert. Nach Ablauf einer Übergangsfrist wird spätestens ab dem 31. März 2017 ein anderes Kriterium gelten. Zum Erreichen einer qualifizierten Mehrheit muss ein Beschluss dann von mindestens 55% der Mitgliedstaaten unterstützt werden, und diese Mehrheit muss gleichzeitig mindestens 65% der Bevölkerung der Union repräsentieren.



zu unterscheiden. Keiner dieser Ansätze ist jedoch frei von methodischen Schwächen und damit von Kritik.

Anekdotische
Erfahrungswerte, ...

Anekdotische Verfahren versuchen, eine Verbindung zwischen dem historischen Verlauf wirtschaftlicher Größen und der Existenz von Krisen aufzuzeigen. So hat sich zum Beispiel in Bezug auf die Leistungsbilanz gezeigt, dass Defizite in der Vergangenheit häufig mit einer Zahlungsbilanzkrise einhergingen, wenn sie über einen längeren Zeitraum Werte zwischen 4% und 6% des BIP überschritten.¹⁴⁾ Allerdings gibt es auch zahlreiche Fälle, in denen derartige Entwicklungen nicht in Krisen mündeten.

... statistische
Verfahren ...

Statistische Verfahren sind vergleichsweise einfach, transparent und basieren auf der his-

torischen Entwicklung von Daten. Grundsätzlich gehen sie davon aus, dass Ausprägungen einer bestimmten Kenngröße, die in der Nähe ihres (über die Zeit und über die betrachteten Volkswirtschaften hinweg berechneten) Durchschnitts liegen, zunächst einmal nicht zu beanstanden sind. Als auffällig werden dagegen Extremwerte angesehen, beispielsweise besonders hohe Leistungsbilanzdefizite oder eine deutlich überdurchschnittliche Auslandsverschuldung.

Als mögliche Abgrenzung für das Auslösen weiterer Untersuchungen könnte beispielsweise der Übergang der betrachteten Kenn-

14 Vgl.: L. H. Summers (1996), Commentary, in: R. Hausmann und L. Rojas-Suarez, *Volatile Capital Flows*, ed., S. 17–25; oder: C. M. Reinhart und K. S. Rogoff (2009), *This Time is Different – Eight Centuries of Financial Folly*.

größe in das untere beziehungsweise obere 10%-Quantil oder in das untere beziehungsweise obere Viertel aller Beobachtungen herangezogen werden. Auf Basis der nationalen Leistungsbilanzsalden der einzelnen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, in seiner jeweiligen Zusammensetzung zwischen 1999 und 2010, ergäben sich daraus für Defizitländer je nach gewähltem Quantil Grenzwerte von – 9% (10%-Quantil) oder – 4% (25%-Quantil) des BIP.¹⁵ Im Jahr 2010 wären demnach Griechenland (– 10,5%), Portugal (– 9,9%) sowie bei strenger Auslegung auch Zypern (– 7,7%), Spanien (– 4,6%) und Malta (– 4,2%) auffällig geworden. Für Leistungsbilanzüberschüsse lägen die entsprechenden Grenzwerte bei + 4% (25%-Quantil) beziehungsweise + 7% (10%-Quantil) des BIP. Damit wären Luxemburg (+ 7,8%), die Niederlande (+ 7,2%) und – bei strikter Anwendung – auch Deutschland (5,7%) im kritischen Bereich gewesen.

... oder ökonomische Ansätze geben erste Hinweise auf Ungleichgewichte

Ökonometrische Verfahren basieren auf geschätzten ökonomischen Zusammenhängen beispielsweise zwischen der Leistungsbilanzposition und bestimmten makroökonomischen Determinanten. Grundsätzlich besteht eine zentrale Schwierigkeit darin, die relevanten Fundamentalfaktoren zu identifizieren und darauf basierend eine angemessene beziehungsweise gewünschte Entwicklung dieser Größen festzulegen, um daraus tragfähige Werte von Leistungsbilanz und Netto-Auslandsposition ableiten zu können.

Zur Bestimmung international vergleichbarer Schätzwerte struktureller (nachhaltiger) Leistungsbilanzsalden werden häufig die Ergeb-

nisse von sogenannten Panel-Untersuchungen herangezogen; das heißt, es erfolgt eine gemeinsame Schätzung für alle einbezogenen Länder über einen bestimmten Zeitraum. Aus den geschätzten Koeffizienten ergeben sich nach Multiplikation mit den länderspezifischen Fundamentalfaktoren unterschiedliche Schwellenwerte. Hierin besteht ein wesentlicher Unterschied zu den oben behandelten statistischen Verfahren. Nicht durch die Regressionsgleichung erklärte Unterschiede zwischen den Merkmalsträgern schlagen sich entweder in sogenannten fixen, nicht näher bestimmten Effekten oder in den Residuen nieder. Ihre Interpretation bedarf in der Regel weiterer Analysen. Dennoch können die Ergebnisse von derartigen Schätzungen bereits wichtige Hinweise auf mögliche wirtschaftspolitische Stellschrauben geben. Dies ist ein weiterer Vorteil ökonometrischer Verfahren.

Weder die statistischen noch die ökonometrischen Verfahren erlauben Aussagen, in welchem Maße Abweichungen von den Schwellenwerten mit unkontrollierten Anpassungen einhergehen, sei es im Inland durch das Entstehen von Blasen oder zwischen Volkswirtschaften über abrupte und umfangreiche Kapitalflüsse und – im Falle von Ländern außerhalb der Währungsunion – Wechselkursschwankungen. Nichtlineare Prozesse könnten die Ursache dafür sein, dass nur Abweichungen, die ein gewisses Maß überschreiten, Verwerfungen implizieren, während geringere Abweichungen weitgehend folgenlos bleiben. Auch die Relevanz der ein-

Alle Verfahren mit Schwächen behaftet und kritisierbar

¹⁵ Andere Untersuchungszeiträume und Länderabgrenzungen würden zu anderen Schwellenwerten führen.

zelenen Indikatoren lässt sich nur schwer gegeneinander abwägen. Folglich gewichten die geplanten Überwachungsverfahren in der Regel alle Indikatoren implizit gleich und unterwerfen sie einer ökonomischen Bewertung. Dabei sollte einfließen, dass ausschließlich ökonomisch bedeutsame Abweichungen mehrerer Indikatoren als Krisensignal zu interpretieren sind.

Deshalb zusätzliche, länderspezifische Analyse notwendig

Letztlich gibt es kein Verfahren, das eindeutige und unstrittige quantitative Vorgaben beziehungsweise Richtwerte zur Verfügung stellt. Alle Ergebnisse unterliegen einem hohen Maß an Unsicherheit. Die Schwierigkeit bei der Ableitung tragfähiger Schwellenwerte unterstreicht zum einen die Notwendigkeit, die beschriebenen Verfahren um tiefergehende makroökonomische Untersuchungen, die auf länderspezifische Charakteristika eingehen, zu ergänzen. Zum anderen legt die beträchtliche Unsicherheit es nahe, die Ergebnisse empirischer Untersuchungen nicht als Punktschätzungen zu verwenden, sondern eine Bandbreite tolerierbarer Werte zuzulassen. Bei der Interpretation empirischer Ergebnisse ist stets im Auge zu behalten, dass diese – auf der Basis vergangener Erfahrungen – zwar erste Anzeichen potenzieller Fehlentwicklungen aufzeigen können; eine verbindliche Sicherheit, dadurch zukünftig krisenhafte Entwicklungen in jeglicher Form zu verhindern, bieten sie jedoch nicht.

Zur ökonometrischen Schätzung externer Positionen: ein Anwendungsbeispiel

Ungeachtet der dargestellten Schwächen ökonometrischer Analysen liefern empirische Schätzungen wichtige Informationen über die Bestimmungsfaktoren beispielsweise der Leistungsbilanzentwicklungen in der EU. Hierdurch kann ein besseres Verständnis für die zugrunde liegenden ökonomischen Zusammenhänge gewonnen werden.

Leistungsbilanzentwicklungen lassen sich nach dem „Macroeconomic Balance Approach“¹⁶⁾ als gleichgewichtig klassifizieren, wenn sie durch eine nachhaltige Entwicklung der Fundamentaldaten bestimmt sind. Gemäß den Ergebnissen einer eigenen Panel-Schätzung gehen – nach einem zunächst gegenläufigen Zusammenhang in einem frühen Entwicklungsstadium – eine Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens, eine im Vorfeld steigende Verschuldung gegenüber dem Ausland, ein höherer (geringerer) Anteil der nicht erwerbstätigen älteren (jüngeren) Bevölkerung, eine Senkung des öffentlichen Defizits sowie rückläufige private Investitionen tendenziell mit einem signifikanten Abbau bestehender Leistungsbilanzdefizite beziehungsweise dem Übergang zu Leistungs-

Bestimmung wesentlicher Einflussfaktoren von Leistungsbilanzsalden durch ökonometrische Schätzungen

¹⁶ Der Ansatz schätzt die Entwicklung der Leistungsbilanz als eine Funktion fundamentaler makroökonomischer Größen. Dabei werden gemäß der intertemporalen Zahlungsbilanztheorie in jeder Volkswirtschaft zunächst unabhängige Spar- und Investitionsentscheidungen getroffen („internal equilibrium“). Ein daraus möglicherweise resultierender positiver oder negativer Saldo der Leistungsbilanz wird langfristig durch eine Anpassung des realen Wechselkurses zum Ausgleich gebracht („external equilibrium“).

bilanzüberschüssen einher (vgl. die Erläuterungen auf S. 52 f.).¹⁷⁾

Die Entwicklung der makroökonomischen Kenngrößen in Verbindung mit den geschätzten Koeffizienten kann genutzt werden, um für jedes Land eine individuelle Leistungsbilanznorm abzuleiten. Werden für die Determinanten der Leistungsbilanz längerfristige Datendurchschnitte zugrunde gelegt, lassen sich nationale Referenzwerte herleiten.¹⁸⁾ Da die längerfristigen Durchschnitte der makroökonomischen Variablen nicht immer als gleichgewichtig klassifiziert werden können, sind alternativ auch normative Vorgaben möglich. Zu denken wäre etwa an die Richtwerte des Stabilitäts- und Wachstumspakts für den Budgetsaldo.

Eigene Panel-Schätzung kann Hälfte des Anstiegs der deutschen Leistungs-bilanzposition seit 1999 erklären

Mit Blick auf Deutschland sind die in das Modell einbezogenen Variablen in der Lage, ungefähr die Hälfte der Zunahme des deutschen Leistungsbilanzsaldos seit Beginn der Währungsunion von –1,2% des BIP im Jahr 1999 bis 5,7% des BIP im Jahr 2010 zu erklären.¹⁹⁾ Die demographische Entwicklung sowie der Rückgang der privaten Investitionen leisten den größten Beitrag zur Veränderung des Leistungsbilanzsaldos.

Weitere Faktoren spielen ebenfalls eine Rolle

Offenbar spielen darüber hinaus eine Reihe anderer Faktoren ebenfalls eine wichtige Rolle.²⁰⁾ So hängt der deutsche Leistungsbilanzsaldo nicht nur von der Entwicklung in Deutschland selbst, sondern auch von Einflussfaktoren in anderen Ländern ab. Die Erholung der Weltkonjunktur ab dem Frühjahr 2009, die hohe Nachfrage nach Investitionsgütern – einer besonderen Stärke der deut-

schen Wirtschaft –, die breite Angebotspalette und die Präsenz inländischer Unternehmen in den rasch wachsenden Regionen Mittel- und Osteuropas sowie Asiens begünstigten heimische Exporte. Hinzu kam ein sich über viele Jahre aufbauender Zugewinn an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, der eine moderate Lohn- und Preisentwicklung in Deutschland ebenso widerspiegelt, wie erheblich ungünstigere Konstellationen insbesondere in einigen anderen EWU-Ländern.

17 Der Einfluss der Ölbilanz weist zwar das zu erwartende positive Vorzeichen auf, ist aber nicht signifikant. Dies gilt auch für die Wachstumsrate des BIP. Vgl. ähnliche Ansätze zur Schätzung struktureller Leistungsbilanzsalden wie z. B.: M. D. Chinn und E. S. Prasad (2003), Medium Term Determinants of Current Accounts in Industrial and Developing Countries: an Empirical Exploration, *Journal of International Economics*, 59, S. 47–76; M. Bussiere, M. Fratzscher und G. J. Müller (2004), Current Account Dynamics in OECD and EU Acceding Countries – an Intertemporal Approach, *Journal of Economic Integration*, 21(3), S. 593–618; Ca'Zorzi, Chudik und Dieppe (2009) a. a. O.

18 Werden für die Determinanten der Leistungsbilanzentwicklung die Datendurchschnitte von 1998 bis 2008 zugrunde gelegt, ergibt sich beispielsweise für Deutschland ein Referenzwert von rd. 4% des BIP. Unterschiede zwischen der tatsächlichen Leistungsbilanzentwicklung und der abgeleiteten Norm müssen gemäß der Theorie des Macroeconomic Balance Approach an sich mittelfristig durch Veränderungen des Wechselkurses beseitigt werden. Für Länder in der Währungsunion hängt die (nominale) Wechselkursentwicklung aber von den Gegebenheiten des Euro-Raums als Ganzem ab, sodass eine unmittelbare Beziehung zwischen den Abweichungen von der Norm und dem Wechselkurs nicht gegeben ist.

19 Auch für Italien und Spanien kann die Schätzung einen erheblichen Teil der Veränderungen in den Leistungsbilanzsalden erklären (Italien die Hälfte, Spanien fast vollständig). Für Griechenland und Portugal, den Ländern mit den höchsten Leistungsbilanzdefiziten, ist der Anstieg während der betrachteten Zeitperiode hingegen nur in sehr geringem Umfang (weniger als 10%) auf die in die Panel-Analyse integrierten Fundamentaldaten zurückzuführen. Dies könnte als Hinweis auf eine ungleichgewichtige Entwicklung interpretiert werden.

20 Im Rahmen einer ökonometrischen Schätzung ist es nicht möglich, alle relevanten Variablen zu berücksichtigen. Vielmehr geht es darum, das zugrunde liegende Modell so gut wie möglich zu spezifizieren; dennoch werden einige Aspekte nicht durch die zu schätzende Gleichung abgedeckt. Die aus der Panel-Analyse resultierenden Residuen, d. h. verbleibende nicht zu erklärende Schwankungen der Leistungsbilanzposition, weisen darauf hin, dass nicht alle Einflussgrößen in die ökonometrischen Untersuchungen einbezogen worden sind.

Empirische Panel-Untersuchung zu fundamentalen Einflussfaktoren von Leistungsbilanzsalden

Im Folgenden werden im Rahmen eines Panel-Ansatzes wesentliche Einflussfaktoren von Leistungsbilanzsalden identifiziert. In Anlehnung an den Macroeconomic Balance Approach des IWF wird eine gleichgewichtige Beziehung zwischen der Leistungsbilanz und einer Reihe von Fundamentalvariablen unterstellt.¹⁾ Der zugrunde liegende Datensatz umfasst die 27 EU-Länder zwischen 1994 und 2009. Geschätzt wird die folgende Regressionsgleichung:²⁾

$$CA_{i,t} = \rho_0 + \rho_1 NFA_{i,t-1} + \rho_2 OIL_{i,t} + \rho_3 GRT_{i,t} + \rho_4 GDP_{i,t} + \rho_5 QGDP_{i,t} + \rho_6 DEP_Y_{i,t} + \rho_7 DEP_O_{i,t} + \rho_8 FISC_{i,t} + \rho_9 INV_{i,t} + \varepsilon_{i,t}$$

mit *CA* als dem Leistungsbilanzsaldo in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), *NEA* der Netto-Auslandsposition in Prozent des BIP, *OIL* der Ölhandelsbilanz im Verhältnis zum BIP, *GRT* dem prozentualen jährlichen BIP-Wachstum (real); *(Q)GDP* dem (quadrierten) Pro-Kopf-Einkommen, *DEP_Y* dem Anteil der wirtschaftlich inaktiven jüngeren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (< 15 Jahre), *DEP_O* dem Anteil der wirtschaftlich inaktiven älteren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (> 64 Jahre), *FISC* dem Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte und *INV* den privaten Investitionen.³⁾ Die Subindizes *i* beziehungsweise *t* bezeichnen die Länder beziehungsweise das Beobachtungsjahr und ε den Fehlerterm.

Gemäß den Ergebnissen der empirischen Untersuchung⁴⁾ ist der Zusammenhang zwischen der Netto-Auslandsposition (verzögert) und dem Leistungsbilanzsaldo signifikant negativ. Eine steigende externe Verschuldung geht demnach tendenziell mit einem Abbau bestehender Leistungsbilanzdefizite beziehungsweise dem Über-

Determinanten der Leistungsbilanzquote

Position	Leistungsbilanz (in % des BIP)
<i>NEA</i> (t-1)	- 0,014*** (- 2,22)
<i>OIL</i>	0,008 (1,07)
<i>GRT</i>	0,042 (0,79)
<i>GDP</i>	- 0,531*** (- 4,18)
<i>QGDP</i>	0,002*** (3,95)
<i>DEP_Y</i>	- 0,520*** (- 3,33)
<i>DEP_O</i>	0,714*** (2,46)
<i>FISC</i>	0,119*** (2,60)
<i>INV</i>	- 0,840*** (- 11,54)
R ²	0,96
Durbin-Watson	1,99

t-Werte in Klammern. — *** (**) [*] bezeichnen Signifikanz auf dem 1% (5%) [10%]-Niveau.

gang zu Leistungsbilanzüberschüssen einher, indem sie zu verstärkter interner Ersparnisbildung motiviert. Der direkte buchhalterische Effekt einer zunehmenden externen Verschuldung mit höheren Zinszahlungen und Gewinnausschüttungen wird offenbar überkompensiert. Auf längere Sicht scheint somit ein Abbau bestehender Ungleichgewichte empirisch durchaus bestätigt.

Der Einfluss der Ölbilanz weist zwar das zu erwartende Vorzeichen auf, ist aber nicht signifikant. Die Hypothese, dass Kapital vorwiegend in die stärker wachsenden Volkswirtschaften fließt, wird durch die empirische Untersuchung eben-

1 Zu einer kritischen Diskussion des Macroeconomic Balance Approach siehe: M. Ca'Zorzi, A. Chudik und A. Dieppe (2009), Current Account Benchmarks for Central and Eastern Europe – a Desperate Search?, Working Paper 995, Europäische Zentralbank. — 2 Die Investitionen werden in diesem Ansatz als exogen betrachtet, d.h. die übrigen in die Gleichung einbezogenen Variablen dienen der Erklärung der inländischen Ersparnis. Vgl.: S. Herrmann und A. Jochem (2005), Determinants of current account developments in the central and east European EU member states – consequences for the enlargement of the euro area, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Reihe 1, Nr. 32/2005. — 3 Es werden an dieser Stelle nur die privaten Investitionen herangezogen, da die Variable *FISC* der Differenz von staatlichem Sparen und staat-

lichen Investitionen entspricht. Die meisten Variablen werden als Abweichung von einem Durchschnitt (Welt) berechnet. Dies gilt nicht für die Bilanz der öffentlichen Haushalte, für die keine globalen Werte verfügbar sind. Das Durchschnittseinkommen wird in Relation zum Pro-Kopf-Einkommen der EU gesetzt. — 4 Alle Schätzungen und Tests wurden mit EVIEWS 7.1 durchgeführt. Die Feasible-generalized-least-square-Schätzung (FGLS) weist robuste, panel-korrigierte Standardfehler aus. Die Panel-unit-root-Tests kommen für einzelne Variablen zu uneinheitlichen Ergebnissen, die Mehrzahl der Tests sprechen jedoch für eine Stationarität der Zeitreihen. Da der zu untersuchende Zeitraum relativ kurz ist und die Residuen stationär sind, wird eine mögliche Nicht-Stationarität an dieser Stelle nicht weiter berücksichtigt. Die Stationarität der Residuen wurde getestet

falls nicht gestützt. Dieses Ergebnis, das auch andere empirische Untersuchungen bestätigen, wird in der Literatur unter dem Stichwort Allocation Puzzle diskutiert.⁵⁾

Die Schätzungen unterstützen hingegen die „Stage-of-development-Theorie“ eines nicht-linearen Zusammenhangs zwischen Pro-Kopf-Einkommen und Leistungsbilanz: In wenig entwickelten Volkswirtschaften mit erschwertem Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten weitet sich der Zustrom an Kapital bei steigendem Einkommen zunächst aus. Im weiteren Verlauf des wirtschaftlichen Aufholprozesses kehrt sich die Beziehung – im Durchschnitt der betrachteten Länder – jedoch um, bis letztlich mit zunehmendem Einkommen sogar Leistungsbilanzüberschüsse erzielt werden, die der Tilgung der aufgebauten Verschuldung dienen.

Der Einfluss der Demographie ist abhängig von der betrachteten abhängigen Altersgruppe. Während die nationale Sparquote und somit der Leistungsbilanzsaldo mit steigendem Anteil der inaktiven jüngeren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung offenbar sinken, ergibt sich für das Abhängigkeitsverhältnis der inaktiven älteren Bevölkerung ein entgegengesetzter Zusammenhang.⁶⁾ Dies ist insbesondere für Deutschland ein interessantes Ergebnis, bedeutet es doch, dass Pensionäre nicht in der erwarteten Weise entsparen; vielmehr dürfte ihr wachsender Anteil an der Gesamtbevölkerung zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss der letzten Jahre beigetragen haben.

Der öffentliche Finanzierungssaldo ist ebenfalls ein signifikanter Einflussfaktor der Leistungs-

bilanz. So senkt ein Anstieg des öffentlichen Defizits um 1% des BIP die Leistungsbilanzquote den Schätzungen zufolge um 0,1 Prozentpunkte. Dies begünstigt das Entstehen sogenannter „Zwillingsdefizite“, das heißt gleichzeitiger Defizite von Leistungsbilanzsaldo und öffentlichem Finanzierungssaldo, und macht deutlich, dass entgegen der These der Ricardianischen Äquivalenz eine Ausweitung der öffentlichen Verschuldung offenbar nicht vollständig durch eine Anpassung der privaten Ersparnis kompensiert wird.⁷⁾

Der Einfluss der privaten Investitionen ist wie zu erwarten hoch signifikant. Ein Koeffizient von 0,8 impliziert zwar, dass ein Teil der (zu- oder abnehmenden) Investitionen über eine gleichgerichtete Änderung des Sparverhaltens kompensiert wird. Dieses sogenannte Feldstein-Horioka-Puzzle ist jedoch nicht ausgeprägt, was auf den hohen Grad an finanzieller Integration innerhalb der EU verweist.⁸⁾

Der Erklärungsgehalt der Schätzung ist mit einem R^2 von 0,96 sehr hoch. Dies ist allerdings zum Teil auf fixe Ländereffekte zurückzuführen, die keine ökonomisch interpretierbare Erklärung für die abhängige Variable bereitstellen. So liegt der fixe Effekt für Deutschland bei 6,6% des BIP und somit sogar über dem tatsächlichen Wert der Leistungsbilanzquote im Jahr 2010 (5,7%). Darüber hinaus weisen die zur Korrektur der Autokorrelation erforderlichen AR-Terme auf eine Persistenz der Leistungsbilanzentwicklung hin, ohne die Ursachen hierfür genauer zu spezifizieren.⁹⁾

mit den Panel-Kointegrationstests von P. Pedroni (2004), Panel Cointegration, Asymptotic and Finite Sample Properties of Pooled Time Series Tests with an Application to the PPP Hypothesis, *Econometric Theory* 20, S. 597–625; sowie C. Kao (1999), Spurious Regression and Residual-Based Tests for Cointegration in Panel Data, *Journal of Econometrics* 90, S. 1–44. — 5 Vgl.: P.O. Gourinchas und O. Jeanne (2007), Capital Flows to Developing Countries: the Allocation Puzzle, NBER Working Paper 13602. — 6 Diese uneinheitlichen Auswirkungen der Abhängigkeitsraten werden auch in anderen empirischen Studien festgestellt. Vgl.: C. Cheung, D. Furceri und E. Rusticelli (2010), Structural and Cyclical Factors behind Current Account Balances, Working Paper, 775, OECD. — 7 Zum gleichen Ergebnis kommen

C. Nickel und I. Vansteenkiste (2008), Fiscal Policies, the Current Account and Ricardian Equivalence, Working Paper 935, Europäische Zentralbank; sowie M. Kumhof und D. Laxton (2009), Fiscal Deficits and Current Account Deficits, Working Paper 237, Internationaler Währungsfonds. — 8 Vgl.: M. Feldstein und C. Horioka (1980), Domestic Saving and International Capital Flows, *The Economic Journal*, 90, S. 314–329. — 9 Auch S. Barnes, J. Lawson und A. Radziwill (2010), Current Account Imbalances in the Euro Area, OECD Working Paper, 826 weisen darauf hin, dass Fundamentalfaktoren eine wichtige Rolle spielen bei der Bestimmung von Leistungsbilanzsalden, allerdings nicht in der Lage sind, die bestehenden Divergenzen insbesondere in den Jahren vor der Krise ausreichend zu erklären.

Nationale Besonderheiten sind zu berücksichtigen

Angesichts dessen ist die in den letzten Jahren zu beobachtende Überschussposition Deutschlands teilweise durch Sonderfaktoren beeinflusst gewesen; sie dürfte sich zukünftig weiter zurückbilden. Gleichwohl ist für die deutsche Volkswirtschaft ein struktureller Leistungsbilanzüberschuss nicht zuletzt wegen der absehbaren demographischen Entwicklung fundamental gerechtfertigt. Hinzu kommt, dass der Stand der deutschen Netto-Auslandsposition mit 38,4% des BIP zum Jahresende 2010 durchaus als tragfähig angesehen werden kann, sodass auch von dieser Seite ein anhaltender Überschuss der deutschen Leistungsbilanz nicht zu beanstanden ist.²¹⁾

Dieses Beispiel verdeutlicht die Notwendigkeit, den Ergebnissen formaler und standardisierter Verfahren eine tiefer gehende Analyse folgen zu lassen. Dies gilt umso mehr dann, wenn auf ihrer Basis wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen gezogen werden sollen.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Korrektur von Leistungsbilanzpositionen: Simulationsergebnisse

Wirtschaftspolitische Überwachung soll Divergenzen nicht nur identifizieren, sondern auch zu deren Abbau beitragen

Werden in der ersten Stufe des Frühwarnsystems erhebliche Abweichungen der Indikatoren von den vorgegebenen Schwellenwerten identifiziert, so wird es in einem weiteren Schritt darum gehen, diesen Befund in einer vertieften Länderanalyse zu überprüfen. Werden Risiken für das Entstehen ernsthafter ungleichgewichtiger Prozesse erkannt, wären konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen

zu entwickeln, die tragfähige externe Positionen wiederherstellen.²²⁾

Die vorangegangenen empirischen Untersuchungen haben gezeigt, dass in Deutschland demographische Faktoren sowie eine vergleichsweise schwache Investitionstätigkeit maßgeblich waren für einen Teil des gestiegenen Leistungsbilanzsaldos seit Beginn der Währungsunion. So ist im Zusammenhang mit der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft das Erfordernis, durch private Vorsorge zur Wahrung des Lebensstandards im Alter beizutragen, in der vergangenen Dekade stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt, was das Sparverhalten der Haushalte positiv beeinflusste. Die privaten Investitionen nahmen seit Mitte der neunziger Jahre im Trend nur relativ gemäßigt zu. Zum einen gab es im Wohnungsbau eine lang gestreckte Normalisierungsphase nach dem Wiedervereinigungsboom. Zum anderen kam es im gewerblichen Bereich zu Restrukturierungsprozessen mit dem Ziel, im Kontext zunehmender internationaler Konkurrenz die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die Rentabilität von Investitionen am heimischen Standort zu erhöhen. Diese strukturellen Anpassungen dürften in ihrer Hauptwirkung zwar weitgehend abgeschlossen sein. Wenn von internationalen Gremien regelmäßig eine

Wirtschaftspolitische Reformen auf Basis der Panel-Analyse ...

21 Die Berechnungen basieren auf der Beziehung zwischen Auslandsposition und Leistungsbilanzsaldo gemäß G. M. Milesi-Ferretti und A. Razin (1996), *Current-Account Sustainability*, Princeton Studies in International Finance No. 81, S. 5.

22 Während alle EU-Mitglieder sich um den Abbau der Ungleichgewichte bemühen müssen, besteht eine verstärkte Dringlichkeit für die Teilnehmer des Euro-Raums, Anpassungen vorzunehmen, insbesondere im Falle ernsthafter Ungleichgewichte, die das einwandfreie Funktionieren der Währungsunion gefährden.

Stärkung des Investitionsklimas angeregt wird, so zielt diese Empfehlung insbesondere auf die gewerblichen Investitionen.²³⁾

... lassen sich
simulieren

Im Rahmen von Simulationen wurden wirtschaftspolitische Maßnahmen, die sich unmittelbar aus dem Befund eines hohen Leistungsbilanzüberschusses ableiten lassen oder als Reaktion darauf erfolgen könnten, in ihrer Wirkung auf die deutsche Leistungsbilanz untersucht (vgl. die Erläuterungen auf S. 56 f.).²⁴⁾ In erster Linie geht es darum abzuschätzen, ob die simulierten wirtschaftspolitischen Eingriffe grundsätzlich in der Lage wären, zu einem Abbau des bestehenden Überschusses in spürbarer Größenordnung beizutragen. Darüber hinaus sind auch mögliche Übertragungseffekte zu berücksichtigen, das heißt, es ist zu prüfen, wie sich Veränderungen der deutschen Leistungsbilanz auf die außenwirtschaftlichen Salden anderer Staaten übertragen beziehungsweise ob die Maßnahmen in Deutschland den Abbau von Ungleichgewichten anderenorts indirekt begünstigen.

Demo-
graphische Ver-
änderungen ...

Insgesamt schlagen sich Maßnahmen in Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung zwar durchaus in der Leistungsbilanz nieder. Allerdings sind die erzielten Wirkungen meist moderat. Würde es zum Beispiel gelingen, durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters die Erwerbstätigkeit der Älteren um 1% zu erhöhen, würde der private Konsum lediglich vorübergehend und nur marginal um bis zu 0,05% ansteigen. Dafür würde die private Investitionsnachfrage nach einem anfänglichen Rückgang in der gleichen Größenordnung mittelfristig ansteigen. Im Ergebnis wäre die Reduktion des

Leistungsbilanzsaldos mit dauerhaft etwa 0,05% des BIP vernachlässigbar gering.

In der Wirkungsweise ähnlich, doch breiter angelegt und somit auch stärker spürbar, wäre ein genereller Anstieg der Erwerbsquote. Gelänge es, den Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung um 1% zu erhöhen, würde die Investitionsnachfrage der Unternehmen den Simulationen zufolge um bis zu 1,4% anziehen. Eine Erhöhung des privaten Konsums würde sich hingegen auch hier nur vorübergehend einstellen, da das gestiegene Arbeitsangebot einen deutlichen Druck auf die Nominallöhne ausüben würde. Mit Blick auf die Außenwirtschaft wäre eine Reduzierung des Leistungsbilanzüberschusses um etwa 0,3% des BIP nach drei Jahren zu erwarten.

Die relativ schwache private Investitionstätigkeit Deutschlands in den letzten Jahren wird

23 Vgl. z. B.: IWF (2011), Germany: 2011 Article IV Consultation – Staff Report, Public Information Notice on the Executive Board Discussion; sowie: Statement by the Executive Director for Germany, Country Report No. 11/168.

24 Strukturpolitische Reformen, wie z. B. Deregulierungen von Kredit- und Produktmärkten sowie im Dienstleistungssektor, aber auch steuer- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden in der Regel nicht durchgeführt, um externe Ungleichgewichte zu reduzieren, sondern in erster Linie aus binnenwirtschaftlichen Erwägungen. Sie erscheinen dann vergleichsweise unproblematisch, wenn sie darauf abzielen, die Angebotsbedingungen der deutschen Wirtschaft nachhaltig zu verbessern. Dennoch können derartige Maßnahmen auch die Leistungsbilanzsalden beeinflussen. In dieser Hinsicht kommen empirische Untersuchungen allerdings zu uneinheitlichen Ergebnissen. Vgl. dazu: A. Ivanova (2011), Current account Imbalances: Can Structural Policies Make a Difference?, Working Paper, Internationaler Währungsfonds, forthcoming. L. Vogel (2011), Structural Reforms and External Rebalancing in the Euro Area: A Model-Based Analysis, European Economy, Economic Paper, 443, Europäische Kommission; OECD (2011), Tackling Current Account Imbalances: Is There A Role for Structural Policies?, Economic Policy Reforms 2011, Going for Growth, OECD.

NiGEM-Simulationen zum Einfluss wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf die Leistungsbilanz*)

Der europäische Überwachungsmechanismus sieht bei Über- oder Unterschreitung bestimmter Schwellenwerte der Leistungsbilanz vor, den Befund in einer vertieften Länderanalyse zu überprüfen. Werden dabei Risiken für das Entstehen ungleichgewichtiger Prozesse festgestellt, sollen konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen empfohlen werden, die die tragfähige Entwicklung der externen Positionen wiederherstellen.

Grundsätzlich kann der Staat nicht alle infrage kommenden Maßnahmen unmittelbar beeinflussen, doch lassen sich durch staatliches Handeln bis zu einem gewissen Grad Rahmenbedingungen schaffen, die Anreize für die gewünschten Verhaltensänderungen setzen. Im Folgenden werden beispielhaft einige aus der aktuellen Diskussion sowie aus empirischen Zusammenhängen abgeleitete wirtschaftspolitische Eingriffe simuliert und auf ihre Wirkungsweise überprüft. Im Mittelpunkt des Interesses stehen das zeitliche Profil und das Ausmaß der Effekte auf die deutsche Leistungsbilanz. Darüber hinaus werden auch Übertragungseffekte auf die außenwirtschaftlichen Salden anderer Volkswirtschaften beleuchtet.

Konkret werden die Effekte einer Anhebung des Renteneintrittsalters beziehungsweise der Erwerbsquote und eine Senkung der Unternehmensbesteuerung auf das durchschnittliche Niveau im Euro-Raum¹⁾ untersucht.

Die Simulationen wurden mit NiGEM, Version 2.11, durchgeführt und basieren auf der Annahme rationaler Erwartungen in Bezug auf Löhne, Zinssätze, Wechselkurse, Aktienpreise und Inflation, adaptiver Erwartungsbildung der Konsumenten und einer (modellierten) Zwei-Säulen-Strategie des Eurosystems. Die Schockpe-

riode umfasst jeweils zehn Jahre, während derer die betroffenen Größen exogen beeinflusst werden. Dies bedeutet, dass von möglichen Rückwirkungen, die sich durch die Reaktion des wirtschaftlichen Umfelds ergeben, abgesehen wird. Erst nach Ablauf der simulierten Einflussnahme kommen die Marktkräfte wieder voll zum Tragen. Dabei kehrt die geschockte Einflussgröße in der Regel nicht wieder zu den Werten des von NiGEM unterstellten Basisszenarios zurück, sondern kann auch nach Ablauf des simulierten wirtschaftspolitischen Eingriffs durchaus dauerhaft von diesem abweichen.

Da für die Tarifverhandlungen ebenso wie für die Finanzmärkte rationale Erwartungen unterstellt werden, können jedoch auch Reaktionen, die erst nach Ablauf der eigentlichen Schockperiode stattfinden, die Wirkungsweise von Politikmaßnahmen beeinflussen. Bei der Berechnung der Simulationsergebnisse wird deshalb mit 18 Jahren ein Zeitraum zugrunde gelegt, der deutlich über die eigentliche Betrachtungsperiode hinausgeht.

Die Simulationen bestätigen im Wesentlichen die auf Seite 52 vorgestellten Ergebnisse der empirischen Panel-Analyse. So scheinen wirtschaftspolitische Maßnahmen, die mit der demographischen Entwicklung in Zusammenhang stehen beziehungsweise politische Reaktionen auf demographische Veränderungen darstellen, die Entwicklung der deutschen Leistungsbilanz langfristig zu beeinflussen. Reformen, die mit einer längeren Lebensarbeitszeit durch Erhöhung des Renteneintrittsalters oder einer höheren Erwerbsquote einhergehen, führen aufgrund einer steigenden Investitions- und Konsumnachfrage tendenziell zu einer Senkung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses.

* NiGEM (National Institute Global Econometric Model) ist ein vom National Institute of Economic and Social Research (NIESR) entwickeltes Simulationsprogramm. — 1 Es werden die in der Datenbank von

NiGEM bereitgestellten Werte verwendet. Die Angaben zur Unternehmensbesteuerung basieren auf den Berechnungen von M.P. Devereux, R. Griffith und A. Klemm (2002), Corporate Income Tax Re-

Darüber hinaus zeigt sich, dass auch Maßnahmen, die eine direkte Ankurbelung der privaten Investitionen anstreben, in gewissem Umfang greifen. Eine Senkung der gewinnabhängigen Unternehmensteuern auf den Durchschnitt des Euro-Raums ginge dank einer steigenden Investitionsnachfrage mit einer Reduzierung des Leistungsbilanzüberschusses einher.

Die im Zeitverlauf gleichmäßigsten Ergebnisse lassen sich offenbar durch eine Kombination der vorgestellten Maßnahmen erzielen, was auf eine Glättung der jeweiligen Wirkungsverzögerungen zurückzuführen ist. Eine in sich konsistente, in verschiedenen Bereichen ansetzende Wirtschaftspolitik wäre demnach prinzipiell am ehesten in der Lage, binnen- und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte abzubauen.

Die sich aus den untersuchten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergebenden Übertragungseffekte auf andere EWU-Länder sind äußerst moderat. Da sich diese in der Regel auf zahlreiche Volkswirtschaften verteilen, kann Deutschland nur bedingt zum Abbau von Ungleichgewichten in der EWU beziehungsweise auf internationaler Ebene beitragen. Die Ergebnisse unterstreichen somit vor allem die Eigenverantwortlichkeit der Defizitländer für den Abbau ihrer externen Ungleichgewichte.

Als Sensitivitätsanalyse der dargestellten Simulationsergebnisse dienen diverse Alternativszenarien, in denen veränderte Annahmen zugrunde gelegt wurden. So führt die Einführung adaptiver Erwartungsbildung der Wirtschaftsakteure anstelle der im Basisszenario unterstellten rationalen Erwartungen generell zu einer verzögerten Reaktion der meisten Variablen auf die simulierten Politikmaßnahmen. Die grundsätz-

liche Wirkungsweise ist aber durchaus vergleichbar, und auch die Größenordnung der Effekte wird in den durchgeführten NiGEM-Simulationen nur unwesentlich beeinflusst.

Schließlich ist zu beachten, dass die für Deutschland aus den Projektionen gewonnenen Ergebnisse nicht ohne Weiteres auf andere Länder übertragbar sind. So werden alle OECD-Länder (mit Ausnahme der Türkei, Islands, Luxemburgs und Chiles) separat mit 60 bis 130 Einzelgleichungen modelliert, und die Parameter für jedes Land werden einzeln geschätzt. Außerdem kann eine unterschiedliche Ausgangslage, zum Beispiel in Bezug auf die Staatsverschuldung, die Beschäftigungssituation oder das Zinsniveau, die Wirkung der Politikmaßnahmen verändern.

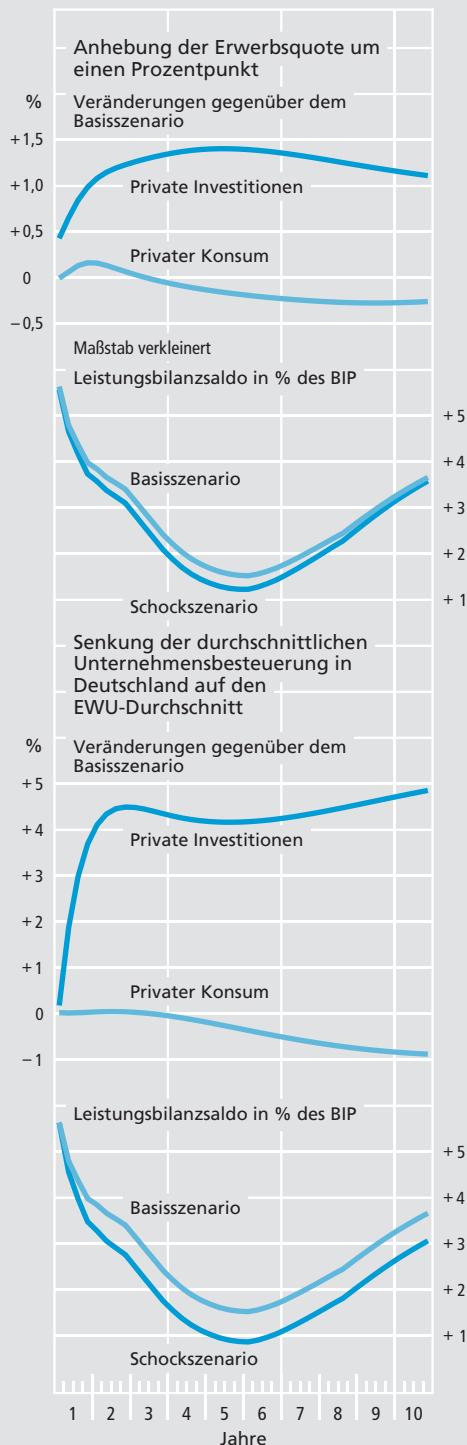
Die NiGEM-Simulationsergebnisse sind ebenso wie die empirischen Schätzungen mit der speziellen Problematik wirtschaftspolitischer Empfehlungen zur Korrektur von Leistungsbilanzsalden behaftet. So sind erhebliche zeitliche Verzögerungen oder sich im Zeitverlauf umkehrende Auswirkungen auf binnen- und außenwirtschaftliche Größen zu beobachten.

Insofern ist es schwierig abzuschätzen, in welchem zyklischen Umfeld die Wirkungen auftreten und inwiefern die Maßnahmen als effizient zu bezeichnen sind. Grundsätzlich stellt die Leistungsbilanz eher eine Residualgröße dar als eine durch staatliches Handeln zu beeinflussende Politikvariable. Darüber hinaus gibt auch das geringe Ausmaß der erzielten Wirkungen Anlass, eine mögliche Beeinflussung von Leistungsbilanzentwicklungen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen kritisch zu bewerten.

forms and International Tax Competition, Economic Policy 35, S. 451–495; sowie M. P. Devereux und R. Griffith (2003), Evaluating Tax

Policy Decisions, International Tax and Public Finance 10, S. 107–126. Vgl. hierzu auch: www.ifs.org.uk/publications/3210, Tabelle A12.

NiGEM-Simulationen ausgewählter Politikmaßnahmen



Deutsche Bundesbank

von internationalen Organisationen vielfach als eine Schlüsselgröße der deutschen Leistungsbilanzentwicklung angeführt.²⁵⁾ Im Einklang mit deren wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen wird der Effekt einer Reduzierung der gewinnabhängigen Unternehmenssteuern analysiert, zum Beispiel eine Senkung der steuerlichen Belastung der Unternehmensgewinne von derzeit etwa 26% auf den durchschnittlichen Satz des Euro-Gebiets von 21,8%. Im Rahmen der durchgeführten Simulationen ergäbe sich hieraus eine beträchtliche Erhöhung der privaten Investitionen um bis zu 5%; die damit einhergehende Senkung des Leistungsbilanzsaldos läge während des Simulationszeitraums relativ konstant bei 0,6% des BIP.

... oder Reformen in der Unternehmensbesteuerung ...

Die im Zeitverlauf gleichmäßigsten Effekte lassen sich den Simulationen zufolge durch eine Kombination der vorgestellten Maßnahmen erzielen, da sich die zeitlichen Differenzen in der Wirkungsweise der Einzelmechanismen so teilweise aufheben. Sie gingen mit einer nachhaltigen Reduzierung des deutschen Leistungsbilanzsaldos um annähernd 1% des BIP einher. Insbesondere die private Investitionsnachfrage würde von einem solchen Maßnahmenbündel profitieren. Insgesamt sind die auf Basis der Simulationen quantifizierbaren Effekte mit Blick auf Deutschland jedoch als moderat zu bezeichnen.

... sind in begrenztem Maße in der Lage, die Leistungsbilanzposition zu beeinflussen

Außerdem machen die Simulationen deutlich, dass sich diese ohnehin bescheidenen Effekte der vorgestellten wirtschaftspoliti-

25 IWF (2011), Germany: 2011 Article IV Consultation – Staff Report, a. a. O.

schen Maßnahmen auf die deutsche Leistungsbilanz nur in geringem Maße in den außenwirtschaftlichen Salden anderer europäischer Volkswirtschaften niederschlagen würden: So sind die Übertragungseffekte infolge der eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen vom Volumen her – abgesehen von einigen kurzfristigen Ausschlägen – nahezu vernachlässigbar. Dies bestätigt aktuelle Untersuchungen des IWF-Stabes und ist angesichts der hohen regionalen wie auch sektoralen Diversifikation der deutschen Außenbeziehungen nicht weiter überraschend.²⁶⁾

Maßnahmen sind aber nicht als konkrete Politikempfehlungen zu interpretieren

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die untersuchten Maßnahmen nicht als konkrete wirtschaftspolitische Reformvorschläge zu interpretieren sind, da es sich zumindest teilweise um Bereiche handelt, die nicht direkt von der Wirtschaftspolitik beeinflusst werden können. In der Regel können die politischen Instanzen diese allenfalls längerfristig über Anpassungen im Anreizsystem begünstigen. Zudem ist zu beachten, dass die vorgestellten Korrekturen nicht isoliert umgesetzt werden können. So dürfen zum Beispiel wirtschaftspolitische Entscheidungsträger bei einer fiskalisch relevanten Maßnahme die Auswirkungen auf den Staatshaushalt nicht aus den Augen verlieren.

Letztlich bleibt die Leistungs-bilanzposition eine Residualgröße

Letztlich gilt, dass es sich bei der Leistungsbilanz um eine Indikatorgröße handelt und nicht um eine Politikvariable, die beliebig durch staatliches Handeln gesteuert werden kann. Vielmehr ist sie ganz wesentlich das Resultat individueller Entscheidungen von Akteuren sowohl im Inland als auch im Ausland. Insofern geben die ermittelten Abwei-

chungen von den Schwellenwerten lediglich Hinweise darauf, dass strukturelle Fehlentwicklungen vorliegen könnten. Wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen sich an „dahinterstehenden“ Variablen orientieren und nicht an der Leistungsbilanz selbst, die letztlich eine Residualgröße darstellt. Allerdings impliziert die hohe Unsicherheit bezüglich der die Leistungsbilanzentwicklung treibenden Faktoren, dass eine makroökonomische Feinsteuerung nicht zielführend sein kann und folglich zu vermeiden ist.

Fazit

Die Bestrebungen einer verstärkten wirtschaftspolitischen Überwachung innerhalb der EU sowie im Rahmen der G20 erfordern eine intensive Analyse tragfähiger externer Positionen. Richtwerte für gleichgewichtige Leistungsbilanzsalden werden voraussichtlich in beiden Prozessen eine wichtige Rolle spielen. So ist vorgesehen, Volkswirtschaften im Rahmen eines Frühwarnsystems anhand weniger makroökonomischer Größen auf den Prüfstand zu stellen, um potenzielle interne Ungleichgewichte, insbesondere aber externe Divergenzen, aufzuzeigen.

Statistische und ökonometrische Verfahren leisten einen Beitrag, um im Rahmen eines Frühwarnmechanismus erste Anzeichen für

²⁶ Vgl.: IWF (2011), Germany: 2011 Article IV Consultation – Staff Report, a. a. O. In den „Spillover-Reports“ des IWF betont dieser zwar die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit, die berechneten Übertragungseffekte sind aber oft nur gering. Insbesondere scheint die Bedeutung von Handelsverflechtungen gegenüber finanziellen Verbindungen stark in den Hintergrund getreten zu sein (www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2011/CAR090211B.htm).

Ungleichgewichte zu identifizieren, bedürfen aber einer ökonomischen Interpretation. Ergeben sich dabei Hinweise auf einen eventuellen Anpassungsbedarf, sind diese im Rahmen einer detaillierten länderspezifischen Analyse eingehender zu untersuchen. Über die Bestandsaufnahme möglicher Ungleichgewichte hinaus ist es Ziel der internationalen Bemühungen, bei Vorliegen signifikanter Risiken wirtschaftspolitische Empfehlungen für die betroffenen Volkswirtschaften auszusprechen und auf deren Einhaltung hinzuwirken.

Diesem Ziel ist angesichts der gravierenden grenzüberschreitenden Verwerfungen, die makroökonomische Ungleichgewichte auslösen können, grundsätzlich zuzustimmen. Gleichwohl legen die vorliegenden Überlegungen eine behutsame Anwendung des Konzeptes der wirtschaftspolitischen Überwachung nahe. So lässt sich die Tragfähigkeit externer Positionen nur bedingt durch empirisch bestimmte Schwellenwerte erfassen. Untersuchungen auf Basis vergangener Erfahrungen bieten schlussendlich keine Gewähr, über zukünftige Gefahren verlässlich Auskunft geben zu können. Darüber hinaus kann auch die Rückführung identifizierter Ungleichgewichte mit Problemen behaftet sein. Dies zeigt ein Anwendungsbeispiel für

Deutschland. Zwar können hier geeignete wirtschaftspolitische Reformen durchaus die Spar- oder Investitionsentscheidungen beeinflussen, allerdings sind die Auswirkungen auf die Leistungsbilanz meist moderat und detaillierte Wirkungseffekte schwer zu prognostizieren. Dies gilt auch für die mit den Maßnahmen einhergehenden Übertragungseffekte auf andere europäische Länder.

Letztlich zeigt sich, dass der Leistungsbilanzsaldo keine eigenständige wirtschaftspolitische Zielgröße, sondern das Ergebnis zahlreicher, überwiegend privatwirtschaftlicher Entscheidungen im In- und Ausland ist. Daher bleibt er der direkten Kontrolle der Wirtschaftspolitik weitgehend entzogen. Vor diesem Hintergrund ist darauf zu achten, dass wirtschaftliche Eingriffe nur dann erfolgen, wenn gravierende Fehlentwicklungen vorliegen, die zudem bedeutende Auswirkungen auf andere Volkswirtschaften haben. Hier sind in erster Linie übermäßige Verschuldungspositionen zu nennen. Eine makroökonomische Feinsteuerung ist dagegen wegen der hohen Diagnoseunsicherheit, der eingeschränkten Beeinflussbarkeit außenwirtschaftlicher Positionen und der variablen Wirkungsverzögerungen von Politikmaßnahmen zu vermeiden.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 5* |
| 2. Außenwirtschaft | 5* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 6* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Basiszinssätze	43*
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
4. Geldmarktsätze nach Monaten	43*
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)	44*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland	51*

VIII. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren	52*
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren	53*

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“	54*
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	54*
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)	55*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)	55*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen	56*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	56*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	57*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	57*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	58*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	58*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	59*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	59*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	59*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten	60*

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	61*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	62*
3. Auftragseingang in der Industrie	63*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	64*
5. Einzelhandelsumsätze	64*
6. Arbeitsmarkt	65*

7. Preise	66*
8. Einkommen der privaten Haushalte	67*
9. Tarif- und Effektivverdienste	67*

XI. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	68*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	69*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	70*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	71*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	71*
6. Vermögensübertragungen	71*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	72*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	73*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	73*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	74*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	75*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU	75*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	76*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2009 Dez.	12,2	1,5	- 0,4	- 0,2	2,5	0,7	6,7	0,35	0,71	3,7
2010 Jan.	11,5	1,8	0,0	- 0,3	1,8	0,2	6,5	0,34	0,68	3,7
Febr.	11,0	1,6	- 0,4	- 0,2	1,8	0,2	5,7	0,34	0,66	3,7
März	10,9	1,7	- 0,1	- 0,3	1,8	0,2	6,0	0,35	0,64	3,6
April	10,5	1,3	- 0,3	- 0,1	1,8	0,4	6,1	0,35	0,64	3,6
Mai	10,4	1,5	0,0	0,0	1,8	0,1	5,2	0,34	0,69	3,5
Juni	9,4	1,5	0,3	0,2	1,6	0,1	4,0	0,35	0,73	3,6
Juli	8,3	1,6	0,3	0,6	2,0	0,7	4,3	0,48	0,85	3,5
Aug.	7,7	2,1	1,1	0,8	2,4	1,2	3,8	0,43	0,90	3,3
Sept.	6,2	2,0	1,1	1,1	2,3	1,2	3,7	0,45	0,88	3,3
Okt.	4,9	2,1	1,1	1,4	3,3	1,2	3,7	0,70	1,00	3,3
Nov.	4,6	2,3	2,1	1,6	4,0	1,9	4,0	0,59	1,04	3,7
Dez.	4,3	2,2	1,7	1,8	3,5	1,6	3,9	0,50	1,02	4,1
2011 Jan.	3,2	2,3	1,6	1,8	3,9	2,1	3,6	0,66	1,02	4,2
Febr.	2,8	2,4	2,1	2,0	3,8	2,3	4,1	0,71	1,09	4,3
März	2,9	2,6	2,2	2,1	3,3	2,2	3,9	0,66	1,18	4,4
April	1,6	2,4	1,9	2,1	3,2	2,3	4,0	0,97	1,32	4,5
Mai	1,2	2,4	2,3	2,1	3,1	2,5	4,4	1,03	1,43	4,4
Juni	1,3	2,3	1,9	2,1	2,7	2,2	4,9	1,12	1,49	4,4
Juli	1,0	2,2	2,1	2,3	2,5	2,0	4,6	1,01	1,60	4,6
Aug.	1,7	2,4	2,8	...	2,5	1,8	4,8	0,91	1,55	4,1
Sept.	1,01	1,54	4,0

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegen-

über im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder:DE,FR,NL,BE,AT,FI,IE,PT,ES,IT,GR,SK.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)		
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr		Währungsreserven	nominal	real 4)
	Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2009 Dez.	+ 13 154	+ 5 629	- 16 699	+ 9 968	+ 29 409	- 55 245	- 831	1,4614	113,0	111,2
2010 Jan.	- 12 303	- 8 016	+ 11 041	- 10 776	+ 42 418	- 22 132	+ 1 529	1,4272	110,8	109,0
Febr.	- 5 581	+ 4 067	+ 2 337	- 1 721	- 10 490	+ 18 174	- 3 626	1,3686	108,0	106,1
März	- 50	+ 5 568	+ 2 662	- 32 710	- 4 285	+ 42 197	- 2 541	1,3569	107,4	105,8
April	- 4 220	+ 1 439	+ 5 129	- 18 428	+ 37 294	- 13 655	- 81	1,3406	106,1	104,5
Mai	- 15 987	- 1 495	+ 20 315	- 3 763	+ 51 367	- 27 216	- 73	1,2565	102,8	101,4
Juni	+ 1 650	+ 3 348	- 80	- 7 645	+ 6 952	- 508	+ 1 121	1,2209	100,6	99,3
Juli	+ 5 499	+ 7 231	+ 440	- 618	- 26 486	+ 30 676	- 3 132	1,2770	102,5	101,1
Aug.	- 7 096	- 3 842	+ 2 282	- 26 934	+ 4 997	+ 25 818	- 1 599	1,2894	102,1	100,6
Sept.	- 4 559	+ 4 826	+ 1 160	- 3 220	+ 6 783	- 2 178	- 225	1,3067	102,5	100,8
Okt.	+ 3 060	+ 6 046	+ 1 343	- 9 018	+ 7 460	+ 3 137	- 236	1,3898	106,0	104,1
Nov.	- 5 086	- 490	+ 15 507	+ 51 978	+ 13 525	- 49 997	+ 1	1,3661	104,7	102,7
Dez.	+ 4 234	+ 852	- 15 562	+ 16 267	+ 14 358	- 44 869	- 1 318	1,3220	102,6	100,6
2011 Jan.	- 20 254	- 14 267	+ 14 443	+ 15 401	- 30 656	+ 35 582	- 5 884	1,3360	102,4	100,3
Febr.	- 10 157	- 1 150	- 981	- 35 372	+ 95 372	- 61 951	+ 971	1,3649	103,4	101,1
März	- 512	+ 2 879	- 707	+ 8 511	+ 64 500	- 67 579	- 6 139	1,3999	105,2	103,1
April	- 6 481	- 3 500	+ 2 023	- 27 760	+ 48 445	- 24 600	+ 5 938	1,4442	107,0	104,9
Mai	- 18 727	+ 1 018	+ 18 645	- 3 839	+ 57 454	- 31 846	- 3 124	1,4349	106,0	103,8
Juni	- 3 063	+ 894	+ 6 233	+ 5 939	+ 86 534	- 87 740	+ 1 499	1,4388	106,1	104,0
Juli	- 3 163	+ 3 321	+ 3 463	+ 2 443	- 23 055	+ 24 977	- 902	1,4264	105,2	102,7
Aug.	1,4343	104,9	102,3
Sept.	1,3770	103,8	101,1

* Quelle: EZB. — 1 Siehe auch Tab. XI.12 und 13, S. 75*/ 76* . — 2 Einschl. Finanzderivate. — 3 Gegenüber den Währungen der EWK-20-Gruppe. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
2008	0,4	1,0	1,1	3,7	1,0	0,1	0,2	3,0	1,3
2009	- 4,2	- 2,8	- 5,1	- 14,3	- 8,2	- 2,7	- 3,2	- 7,0	- 5,2
2010	1,8	2,3	3,7	2,3	3,6	1,5	3,5	0,4	1,3
2010 1.Vj.	0,9	1,9	2,6	- 4,2	0,5	1,0	0,7	- 1,1	1,0
2.Vj.	2,1	2,9	4,4	2,5	4,9	1,8	- 4,0	- 0,7	1,8
3.Vj.	2,1	2,1	4,0	4,5	3,4	1,7	- 4,8	0,3	1,3
4.Vj.	1,9	2,2	3,8	6,0	5,6	1,3	- 8,8	- 0,2	1,2
2011 1.Vj.	2,4	3,0	5,0	9,5	4,8	2,4	- 8,1	0,3	1,0
2.Vj.	1,6	2,3	2,8	8,4	2,9	1,8	- 7,3	2,3	0,8
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
2008	- 1,6	3,7	0,0	- 4,7	- 1,0	- 2,8	- 4,2	- 2,1	- 3,5
2009	- 14,8	- 9,5	- 16,3	- 23,9	- 18,1	- 12,6	- 9,2	- 4,5	- 18,8
2010	7,5	11,9	10,8	20,3	5,5	5,3	- 6,6	7,6	6,4
2010 1.Vj.	5,2	13,2	7,1	5,3	- 1,2	4,9	- 7,2	3,2	4,3
2.Vj.	9,4	15,1	12,8	17,7	6,4	6,7	- 6,4	3,9	9,0
3.Vj.	7,1	9,5	10,6	23,9	6,1	3,8	- 6,7	11,5	7,2
4.Vj.	8,1	9,9	12,7	33,8	10,2	5,5	- 6,3	12,8	5,0
2011 1.Vj.	6,5	8,2	4) 11,9	31,7	3,6	4,4	- 6,3	0,9	2,2
2.Vj.	4,2	5,3	4) 8,2	26,2	4,8	2,2	- 11,6	1,5	1,9
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾									
2008	83,4	83,2	86,9	70,7	84,7	86,2	76,4	-	76,0
2009	71,2	72,0	72,0	58,1	67,0	73,6	70,7	-	66,1
2010	75,9	77,9	79,7	67,1	73,5	77,2	68,1	-	68,3
2010 2.Vj.	76,0	78,2	79,4	66,6	73,6	78,6	69,7	-	67,7
3.Vj.	77,2	79,0	81,9	68,8	74,4	77,5	66,6	-	69,2
4.Vj.	78,1	79,4	83,1	71,2	74,8	78,4	67,1	-	70,9
2011 1.Vj.	80,2	81,2	85,6	73,5	77,0	81,8	69,5	-	72,5
2.Vj.	81,6	82,6	86,8	73,4	77,4	84,5	68,8	-	74,3
3.Vj.	80,9	80,1	86,7	73,0	77,9	83,9	67,5	-	72,1
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾									
2008	7,6	7,0	7,5	5,5	6,4	7,8	7,7	6,3	6,7
2009	9,6	7,9	7,8	13,8	8,3	9,5	9,5	11,9	7,8
2010	10,1	8,3	7,1	16,9	8,4	9,8	12,6	13,7	8,4
2011 März	9,9	7,0	6,2	13,6	8,0	9,7	15,1	14,2	8,1
April	9,9	7,0	5,8		7,9	9,7	16,7	14,2	7,9
Mai	10,0	7,0	5,9		7,8	9,7	16,7	14,2	8,0
Juni	10,0	7,0	6,1	12,8	7,8	9,8	16,7	14,4	8,0
Juli	10,0	6,9	6,0		7,8	9,8	...	14,6	8,0
Aug.	10,0	6,8	6,0		7,8	9,9	...	14,6	7,9
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
2008	8) 3,3	4,5	2,8	10,6	3,9	3,2	4,2	3,1	3,5
2009	9) 0,3	0,0	0,2	0,2	1,6	0,1	1,3	- 1,7	0,8
2010	1,6	2,3	1,2	2,7	1,7	1,7	4,7	- 1,6	1,6
2011 April	10) 2,8	3,3	2,7	5,4	3,4	2,2	3,7	1,5	2,9
Mai	2,7	3,1	2,4	5,5	3,4	2,2	3,1	1,2	3,0
Juni	2,7	3,4	2,4	4,9	3,4	2,3	3,1	1,1	3,0
Juli	2,5	4,0	2,6	5,3	3,7	2,1	2,1	1,0	2,1
Aug.	p) 2,5	3,4	2,5	5,6	3,5	2,4	1,4	1,0	2,3
Sept.	s) 3,0	3,4	2,9	5,4	...	2,4	2,9	...	s) 3,5
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾									
2008	- 2,0	- 1,3	- 0,1	- 2,8	- 4,2	- 3,3	- 9,8	- 7,3	- 2,7
2009	- 6,3	- 5,9	- 3,2	- 1,7	- 2,6	- 7,5	- 15,4	- 14,3	- 5,4
2010	- 6,0	- 4,1	- 4,3	0,1	- 2,5	- 7,0	- 10,5	- 32,4	- 4,6
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾									
2008	70,0	89,6	66,5	4,6	34,1	67,7	110,7	44,4	106,3
2009	79,5	96,2	74,2	7,2	43,8	78,3	127,1	65,6	116,1
2010	85,3	96,8	84,0	6,6	48,4	81,7	142,8	96,2	119,0

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig. — 1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. — 2 Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. — 3 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich

bereinigt. — 4 Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 4%). — 5 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. — 6 In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. — 7 Standardisierte

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
0,8	4,4	1,8	1,4	0,0	5,8	3,6	0,9	3,6	2008
- 5,3	-	3,5	-	3,8	- 4,8	- 8,0	- 3,7	- 1,9	2009
2,7	2,7	1,7	2,3	2,5	4,0	1,4	0,1	1,1	2010
0,1	3,8	0,5	0,2	2,0	4,7	- 0,7	- 1,4	- 0,8	2010 1.Vj.
4,1	2,4	2,1	2,7	1,4	4,2	2,0	0,2	0,6	2.Vj.
2,4	1,7	1,8	3,6	1,1	3,8	1,7	0,0	1,9	3.Vj.
4,1	3,0	2,3	2,6	1,1	3,5	2,4	0,6	2,4	4.Vj.
2,9	2,3	2,8	4,2	- 0,6	3,5	2,3	1,1	1,7	2011 1.Vj.
1,9	2,8	1,6	3,4	- 1,0	3,3	0,9	0,6	1,4	2.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
- 5,2	-	1,4	- 1,3	- 4,1	- 3,3	- 1,7	- 7,3	- 4,4	2008
- 15,9	-	7,6	- 11,3	- 8,6	- 13,8	- 17,7	- 15,8	- 8,5	2009
10,5	-	7,1	6,5	1,7	19,0	6,0	0,8	- 1,9	2010
15,8	-	7,6	0,6	3,3	19,8	- 0,7	0,3	- 2,2	2010 1.Vj.
14,7	-	10,8	8,1	2,5	24,4	9,9	2,9	- 2,1	2.Vj.
5,7	-	4,2	8,4	- 0,2	15,3	7,3	- 0,2	- 0,4	3.Vj.
6,3	-	5,9	9,1	1,0	16,7	7,3	0,4	- 2,9	4.Vj.
1,8	-	0,8	11,3	0,1	11,9	8,1	1,8	- 3,9	2011 1.Vj.
- 3,5	-	1,6	9,1	- 1,6	7,9	4,0	- 1,1	- 3,5	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾									
84,7	80,6	83,3	86,6	79,7	72,8	83,9	79,5	71,9	2008
65,4	70,1	76,0	77,4	72,6	54,0	70,9	70,0	65,2	2009
78,5	77,7	78,9	81,9	75,0	58,0	76,0	71,1	62,6	2010
79,3	76,6	78,8	82,0	75,9	57,2	75,0	70,9	62,8	2010 2.Vj.
80,3	78,7	79,6	83,2	75,0	58,9	77,9	72,6	62,5	3.Vj.
78,1	77,0	79,7	83,7	74,5	57,9	78,2	72,5	63,9	4.Vj.
82,9	80,6	80,7	84,6	73,5	68,0	79,9	73,5	63,2	2011 1.Vj.
87,3	81,1	81,1	86,3	76,4	55,4	82,2	74,7	62,9	2.Vj.
82,7	76,9	80,6	85,8	74,3	60,6	80,1	72,6	61,3	3.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾									
4,9	6,0	3,1	3,8	8,5	9,5	4,4	11,3	3,6	2008
5,1	6,9	3,7	4,8	10,6	12,0	5,9	18,0	5,3	2009
4,6	6,9	4,5	4,4	12,0	14,4	7,3	20,1	6,3	2010
4,5	6,5	4,2	4,3	12,4	13,3	8,1	20,7	6,9	2011 März
4,5	6,6	4,2	4,1	12,6	13,3	8,0	20,7	7,2	April
4,6	6,6	4,2	4,2	12,6	13,3	7,9	20,8	7,4	Mai
4,6	6,7	4,1	3,9	12,5	13,3	7,9	21,0	7,5	Juni
4,8	6,6	4,3	3,7	12,3	13,3	7,9	21,1	7,5	Juli
4,9	6,5	4,4	3,7	12,3	13,4	7,8	21,2	...	Aug.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
4,1	4,7	2,2	3,2	2,7	3,9	5,5	4,1	4,4	2008
0,0	1,8	1,0	0,4	- 0,9	0,9	0,9	- 0,2	0,2	2009
2,8	2,0	0,9	1,7	1,4	0,7	2,1	2,0	2,6	2010
4,0	2,4	2,2	3,7	4,0	3,9	2,0	3,5	3,5	2011 April
3,8	2,5	2,4	3,7	3,7	4,2	2,4	3,4	4,1	Mai
3,8	3,1	2,5	3,7	3,3	4,1	1,6	3,0	4,5	Juni
3,2	2,2	2,9	3,8	3,0	3,8	1,1	3,0	3,5	Juli
3,7	2,3	2,8	3,7	2,8	4,1	1,2	2,7	2,7	Aug.
3,8	p) 2,7	p) 3,0	4,4	2,3	3,0	s) 2,5	Sept.
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾									
3,0	- 4,5	0,6	- 0,9	- 3,5	- 2,1	- 1,8	- 4,2	0,9	2008
- 0,9	- 3,7	- 5,5	- 4,1	- 10,1	- 8,0	- 6,0	- 11,1	- 6,0	2009
- 1,7	- 3,6	- 5,4	- 4,6	- 9,1	- 7,9	- 5,6	- 9,2	- 5,3	2010
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾									
13,6	61,5	58,2	63,8	71,6	27,8	21,9	39,8	48,3	2008
14,6	67,6	60,8	69,6	83,0	35,4	35,2	53,3	58,0	2009
18,4	68,0	62,7	72,3	93,0	41,0	38,0	60,1	60,8	2010

Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. — 8 Ab 2008 einschl. Malta und Zypern. — 9 Ab 2009 einschl. Slowakische Republik. — 10 Ab 2011 einschl. Estland. — 11 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission

(Maastricht-Definition). Die hier für Deutschland bereits ausgewiesenen Ergebnisse der VGR-Revision vom August 2011, Defizit und Bruttoinlandsprodukt betreffend, sind in der Berechnung des Aggregats noch nicht berücksichtigt.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet				III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾	
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere									
2010 Jan.	- 10,5	- 31,1	- 1,6	20,6	9,2	5,3	61,5	56,2	35,8	11,1	1,0	31,6	- 7,9	
Febr.	20,5	- 6,7	- 9,6	27,2	32,2	- 14,9	14,8	29,7	- 2,9	6,4	- 0,7	- 7,2	- 1,3	
März	63,9	5,7	- 20,7	58,2	33,6	- 16,9	- 25,0	- 8,1	36,0	2,6	- 0,1	23,2	10,3	
April	83,6	69,2	40,9	14,4	11,7	- 25,4	71,2	96,6	24,0	17,0	- 2,0	7,9	1,0	
Mai	22,0	- 15,9	- 41,6	37,9	23,7	27,5	30,9	3,4	1,6	- 3,1	- 1,8	- 7,9	14,4	
Juni	87,4	37,2	- 10,4	50,2	31,9	- 9,1	- 156,6	- 147,5	4,9	- 6,0	- 2,4	- 18,3	31,7	
Juli	32,3	45,3	29,1	- 13,0	- 2,1	- 33,6	- 42,6	- 9,0	49,4	28,1	- 2,2	6,1	17,3	
Aug.	3,6	3,7	12,6	- 0,1	- 7,3	- 0,7	91,4	92,1	9,3	6,9	- 1,4	- 1,9	5,7	
Sept.	62,8	44,7	2,3	18,1	13,1	9,1	- 44,5	- 53,6	13,1	3,6	- 2,7	15,6	- 3,5	
Okt.	150,0	- 37,0	- 20,2	187,0	107,5	- 83,0	- 37,7	45,3	9,4	- 7,5	- 1,7	12,0	6,5	
Nov.	160,2	143,3	51,5	16,9	- 37,8	8,3	15,4	7,1	53,0	29,4	0,2	1,8	21,6	
Dez.	- 113,2	- 47,9	- 28,6	- 65,2	- 69,9	50,9	- 88,8	- 139,7	34,1	19,9	- 0,5	- 2,3	17,1	
2011 Jan.	43,9	27,5	3,1	16,4	20,0	7,6	83,9	76,3	17,5	- 1,4	1,5	22,2	- 4,7	
Febr.	19,9	23,8	- 0,4	- 3,9	10,2	19,3	31,6	12,2	33,4	- 5,4	0,5	22,7	15,6	
März	- 28,2	- 6,5	- 25,2	- 21,7	- 11,1	102,8	- 33,7	- 136,5	25,9	9,6	0,0	14,4	1,8	
April	83,1	82,4	45,8	0,7	11,1	- 24,4	82,7	107,1	35,4	17,0	- 1,1	18,8	0,7	
Mai	5,8	18,9	- 21,5	- 13,1	10,2	9,9	83,2	73,3	24,9	2,2	- 0,5	11,1	12,0	
Juni	22,5	- 2,4	- 30,6	24,9	28,3	70,4	- 130,3	- 200,7	41,6	4,4	- 0,3	4,7	32,7	
Juli	- 2,0	7,9	4,0	- 9,9	- 14,1	- 6,5	- 28,6	- 22,1	36,2	- 5,5	0,0	0,1	41,5	
Aug.	1,0	- 13,2	- 24,3	14,1	28,2	25,6	62,4	36,8	22,0	5,7	- 0,4	6,1	10,5	

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet				III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾	
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere									
2010 Jan.	16,6	5,4	8,1	11,1	8,1	- 15,1	6,8	21,9	- 6,1	2,4	- 1,6	- 0,3	- 6,7	
Febr.	- 12,8	- 15,3	- 11,1	2,5	5,7	- 22,1	- 18,4	3,8	- 6,8	0,5	- 0,7	- 6,3	- 0,4	
März	- 2,5	- 8,8	- 5,2	6,2	7,0	- 14,0	2,8	16,8	2,9	1,1	0,1	2,7	- 0,9	
April	54,7	50,6	24,7	4,1	2,3	- 13,0	40,5	53,5	- 3,7	0,1	- 1,9	- 0,6	- 1,4	
Mai	- 36,4	- 54,5	- 52,2	18,1	7,8	- 35,4	13,5	48,9	- 17,0	- 5,3	- 1,8	1,7	- 11,6	
Juni	15,1	- 10,3	- 9,7	25,3	20,4	- 17,8	- 62,2	- 44,4	- 4,9	0,7	- 1,3	- 3,4	- 0,9	
Juli	- 2,9	- 1,5	- 4,5	- 1,4	2,9	- 30,9	- 38,5	- 7,5	- 6,5	- 0,2	- 2,2	- 12,2	8,1	
Aug.	8,7	6,9	1,6	1,8	1,8	7,2	12,0	4,8	- 3,4	2,4	- 1,8	- 2,4	- 1,7	
Sept.	- 16,1	- 24,0	- 5,2	7,9	4,0	- 2,2	- 23,0	- 20,9	- 0,4	- 1,0	- 2,4	2,2	0,7	
Okt.	101,0	7,6	1,6	93,4	88,7	5,0	- 3,4	- 8,4	2,3	- 2,1	- 1,4	- 4,4	10,2	
Nov.	40,6	33,5	5,2	7,1	- 69,0	- 5,2	6,4	11,6	4,3	- 0,2	0,5	3,1	0,8	
Dez.	- 72,0	- 39,6	- 4,2	- 32,4	- 22,5	18,4	- 11,7	- 30,1	- 0,5	- 0,2	- 0,0	- 0,7	0,4	
2011 Jan.	30,1	19,0	16,9	11,1	6,2	9,5	6,0	- 3,5	5,8	- 2,5	- 0,5	2,3	6,5	
Febr.	- 0,8	13,5	- 7,2	- 14,3	- 2,4	- 4,0	3,6	7,7	2,2	- 1,8	0,0	0,0	3,9	
März	- 29,6	- 17,0	- 0,5	- 12,5	- 2,2	26,3	- 26,8	- 53,1	- 3,7	- 1,7	0,2	- 4,7	2,5	
April	29,0	36,8	22,4	- 7,7	3,2	18,9	50,0	31,2	2,4	- 1,3	- 0,8	3,0	1,4	
Mai	- 26,0	- 16,3	- 24,7	- 9,7	1,3	5,5	1,4	- 4,1	- 10,3	- 0,3	- 0,1	- 3,5	- 6,4	
Juni	- 23,3	- 13,4	- 12,4	- 10,0	- 6,4	17,2	- 41,4	- 58,5	4,8	0,2	- 0,2	2,0	2,8	
Juli	- 0,8	- 2,0	- 4,0	1,3	- 3,9	- 9,4	- 5,0	4,4	- 5,0	- 0,3	0,0	- 6,3	1,5	
Aug.	23,2	20,5	- 6,1	2,6	12,0	- 32,0	23,3	55,3	5,7	4,7	- 0,1	- 1,2	2,3	

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beihet zum Monatsbericht 1, S. 112). — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der

MFIs. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 8 Abzüglich

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit	
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)		Schuldver-schreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarkt-pap.) (netto) 2) 7)
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
28,8	- 10,0	-	- 59,8	- 43,9	- 2,1	- 12,8	10,7	- 70,9	29,1	- 20,5	4,6	0,0	2010 Jan.	
- 3,6	40,4	-	- 28,3	- 29,4	- 17,1	2,4	- 19,5	- 21,4	9,1	15,9	- 8,2	6,6	Febr.	
- 5,9	7,9	-	9,0	- 1,9	5,4	9,1	- 3,7	- 16,1	8,8	18,4	- 16,5	9,1	März	
- 19,6	- 23,0	-	76,9	53,6	80,5	4,0	76,5	- 36,1	9,1	21,0	2,0	0,5	April	
34,0	1,3	-	12,7	18,6	30,9	6,4	24,5	- 10,9	- 1,5	4,2	- 4,1	6,0	Mai	
20,2	20,1	-	33,1	25,2	42,4	6,5	35,9	- 20,6	3,4	39,0	- 24,4	6,7	Juni	
- 22,3	- 13,4	-	15,0	14,4	- 12,1	8,4	- 20,5	16,3	10,1	- 22,1	- 8,4	1,2	Juli	
- 20,2	- 3,8	-	17,6	3,9	- 34,9	- 6,0	- 28,9	26,0	12,7	2,7	11,7	- 0,7	Aug.	
3,4	36,6	-	18,9	16,1	8,5	- 1,2	9,7	4,5	3,1	22,2	- 18,8	- 0,8	Sept.	
78,1	- 8,2	-	12,4	35,6	8,2	2,2	6,0	23,8	3,6	- 27,5	- 14,9	- 5,6	Okt.	
17,1	41,9	-	56,4	- 1,2	10,5	1,2	9,3	- 15,2	3,6	48,1	12,9	- 3,5	Nov.	
- 97,1	- 50,5	-	51,3	89,6	65,4	18,4	47,0	3,2	21,1	- 5,2	- 34,0	0,9	Dez.	
51,9	58,8	-	76,8	- 41,1	- 44,7	- 12,6	- 32,1	- 16,2	19,7	- 36,1	- 5,2	5,7	2011 Jan.	
13,5	- 27,5	-	19,9	- 20,5	- 33,9	- 0,0	- 33,9	12,2	1,2	39,7	2,9	- 2,2	Febr.	
- 29,1	51,4	-	26,5	26,7	16,9	2,5	14,4	6,8	2,9	- 15,0	- 2,1	17,0	März	
8,0	- 53,7	-	68,9	49,8	40,1	7,1	33,0	6,7	3,0	22,8	2,2	- 5,8	April	
- 17,0	- 11,6	-	19,4	- 8,4	- 15,3	5,0	- 20,2	6,2	0,7	38,7	- 3,5	- 7,3	Mai	
51,6	- 14,1	-	13,8	30,6	54,6	9,2	45,4	- 21,9	- 2,1	- 11,4	- 18,4	13,0	Juni	
- 22,7	- 15,5	-	6,5	2,0	- 21,8	8,5	- 30,3	21,6	2,2	- 1,1	- 6,8	- 0,6	Juli	
- 60,2	- 9,8	-	74,5	11,7	- 21,5	- 4,8	- 16,7	27,4	5,7	46,4	18,3	- 2,0	Aug.	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)									Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge					Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldver-schreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarkt-papiere) (netto) 7)	
					täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)				
- 6,1	16,4	0,7	- 2,9	- 2,7	29,3	- 27,6	4,7	- 12,3	0,7	2,5	2010 Jan.		
- 3,8	30,9	2,1	0,6	6,6	0,3	- 11,6	5,9	10,7	- 0,2	1,5	Febr.		
- 1,6	3,3	0,5	2,9	- 14,6	- 14,7	- 0,0	1,8	1,0	- 0,5	2,1	März		
0,2	4,5	0,9	0,6	40,8	40,5	- 21,9	2,0	20,8	- 0,2	0,4	April		
1,6	65,7	0,6	1,2	9,3	11,8	- 5,3	2,0	0,7	0,4	0,3	Mai		
- 1,0	6,5	- 0,8	2,3	- 3,3	1,7	- 0,3	0,7	1,2	- 0,7	6,0	Juni		
1,5	- 23,0	0,3	1,7	- 5,9	- 0,2	- 3,0	3,7	- 10,4	0,5	3,5	Juli		
7,5	- 14,7	2,0	- 1,3	26,5	4,7	1,5	1,7	11,7	- 0,3	7,2	Aug.		
- 8,5	- 11,3	2,6	- 0,4	1,9	1,0	3,6	2,6	- 8,0	- 0,2	2,9	Sept.		
20,8	110,6	0,9	0,0	- 27,7	2,5	- 0,2	2,7	- 10,8	- 0,1	21,7	Okt.		
3,3	- 18,8	- 0,1	1,1	46,7	26,4	- 5,2	2,1	23,9	0,3	0,8	Nov.		
- 6,7	- 29,2	0,5	3,8	- 17,2	- 8,7	8,5	8,6	- 22,2	0,1	3,6	Dez.		
5,4	32,5	0,7	- 2,8	- 4,1	14,7	- 6,2	2,7	- 12,2	0,1	3,1	2011 Jan.		
1,9	- 17,7	1,1	- 0,2	8,8	- 15,5	5,2	2,1	18,8	- 0,1	1,7	Febr.		
- 8,2	16,4	0,6	0,6	- 7,7	3,3	3,8	0,8	- 14,3	0,1	1,5	März		
- 4,5	26,7	0,7	1,5	23,3	7,3	10,2	- 1,3	10,4	- 0,2	3,1	April		
3,4	- 38,8	1,5	1,4	25,1	1,1	10,9	- 2,3	15,9	- 0,3	0,2	Mai		
3,0	- 19,2	1,5	2,5	5,1	8,2	- 0,4	- 1,9	- 0,3	- 0,2	0,2	Juni		
- 1,2	- 1,0	1,8	2,0	- 3,0	- 4,8	13,5	- 1,2	- 13,4	- 0,1	3,0	Juli		
- 0,1	- 45,8	2,6	- 1,0	31,4	12,4	7,2	- 1,4	10,3	0,4	2,5	Aug.		

Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. — 9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder

M3 vergleichbar. — 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾											
2009 Juli	24 038,9	15 924,6	13 081,0	10 802,0	1 499,7	779,3	2 843,6	1 018,3	1 825,3	4 872,3	3 242,0
Aug.	23 954,5	15 873,5	13 019,7	10 737,8	1 499,6	782,3	2 853,8	1 022,7	1 831,1	4 861,3	3 219,7
Sept.	23 907,4	15 948,6	13 069,0	10 771,9	1 499,5	797,6	2 879,6	1 013,2	1 866,4	4 779,8	3 179,1
Okt.	23 853,5	15 934,7	13 022,4	10 725,9	1 497,4	799,1	2 912,3	1 033,0	1 879,3	4 787,1	3 131,7
Nov.	24 008,8	15 973,4	13 064,7	10 755,2	1 497,9	811,5	2 908,7	1 025,5	1 883,2	4 796,4	3 239,0
Dez.	23 862,5	15 974,2	13 102,7	10 784,5	1 505,5	812,7	2 871,5	1 021,1	1 850,4	4 809,2	3 079,1
2010 Jan.	24 085,0	15 985,1	13 092,5	10 774,4	1 501,6	816,5	2 892,6	1 032,8	1 859,8	4 941,8	3 158,1
Febr.	24 257,1	16 010,6	13 086,0	10 777,2	1 505,9	802,9	2 924,6	1 027,9	1 896,7	5 013,3	3 233,2
März	24 305,5	16 068,3	13 087,2	10 800,5	1 492,0	794,7	2 981,1	1 052,5	1 928,6	4 998,9	3 238,3
April	24 624,5	16 139,0	13 145,3	10 820,2	1 499,2	825,9	2 993,8	1 055,5	1 938,3	5 122,8	3 362,7
Mai	25 230,7	16 179,5	13 145,1	10 865,1	1 478,6	801,3	3 034,4	1 070,2	1 964,2	5 349,6	3 701,7
Juni	25 240,1	16 379,1	13 288,2	10 988,6	1 516,3	783,4	3 090,9	1 091,5	1 999,4	5 247,2	3 613,8
Juli	24 950,6	16 395,4	13 314,0	10 981,3	1 548,1	784,7	3 081,4	1 080,3	2 001,1	5 050,3	3 504,9
Aug.	25 591,3	16 412,5	13 323,5	10 978,8	1 549,6	795,1	3 088,9	1 087,9	2 001,0	5 236,5	3 942,3
Sept.	25 178,2	16 434,0	13 330,7	10 981,4	1 552,3	797,1	3 103,3	1 094,1	2 009,2	5 034,4	3 709,8
Okt.	25 148,1	16 575,1	13 287,1	10 958,1	1 524,5	804,5	3 287,9	1 173,7	2 114,2	4 976,3	3 596,8
Nov.	25 457,0	16 731,2	13 441,0	11 067,7	1 557,1	816,3	3 290,3	1 229,3	2 061,0	5 148,2	3 577,5
Dez.	25 826,0	16 593,4	13 365,2	11 027,0	1 538,3	799,9	3 228,3	1 240,4	1 987,9	5 007,7	4 224,9
2011 Jan.	25 702,4	16 653,2	13 407,0	11 064,9	1 526,8	815,2	3 246,3	1 236,8	2 009,4	5 019,1	4 030,1
Febr.	25 749,6	16 689,4	13 455,6	11 112,4	1 535,5	807,7	3 233,9	1 216,6	2 017,3	5 055,9	4 004,2
März	25 327,7	16 487,4	13 398,7	11 117,0	1 502,7	779,0	3 088,7	1 207,3	1 881,4	4 947,4	3 892,9
April	25 476,0	16 559,0	13 473,7	11 142,4	1 509,0	822,3	3 085,3	1 197,1	1 888,1	4 967,3	3 949,7
Mai	25 808,8	16 585,8	13 508,9	11 202,1	1 506,7	800,0	3 077,0	1 174,2	1 902,8	5 132,9	4 090,1
Juni	25 490,7	16 595,2	13 498,1	11 226,4	1 483,0	788,8	3 097,1	1 170,5	1 926,6	4 971,3	3 924,2
Juli	25 843,3	16 588,4	13 510,9	11 241,1	1 487,9	782,0	3 077,4	1 175,1	1 902,4	5 025,1	4 229,8
Aug.	26 405,1	16 579,7	13 476,5	11 242,4	1 468,7	765,3	3 103,2	1 162,6	1 940,6	5 105,1	4 720,3
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2009 Juli	5 173,5	3 689,5	3 059,0	2 545,9	245,8	267,3	630,6	376,6	254,0	1 238,5	245,5
Aug.	5 149,9	3 660,3	3 038,5	2 532,0	242,9	263,6	621,8	371,0	250,7	1 223,4	266,3
Sept.	5 131,7	3 679,7	3 054,4	2 548,0	242,8	263,6	625,2	368,1	257,1	1 186,5	265,5
Okt.	5 128,8	3 677,6	3 033,3	2 532,0	240,4	260,9	644,2	379,8	264,4	1 184,0	267,3
Nov.	5 131,5	3 675,6	3 041,1	2 537,6	240,3	263,2	634,6	368,9	265,7	1 184,3	271,6
Dez.	5 084,8	3 642,7	3 015,1	2 520,4	235,5	259,1	627,6	363,0	264,6	1 188,8	253,3
2010 Jan.	5 123,4	3 660,2	3 021,3	2 516,0	239,8	265,5	638,8	366,1	272,7	1 211,6	251,5
Febr.	5 099,1	3 649,6	3 008,2	2 513,7	237,7	256,8	641,4	362,9	278,5	1 208,0	241,5
März	5 105,8	3 638,3	2 993,1	2 509,7	233,9	249,6	645,2	362,2	283,0	1 209,3	258,2
April	5 210,6	3 693,3	3 044,0	2 535,9	231,3	276,8	649,3	364,1	285,2	1 262,7	254,6
Mai	5 259,6	3 664,4	2 996,6	2 539,6	209,1	247,9	667,8	374,7	293,1	1 324,9	270,3
Juni	5 236,5	3 680,2	2 988,1	2 540,8	205,5	241,8	692,1	377,7	314,4	1 272,2	284,0
Juli	5 144,1	3 670,8	2 980,4	2 537,8	200,7	242,0	690,4	373,1	317,3	1 195,0	278,3
Aug.	5 201,0	3 683,3	2 991,4	2 546,6	199,6	245,1	691,9	373,2	318,7	1 228,9	288,8
Sept.	5 107,4	3 659,4	2 960,3	2 520,3	198,8	241,2	699,1	376,7	322,3	1 172,2	275,8
Okt.	5 191,7	3 756,9	2 964,7	2 523,0	197,8	243,9	792,2	381,2	411,0	1 162,4	272,4
Nov.	5 311,7	3 822,0	3 004,1	2 557,1	195,3	251,8	817,8	457,5	360,3	1 207,0	282,8
Dez.	6 121,8	3 742,7	2 958,5	2 518,9	192,7	246,9	784,2	447,6	336,6	1 183,6	1 195,5
2011 Jan.	6 033,2	3 767,9	2 972,6	2 516,5	194,1	262,0	795,3	452,3	342,9	1 170,1	1 095,2
Febr.	5 986,9	3 764,4	2 983,4	2 535,7	193,4	254,3	781,0	440,8	340,2	1 175,3	1 047,2
März	5 835,3	3 730,5	2 962,9	2 515,9	190,2	256,8	767,6	430,3	337,3	1 134,9	970,0
April	5 901,3	3 753,8	2 995,6	2 526,0	189,8	279,8	758,2	419,3	339,0	1 171,1	976,3
Mai	5 944,1	3 731,5	2 982,7	2 537,9	189,2	255,6	748,8	408,5	340,3	1 192,1	1 020,6
Juni	5 793,3	3 706,7	2 968,3	2 536,0	187,5	244,9	738,4	404,9	333,4	1 145,1	941,6
Juli	5 929,3	3 709,0	2 969,1	2 540,8	185,6	242,7	739,9	410,3	329,6	1 158,0	1 062,2
Aug.	6 140,4	3 729,5	2 988,1	2 565,9	183,4	238,8	741,4	400,7	340,8	1 189,5	1 221,3

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. — 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarkt-

papiere von öffentlichen Haushalten. — 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*). Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
745,3	9 887,2	9 285,1	9 326,9	3 341,9	1 801,2	254,5	2 118,7	1 688,2	122,4	2009 Juli	
741,0	9 857,4	9 281,6	9 320,7	3 350,7	1 759,6	257,8	2 124,5	1 704,9	123,2	Aug.	
740,5	9 895,9	9 303,8	9 338,4	3 407,1	1 701,4	254,6	2 139,3	1 711,5	124,4	Sept.	
745,3	9 941,5	9 322,4	9 365,2	3 460,8	1 654,9	256,7	2 140,0	1 726,0	126,9	Okt.	
750,0	9 922,5	9 324,0	9 357,1	3 485,6	1 605,4	259,9	2 148,6	1 730,0	127,7	Nov.	
769,9	9 984,7	9 437,9	9 492,5	3 556,5	1 590,9	262,2	2 189,1	1 767,0	126,9	Dez.	
757,1	10 011,8	9 430,2	9 485,4	3 576,3	1 521,6	265,1	2 200,1	1 796,9	125,4	2010 Jan.	
759,5	9 994,9	9 421,7	9 469,6	3 556,1	1 502,6	269,0	2 211,1	1 805,9	124,9	Febr.	
768,6	9 982,9	9 412,5	9 466,0	3 558,2	1 485,8	268,3	2 213,8	1 814,7	125,1	März	
772,6	10 030,1	9 475,3	9 534,0	3 635,0	1 449,8	270,3	2 232,7	1 824,1	122,1	April	
779,0	10 089,2	9 480,6	9 551,6	3 660,4	1 442,0	270,3	2 235,5	1 823,1	120,4	Mai	
785,5	10 217,2	9 594,3	9 651,2	3 695,5	1 426,0	269,0	2 318,6	1 822,6	119,5	Juni	
793,9	10 209,2	9 625,3	9 684,9	3 683,4	1 438,2	270,5	2 342,7	1 832,8	117,4	Juli	
788,0	10 207,2	9 631,4	9 699,4	3 657,4	1 457,2	272,6	2 350,3	1 845,7	116,1	Aug.	
786,8	10 206,5	9 644,5	9 689,9	3 661,4	1 458,3	263,9	2 344,0	1 848,5	113,8	Sept.	
789,0	10 308,3	9 671,7	9 717,5	3 666,6	1 476,6	273,7	2 336,0	1 852,2	112,4	Okt.	
790,2	10 390,5	9 719,2	9 777,1	3 670,5	1 465,7	277,9	2 393,8	1 856,3	112,9	Nov.	
808,6	10 371,2	9 808,2	9 871,6	3 723,4	1 472,2	272,6	2 413,2	1 877,7	112,5	Dez.	
796,3	10 407,3	9 792,5	9 849,0	3 699,8	1 452,1	276,1	2 410,6	1 898,3	112,2	2011 Jan.	
796,2	10 415,9	9 789,7	9 842,4	3 667,9	1 461,0	278,7	2 422,4	1 899,3	112,9	Febr.	
798,3	10 428,5	9 838,3	9 887,6	3 681,8	1 456,3	287,2	2 445,1	1 904,2	113,1	März	
805,4	10 487,6	9 891,9	9 941,1	3 709,6	1 458,7	286,4	2 464,9	1 909,3	112,2	April	
810,4	10 475,3	9 889,6	9 935,5	3 688,9	1 457,2	298,0	2 468,9	1 910,6	111,9	Mai	
819,7	10 549,9	9 911,8	9 949,1	3 726,4	1 429,4	300,0	2 472,7	1 908,7	111,9	Juni	
828,2	10 523,3	9 913,3	9 956,1	3 708,8	1 444,9	306,8	2 472,3	1 911,2	112,0	Juli	
823,4	10 482,7	9 931,8	9 970,1	3 689,9	1 461,1	313,0	2 477,6	1 916,7	111,9	Aug.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
185,6	2 840,1	2 747,1	2 663,6	907,2	358,8	50,2	781,5	450,2	115,7	2009 Juli	
184,2	2 832,1	2 748,8	2 667,0	919,1	344,4	49,1	783,3	454,6	116,5	Aug.	
184,3	2 830,8	2 750,2	2 671,8	937,9	324,4	47,9	786,2	457,7	117,7	Sept.	
185,0	2 834,4	2 752,2	2 676,5	966,4	295,8	47,6	784,8	461,8	120,1	Okt.	
186,5	2 839,6	2 767,0	2 687,1	987,8	280,1	46,6	787,0	464,7	120,9	Nov.	
190,8	2 828,4	2 763,3	2 688,5	975,3	283,8	46,9	788,0	474,6	119,8	Dez.	
187,9	2 830,4	2 772,0	2 696,8	1 005,5	261,0	44,4	788,2	479,4	118,3	2010 Jan.	
188,5	2 829,6	2 776,4	2 695,8	1 003,1	253,7	43,7	792,4	485,3	117,6	Febr.	
191,4	2 816,4	2 765,5	2 687,3	992,2	254,0	42,8	793,5	487,1	117,7	März	
192,1	2 836,8	2 782,6	2 710,0	1 035,2	234,4	42,0	793,6	489,0	115,8	April	
193,2	2 841,8	2 783,5	2 706,9	1 043,4	229,2	40,8	788,5	490,9	114,0	Mai	
195,5	2 842,8	2 787,0	2 702,1	1 041,7	229,2	39,0	787,9	491,6	112,7	Juni	
197,2	2 841,1	2 785,3	2 706,3	1 047,6	227,6	37,8	787,4	495,2	110,6	Juli	
195,8	2 857,9	2 794,5	2 710,2	1 050,3	226,9	37,5	789,7	496,9	108,8	Aug.	
195,4	2 851,5	2 797,8	2 709,0	1 049,9	226,9	37,5	788,8	499,4	106,6	Sept.	
195,5	2 873,7	2 798,5	2 717,1	1 055,7	229,3	37,9	786,8	502,1	105,2	Okt.	
196,6	2 925,7	2 845,2	2 764,3	1 078,2	227,8	38,2	810,2	504,1	105,7	Nov.	
200,4	2 926,8	2 855,0	2 772,1	1 069,6	235,1	38,1	811,1	512,4	105,7	Dez.	
197,6	2 939,7	2 862,6	2 782,4	1 084,8	230,8	38,0	808,5	515,1	105,3	2011 Jan.	
197,4	2 931,4	2 853,1	2 769,4	1 066,1	236,0	38,2	806,5	517,1	105,4	Febr.	
198,0	2 928,9	2 858,5	2 771,7	1 066,6	238,1	38,7	804,8	517,9	105,6	März	
199,5	2 937,5	2 871,5	2 786,1	1 074,5	246,3	39,5	803,5	517,6	104,8	April	
200,9	2 951,3	2 881,4	2 787,4	1 071,8	252,3	40,0	803,2	515,4	104,7	Mai	
203,5	2 960,1	2 884,6	2 787,0	1 078,0	247,9	39,6	803,5	513,6	104,5	Juni	
205,5	2 966,7	2 893,1	2 798,5	1 078,4	259,7	40,1	803,3	512,4	104,5	Juli	
204,5	2 989,1	2 916,1	2 816,9	1 090,2	260,9	41,9	808,3	511,0	104,4	Aug.	

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva											Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-		
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet															
	öffentliche Haushalte											insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)								
zusammen		täglich fällig		bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten								
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)																
2009 Juli	298,2	262,0	146,0	74,9	4,9	25,5	3,5	7,2	321,3	318,9	758,5	2 802,4	2 203,3			
Aug.	274,5	262,2	148,2	72,3	5,1	25,7	3,8	7,1	310,8	308,8	759,9	2 798,6	2 197,2			
Sept.	295,2	262,2	154,7	65,9	5,2	25,7	3,9	6,8	335,2	333,0	741,1	2 769,7	2 187,1			
Okt.	317,5	258,7	151,6	65,1	5,2	26,0	4,2	6,6	309,4	307,2	735,5	2 756,8	2 176,7			
Nov.	304,0	261,5	158,1	61,8	5,0	26,1	4,1	6,4	314,8	312,7	722,3	2 751,8	2 173,2			
Dez.	248,6	243,5	143,9	58,8	4,8	25,9	4,0	6,2	327,5	324,8	647,5	2 752,9	2 167,6			
2010 Jan.	279,4	247,1	144,4	56,8	4,8	28,2	4,3	8,6	307,0	305,5	652,1	2 799,3	2 183,8			
Febr.	275,7	249,5	146,5	56,8	4,7	28,4	4,7	8,4	323,0	321,4	643,9	2 793,9	2 162,4			
März	269,9	247,0	142,2	58,8	4,6	28,5	4,9	8,1	341,4	339,6	628,3	2 828,4	2 192,1			
April	250,3	245,8	141,0	58,6	4,5	28,6	5,1	7,9	362,4	360,4	634,4	2 842,2	2 192,7			
Mai	284,2	253,3	145,6	61,6	4,4	28,4	5,4	7,8	366,8	364,8	630,3	2 868,5	2 180,5			
Juni	304,5	261,4	149,9	64,7	3,9	30,0	5,5	7,6	405,9	404,4	605,7	2 855,2	2 169,6			
Juli	282,2	242,0	131,7	63,0	3,6	30,5	5,7	7,5	383,6	382,2	596,7	2 835,5	2 169,9			
Aug.	262,1	245,7	131,4	67,0	3,3	30,8	5,9	7,4	386,4	385,1	608,1	2 848,1	2 161,5			
Sept.	265,5	251,0	132,0	72,2	3,3	30,1	6,4	7,0	408,4	406,9	589,4	2 831,2	2 172,7			
Okt.	343,7	247,0	133,2	66,9	3,4	30,3	6,5	6,8	385,0	383,5	574,3	2 830,8	2 173,0			
Nov.	360,8	252,5	141,4	64,3	3,4	30,4	6,6	6,5	433,4	431,8	586,5	2 866,4	2 183,3			
Dez.	264,2	235,4	125,1	64,0	3,4	30,1	6,5	6,3	428,1	426,1	552,4	2 858,3	2 182,6			
2011 Jan.	316,5	241,7	127,6	65,4	3,4	30,1	6,9	8,2	392,0	390,6	570,2	2 883,0	2 216,3			
Febr.	330,0	243,5	126,4	67,8	3,4	30,6	7,4	8,0	431,6	430,0	575,6	2 899,7	2 230,9			
März	296,6	244,3	125,7	69,3	3,4	30,7	7,4	7,8	405,1	403,7	568,2	2 972,3	2 314,6			
April	304,4	242,2	123,8	69,1	3,6	30,7	7,5	7,5	427,7	426,3	570,2	2 977,8	2 321,9			
Mai	287,4	252,3	128,3	75,0	3,7	30,8	7,3	7,3	466,5	464,8	566,7	3 007,4	2 332,5			
Juni	339,0	261,8	134,6	78,2	3,8	30,8	7,3	7,1	455,0	453,4	548,1	3 022,6	2 340,3			
Juli	316,2	251,1	123,3	78,2	4,6	30,8	7,2	7,0	449,3	447,8	538,9	3 040,7	2 340,4			
Aug.	256,1	256,6	124,8	82,4	4,6	30,5	7,5	6,8	495,5	493,4	557,0	3 036,0	2 337,9			
Deutscher Beitrag (Mrd €)																
2009 Juli	60,0	116,5	40,3	49,4	3,3	21,5	1,4	0,6	82,4	82,4	9,6	754,9	510,6			
Aug.	50,2	114,9	41,1	46,6	3,4	21,5	1,6	0,6	71,7	71,7	9,5	755,1	507,7			
Sept.	47,9	111,2	42,4	41,7	3,4	21,5	1,6	0,7	83,7	83,7	9,6	734,0	498,1			
Okt.	49,3	108,5	41,6	39,5	3,4	21,7	1,6	0,7	83,3	83,3	9,5	727,1	492,8			
Nov.	41,6	110,9	44,1	39,3	3,3	21,7	1,7	0,7	81,0	81,0	9,3	713,6	483,0			
Dez.	32,7	107,3	40,7	39,5	3,2	21,4	1,8	0,7	80,5	80,5	8,7	703,3	470,7			
2010 Jan.	26,6	107,0	40,3	37,4	3,1	23,7	1,7	0,7	68,2	68,2	9,4	712,0	466,2			
Febr.	22,7	111,1	43,4	38,4	3,1	23,7	1,7	0,7	78,9	78,9	9,2	711,0	456,3			
März	21,2	107,9	39,6	39,1	3,0	23,7	1,8	0,7	79,8	79,8	8,6	714,4	458,2			
April	21,4	105,4	37,4	38,8	2,9	23,8	1,8	0,7	100,7	100,7	8,4	715,8	451,0			
Mai	23,0	112,0	42,2	40,6	2,8	23,7	2,0	0,7	101,4	101,4	8,8	733,9	451,9			
Juni	21,9	118,8	45,4	43,2	2,4	25,0	2,0	0,7	102,7	102,7	8,1	729,6	450,9			
Juli	23,5	111,3	38,4	42,9	2,1	25,1	2,0	0,7	92,2	92,2	8,6	709,2	437,0			
Aug.	30,9	116,8	41,0	45,7	2,0	25,4	2,1	0,7	104,0	104,0	8,3	720,7	436,1			
Sept.	22,4	120,1	41,2	48,9	2,1	25,1	2,2	0,6	95,9	95,9	8,1	710,8	437,1			
Okt.	43,2	113,3	37,6	45,6	2,1	25,2	2,2	0,6	85,0	85,0	8,0	682,1	408,8			
Nov.	46,5	114,9	41,9	43,0	2,1	25,2	2,2	0,6	109,0	109,0	8,3	716,8	433,9			
Dez.	39,8	114,9	40,6	44,6	2,0	25,0	2,2	0,5	86,7	86,7	8,4	708,5	425,8			
2011 Jan.	45,2	112,1	39,6	42,7	1,9	25,0	2,3	0,5	74,5	74,5	8,4	703,2	426,8			
Febr.	47,1	114,9	39,7	45,6	1,7	25,2	2,3	0,5	93,2	93,2	8,4	698,6	424,5			
März	38,9	118,3	42,0	46,6	1,8	25,2	2,3	0,5	78,9	78,9	8,5	686,0	426,2			
April	34,3	117,2	39,8	47,6	1,8	25,2	2,3	0,5	89,2	89,2	8,4	678,5	420,6			
Mai	37,7	126,3	44,2	52,1	1,9	25,2	2,3	0,5	105,2	105,2	8,0	681,7	417,9			
Juni	40,7	132,3	46,1	56,4	2,1	25,2	2,2	0,5	104,8	104,8	7,8	682,3	415,4			
Juli	39,5	128,7	41,3	57,0	2,8	25,1	2,1	0,5	91,8	91,8	5,3	684,4	410,9			
Aug.	39,4	132,8	41,6	61,1	2,8	24,8	2,1	0,4	101,9	101,9	5,7	682,5	412,4			

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). — 1 Quelle: EZB. — 2 In Deutschland nur Spareinlagen. — 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. — 5 Ohne

Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. — 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosistems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). — 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)								Nachrichtlich					Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende		
								Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)		Geldkapitalbildung 13)	sonstige Passivpositionen				Über- schuss der Inter- MFI- Verbind- lichkeiten	Kapital und Rück- lagen 6)
mit Laufzeit	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren														
bis zu 1 Jahr 4)																
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)																
25,3	145,5	2 631,6	4 385,0	1 697,0	- 58,8	3 500,9	-	4 311,0	8 170,1	9 420,1	6 602,5	109,7	2009 Juli			
12,1	144,3	2 642,3	4 309,1	1 715,7	- 68,6	3 530,5	-	4 317,6	8 153,0	9 379,3	6 638,6	109,6	Aug.			
7,0	141,1	2 621,6	4 235,7	1 739,0	- 67,2	3 517,5	-	4 379,3	8 153,6	9 377,5	6 656,8	108,7	Sept.			
- 1,6	140,3	2 618,1	4 227,7	1 745,8	- 93,9	3 485,3	-	4 434,6	8 178,4	9 361,4	6 663,4	108,6	Okt.			
- 2,4	136,5	2 617,7	4 213,9	1 779,5	- 58,3	3 612,2	-	4 472,3	8 170,0	9 340,4	6 706,0	110,2	Nov.			
3,6	129,1	2 620,2	4 238,8	1 801,0	- 22,5	3 362,9	-	4 556,2	8 275,1	9 381,5	6 769,1	117,2	Dez.			
2,5	128,9	2 668,0	4 359,1	1 798,0	- 21,4	3 421,9	-	4 554,1	8 234,9	9 325,5	6 828,4	107,8	2010 Jan.			
1,1	123,8	2 669,1	4 422,9	1 814,3	- 4,6	3 509,4	-	4 538,9	8 213,6	9 305,4	6 856,1	107,8	Febr.			
11,7	122,3	2 694,3	4 425,3	1 831,1	- 41,7	3 541,2	-	4 544,3	8 212,2	9 315,9	6 901,0	106,1	März			
15,6	118,8	2 707,7	4 551,2	1 839,9	- 61,0	3 652,8	-	4 625,9	8 269,0	9 399,9	6 939,0	107,8	April			
22,2	106,9	2 739,4	4 705,0	1 876,7	- 41,6	3 957,0	-	4 663,8	8 301,2	9 427,1	7 008,2	109,4	Mai			
22,5	100,7	2 732,1	4 603,3	1 957,0	3,2	3 807,1	-	4 711,1	8 332,9	9 467,3	7 164,8	110,4	Juni			
27,7	99,2	2 708,6	4 488,4	1 943,7	- 12,4	3 712,1	-	4 693,8	8 337,5	9 444,4	7 150,4	114,8	Juli			
27,1	99,4	2 721,6	4 636,6	1 980,0	12,4	4 124,4	-	4 660,8	8 342,2	9 463,0	7 206,1	113,7	Aug.			
32,4	96,1	2 702,8	4 440,7	1 955,7	7,8	3 951,8	-	4 662,7	8 344,7	9 470,9	7 153,4	111,9	Sept.			
25,4	97,3	2 708,1	4 457,7	1 967,2	28,4	3 807,6	-	4 669,3	8 377,9	9 459,7	7 160,8	109,8	Okt.			
23,1	96,5	2 746,8	4 585,2	2 001,5	24,8	3 778,5	-	4 685,0	8 387,7	9 527,1	7 291,9	111,4	Nov.			
29,7	91,6	2 737,0	4 374,1	2 022,2	59,7	4 351,5	-	4 747,0	8 471,3	9 572,9	7 321,4	117,9	Dez.			
33,8	93,7	2 755,5	4 388,1	2 003,7	53,3	4 208,7	-	4 705,0	8 434,8	9 524,1	7 320,4	109,0	2011 Jan.			
37,6	88,3	2 773,9	4 386,0	2 033,8	63,9	4 146,8	-	4 670,4	8 415,1	9 547,7	7 381,5	106,8	Febr.			
68,4	85,5	2 818,4	4 173,8	2 038,3	71,9	3 871,2	-	4 685,7	8 440,0	9 566,7	7 453,4	106,3	März			
70,9	86,9	2 819,9	4 215,5	2 042,5	38,6	3 910,7	-	4 719,8	8 480,7	9 636,2	7 477,8	107,4	April			
74,3	84,0	2 849,1	4 350,2	2 070,0	9,1	4 053,2	-	4 708,0	8 486,0	9 677,1	7 538,2	106,7	Mai			
92,2	79,6	2 850,8	4 131,0	2 085,1	21,0	3 858,5	-	4 761,9	8 515,4	9 690,0	7 558,4	107,4	Juni			
91,9	82,2	2 866,5	4 144,4	2 150,4	- 5,4	4 173,6	-	4 742,6	8 521,5	9 683,4	7 639,1	108,3	Juli			
95,1	76,8	2 864,1	4 156,1	2 204,0	1,2	4 649,2	-	4 719,6	8 530,7	9 755,0	7 694,9	107,4	Aug.			
Deutscher Beitrag (Mrd €)																
23,3	25,1	706,4	724,8	408,0	- 397,8	751,5	141,8	947,5	1 860,8	2 001,2	2 033,8	-	2009 Juli			
24,7	24,9	705,6	718,3	408,3	- 407,6	762,6	143,4	960,2	1 859,9	1 990,7	2 035,8	-	Aug.			
26,3	23,2	684,5	690,3	409,6	- 396,2	769,8	144,9	980,3	1 856,9	1 999,7	2 020,1	-	Sept.			
23,7	21,9	681,5	678,5	411,0	- 388,6	773,6	146,5	1 008,0	1 857,8	1 996,2	2 019,8	-	Okt.			
21,5	22,4	669,7	674,6	424,7	- 384,9	773,7	146,8	1 031,9	1 867,7	2 001,8	2 024,8	-	Nov.			
23,1	17,0	663,2	663,8	423,6	- 390,1	766,7	146,8	1 015,9	1 865,7	1 994,9	2 016,8	-	Dez.			
25,4	17,2	669,3	693,8	419,4	- 364,7	755,0	147,6	1 045,8	1 872,9	1 993,1	2 019,7	-	2010 Jan.			
27,4	16,7	666,9	703,0	424,6	- 394,6	737,4	149,6	1 046,5	1 872,4	2 004,6	2 026,0	-	Febr.			
27,3	15,3	671,8	721,0	424,3	- 419,9	761,1	150,2	1 031,8	1 859,6	1 990,6	2 031,8	-	März			
27,5	14,7	673,7	777,7	429,9	- 411,7	753,1	151,1	1 072,5	1 881,6	2 032,7	2 037,4	-	April			
26,7	15,3	692,0	847,8	431,1	- 469,8	764,6	151,7	1 085,6	1 891,9	2 044,0	2 050,0	-	Mai			
23,5	13,1	693,0	807,3	431,2	- 475,4	790,2	150,9	1 087,1	1 894,5	2 041,9	2 050,6	-	Juni			
25,4	14,7	669,1	784,5	426,1	- 483,3	765,7	151,2	1 086,0	1 893,7	2 034,6	2 019,1	-	Juli			
33,6	13,9	673,3	797,3	433,5	- 496,8	776,1	153,2	1 091,3	1 902,4	2 062,0	2 031,3	-	Aug.			
35,2	14,8	660,8	757,5	430,4	- 517,7	770,9	155,8	1 091,1	1 908,0	2 061,9	2 012,4	-	Sept.			
13,0	15,2	653,9	745,2	440,6	- 414,3	771,5	156,7	1 093,3	1 912,7	2 033,8	2 012,2	-	Okt.			
28,0	18,4	670,4	772,9	451,7	- 439,4	766,9	156,6	1 120,1	1 937,4	2 101,1	2 063,8	-	Nov.			
27,4	15,4	665,7	736,5	450,9	- 456,6	1 660,7	157,1	1 110,2	1 944,6	2 082,5	2 058,9	-	Dez.			
24,2	15,5	663,5	727,0	447,6	- 421,8	1 554,6	157,8	1 124,4	1 955,2	2 077,8	2 050,4	-	2011 Jan.			
26,1	11,8	660,6	732,7	455,8	- 446,9	1 513,6	158,9	1 105,8	1 946,8	2 086,4	2 054,0	-	Febr.			
23,7	12,9	649,4	672,7	455,5	- 438,1	1 442,9	159,5	1 108,6	1 954,0	2 078,0	2 040,9	-	März			
19,8	13,6	645,1	694,9	457,3	- 413,4	1 448,8	160,1	1 114,2	1 969,4	2 100,4	2 036,3	-	April			
19,3	14,0	648,4	698,7	456,2	- 455,5	1 498,4	161,6	1 116,0	1 980,1	2 126,5	2 038,2	-	Mai			
18,7	14,3	649,2	638,7	455,5	- 480,5	1 424,7	163,1	1 124,1	1 985,8	2 131,5	2 038,3	-	Juni			
22,2	14,0	648,2	647,7	467,3	- 484,9	1 550,9	164,9	1 119,7	1 993,8	2 127,1	2 048,9	-	Juli			
25,2	13,5	643,8	699,8	483,8	- 543,4	1 720,9	167,5	1 131,9	2 011,7	2 158,0	2 065,6	-	Aug.			

emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumschlages entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 3 zum Banknotenumschlages in Tabelle II.2). — 10 Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumschlages sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. — 11 M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungs-

frist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. — 12 M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. — 13 Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. — 14 Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2009 April	508,0	230,5	443,1	1,1	–	57,8	3,7	747,3	139,0	13,3	221,6	1 026,6
Mai	512,4	239,7	426,9	0,7	–	42,7	3,1	757,5	141,9	13,7	220,8	1 021,0
Juni	487,9	238,8	400,6	0,7	–	22,3	2,1	759,8	141,7	– 15,8	217,9	1 000,0
Juli	457,1	221,4	504,9	1,3	–	119,7	9,9	763,1	137,9	– 65,1	219,2	1 102,0
Aug.	433,6	94,1	694,0	0,3	2,8	185,1	22,1	770,8	133,9	– 103,9	216,9	1 172,8
Sept.	427,6	74,8	645,4	0,3	8,4	136,7	18,5	769,1	125,7	– 110,4	216,9	1 122,7
Okt.	421,4	79,1	616,9	0,3	14,3	109,6	12,9	768,8	139,0	– 113,1	214,7	1 093,1
Nov.	413,0	52,3	626,1	0,3	20,1	86,5	12,0	770,7	148,7	– 118,9	212,8	1 070,0
Dez.	407,6	55,8	593,4	0,7	24,6	65,7	9,9	775,2	150,1	– 130,2	211,4	1 052,3
2010 Jan.	413,0	60,6	648,4	0,4	28,4	147,0	8,1	796,8	119,8	– 132,1	211,2	1 155,0
Febr.	425,6	59,7	662,2	0,2	33,5	168,3	13,3	783,6	122,6	– 117,5	210,9	1 162,8
März	426,9	80,5	641,1	0,9	38,0	186,4	10,5	784,6	113,2	– 119,3	211,8	1 182,9
April	439,8	77,7	650,5	0,4	43,6	200,7	8,4	792,9	113,6	– 116,1	212,5	1 206,1
Mai	457,0	76,7	666,4	0,9	49,4	218,2	11,4	796,6	112,1	– 100,3	212,4	1 227,2
Juni	462,4	110,0	706,7	0,3	86,9	288,8	34,1	806,2	123,1	– 98,4	212,5	1 307,5
Juli	500,9	167,5	573,2	0,3	140,2	230,4	54,4	813,0	126,5	– 56,5	214,4	1 257,8
Aug.	543,4	185,4	432,2	0,1	121,4	96,7	67,5	819,3	95,2	– 11,8	215,7	1 131,7
Sept.	543,2	153,1	435,0	0,6	121,8	83,7	66,9	816,0	86,8	– 15,0	215,3	1 115,0
Okt.	531,3	164,5	392,6	0,7	128,3	68,8	64,8	814,1	96,4	– 39,8	213,1	1 096,1
Nov.	511,3	183,0	340,0	0,8	124,5	41,9	68,8	813,5	92,1	– 72,0	215,2	1 070,7
Dez.	511,1	179,5	336,3	1,9	130,4	44,7	70,8	815,9	94,4	– 79,1	212,5	1 073,1
2011 Jan.	527,5	197,0	316,6	0,5	140,9	66,5	73,5	833,9	81,3	– 85,1	212,4	1 112,8
Febr.	549,7	185,4	318,2	0,1	137,2	39,2	81,3	822,0	101,2	– 66,7	213,6	1 074,8
März	550,0	134,4	321,0	7,6	137,9	26,9	80,3	820,9	89,8	– 79,9	212,9	1 060,7
April	544,1	97,3	335,4	0,8	137,6	23,0	79,5	824,4	73,1	– 95,2	210,5	1 057,9
Mai	525,9	109,2	320,5	0,4	136,6	22,8	76,8	833,9	61,3	– 111,6	209,5	1 066,1
Juni	526,8	114,7	317,9	0,0	135,5	18,4	76,2	836,6	62,6	– 107,9	209,0	1 064,0
Juli	533,6	146,0	311,6	0,2	134,2	29,5	76,9	846,2	73,4	– 111,2	210,9	1 086,6
Aug.	541,3	171,7	321,5	0,1	133,9	56,7	79,2	854,2	71,4	– 104,5	211,5	1 122,4
Sept.	540,3	135,1	389,8	0,3	178,0	121,8	109,8	853,2	52,3	– 103,0	209,5	1 184,5
Deutsche Bundesbank												
2009 April	142,9	74,7	122,8	0,7	–	38,9	1,6	186,3	14,6	46,2	53,4	278,7
Mai	150,7	87,5	111,9	0,1	–	24,1	1,3	189,1	26,2	56,3	53,3	266,5
Juni	145,7	95,0	103,4	0,7	–	15,4	0,6	189,3	32,3	54,3	52,8	257,4
Juli	138,0	81,0	141,5	0,6	–	49,4	4,5	190,2	23,5	40,4	53,2	292,8
Aug.	128,6	47,6	189,1	0,1	0,8	70,1	4,9	192,0	23,5	23,6	52,2	314,2
Sept.	126,0	40,6	178,0	0,1	2,9	51,8	4,3	192,3	23,6	23,4	52,2	296,4
Okt.	124,2	37,3	175,9	0,2	4,9	49,4	3,0	192,5	23,7	22,4	51,5	293,3
Nov.	120,7	34,6	178,8	0,2	6,2	34,2	4,3	192,5	23,6	34,8	51,0	277,7
Dez.	116,3	33,7	171,1	0,6	7,2	25,7	2,7	193,3	18,8	37,8	50,5	269,5
2010 Jan.	112,1	42,8	168,9	0,1	7,9	44,8	2,3	198,4	10,7	25,3	50,3	293,5
Febr.	112,3	42,2	168,6	0,1	8,9	50,3	5,2	195,6	5,4	25,4	50,2	296,1
März	112,6	51,8	157,9	0,8	10,0	67,8	5,0	196,5	2,1	11,8	50,0	314,3
April	116,2	40,9	164,9	0,2	11,5	69,8	3,4	198,0	0,3	11,9	50,3	318,2
Mai	121,1	40,5	164,7	0,1	12,8	74,9	4,2	199,0	0,7	10,2	50,2	324,1
Juni	122,2	43,0	166,4	0,0	22,1	113,1	17,1	201,5	0,8	– 29,2	50,5	365,0
Juli	133,9	55,2	112,8	0,1	32,7	81,0	22,3	202,5	0,4	– 22,7	51,2	334,7
Aug.	145,8	61,7	52,8	0,1	28,4	32,7	20,7	204,2	0,5	– 21,6	52,3	289,2
Sept.	145,5	52,6	50,3	0,2	28,4	24,8	26,5	204,2	0,5	– 30,9	52,0	280,9
Okt.	142,2	54,4	40,5	0,1	29,3	27,0	32,4	204,0	0,5	– 48,3	51,0	281,9
Nov.	136,7	63,7	28,9	0,0	28,8	21,2	35,7	202,9	0,4	– 53,6	51,5	275,5
Dez.	136,5	60,5	32,5	0,1	29,3	21,2	41,0	203,3	0,2	– 57,7	51,0	275,5
2011 Jan.	141,9	55,2	34,1	0,1	31,2	28,2	42,0	207,7	0,3	– 66,9	51,3	287,2
Febr.	148,1	44,6	44,0	0,0	31,6	19,8	43,0	204,6	0,2	– 51,0	51,8	276,2
März	148,4	31,3	44,7	0,0	31,7	14,6	48,4	204,8	0,2	– 63,7	51,8	271,2
April	146,6	24,1	45,5	0,0	31,9	13,6	38,9	205,2	0,2	– 61,5	51,7	270,4
Mai	142,4	17,9	47,7	0,2	31,9	10,8	38,2	207,6	0,4	– 68,2	51,4	269,8
Juni	142,5	10,6	41,5	0,0	31,7	8,1	33,4	208,7	0,3	– 75,8	51,7	268,4
Juli	144,3	22,8	35,8	0,0	31,4	11,1	36,4	211,1	0,3	– 77,3	52,6	274,8
Aug.	146,7	13,6	36,5	0,0	31,3	15,4	35,2	213,0	0,2	– 88,4	52,7	281,1
Sept.	146,7	6,6	33,6	0,0	42,3	27,8	60,2	213,4	0,3	– 124,3	51,8	293,0

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. — 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. — 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf ge-

deckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. — 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwappengeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. — 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben- der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen			
	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
- 4,7	+ 6,2	- 29,3	- 0,5	-	- 37,7	- 0,3	+ 5,8	+ 28,9	- 28,1	+ 3,0	- 28,9	2009 April
+ 4,4	+ 9,2	- 16,2	- 0,4	-	- 15,1	- 0,6	+ 10,2	+ 2,9	+ 0,4	- 0,8	- 5,6	2009 Mai
- 24,5	- 0,9	- 26,3	- 0,0	-	- 20,4	- 1,0	+ 2,3	- 0,2	- 29,5	- 2,9	- 21,0	2009 Juni
- 30,8	- 17,4	+ 104,3	+ 0,6	-	+ 97,4	+ 7,8	+ 3,3	- 3,8	- 49,3	+ 1,3	+ 102,0	2009 Juli
- 23,5	- 127,3	+ 189,1	- 1,0	+ 2,8	+ 65,4	+ 12,2	+ 7,7	- 4,0	- 38,8	- 2,3	+ 70,8	2009 Aug.
- 6,0	- 19,3	- 48,6	- 0,0	+ 5,6	- 48,4	- 3,6	- 1,7	- 8,2	- 6,5	- 0,0	- 50,1	2009 Sept.
- 6,2	+ 4,3	- 28,5	+ 0,0	+ 5,9	- 27,1	- 5,6	- 0,3	+ 13,3	- 2,7	- 2,2	- 29,6	2009 Okt.
- 8,4	- 26,8	+ 9,2	- 0,0	+ 5,8	- 23,1	- 0,9	+ 1,9	+ 9,7	- 5,8	- 1,9	- 23,1	2009 Nov.
- 5,4	+ 3,5	- 32,7	+ 0,4	+ 4,5	- 20,8	- 2,1	+ 4,5	+ 1,4	- 11,3	- 1,4	- 17,7	2009 Dez.
+ 5,4	+ 4,8	+ 55,0	- 0,3	+ 3,8	+ 81,3	- 1,8	+ 21,6	- 30,3	- 1,9	- 0,2	+ 102,7	2010 Jan.
+ 12,6	- 0,9	+ 13,8	- 0,2	+ 5,1	+ 21,3	+ 5,2	- 13,2	+ 2,8	+ 14,6	- 0,3	+ 7,8	2010 Febr.
+ 1,3	+ 20,8	- 21,1	+ 0,7	+ 4,5	+ 18,1	- 2,8	+ 1,0	- 9,4	- 1,8	+ 0,9	+ 20,1	2010 März
+ 12,9	- 2,8	+ 9,4	- 0,5	+ 5,6	+ 14,3	- 2,1	+ 8,3	+ 0,4	+ 3,2	+ 0,7	+ 23,2	2010 April
+ 17,2	- 1,0	+ 15,9	+ 0,5	+ 5,8	+ 17,5	+ 3,0	+ 3,7	- 1,5	+ 15,8	- 0,1	+ 21,1	2010 Mai
+ 5,4	+ 33,3	+ 40,3	- 0,6	+ 37,5	+ 70,6	+ 22,7	+ 9,6	+ 11,0	+ 1,9	+ 0,1	+ 80,3	2010 Juni
+ 38,5	+ 57,5	- 133,5	- 0,0	+ 53,3	- 58,4	+ 20,3	+ 6,8	+ 3,4	+ 41,9	+ 1,9	- 49,7	2010 Juli
+ 42,5	+ 17,9	- 141,0	- 0,2	- 18,8	- 133,7	+ 13,1	+ 6,3	- 31,3	+ 44,7	+ 1,3	- 126,1	2010 Aug.
- 0,2	- 32,3	+ 2,8	+ 0,5	+ 0,4	- 13,0	- 0,6	- 3,3	- 8,4	- 3,2	- 0,4	- 16,7	2010 Sept.
- 11,9	+ 11,4	- 42,4	+ 0,1	+ 6,5	- 14,9	- 2,1	- 1,9	+ 9,6	- 24,8	- 2,2	- 18,9	2010 Okt.
- 20,0	+ 18,5	- 52,6	+ 0,1	- 3,8	- 26,9	+ 4,0	- 0,6	- 4,3	- 32,2	+ 2,1	- 25,4	2010 Nov.
- 0,2	- 3,5	- 3,7	+ 1,1	+ 5,9	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,3	- 7,1	- 2,7	+ 2,4	2010 Dez.
+ 16,4	+ 17,5	- 19,7	- 1,4	+ 10,5	+ 21,8	+ 2,7	+ 18,0	- 13,1	- 6,0	- 0,1	+ 39,7	2011 Jan.
+ 22,2	- 11,6	+ 1,6	- 0,4	- 3,7	- 27,3	+ 7,8	- 11,9	+ 19,9	+ 18,4	+ 1,2	- 38,0	2011 Febr.
+ 0,3	- 51,0	+ 2,8	+ 7,5	+ 0,7	- 12,3	- 1,0	- 1,1	- 11,4	- 13,2	- 0,7	- 14,1	2011 März
- 5,9	- 37,1	+ 14,4	- 6,8	- 0,3	- 3,9	- 0,8	+ 3,5	- 16,7	- 15,3	- 2,4	- 2,8	2011 April
- 18,2	+ 11,9	- 14,9	- 0,4	- 1,0	- 0,2	- 2,7	+ 9,5	- 11,8	- 16,4	- 1,0	+ 8,2	2011 Mai
+ 0,9	+ 5,5	- 2,6	- 0,4	- 1,1	- 4,4	- 0,6	+ 2,7	+ 1,3	+ 3,7	- 0,5	+ 2,1	2011 Juni
+ 6,8	+ 31,3	- 6,3	+ 0,2	- 1,3	+ 11,1	+ 0,7	+ 9,6	+ 10,8	- 3,3	+ 1,9	+ 22,6	2011 Juli
+ 7,7	+ 25,7	+ 9,9	- 0,1	- 0,3	+ 27,2	+ 2,3	+ 8,0	- 2,0	+ 6,7	+ 0,6	+ 35,8	2011 Aug.
- 1,0	- 36,6	+ 68,3	+ 0,2	+ 44,1	+ 65,1	+ 30,6	- 1,0	- 19,1	+ 1,5	- 2,0	+ 62,1	2011 Sept.
Deutsche Bundesbank												
+ 7,6	+ 1,8	- 25,1	- 0,5	-	- 12,9	- 0,1	+ 1,0	+ 5,0	- 9,5	+ 0,5	- 11,4	2009 April
+ 7,8	+ 12,8	- 10,9	- 0,6	-	- 14,8	- 0,3	+ 2,7	+ 11,6	+ 10,1	- 0,2	- 12,2	2009 Mai
+ 5,0	+ 7,5	- 8,5	+ 0,5	-	- 8,7	- 0,6	+ 0,2	+ 6,2	- 2,0	- 0,5	- 9,1	2009 Juni
- 7,7	- 13,9	+ 38,1	- 0,0	-	+ 34,1	+ 3,8	+ 0,9	- 8,9	- 13,9	+ 0,4	+ 35,4	2009 Juli
- 9,3	- 33,5	+ 47,6	- 0,5	+ 0,8	+ 20,6	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,0	- 16,8	- 1,0	+ 21,5	2009 Aug.
- 2,6	- 7,0	- 11,1	+ 0,0	+ 2,1	- 18,2	- 0,6	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 17,9	2009 Sept.
- 1,8	- 3,3	- 2,1	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	- 1,2	+ 0,2	+ 0,1	- 1,0	- 0,8	- 3,1	2009 Okt.
- 3,5	- 2,7	+ 3,0	- 0,0	+ 1,3	- 15,2	+ 1,2	+ 0,1	- 0,1	+ 12,5	- 0,4	- 15,6	2009 Nov.
- 4,4	- 0,9	- 7,7	+ 0,4	+ 1,0	- 8,5	- 1,6	+ 0,7	- 4,8	+ 3,0	- 0,5	- 8,2	2009 Dez.
+ 4,2	+ 9,1	- 2,2	- 0,5	+ 0,7	+ 19,1	- 0,4	+ 5,1	- 8,1	- 12,6	- 0,2	+ 24,0	2010 Jan.
+ 0,2	- 0,6	- 0,3	+ 0,0	+ 1,0	+ 5,5	+ 3,0	- 2,8	- 5,2	+ 0,1	- 0,1	+ 2,6	2010 Febr.
+ 0,3	+ 9,6	- 10,6	+ 0,7	+ 1,1	+ 17,4	- 0,3	+ 0,9	- 3,3	- 13,6	- 0,1	+ 18,2	2010 März
+ 3,6	- 10,8	+ 7,0	- 0,7	+ 1,5	+ 2,0	- 1,6	+ 1,6	- 1,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 3,9	2010 April
+ 4,9	- 0,4	- 0,2	- 0,1	+ 1,3	+ 5,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	- 1,7	- 0,1	+ 5,9	2010 Mai
+ 1,1	+ 2,5	+ 1,7	- 0,0	+ 9,3	+ 38,2	+ 12,9	+ 2,5	+ 0,1	- 39,4	+ 0,3	+ 40,9	2010 Juni
+ 11,7	+ 12,2	- 53,6	+ 0,0	+ 10,7	- 32,1	+ 5,1	+ 1,0	- 0,4	+ 6,5	+ 0,8	- 30,3	2010 Juli
+ 11,9	+ 6,6	- 60,0	+ 0,0	- 4,3	- 48,3	- 1,5	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,0	- 45,6	2010 Aug.
- 0,3	- 9,1	- 2,5	+ 0,1	+ 0,0	- 7,9	+ 5,8	+ 0,0	- 0,1	- 9,3	- 0,3	- 8,3	2010 Sept.
- 3,3	+ 1,8	- 9,8	- 0,1	+ 0,9	+ 2,2	+ 5,9	- 0,2	- 0,0	- 17,4	- 1,0	+ 1,0	2010 Okt.
- 5,6	+ 9,3	- 11,6	- 0,1	- 0,5	- 5,8	+ 3,3	- 1,1	- 0,1	- 5,3	+ 0,5	- 6,4	2010 Nov.
- 0,2	- 3,1	+ 3,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,0	+ 5,3	+ 0,5	- 0,2	- 4,1	- 0,5	- 0,0	2010 Dez.
+ 5,5	- 5,4	+ 1,5	- 0,0	+ 1,9	+ 7,0	+ 1,1	+ 4,3	+ 0,0	- 9,2	+ 0,4	+ 11,6	2011 Jan.
+ 6,2	- 10,6	+ 9,9	- 0,1	+ 0,3	- 8,4	+ 0,9	- 3,1	- 0,0	+ 15,9	+ 0,5	- 11,0	2011 Febr.
+ 0,3	- 13,3	+ 0,7	- 0,0	+ 0,2	- 5,2	+ 5,5	+ 0,3	- 0,0	- 12,7	- 0,1	- 5,0	2011 März
- 1,8	- 7,2	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,1	- 1,0	- 9,5	+ 0,3	+ 0,0	+ 2,2	- 0,0	- 0,7	2011 April
- 4,2	- 6,2	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,0	- 2,8	- 0,7	+ 2,4	+ 0,1	- 6,7	- 0,3	- 0,7	2011 Mai
+ 0,2	- 7,3	- 6,3	- 0,2	- 0,2	- 2,7	- 4,7	+ 1,1	- 0,1	- 7,6	+ 0,2	- 1,4	2011 Juni
+ 1,7	+ 12,2	- 5,7	+ 0,0	- 0,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,0	- 1,5	+ 0,9	+ 6,4	2011 Juli
+ 2,4	- 9,2	+ 0,7	- 0,0	- 0,0	+ 4,3	- 1,2	+ 1,9	- 0,1	- 11,1	+ 0,1	+ 6,3	2011 Aug.
+ 0,0	- 6,9	- 2,9	+ 0,0	+ 11,0	+ 12,4	+ 25,0	+ 0,4	+ 0,1	- 35,9	- 0,9	+ 12,0	2011 Sept.

Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Um-

lauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. — 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. — 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. — 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Aus- weisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Gold- forderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwa- rung an Ansässige im Euro-Wa- hungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wert- papieranlagen, Auslandskre- dite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wert- papieran- lagen und Kredite	Forderungen aus der Kredit- fazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2011 Jan. 28.	1 965,6	367,4	228,3	72,9	155,4	26,1	19,2	19,2	-
Febr. 4.	2 015,6	367,4	229,4	72,6	156,8	26,1	18,4	18,4	-
11.	1 956,1	367,4	229,8	72,6	157,1	26,0	21,8	21,8	-
18.	1 958,5	367,4	227,5	72,6	154,8	26,4	21,3	21,3	-
25.	1 952,3	367,4	226,5	72,6	153,9	26,5	21,9	21,9	-
März 4.	1 939,2	367,4	230,7	75,4	155,3	26,4	22,0	22,0	-
11.	1 953,0	367,4	232,2	75,5	156,7	26,0	18,8	18,8	-
18.	1 940,4	367,4	233,8	76,9	156,9	25,6	20,5	20,5	-
25.	1 928,1	367,4	232,9	76,5	156,4	25,6	20,4	20,4	-
April 1.	3) 1 888,5	3) 350,7	3) 221,9	3) 74,1	3) 147,8	3) 23,9	20,9	20,9	-
8.	1 873,1	350,7	219,6	74,2	145,4	24,2	23,1	23,1	-
15.	1 885,0	350,7	219,3	74,2	145,0	23,6	24,9	24,9	-
22.	1 887,9	350,7	218,1	74,2	143,8	23,5	23,2	23,2	-
29.	1 894,1	350,7	216,8	74,2	142,6	23,3	22,4	22,4	-
Mai 6.	1 901,9	350,7	218,1	74,1	144,0	23,4	21,1	21,1	-
13.	1 898,7	350,7	217,5	74,1	143,3	23,6	19,8	19,8	-
20.	1 895,9	350,7	218,7	74,8	143,9	23,8	18,8	18,8	-
27.	1 900,6	350,7	219,4	74,9	144,5	22,9	19,4	19,4	-
2011 Juni 3.	1 899,0	350,7	219,4	74,9	144,5	23,2	19,0	19,0	-
10.	1 892,6	350,7	219,6	74,9	144,7	23,3	21,3	21,3	-
17.	1 914,5	350,7	219,1	74,9	144,2	23,7	20,1	20,1	-
24.	1 972,2	350,7	217,7	74,9	142,8	23,7	20,7	20,7	-
Juli 1.	3) 1 944,6	3) 363,3	3) 216,0	3) 74,3	3) 141,7	3) 23,3	20,5	20,5	-
8.	1 919,5	363,3	216,3	74,3	142,0	23,8	19,1	19,1	-
15.	1 957,2	363,3	217,4	75,6	141,8	23,2	20,0	20,0	-
22.	2 006,1	363,3	218,1	75,9	142,2	24,6	20,3	20,3	-
29.	2 000,5	363,3	217,7	75,9	141,8	23,9	21,8	21,8	-
Aug. 5.	2 004,3	363,3	216,5	75,9	140,6	25,5	23,1	23,1	-
12.	2 073,0	363,3	215,9	75,9	140,0	26,8	20,5	20,5	-
19.	2 076,6	363,3	215,9	76,0	139,9	27,3	20,2	20,2	-
26.	2 071,6	363,2	214,9	76,0	139,0	27,9	18,8	18,8	-
Sept. 2.	2 073,1	363,2	214,3	76,0	138,3	28,4	18,9	18,9	-
9.	2 086,4	363,2	214,3	76,6	137,7	29,1	19,8	19,8	-
16.	2 134,7	363,2	213,9	77,2	136,7	29,8	20,8	20,8	-
23.	2 180,1	363,2	213,0	77,1	135,9	31,6	20,6	20,6	-
30.	3) 2 288,6	3) 420,0	3) 226,5	3) 80,4	3) 146,1	3) 35,3	19,7	19,7	-
Deutsche Bundesbank									
2009 Nov.	551,7	74,9	41,0	15,9	25,1	13,0	0,3	0,3	-
Dez.	3) 588,2	3) 83,9	41,6	16,0	25,6	4,4	0,3	0,3	-
2010 Jan.	571,8	83,9	41,7	16,0	25,7	-	0,3	0,3	-
Febr.	591,6	83,9	42,4	16,7	25,7	-	-	-	-
März 3)	608,6	3) 90,2	3) 44,7	3) 17,2	3) 27,5	-	-	-	-
April	615,5	90,2	44,8	17,2	27,6	-	-	-	-
Mai	673,4	90,2	45,5	17,9	27,6	0,1	-	-	-
Juni 3)	713,7	3) 110,7	3) 49,9	3) 19,0	3) 30,9	0,2	-	-	-
Juli	625,3	110,6	49,9	19,1	30,8	0,2	-	-	-
Aug.	624,7	110,6	49,8	19,0	30,7	0,0	-	-	-
Sept. 3)	623,2	3) 105,1	3) 45,7	3) 18,2	3) 27,5	-	-	-	-
Okt.	619,1	105,1	45,5	18,1	27,4	-	-	-	-
Nov.	621,0	105,1	45,4	17,9	27,5	-	-	-	-
Dez. 3)	671,2	3) 115,4	46,7	18,7	28,0	-	-	-	-
2011 Jan.	628,7	115,4	46,9	18,9	27,9	-	-	-	-
Febr.	639,5	115,4	46,9	18,9	28,0	-	-	-	-
März 3)	632,2	3) 110,1	3) 45,6	3) 19,3	3) 26,3	-	-	-	-
April	610,1	110,1	46,1	19,3	26,9	-	-	-	-
Mai	611,3	110,1	46,1	19,3	26,9	-	-	-	-
Juni 3)	632,3	3) 114,1	45,7	19,1	26,6	-	-	-	-
Juli	629,0	114,1	46,1	19,7	26,4	-	-	-	-
Aug.	679,1	114,1	46,0	19,7	26,3	-	-	-	-
Sept. 3)	764,6	3) 131,9	3) 49,5	3) 20,9	3) 28,7	-	-	-	-

 *) Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Euro-
päischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken

 der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweis-
positionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)				
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteueroptionsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere							
Eurosystem 2)																	
494,8	165,6	329,2	-	-	-	0,1	46,9	465,1	137,2	327,9	35,0	282,8	2011 Jan.	28.			
542,9	213,7	329,2	-	-	0,0	0,0	48,8	466,8	137,2	329,7	34,9	280,9	Febr.	4.			
477,7	156,7	320,3	-	-	0,7	0,0	49,3	467,7	137,2	34,9	34,9	281,5		11.			
471,5	137,0	320,3	-	-	14,2	0,0	51,5	469,1	137,8	331,2	34,9	288,9		18.			
458,4	119,5	321,8	-	-	17,1	0,0	48,5	469,8	138,2	331,6	34,9	298,4		25.			
447,0	124,4	321,8	-	-	0,8	0,0	47,8	471,3	138,2	333,1	34,9	291,7	März	4.			
454,2	111,3	342,9	-	-	0,0	0,0	50,6	471,9	138,2	333,7	34,9	296,8		11.			
443,5	100,5	342,9	-	-	0,1	0,0	48,7	470,4	138,0	332,5	34,9	295,5		18.			
435,7	89,4	342,9	-	-	3,4	0,0	45,5	470,7	137,3	333,3	34,9	294,9		25.			
424,0	100,4	322,9	-	-	0,7	0,0	42,1	3)	471,0	137,6	3)	333,5	34,9	3)	299,1	April	1.
407,7	84,5	322,9	-	-	0,2	0,0	44,6	471,6	137,5	334,1	35,1	296,5		8.			
418,4	94,1	324,0	-	-	0,2	0,0	43,5	470,4	136,6	333,8	35,1	299,2		15.			
421,5	97,4	324,0	-	-	0,0	0,0	44,9	471,9	136,6	335,3	35,1	299,1		22.			
434,3	117,9	316,3	-	-	0,0	0,1	49,6	472,1	136,5	335,5	34,5	290,5		29.			
444,0	127,5	316,3	-	-	0,0	0,1	52,2	471,4	136,5	334,9	34,5	286,4	Mai	6.			
438,2	124,8	313,3	-	-	0,1	0,1	50,4	472,7	136,5	336,2	34,5	291,3		13.			
432,7	119,4	313,3	-	-	0,0	0,0	50,5	471,5	135,3	336,2	34,5	294,7		20.			
437,5	116,1	321,3	-	-	0,1	0,1	47,2	472,7	135,3	337,4	34,5	296,3		27.			
432,1	110,8	321,3	-	-	-	0,1	40,3	477,9	135,3	342,6	34,5	301,8	2011 Juni	3.			
423,9	102,4	321,3	-	-	0,0	0,1	36,6	477,9	135,2	342,7	34,5	304,8		10.			
445,9	135,6	310,3	-	-	0,0	0,1	39,2	476,6	134,2	342,4	34,5	304,7		17.			
497,5	186,9	310,3	-	-	0,2	0,1	41,0	478,8	134,1	344,7	34,5	307,6		24.			
455,2	141,5	313,2	-	-	0,5	0,0	45,2	485,0	134,4	3)	350,7	34,0	3)	302,2	Juli	1.	
433,2	120,0	313,2	-	-	0,0	0,1	45,8	486,2	134,4	351,9	33,9	297,9		8.			
465,2	153,6	311,5	-	-	0,0	0,0	52,4	485,4	134,2	351,2	33,9	296,4		15.			
508,6	197,1	311,5	-	-	-	0,0	57,3	484,5	133,8	350,6	33,9	295,5		22.			
497,4	164,2	333,1	-	-	0,0	0,1	59,2	484,4	133,7	350,6	33,9	298,8		29.			
505,1	172,0	333,1	-	-	-	0,0	50,9	469,8	133,7	336,1	33,9	316,2	Aug.	5.			
548,1	157,1	390,8	-	-	0,0	0,1	52,5	491,9	155,7	336,2	33,9	320,1		12.			
538,7	147,7	390,8	-	-	0,1	0,1	49,1	504,7	170,0	334,7	33,9	323,6		19.			
524,6	133,7	390,8	-	-	-	0,1	49,8	510,3	175,3	335,0	33,9	328,1		26.			
513,8	121,7	392,1	-	-	0,0	0,0	50,1	523,0	188,6	334,5	33,9	327,5	Sept.	2.			
507,5	115,4	392,1	-	-	0,0	0,0	48,0	539,2	202,4	336,8	33,9	331,2		9.			
534,6	163,8	369,6	-	-	1,2	0,0	52,2	547,1	212,0	335,1	33,9	339,0		16.			
571,3	201,1	369,6	-	-	0,5	0,0	50,2	552,1	215,9	336,2	33,9	344,1		23.			
588,8	208,3	378,9	-	-	1,4	0,1	52,3	3)	556,7	219,9	3)	355,3		30.			
Deutsche Bundesbank																	
206,0	35,3	170,6	-	-	0,0	-	6,9	12,9	7,6	5,3	4,4	192,3	2009 Nov.				
223,6	53,6	170,0	-	-	0,0	-	7,1	13,2	7,9	5,3	4,4	209,6	Dez.				
210,3	41,7	168,5	-	-	0,0	-	7,7	14,1	8,8	5,3	4,4	209,4	2010 Jan.				
209,1	51,6	157,3	-	-	0,1	-	7,2	15,6	10,3	5,3	4,4	228,9	Febr.				
206,1	40,9	164,7	-	-	0,6	-	7,3	17,0	11,8	5,3	4,4	239,0	März				
206,1	41,6	164,5	-	-	0,0	-	7,8	18,1	12,9	5,3	4,4	244,2	April				
210,2	43,3	166,8	-	-	0,1	-	8,4	28,4	23,1	5,3	4,4	286,3	Mai				
225,6	58,6	167,0	-	-	0,0	-	8,8	33,4	28,1	5,3	4,4	280,8	Juni				
115,0	61,7	53,3	-	-	0,0	-	9,3	33,7	28,4	5,3	4,4	302,3	Juli				
103,8	52,9	50,3	-	-	0,6	-	8,7	33,7	28,4	5,3	4,4	313,8	Aug.				
85,3	56,4	24,0	4,1	-	0,8	-	8,9	33,9	28,6	5,3	4,4	3)	339,9	Sept.			
103,0	69,1	33,8	-	-	0,2	-	10,6	34,0	28,7	5,3	4,4	316,5	Okt.				
93,0	59,1	33,8	-	-	0,0	-	9,1	34,7	29,5	5,3	4,4	329,3	Nov.				
103,1	68,4	33,5	1,2	-	-	-	9,6	36,1	30,9	5,2	4,4	355,9	Dez.				
82,5	37,8	44,4	-	-	0,3	-	10,0	36,8	31,6	5,2	4,4	332,7	2011 Jan.				
74,9	29,8	45,1	-	-	0,0	-	10,0	37,1	31,8	5,2	4,4	350,9	Febr.				
71,7	25,5	46,1	-	-	0,1	-	9,6	37,2	31,9	5,2	4,4	353,5	März				
64,8	18,7	46,1	-	-	0,0	-	8,3	37,0	31,9	5,1	4,4	339,3	April				
52,1	10,9	41,3	-	-	0,0	-	7,7	36,8	31,7	5,1	4,4	353,9	Mai				
57,8	21,8	35,9	-	-	0,2	-	6,7	36,5	31,4	5,1	4,4	366,9	Juni				
45,8	9,8	36,0	-	-	0,0	-	8,1	36,4	31,3	5,1	4,4	374,0	Juli				
37,6	3,5	34,0	-	-	0,0	-	7,8	48,4	43,5	4,9	4,4	420,9	Aug.				
31,1	12,6	18,4	-	-	0,0	-	9,7	57,8	52,9	4,9	4,4	480,2	Sept.				

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Bank- notennum- lauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbind- lichkeiten in Euro gegenüber Kreditin- stituten des Euro- Währungs- gebiets	Verbind- lichkeiten aus der Bege- bung von Schuld- verschrei- bungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ge- schäften mit Rück- nahme- verein- barung			Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbind- lichkeiten
Eurosystem 4)													
2011 Jan. 28.	1 965,6	821,4	312,9	211,9	24,4	76,5	-	0,1	4,3	-	120,0	112,1	7,9
Febr. 4.	2 015,6	823,0	379,1	239,3	71,4	68,2	-	0,1	9,5	-	95,8	88,1	7,8
11.	1 956,1	821,7	332,4	238,8	17,0	76,5	-	0,1	2,9	-	90,2	82,4	7,8
18.	1 958,5	819,5	333,2	222,1	34,5	76,5	-	0,1	2,8	-	91,2	83,5	7,8
25.	1 952,3	819,6	314,1	212,3	24,7	77,0	-	0,1	2,8	-	105,7	97,9	7,8
März 4.	1 939,2	824,9	303,7	182,7	43,2	77,5	-	0,4	3,6	-	99,3	91,6	7,7
11.	1 953,0	824,4	327,1	234,1	15,3	77,5	-	0,3	3,1	-	91,7	84,0	7,7
18.	1 940,4	823,9	321,0	222,4	20,2	77,5	-	1,0	3,9	-	85,0	77,1	7,9
25.	1 928,1	822,2	303,3	206,3	19,4	77,5	-	0,1	4,2	-	90,9	83,0	7,9
April 1.	5) 1 888,5	826,0	308,4	205,8	26,1	76,5	-	0,1	5,0	-	73,0	64,9	8,0
8.	1 873,1	828,5	296,2	188,6	30,5	77,0	-	0,1	5,2	-	68,4	60,6	7,8
15.	1 885,0	830,9	309,6	222,4	10,0	77,0	-	0,1	5,1	-	65,6	57,8	7,8
22.	1 887,9	837,6	293,7	204,5	13,1	77,0	-	0,1	5,3	-	74,6	66,8	7,9
29.	1 894,1	834,4	286,5	187,7	27,3	71,4	-	0,1	5,1	-	92,2	84,4	7,8
Mai 6.	1 901,9	834,7	331,5	215,0	54,2	62,2	-	0,1	4,9	-	53,7	46,1	7,6
13.	1 898,7	833,3	331,8	243,7	12,1	76,0	-	0,1	4,5	-	50,8	43,2	7,6
20.	1 895,9	832,0	311,0	217,2	17,8	76,0	-	0,1	5,8	-	65,4	57,8	7,6
27.	1 900,6	834,1	307,2	212,8	19,4	75,0	-	0,0	5,5	-	72,6	65,0	7,6
2011 Juni 3.	1 899,0	842,7	287,1	191,7	20,4	75,0	-	0,0	6,6	-	80,7	73,1	7,6
10.	1 892,6	843,5	282,8	197,4	10,4	75,0	-	0,0	5,4	-	78,4	70,7	7,8
17.	1 914,5	842,7	318,5	238,1	5,4	75,0	-	0,0	2,5	-	67,1	59,6	7,5
24.	1 972,2	843,4	340,6	253,4	13,2	74,0	-	0,0	2,8	-	101,4	93,7	7,7
Juli 1.	5) 1 944,6	849,2	316,9	216,2	24,9	74,0	-	1,8	5,1	-	79,5	71,8	7,7
8.	1 919,5	851,8	297,4	157,6	65,7	74,0	-	0,1	6,0	-	72,5	64,8	7,7
15.	1 957,2	853,4	327,6	242,4	10,3	74,0	-	1,0	4,4	-	74,9	67,0	7,8
22.	2 006,1	853,0	357,9	250,5	32,2	74,0	-	1,2	4,4	-	87,3	79,4	7,8
29.	2 000,5	855,7	332,9	208,3	49,9	74,0	-	0,8	5,2	-	97,4	89,5	8,0
Aug. 5.	2 004,3	857,6	369,8	159,8	134,8	74,0	-	1,2	6,5	-	62,5	54,0	8,4
12.	2 073,0	858,2	441,5	286,8	80,2	74,0	-	0,5	3,9	-	62,0	53,5	8,6
19.	2 076,6	854,6	447,3	244,8	105,9	96,0	-	0,5	2,2	-	60,3	51,7	8,7
26.	2 071,6	850,2	431,7	197,0	121,2	110,5	-	3,0	4,7	-	70,9	62,5	8,4
Sept. 2.	2 073,1	853,0	447,0	179,7	151,1	115,5	-	0,6	4,2	-	53,3	44,9	8,5
9.	2 086,4	853,2	455,3	139,3	181,8	129,0	-	5,2	3,6	-	54,3	45,6	8,7
16.	2 134,7	852,7	506,2	241,5	111,5	143,0	-	10,2	3,7	-	49,0	40,3	8,7
23.	2 180,1	852,5	530,0	223,5	150,7	152,5	-	3,4	4,6	-	64,4	56,4	8,0
30.	5) 2 288,6	857,4	563,0	204,9	199,6	156,5	-	2,0	3,3	-	59,7	51,6	8,1
Deutsche Bundesbank													
2009 Nov.	551,7	193,7	87,0	59,0	28,0	-	-	-	-	-	16,0	15,6	0,4
Dez.	5) 588,2	201,3	112,2	76,7	35,5	-	-	-	-	-	10,4	10,0	0,4
2010 Jan.	571,8	195,6	106,3	60,9	45,4	-	-	-	-	-	4,1	3,7	0,4
Febr.	591,6	195,8	127,6	55,2	72,3	-	-	-	-	-	0,7	0,3	0,4
März	5) 608,6	199,0	135,7	82,3	53,4	-	-	-	-	-	0,6	0,2	0,4
April	615,5	199,2	139,1	58,6	80,5	-	-	-	-	-	0,7	0,2	0,5
Mai	673,4	201,0	193,0	52,8	123,9	16,2	-	-	-	-	0,9	0,3	0,6
Juni	5) 713,7	202,7	208,8	108,6	82,9	17,3	-	-	-	-	0,6	0,1	0,4
Juli	625,3	204,8	115,9	61,8	34,7	19,4	-	-	-	-	1,0	0,5	0,5
Aug.	624,7	203,2	115,3	62,4	29,8	23,1	-	-	-	-	1,0	0,6	0,4
Sept.	5) 623,2	203,0	121,3	64,9	28,2	28,2	-	-	-	-	1,0	0,6	0,4
Okt.	619,1	203,5	114,4	62,1	20,8	31,4	-	-	-	-	0,9	0,2	0,7
Nov.	621,0	203,9	116,9	54,8	23,7	38,4	-	-	-	-	0,9	0,2	0,6
Dez.	5) 671,2	209,6	146,4	71,4	38,5	36,5	-	-	-	-	0,9	0,2	0,8
2011 Jan.	628,7	204,5	109,4	50,5	16,6	42,3	-	-	-	-	2,0	0,2	1,8
Febr.	639,5	204,2	120,7	58,2	13,0	49,5	-	-	-	-	0,6	0,2	0,5
März	5) 632,2	205,2	119,9	63,9	17,1	38,9	-	-	-	-	0,6	0,2	0,5
April	610,1	207,8	95,9	47,9	11,7	36,3	-	-	-	-	0,8	0,4	0,4
Mai	611,3	208,6	95,0	54,3	7,7	32,9	-	-	-	-	0,6	0,2	0,4
Juni	5) 632,3	210,9	108,5	63,3	8,7	36,5	-	-	-	-	1,1	0,2	0,9
Juli	629,0	213,1	100,3	52,5	13,2	34,6	-	-	-	-	0,6	0,2	0,4
Aug.	679,1	211,6	145,5	60,5	16,0	68,9	-	-	-	-	0,7	0,2	0,4
Sept.	5) 764,6	213,5	205,5	69,8	56,8	78,8	-	-	-	-	0,9	0,3	0,6

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monats-

ultimo. — 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknoten-Umlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes an in Umlauf befind-

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 3)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 2)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem 4)										
44,6	2,9	14,7	14,7	–	54,6	180,0	–	331,5	78,7	2011 Jan. 28.
43,1	2,1	16,7	16,7	–	54,6	181,5	–	331,5	78,8	Febr. 4.
43,5	2,4	16,7	16,7	–	54,6	181,0	–	331,5	79,2	11.
42,4	3,1	14,4	14,4	–	54,6	186,4	–	331,5	79,2	18.
44,3	2,3	14,4	14,4	–	54,6	183,4	–	331,5	79,4	25.
43,4	2,9	14,9	14,9	–	54,6	180,6	–	331,5	79,8	März 4.
42,4	2,4	16,3	16,3	–	54,6	179,6	–	331,5	79,8	11.
41,8	2,0	15,8	15,8	–	54,6	181,0	–	331,5	79,9	18.
43,3	1,6	15,1	15,1	–	54,6	181,2	–	331,5	80,1	25.
42,3	1,3	5) 14,5	5) 14,5	–	5) 52,6	5) 179,1	–	5) 305,9	80,5	April 1.
41,7	1,1	14,0	14,0	–	52,6	178,0	–	305,9	81,4	8.
41,5	1,0	12,7	12,7	–	52,6	178,8	–	305,9	81,4	15.
42,3	1,0	13,0	13,0	–	52,6	180,4	–	305,9	81,4	22.
41,2	0,9	11,8	11,8	–	52,6	182,3	–	305,9	81,2	29.
40,2	1,9	11,9	11,9	–	52,6	183,2	–	305,9	81,2	Mai 6.
40,7	2,4	10,9	10,9	–	52,6	184,5	–	305,9	81,2	13.
40,4	2,4	11,3	11,3	–	52,6	187,9	–	305,9	81,2	20.
41,1	1,7	11,8	11,8	–	52,6	186,9	–	305,9	81,2	27.
40,0	2,4	11,3	11,3	–	52,6	188,5	–	305,9	81,2	2011 Juni 3.
38,1	1,6	11,9	11,9	–	52,6	190,8	–	305,9	81,5	10.
40,6	0,9	12,0	12,0	–	52,6	190,3	–	305,9	81,5	17.
38,0	1,5	10,1	10,1	–	52,6	194,4	–	305,9	81,5	24.
36,3	0,9	9,6	9,6	–	52,2	5) 196,8	–	5) 316,7	81,5	Juli 1.
37,1	1,9	8,5	8,5	–	52,2	194,0	–	316,7	81,5	8.
38,9	3,2	6,9	6,9	–	52,2	197,6	–	316,7	81,5	15.
40,4	3,4	8,9	8,9	–	52,2	200,4	–	316,7	81,5	22.
40,2	1,6	10,2	10,2	–	52,2	207,1	–	316,7	81,5	29.
39,1	1,5	10,6	10,6	–	52,2	206,4	–	316,7	81,5	Aug. 5.
40,0	1,6	11,5	11,5	–	52,2	204,1	–	316,7	81,5	12.
44,9	1,6	11,9	11,9	–	52,2	203,6	–	316,7	81,5	19.
44,6	2,1	11,8	11,8	–	52,2	205,4	–	316,7	81,5	26.
43,7	2,7	11,2	11,2	–	52,2	207,7	–	316,7	81,5	Sept. 2.
47,0	2,4	11,9	11,9	–	52,2	208,3	–	316,7	81,5	9.
52,1	2,1	11,5	11,5	–	52,2	207,1	–	316,7	81,5	16.
56,3	2,3	12,2	12,2	–	52,2	207,4	–	316,7	81,5	23.
50,0	2,5	5) 13,8	5) 13,8	–	5) 54,5	5) 219,6	–	5) 383,3	81,5	30.
Deutsche Bundesbank										
9,3	0,0	0,0	0,0	–	13,0	13,2	146,8	67,6	5,0	2009 Nov.
9,1	0,0	–	–	–	13,1	13,5	146,8	5) 76,8	5,0	Dez.
9,8	0,0	0,2	0,2	–	13,1	13,2	147,6	76,8	5,0	2010 Jan.
9,3	0,0	0,3	0,3	–	13,1	13,4	149,6	76,8	5,0	Febr.
9,3	0,0	0,1	0,1	–	13,6	10,3	150,2	5) 84,8	5,0	März
11,5	0,0	0,3	0,3	–	13,6	10,2	151,1	84,8	5,0	April
12,8	0,0	0,2	0,2	–	13,6	10,4	151,7	84,8	5,0	Mai
11,0	0,0	0,2	0,2	–	5) 14,5	5) 11,3	150,9	5) 108,8	5,0	Juni
11,2	0,0	0,3	0,3	–	14,5	12,5	151,2	108,8	5,0	Juli
10,5	0,0	0,5	0,5	–	14,5	12,8	153,2	108,8	5,0	Aug.
10,8	0,0	0,1	0,1	–	5) 13,7	5) 12,4	155,8	5) 99,9	5,0	Sept.
12,6	0,0	0,1	0,1	–	13,7	12,3	156,7	99,9	5,0	Okt.
11,0	0,0	0,2	0,2	–	13,7	12,8	156,6	99,9	5,0	Nov.
14,5	0,0	0,2	0,2	–	14,0	13,1	157,1	5) 110,5	5,0	Dez.
12,2	0,0	0,2	0,2	–	14,0	13,1	157,8	110,5	5,0	2011 Jan.
12,0	0,0	0,1	0,1	–	14,0	13,5	158,9	110,5	5,0	Febr.
13,4	0,0	0,2	0,2	–	13,5	11,7	159,5	5) 103,3	5,0	März
11,7	0,0	0,3	0,3	–	13,5	11,7	160,1	103,3	5,0	April
11,3	0,0	0,3	0,3	–	13,5	12,1	161,6	103,3	5,0	Mai
10,5	0,0	0,1	0,1	–	13,3	12,7	163,1	5) 107,0	5,0	Juni
11,9	0,0	0,1	0,1	–	13,3	12,7	164,9	107,0	5,0	Juli
15,3	0,0	0,1	0,1	–	13,3	13,2	167,5	107,0	5,0	Aug.
13,6	0,0	0,2	0,2	–	5) 13,9	5) 14,3	170,7	5) 127,1	5,0	Sept.

lichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen

Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. — 3 Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 4 Quelle: EZB. — 5 Veränderungen überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2002	6 394,2	17,9	2 118,0	1 769,1	1 164,3	604,9	348,9	271,7	77,2	3 340,2	3 092,2	2 505,8	2 240,8
2003	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2
2004	6 617,4	15,1	2 174,3	1 750,2	1 122,9	627,3	424,2	306,3	117,9	3 358,7	3 083,4	2 479,7	2 223,8
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5
2010	8 304,7	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 302,9	2 669,1	2 354,7
2009 Nov.	7 493,5	13,8	2 496,0	1 826,7	1 224,7	602,0	669,4	448,7	220,6	3 671,2	3 201,7	2 700,0	2 372,5
Dez.	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5
2010 Jan.	7 452,7	14,3	2 465,1	1 806,6	1 220,4	586,2	658,5	440,7	217,8	3 655,8	3 198,2	2 695,9	2 354,2
Febr.	7 449,5	14,2	2 491,6	1 830,8	1 250,2	580,5	660,8	444,5	216,3	3 645,2	3 184,7	2 682,5	2 350,8
März	7 454,6	14,4	2 489,7	1 832,0	1 250,3	581,7	657,7	440,2	217,5	3 633,9	3 180,8	2 673,6	2 347,0
April	7 570,0	14,0	2 507,1	1 843,7	1 263,9	579,8	663,5	448,2	215,3	3 688,9	3 222,8	2 711,0	2 360,2
Mai	7 681,0	14,7	2 593,2	1 897,6	1 326,4	571,2	695,6	480,6	215,0	3 650,9	3 211,1	2 688,9	2 364,6
Juni	7 641,3	14,2	2 583,7	1 899,5	1 341,3	558,2	684,2	464,9	219,3	3 664,0	3 228,2	2 685,0	2 368,0
Juli	7 438,3	14,7	2 457,9	1 777,3	1 234,5	542,8	680,6	473,5	207,1	3 654,1	3 219,4	2 680,5	2 364,5
Aug.	7 517,6	14,5	2 489,7	1 792,7	1 252,0	540,6	697,1	488,6	208,4	3 667,0	3 229,6	2 688,4	2 373,2
Sept.	7 387,2	14,9	2 447,4	1 780,3	1 245,4	535,0	667,0	460,9	206,1	3 642,6	3 209,0	2 665,8	2 353,9
Okt.	7 397,5	15,2	2 353,9	1 759,6	1 246,2	513,4	594,3	389,3	205,0	3 758,9	3 327,9	2 675,0	2 360,5
Nov.	7 508,4	14,8	2 376,9	1 776,3	1 259,7	516,5	600,7	397,7	203,0	3 804,8	3 368,9	2 704,7	2 389,3
Dez.	8 304,7	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 302,9	2 669,1	2 354,7
2011 Jan.	8 183,8	14,1	2 322,8	1 748,8	1 239,7	509,1	573,9	374,7	199,2	3 748,8	3 322,9	2 684,7	2 356,7
Febr.	8 142,3	14,5	2 332,2	1 751,5	1 243,1	508,4	580,6	380,6	200,1	3 745,3	3 322,0	2 697,7	2 377,4
März	7 955,1	14,5	2 294,6	1 735,4	1 233,8	501,6	559,2	363,4	195,8	3 711,8	3 293,5	2 680,7	2 358,7
April	7 997,9	15,6	2 270,7	1 702,2	1 203,3	498,8	568,6	371,7	196,9	3 736,5	3 307,8	2 703,7	2 360,9
Mai	8 045,9	15,5	2 281,5	1 702,0	1 201,3	500,7	579,5	377,0	202,5	3 714,4	3 289,2	2 694,7	2 376,5
Juni	7 885,8	15,2	2 268,6	1 696,4	1 206,0	490,5	572,2	372,2	200,0	3 690,4	3 269,3	2 681,2	2 374,9
Juli	8 001,0	15,2	2 258,5	1 688,2	1 202,0	486,2	570,2	372,7	197,6	3 692,8	3 270,6	2 685,7	2 379,2
Aug.	8 263,5	14,7	2 338,3	1 750,6	1 265,7	484,9	587,7	390,3	197,4	3 699,5	3 279,1	2 706,2	2 403,3
Veränderungen 3)													
2003	90,7	- 0,6	- 12,2	- 44,1	- 42,6	- 1,5	31,9	18,8	13,1	30,0	23,6	- 22,8	26,4
2004	209,7	- 2,1	71,6	24,0	10,9	13,1	47,6	17,1	30,5	44,0	17,4	- 0,4	- 1,3
2005	191,4	0,1	96,5	10,3	22,8	- 12,5	86,2	48,1	38,0	59,7	14,1	37,1	15,5
2006	353,9	1,1	81,2	0,5	28,0	- 27,6	80,8	19,5	61,3	55,9	1,5	32,5	13,2
2007	515,3	1,5	215,6	135,5	156,2	- 20,8	80,1	44,1	36,0	54,1	- 1,0	38,6	53,2
2008	314,0	- 0,1	184,4	164,2	127,3	36,9	20,2	34,6	- 14,4	140,2	102,5	130,8	65,4
2009	- 454,8	- 0,5	- 189,5	- 166,4	- 182,1	15,8	- 23,2	- 2,5	- 20,7	17,3	38,2	16,9	6,5
2010	- 135,1	- 0,7	- 90,6	3,0	58,3	- 55,3	- 93,6	- 78,5	- 15,1	77,5	107,1	- 13,7	0,6
2009 Dez.	- 79,7	3,4	- 17,7	- 14,9	- 8,0	- 6,9	- 2,8	0,2	- 3,1	- 37,4	- 16,8	- 9,9	- 17,4
2010 Jan.	- 8,8	- 2,9	- 17,4	- 8,1	0,8	- 8,9	- 9,3	- 9,4	0,1	16,6	11,3	3,9	- 1,7
Febr.	- 7,2	- 0,2	25,8	24,0	29,6	- 5,6	1,8	3,4	- 1,7	- 12,8	- 14,7	- 14,4	- 4,5
März	4,9	0,3	0,5	2,6	- 0,3	2,9	- 2,1	- 4,4	2,3	- 2,5	1,2	- 4,5	- 3,2
April	107,9	- 0,5	16,4	11,0	13,1	- 2,1	5,4	7,8	- 2,3	54,7	42,4	37,9	13,2
Mai	63,7	0,7	80,8	50,4	59,5	- 9,1	30,4	31,0	- 0,6	- 45,6	- 15,4	- 25,6	1,1
Juni	- 50,5	- 0,6	- 11,2	0,7	13,8	- 13,1	- 11,9	- 16,1	4,2	11,1	15,6	- 5,3	2,0
Juli	- 166,1	0,6	- 118,1	- 116,0	- 101,0	- 15,0	- 2,1	9,9	- 11,9	- 3,2	- 4,5	- 0,5	0,4
Aug.	60,6	- 0,3	29,2	13,6	15,9	- 2,4	15,6	14,5	1,1	8,7	7,3	5,2	6,2
Sept.	- 88,7	0,4	- 36,3	- 8,8	- 3,6	- 5,2	- 27,5	- 26,0	- 1,5	- 16,5	- 15,2	- 17,5	- 14,3
Okt.	20,7	0,4	- 72,6	- 0,9	1,7	- 2,6	- 71,7	- 70,7	- 0,9	100,9	102,9	11,7	9,2
Nov.	80,9	- 0,5	25,6	22,0	10,8	11,2	3,5	5,8	- 2,3	39,4	36,9	25,8	25,0
Dez.	- 152,6	1,7	- 13,1	12,6	18,1	- 5,5	- 25,6	- 24,0	- 1,6	- 73,2	- 60,5	- 30,3	- 32,8
2011 Jan.	- 106,0	- 2,4	- 35,7	- 37,3	- 36,0	- 1,2	1,5	2,9	- 1,4	29,3	24,2	19,4	5,7
Febr.	- 39,5	0,3	10,1	3,2	3,7	- 0,5	6,9	6,1	0,9	- 1,1	0,4	14,6	22,0
März	- 167,6	0,0	- 31,8	- 10,8	- 8,2	- 2,6	- 20,9	- 16,2	- 4,8	- 29,7	- 25,8	- 14,5	- 16,4
April	63,2	1,2	- 21,0	- 31,7	- 29,2	- 2,5	10,8	9,6	1,2	29,0	17,1	25,6	5,1
Mai	27,4	- 0,1	7,4	- 1,9	- 3,5	1,6	9,3	3,9	5,4	- 25,8	- 21,2	- 11,3	13,1
Juni	- 165,7	- 0,2	- 21,0	- 14,0	4,8	- 18,7	- 7,1	- 4,6	- 2,4	- 23,0	- 19,3	- 12,9	- 1,0
Juli	104,8	- 0,0	- 10,6	- 7,9	- 3,8	- 4,1	- 2,6	- 0,4	- 2,3	- 0,7	- 1,3	2,2	2,0
Aug.	262,5	- 0,5	79,9	62,4	63,7	- 1,2	17,5	17,6	- 0,1	7,2	8,4	20,5	24,3

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen)

auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. — 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-			öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte					
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere				
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	2002
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	806,4	645,6	163,6	2003
255,9	603,8	423,0	180,8	275,3	140,6	61,9	134,7	25,7	109,0	897,8	730,4	171,4	2004
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,0	2010
327,5	501,7	340,9	160,8	469,5	341,0	165,1	128,4	23,5	105,0	1 057,5	818,6	255,0	2009 Nov.
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	Dez.
341,7	502,3	338,0	164,4	457,5	325,5	161,9	132,1	23,7	108,3	1 081,5	838,8	236,0	2010 Jan.
331,7	502,2	334,8	167,4	460,5	325,7	162,9	134,8	23,7	111,1	1 072,7	832,8	225,9	Febr.
326,6	507,3	335,5	171,8	453,1	319,6	162,7	133,5	22,3	111,2	1 073,9	833,9	242,6	März
350,8	511,8	337,7	174,1	466,1	332,9	175,7	133,1	22,0	111,2	1 120,2	879,4	239,8	April
324,3	522,2	343,8	178,4	439,8	307,7	175,0	132,1	26,4	105,7	1 167,0	923,7	255,2	Mai
317,0	543,2	349,1	194,1	435,8	303,1	172,8	132,7	24,2	108,5	1 111,1	865,0	268,4	Juni
316,0	538,9	344,7	194,2	434,7	299,9	173,2	134,8	23,9	110,9	1 048,9	810,6	262,7	Juli
315,2	541,2	344,9	196,3	437,4	300,0	173,4	134,4	23,8	110,5	1 073,1	834,1	273,3	Aug.
312,0	543,1	346,6	196,5	433,7	294,4	166,4	139,2	25,7	113,5	1 020,8	787,3	261,6	Sept.
314,6	652,9	350,9	302,0	431,0	289,7	162,6	141,3	25,8	115,5	1 011,3	781,3	258,2	Okt.
315,4	664,2	427,3	237,0	435,9	299,5	167,8	136,4	25,8	110,6	1 043,4	810,3	268,5	Nov.
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,0	Dez.
328,0	638,2	421,7	216,5	425,9	287,9	159,8	138,0	26,2	111,8	1 017,1	786,3	1 081,0	2011 Jan.
320,2	624,3	410,1	214,2	423,3	285,7	158,2	137,6	26,3	111,3	1 017,4	790,0	1 033,0	Febr.
322,1	612,8	399,4	213,4	418,3	282,2	157,2	136,2	26,4	109,7	978,6	748,1	955,6	März
342,8	604,1	388,4	215,7	428,7	291,9	165,1	136,8	26,4	110,4	1 013,2	787,6	961,8	April
318,2	594,5	377,9	216,6	425,2	288,0	161,4	137,2	26,2	111,0	1 028,3	796,9	1 006,2	Mai
306,3	588,2	374,6	213,6	421,1	287,2	161,2	133,9	25,9	108,0	984,4	753,6	927,1	Juni
306,5	584,9	374,5	210,4	422,3	283,5	161,6	138,8	31,3	107,5	986,6	757,8	1 047,9	Juli
302,8	572,9	365,2	207,7	420,4	281,9	162,6	138,5	31,0	107,5	1 004,1	779,4	1 206,8	Aug.
Veränderungen 3)													
- 3,6	0,8	- 8,7	9,6	6,4	13,1	2,6	- 6,8	- 0,8	- 6,0	115,4	97,7	- 42,0	2003
0,9	17,8	- 17,0	34,9	26,6	8,2	3,1	18,4	0,0	18,4	111,0	100,2	- 14,7	2004
21,7	- 23,0	- 14,3	- 8,6	45,5	27,4	2,2	18,2	4,6	13,5	57,2	31,3	- 22,2	2005
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,2	- 1,3	- 3,8	205,8	165,7	9,8	2006
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,7	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	223,0	136,7	21,1	2007
65,4	- 28,3	- 16,9	- 11,5	37,7	42,2	40,3	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,1	- 7,5	29,7	2008
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,2	- 162,2	- 99,8	2009
- 14,2	120,8	83,3	37,4	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,0	3,7	- 74,9	- 61,9	- 46,4	2010
7,5	- 6,9	- 5,9	- 1,0	- 20,6	- 20,1	- 2,9	- 0,4	- 0,1	- 0,4	- 9,0	- 10,7	- 18,9	2009 Dez.
5,6	7,3	2,8	4,5	5,3	1,5	- 1,0	3,8	0,2	3,6	6,1	6,4	- 11,2	2010 Jan.
- 10,0	- 0,2	- 3,2	3,0	1,8	- 0,9	0,3	2,7	- 0,0	2,7	- 17,3	- 13,8	- 2,7	Febr.
- 1,3	5,7	0,7	5,0	- 3,7	- 4,2	- 0,4	0,5	- 1,4	2,0	3,1	- 1,2	3,7	März
24,7	4,5	2,2	2,3	12,3	12,7	12,7	- 0,4	- 0,4	0,0	40,7	40,7	- 3,4	April
- 26,7	10,2	6,0	4,2	- 30,2	- 28,9	- 3,3	- 1,4	4,4	- 5,7	13,9	15,0	13,9	Mai
- 7,3	20,9	5,2	15,7	- 4,4	- 4,9	- 2,5	0,5	- 0,3	0,8	- 62,1	- 64,3	12,3	Juni
- 0,9	- 4,0	- 4,1	0,1	1,3	- 1,0	2,5	2,3	- 0,2	2,5	- 39,1	- 33,6	- 6,1	Juli
- 1,0	2,1	0,0	2,0	1,4	1,7	- 0,8	- 0,3	- 0,1	- 0,2	12,4	13,0	10,6	Aug.
- 3,1	2,2	1,9	0,4	- 1,3	- 6,6	- 4,5	5,3	2,0	3,3	- 24,0	- 21,2	- 12,3	Sept.
2,5	91,2	4,6	86,6	- 2,0	- 4,2	- 3,3	2,1	0,1	2,0	- 3,4	- 0,5	- 4,6	Okt.
0,7	11,1	76,1	- 65,0	2,6	7,7	3,2	- 5,1	- 0,1	- 5,0	7,5	6,7	8,9	Nov.
2,5	- 30,2	- 8,8	- 21,4	- 12,7	- 9,3	- 2,6	- 3,4	- 1,0	- 2,4	- 12,7	- 9,0	- 55,5	Dez.
13,7	4,8	3,5	1,3	5,1	- 0,4	- 3,6	5,5	1,4	4,0	5,2	2,4	- 102,4	2011 Jan.
- 7,4	- 14,2	- 12,0	- 2,2	- 1,5	- 1,1	- 1,3	- 0,4	0,1	- 0,5	3,0	6,1	- 51,9	Febr.
1,9	- 11,3	- 10,5	- 0,8	- 3,9	- 2,6	- 0,1	- 1,3	0,2	- 1,5	- 27,9	- 32,3	- 78,2	März
20,6	- 8,5	- 10,9	2,4	11,9	11,1	9,3	0,8	0,0	0,7	48,6	52,5	5,4	April
- 24,4	- 9,9	- 10,7	0,8	- 4,6	- 5,0	- 4,6	0,4	- 0,3	0,6	1,7	- 2,8	44,1	Mai
- 11,9	- 6,3	- 3,2	- 3,1	- 3,8	- 0,4	0,0	- 3,3	- 0,3	- 3,0	- 41,4	- 41,2	- 80,0	Juni
0,2	- 3,5	- 0,2	- 3,3	0,6	- 4,2	- 0,0	4,9	5,4	- 0,6	- 5,0	- 2,6	121,1	Juli
- 3,7	- 12,2	- 9,3	- 2,9	- 1,2	- 1,6	0,9	0,4	- 0,1	0,5	17,8	21,5	158,1	Aug.

von Ausgleichsforderungen. — 3 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									
	Bilanzsumme 1)	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland			mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		Einlagen von Nicht-	
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitglieds-ländern		zusammen	tätlich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	zusammen	tätlich fällig	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2002	6 394,2	1 478,7	1 236,2	242,4	2 170,0	2 034,9	574,8	884,9	279,3	575,3	472,9	87,4	8,1	
2003	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3	
2004	6 617,4	1 528,4	1 270,8	257,6	2 264,2	2 148,5	646,2	898,9	239,9	603,5	515,5	71,9	8,8	
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6	
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9	
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6	
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4	
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7	
2010	8 304,7	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 090,0	1 109,4	303,7	618,2	512,5	68,4	19,3	
2009 Nov.	7 493,5	1 599,1	1 375,7	223,4	2 823,6	2 724,5	1 005,5	1 133,4	353,0	585,6	464,5	73,0	25,9	
2009 Dez.	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7	
2010 Jan.	7 452,7	1 596,8	1 348,9	247,9	2 826,3	2 736,7	1 025,2	1 113,9	330,5	597,6	479,2	66,6	20,1	
2010 Febr.	7 449,5	1 597,3	1 361,7	235,6	2 828,9	2 736,7	1 025,5	1 108,4	323,8	602,9	485,1	69,6	20,4	
2010 März	7 454,6	1 566,6	1 328,7	237,9	2 815,8	2 725,0	1 009,4	1 110,9	325,3	604,7	486,8	69,7	21,9	
2010 April	7 570,0	1 599,7	1 340,9	258,7	2 836,1	2 737,0	1 044,7	1 087,5	301,4	604,8	488,8	77,9	27,3	
2010 Mai	7 681,0	1 629,3	1 356,0	273,3	2 840,9	2 749,1	1 063,1	1 081,1	299,5	605,0	490,8	69,1	21,9	
2010 Juni	7 641,3	1 616,8	1 365,8	251,0	2 842,3	2 750,9	1 064,3	1 082,1	299,7	604,4	491,5	69,5	22,3	
2010 Juli	7 438,3	1 515,4	1 244,1	271,3	2 840,1	2 745,2	1 061,3	1 078,1	297,4	605,9	495,1	71,8	24,2	
2010 Aug.	7 517,6	1 534,6	1 253,2	281,4	2 856,9	2 756,0	1 068,3	1 081,9	298,3	605,8	496,8	70,4	22,5	
2010 Sept.	7 387,2	1 482,4	1 218,3	264,1	2 850,5	2 758,9	1 069,7	1 083,1	300,6	606,1	499,4	69,7	20,9	
2010 Okt.	7 397,5	1 517,9	1 247,9	270,0	2 872,8	2 759,8	1 071,3	1 081,1	300,4	607,4	502,2	69,9	21,2	
2010 Nov.	7 508,4	1 513,5	1 245,8	267,7	2 924,8	2 802,1	1 093,6	1 098,6	295,5	609,9	504,2	76,3	25,7	
2010 Dez.	8 304,7	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 090,0	1 109,4	303,7	618,2	512,5	68,4	19,3	
2011 Jan.	8 183,8	1 489,1	1 221,1	268,0	2 937,6	2 823,6	1 099,8	1 103,4	299,7	620,4	515,1	69,0	22,7	
2011 Febr.	8 142,3	1 472,6	1 208,0	264,6	2 930,8	2 817,3	1 083,9	1 110,9	307,2	622,5	517,2	66,5	21,4	
2011 März	7 955,1	1 454,6	1 191,7	262,9	2 928,3	2 820,7	1 085,9	1 111,3	308,8	623,5	518,0	68,7	22,1	
2011 April	7 997,9	1 458,9	1 183,6	275,3	2 936,7	2 830,9	1 088,0	1 120,7	319,2	622,3	517,6	71,9	25,7	
2011 Mai	8 045,9	1 422,2	1 163,9	258,3	2 950,7	2 841,8	1 090,4	1 131,5	330,2	619,9	515,3	71,3	25,1	
2011 Juni	7 885,8	1 401,2	1 158,5	242,6	2 959,0	2 844,9	1 096,5	1 130,7	330,2	617,7	513,4	73,4	26,6	
2011 Juli	8 001,0	1 398,0	1 154,4	243,6	2 966,1	2 853,8	1 094,1	1 143,1	342,8	616,5	512,2	72,9	25,0	
2011 Aug.	8 263,5	1 413,8	1 163,7	250,1	2 988,4	2 873,6	1 105,9	1 152,7	351,5	615,0	510,8	75,6	25,5	
Veränderungen 4)														
2003	90,7	3,8	- 3,3	7,1	44,7	50,3	48,8	- 13,6	- 31,6	15,1	28,0	- 3,8	1,4	
2004	209,7	62,3	42,8	19,6	53,5	64,9	26,3	25,5	- 8,3	13,1	14,7	- 9,3	- 0,4	
2005	191,4	32,8	26,9	5,8	65,0	75,5	69,4	7,3	- 6,9	- 1,2	2,9	- 8,0	0,5	
2006	353,9	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,5	4,4	
2007	515,3	148,3	134,8	13,5	185,1	177,3	24,6	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6	
2008	314,0	65,8	121,5	- 55,8	162,4	173,1	38,8	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,4	- 0,1	
2009	- 454,8	- 235,3	- 224,5	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1	
2010	- 135,1	- 75,5	- 99,6	24,0	72,4	59,8	92,2	- 56,5	- 55,7	24,0	38,3	- 4,4	2,1	
2009 Dez.	- 79,7	- 11,8	- 21,8	10,0	- 6,5	6,1	- 8,3	5,5	3,2	8,9	9,9	- 9,3	- 8,3	
2010 Jan.	- 8,8	5,3	- 7,9	13,2	7,4	4,8	26,9	- 25,3	- 26,0	3,2	4,7	2,4	2,3	
2010 Febr.	- 7,2	3,6	12,0	- 8,3	- 5,9	- 0,4	- 0,1	- 5,6	- 6,8	5,2	5,9	- 5,1	0,3	
2010 März	4,9	- 15,7	- 17,8	2,1	- 13,3	- 11,8	- 16,1	2,4	1,5	1,8	1,8	0,1	1,4	
2010 April	107,9	33,5	12,9	20,6	18,9	10,6	35,1	- 24,5	- 25,0	0,1	2,0	8,2	5,4	
2010 Mai	63,7	25,0	11,9	13,0	2,9	10,7	17,3	- 6,8	- 2,1	0,2	2,0	- 9,4	- 5,6	
2010 Juni	- 50,5	- 14,0	8,7	- 22,7	0,8	1,5	1,6	0,5	- 0,3	- 0,6	0,6	0,2	0,3	
2010 Juli	- 166,1	- 94,4	- 116,0	21,6	- 0,8	- 4,6	- 2,2	- 3,8	- 2,2	1,5	3,6	2,6	2,0	
2010 Aug.	60,6	16,9	7,6	9,2	16,0	10,2	6,6	3,7	0,8	- 0,1	1,7	- 1,6	- 1,8	
2010 Sept.	- 88,7	- 47,4	- 31,8	- 15,6	- 4,6	4,3	2,5	1,5	2,5	0,3	2,6	- 0,4	- 1,5	
2010 Okt.	20,7	36,7	30,4	6,3	22,5	1,0	1,8	- 2,2	- 0,1	1,3	2,7	0,3	0,4	
2010 Nov.	80,9	- 8,9	- 4,9	- 4,0	26,9	17,6	22,1	- 7,0	- 6,0	2,6	2,0	6,1	4,4	
2010 Dez.	- 152,6	- 16,1	- 4,6	- 11,5	1,6	15,9	- 3,2	10,6	8,0	8,5	8,6	- 7,8	- 5,6	
2011 Jan.	- 106,0	- 4,9	- 17,9	13,0	12,4	6,5	10,2	- 5,9	- 3,9	2,2	2,7	0,7	3,5	
2011 Febr.	- 39,5	- 16,2	- 13,1	- 3,0	- 6,7	- 6,1	- 12,8	4,6	4,6	2,1	2,1	- 2,5	- 1,4	
2011 März	- 167,6	- 16,1	- 15,2	- 0,9	- 1,8	4,0	2,5	0,6	1,7	1,0	0,8	2,4	0,8	
2011 April	63,2	6,6	- 6,9	13,5	9,4	10,8	3,6	9,3	10,4	- 2,1	1,3	3,3	3,7	
2011 Mai	27,4	- 39,2	- 21,2	- 18,1	13,1	10,1	1,9	10,7	10,8	- 2,4	- 2,3	- 0,7	- 0,7	
2011 Juni	- 165,7	- 20,9	- 5,3	- 15,6	8,5	3,3	6,2	- 0,7	- 0,0	- 2,1	- 1,9	2,1	1,5	
2011 Juli	104,8	- 4,5	- 5,0	0,4	6,5	8,3	- 2,7	12,3	12,5	- 1,2	- 1,2	- 0,6	- 1,6	
2011 Aug.	262,5	15,8	9,3	6,5	22,2	19,7	11,7	9,6	8,7	- 1,6	- 1,4	2,7	0,4	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen)

auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. — 2 Ohne Einlagen von Zentralregierungen. — 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuld-verschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen 1)	Zeit			
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)							
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten													
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	2002			
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	2003			
59,8	9,8	3,3	2,7	43,8	41,4	14,8	31,5	1 554,8	116,9	577,1	329,3	317,2	2004			
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,8	324,5	2005			
45,9	9,3	2,3	1,9	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007			
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008			
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009			
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,8	1 289,9	2010			
44,6	16,3	2,5	1,9	26,1	24,2	81,0	12,0	1 518,8	158,0	589,4	440,6	429,1	2009 Nov.			
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	Dez.			
44,0	15,5	2,5	2,0	23,0	21,3	68,2	12,2	1 503,2	142,7	598,0	441,8	406,3	2010 Jan.			
46,6	15,1	2,5	2,0	22,6	20,7	78,9	12,0	1 496,5	140,1	608,5	441,6	385,9	Febr.			
45,2	13,6	2,6	2,0	21,1	20,4	79,8	11,6	1 503,2	138,0	622,6	445,8	409,3	März			
48,0	16,8	2,6	2,0	21,2	19,8	100,7	11,3	1 501,9	132,1	672,6	448,0	399,8	April			
44,5	13,9	2,6	2,1	22,7	20,6	101,4	11,3	1 503,4	127,7	738,4	447,0	409,4	Mai			
44,6	14,1	2,7	2,1	21,9	20,8	102,7	11,0	1 487,2	111,3	705,4	443,4	432,6	Juni			
44,9	13,1	2,7	2,1	23,0	19,6	92,2	10,7	1 448,5	106,8	686,7	439,9	404,9	Juli			
45,3	13,9	2,7	2,1	30,4	20,4	104,0	10,3	1 457,6	111,1	701,7	438,1	414,3	Aug.			
46,2	14,8	2,7	2,1	21,9	20,7	95,9	10,2	1 440,3	108,5	667,1	433,6	407,3	Sept.			
46,0	14,6	2,7	2,1	43,1	34,1	85,0	9,8	1 407,4	87,7	657,4	440,1	407,1	Okt.			
47,8	15,5	2,7	2,2	46,3	41,3	109,0	9,8	1 423,6	87,7	674,0	452,8	401,0	Nov.			
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,8	1 289,9	Dez.			
43,5	13,7	2,8	2,2	45,0	37,1	74,5	9,9	1 400,8	80,6	631,5	454,3	1 186,1	2011 Jan.			
42,3	14,3	2,8	2,2	47,0	37,8	93,2	9,8	1 396,0	83,0	634,1	460,2	1 145,7	Febr.			
43,8	16,3	2,9	2,3	38,9	36,2	78,9	10,0	1 373,4	78,2	575,5	460,7	1 073,7	März			
43,3	16,0	2,9	2,3	34,0	33,8	89,2	9,7	1 364,1	76,2	605,0	456,8	1 077,5	April			
43,3	16,2	2,9	2,3	37,6	34,8	105,2	9,5	1 368,4	77,2	605,4	460,7	1 123,8	Mai			
43,9	15,8	2,9	2,3	40,6	38,3	104,8	9,4	1 360,1	74,2	556,5	449,5	1 045,4	Juni			
44,9	16,9	3,0	2,3	39,4	35,6	91,8	6,8	1 357,0	77,3	560,3	453,2	1 167,9	Juli			
47,1	15,2	3,0	2,3	39,3	36,8	101,9	7,2	1 352,7	79,3	604,9	458,7	1 335,8	Aug.			
Veränderungen 4)																
- 4,4	2,0	- 0,8	- 0,4	- 1,8	- 1,4	10,7	- 0,5	49,6	- 2,2	4,9	- 3,3	- 19,4	2003			
- 8,3	- 1,4	- 0,6	- 0,4	- 2,1	- 2,8	0,8	- 5,2	73,2	- 14,8	21,7	- 10,5	14,0	2004			
- 7,7	- 0,4	- 0,9	- 0,7	- 2,5	- 3,0	4,7	0,2	39,1	- 9,5	22,0	14,4	13,3	2005			
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	3,9	3,1	3,3	0,3	34,4	21,7	32,4	27,9	33,7	2006			
8,0	13,0	0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,3	48,7	48,8	42,9	65,1	2007			
- 7,4	0,7	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,8	50,4	- 0,0	39,2	56,6	2008			
- 5,6	- 7,6	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,9	- 87,3	- 95,5	- 0,1	- 65,2	2009			
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 105,8	- 62,4	54,3	- 8,0	- 76,9	2010			
- 1,1	0,6	0,0	0,0	- 3,3	- 1,9	- 0,5	- 0,6	- 24,6	- 11,8	- 31,4	12,8	- 17,1	2009 Dez.			
0,1	- 1,6	0,0	0,0	0,2	- 0,9	- 12,3	0,8	- 4,4	- 3,5	26,4	- 14,7	- 17,2	2010 Jan.			
- 5,5	- 4,8	0,0	0,0	- 0,4	- 0,6	10,7	- 0,1	- 11,0	- 2,7	6,2	- 1,2	- 9,5	Febr.			
- 1,4	- 1,5	0,0	0,0	- 1,5	- 0,4	1,0	- 0,4	6,0	- 2,0	13,0	4,0	10,3	März			
2,7	3,1	0,0	0,0	0,1	- 0,5	20,8	- 0,3	- 4,0	- 6,0	47,5	1,6	- 10,1	April			
- 3,8	- 3,2	0,0	0,0	1,5	0,8	0,7	- 0,0	- 16,1	- 4,5	49,5	- 5,2	7,0	Mai			
- 0,1	0,0	0,0	0,0	- 0,9	0,2	1,2	- 0,3	- 20,7	- 16,4	- 35,6	- 4,7	22,7	Juni			
0,6	- 0,8	0,0	0,0	1,1	- 1,2	- 10,4	- 0,2	- 26,3	- 4,4	- 6,6	- 0,9	- 26,4	Juli			
0,2	0,6	0,0	0,0	7,4	0,7	11,7	- 0,4	1,5	4,2	8,9	- 3,3	9,3	Aug.			
1,2	1,1	- 0,0	- 0,0	- 8,6	0,3	- 8,0	- 0,1	- 0,8	- 2,3	- 19,4	- 1,4	- 6,9	Sept.			
- 0,1	- 0,1	0,0	0,0	21,3	13,4	- 10,8	- 0,4	- 29,8	- 20,7	- 6,5	7,1	1,9	Okt.			
1,6	0,8	0,0	0,0	3,2	7,1	23,9	- 0,0	10,7	1,2	3,9	9,9	14,6	Nov.			
- 2,2	0,6	0,1	0,1	- 6,5	- 2,5	- 22,2	0,1	- 11,1	- 5,3	- 33,1	0,8	- 72,7	Dez.			
- 2,8	- 2,3	0,0	0,0	5,2	- 1,6	- 12,2	0,0	- 1,2	- 1,6	0,2	2,9	- 103,1	2011 Jan.			
- 1,1	0,6	0,0	0,0	1,9	0,7	18,8	- 0,1	- 1,6	2,4	4,1	6,2	- 44,1	Febr.			
1,6	2,1	0,0	0,0	- 8,1	- 1,6	- 14,3	0,2	- 12,4	- 3,7	- 53,4	2,3	- 72,1	März			
- 0,4	- 0,2	0,0	0,0	- 4,7	- 2,3	10,4	- 0,3	- 1,5	- 1,9	36,7	- 2,3	4,2	April			
- 0,0	0,1	0,0	0,0	3,6	1,0	15,9	- 0,2	- 3,4	0,9	- 5,8	2,4	44,7	Mai			
0,6	- 0,4	0,0	0,0	3,0	3,5	- 0,3	- 0,1	- 15,4	- 3,7	- 47,8	- 11,0	- 78,6	Juni			
0,9	- 1,0	0,0	0,0	- 1,2	- 2,7	- 13,4	- 0,1	- 8,6	3,0	0,6	2,7	121,6	Juli			
2,2	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 0,1	1,1	10,2	0,4	- 4,8	1,5	44,6	6,2	167,9	Aug.			

Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. —

4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2011 März	1 921	8 003,0	81,5	2 755,4	2 012,7	732,9	3 969,0	500,4	2 703,7	0,8	725,9	148,5	1 048,6
April	1 922	8 045,9	64,8	2 781,5	2 043,0	728,6	3 996,7	513,3	2 695,1	0,8	746,8	148,4	1 054,5
Mai	1 923	8 094,0	71,9	2 785,4	2 038,2	735,5	3 988,8	513,6	2 706,3	0,7	727,0	146,9	1 101,0
Juni	1 923	7 933,6	81,9	2 729,3	1 995,7	722,6	3 956,3	504,0	2 699,0	0,7	715,8	144,4	1 021,8
Juli	1 922	8 051,5	72,7	2 730,0	2 004,4	713,9	3 962,5	502,5	2 713,4	0,7	710,1	143,7	1 142,5
Aug.	1 920	8 313,8	79,1	2 819,5	2 096,1	712,7	3 969,7	512,9	2 723,0	0,7	696,6	143,8	1 301,7
Kreditbanken 6)													
2011 Juli	288	2 918,6	28,3	908,6	804,1	102,1	1 082,4	242,7	625,0	0,3	187,1	73,0	826,3
Aug.	288	3 133,7	31,5	974,3	868,7	103,4	1 093,5	253,2	634,5	0,3	176,2	73,1	961,4
Großbanken 7)													
2011 Juli	4	1 962,0	16,0	543,7	486,5	55,4	538,5	155,4	252,2	0,2	103,9	65,5	798,3
Aug.	4	2 138,1	15,8	581,4	522,4	57,4	542,8	165,6	252,2	0,2	96,0	65,5	932,6
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2011 Juli	170	743,9	10,5	229,7	183,7	45,6	473,6	64,3	329,1	0,1	79,7	6,6	23,5
Aug.	171	770,1	13,4	241,2	195,7	44,9	484,3	67,5	339,5	0,1	76,9	6,7	24,4
Zweigstellen ausländischer Banken													
2011 Juli	114	212,6	1,8	135,2	134,0	1,1	70,3	23,0	43,7	0,0	3,5	0,9	4,5
Aug.	113	225,5	2,2	151,7	150,6	1,1	66,4	20,1	42,9	0,0	3,3	0,9	4,4
Landesbanken													
2011 Juli	10	1 360,7	5,9	514,7	378,3	131,5	652,8	103,0	412,3	0,1	130,2	17,6	169,8
Aug.	10	1 385,1	9,8	514,9	379,3	131,6	652,2	107,0	410,9	0,1	128,3	17,6	190,5
Sparkassen													
2011 Juli	428	1 073,5	21,5	241,3	86,5	153,6	775,8	60,8	609,5	0,1	105,3	17,4	17,5
Aug.	428	1 078,2	20,6	246,8	92,1	153,4	775,7	58,8	611,8	0,1	104,9	17,4	17,7
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2011 Juli	2	269,9	0,8	160,7	123,8	36,9	61,5	14,8	19,4	0,0	26,7	14,9	31,9
Aug.	2	277,0	0,7	162,8	126,1	36,6	61,7	14,5	19,5	0,0	26,7	14,9	37,0
Kreditgenossenschaften													
2011 Juli	1 135	709,1	14,5	184,3	68,4	114,5	480,9	32,1	383,5	0,1	65,3	11,6	17,8
Aug.	1 133	713,0	14,6	185,8	70,4	114,2	483,0	31,8	385,4	0,1	65,6	11,6	18,0
Realkreditinstitute													
2011 Juli	18	621,8	0,6	168,4	93,1	75,2	433,7	24,1	313,1	-	96,6	1,2	18,0
Aug.	18	616,7	0,7	173,0	98,4	74,2	423,3	17,8	309,5	-	96,0	1,2	18,6
Bausparkassen													
2011 Juli	23	197,0	0,1	59,1	41,8	17,4	129,7	1,6	113,9	.	14,2	0,4	7,7
Aug.	23	196,6	0,1	58,2	40,8	17,4	130,2	1,6	114,3	.	14,3	0,4	7,8
Banken mit Sonderaufgaben													
2011 Juli	18	900,9	1,1	492,9	408,4	82,6	345,7	23,4	236,7	-	84,8	7,7	53,6
Aug.	18	913,5	1,2	503,7	420,3	82,0	350,1	28,1	236,9	-	84,7	7,6	50,8
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2011 Juli	155	901,8	11,0	342,0	288,7	51,6	435,3	71,9	269,8	0,1	90,4	6,1	107,4
Aug.	152	925,0	13,1	367,3	313,4	52,2	425,9	67,2	269,3	0,1	86,1	6,1	112,6
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2011 Juli	41	689,2	9,2	206,8	154,7	50,4	365,0	48,9	226,1	0,1	87,0	5,3	102,9
Aug.	39	699,5	10,9	215,6	162,8	51,1	359,5	47,1	226,4	0,1	82,9	5,3	108,2

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. — 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung

des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. — 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. — 3 In

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende	
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				insgesamt	Spareinlagen 4)						Sparbriefe
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)		darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist						
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
Alle Bankengruppen															
1 887,2	380,5	1 506,7	3 150,3	1 202,4	378,5	821,2	128,6	633,5	525,8	114,6	1 442,8	390,6	1 132,1	2011 März	
1 909,1	397,8	1 511,3	3 181,0	1 232,8	383,4	816,6	151,7	632,4	525,5	115,7	1 428,0	392,2	1 135,6	April	
1 871,7	393,2	1 478,4	3 212,1	1 235,5	412,6	816,2	168,7	630,0	523,2	117,8	1 436,0	392,4	1 181,9	Mai	
1 811,6	373,3	1 438,3	3 210,1	1 226,1	422,3	815,1	161,3	627,8	521,2	118,8	1 417,7	391,2	1 103,1	Juni	
1 810,5	370,7	1 439,8	3 206,0	1 233,4	410,7	815,7	146,8	626,5	519,9	119,7	1 418,0	391,4	1 225,6	Juli	
1 868,7	379,8	1 488,9	3 240,5	1 241,1	432,8	821,4	160,9	624,9	518,4	120,4	1 418,1	392,7	1 393,8	Aug.	
Kreditbanken 6)															
698,7	242,7	456,0	1 086,0	561,6	172,7	196,2	76,5	125,2	97,6	30,3	196,8	129,6	807,4	2011 Juli	
748,4	253,2	495,2	1 108,4	561,9	187,7	203,0	87,4	124,9	97,2	30,8	194,7	130,7	951,5	Aug.	
Großbanken 7)															
430,2	181,1	249,1	530,5	265,2	94,0	87,2	71,7	73,9	69,7	10,1	160,0	79,8	761,5	2011 Juli	
458,1	177,8	280,2	539,3	260,7	107,8	87,0	81,6	73,6	69,4	10,1	158,3	80,0	902,4	Aug.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
137,0	32,4	104,5	489,8	258,6	68,2	92,5	4,8	51,3	27,9	19,3	36,8	42,3	38,1	2011 Juli	
144,3	41,8	102,5	504,9	262,2	72,0	99,7	5,8	51,2	27,8	19,7	36,4	43,4	41,0	Aug.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
131,5	29,1	102,4	65,7	37,8	10,5	16,5	-	0,0	0,0	0,9	0,0	7,5	7,9	2011 Juli	
146,0	33,5	112,5	64,2	39,0	7,9	16,3	-	0,0	0,0	1,0	-	7,3	8,0	Aug.	
Landesbanken															
356,7	57,9	298,8	381,1	90,5	106,6	168,6	57,1	14,1	10,9	1,4	368,5	64,5	189,9	2011 Juli	
359,5	52,4	307,0	386,7	93,8	110,0	167,5	57,7	14,1	10,8	1,3	367,4	64,5	206,9	Aug.	
Sparkassen															
177,1	15,5	161,6	753,1	326,0	46,8	15,7	0,7	299,8	248,0	64,8	22,7	63,8	56,7	2011 Juli	
178,3	17,1	161,2	755,9	328,1	48,1	15,6	1,0	299,0	247,5	65,0	22,6	63,9	57,5	Aug.	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
132,0	29,4	102,6	37,2	9,7	11,6	13,6	4,0	-	-	2,3	56,2	13,0	31,5	2011 Juli	
134,1	28,4	105,7	37,7	9,5	12,5	13,5	4,3	-	-	2,3	55,7	13,0	36,5	Aug.	
Kreditgenossenschaften															
99,2	4,8	94,3	510,7	225,4	48,4	30,3	-	186,8	162,7	19,9	21,2	44,4	33,7	2011 Juli	
100,7	5,9	94,8	512,8	227,2	49,2	30,2	-	186,2	162,2	20,0	21,2	44,4	33,9	Aug.	
Realkreditinstitute															
160,9	5,1	155,8	200,1	10,5	14,0	175,3	3,7	0,3	0,3	-	217,2	19,3	24,3	2011 Juli	
160,2	6,6	153,6	200,4	11,3	13,5	175,4	3,9	0,3	0,3	-	213,3	19,3	23,5	Aug.	
Bausparkassen															
26,2	1,6	24,5	139,7	0,4	0,9	137,0	-	0,4	0,3	1,0	5,6	8,3	17,3	2011 Juli	
25,3	1,8	23,5	139,8	0,4	0,9	137,2	-	0,4	0,3	1,0	5,6	8,3	17,6	Aug.	
Banken mit Sonderaufgaben															
159,7	13,6	146,1	98,1	9,3	9,7	79,1	4,8	-	-	-	529,9	48,5	64,7	2011 Juli	
162,2	14,4	147,9	98,8	8,9	10,8	79,1	6,6	-	-	-	537,6	48,6	66,4	Aug.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
248,3	73,6	174,7	422,3	220,4	76,9	90,5	27,0	19,7	19,5	14,8	67,1	44,8	119,3	2011 Juli	
267,0	80,8	186,3	421,1	216,3	79,7	90,3	27,0	19,6	19,4	15,2	66,7	44,8	125,4	Aug.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
116,8	44,4	72,3	356,6	182,6	66,4	74,0	27,0	19,7	19,5	13,9	67,1	37,3	111,5	2011 Juli	
121,0	47,2	73,8	356,9	177,3	71,8	74,0	27,0	19,5	19,3	14,2	66,7	37,5	117,4	Aug.	

den Termineinlagen enthalten. — 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. — 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. — 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals

Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. — 8 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen 1)	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) 2) 3)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 6)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel 4)	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite 5)	insgesamt	Buchkredite	Wechsel 4)	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 7)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2001	14,2	56,3	1 676,0	1 078,9	0,0	5,6	591,5	2,8	3 014,1	2 699,4	4,8	4,4	301,5
2002	17,5	45,6	1 691,3	1 112,3	0,0	7,8	571,2	2,7	2 997,2	2 685,0	4,1	3,3	301,9
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2010 März	13,9	89,5	1 720,0	1 158,7	–	27,2	534,1	1,9	3 098,8	2 681,7	0,8	3,1	413,3
April	13,6	66,4	1 754,8	1 195,3	–	26,5	533,0	1,9	3 140,8	2 697,2	0,7	2,0	440,9
Mai	14,2	57,5	1 817,8	1 267,0	–	26,5	524,3	1,9	3 130,1	2 707,8	0,6	2,5	419,2
Juni	13,7	116,1	1 761,1	1 223,2	0,0	26,5	511,4	1,9	3 147,5	2 716,5	0,6	8,1	422,4
Juli	14,3	66,8	1 688,7	1 165,6	–	26,4	496,7	1,8	3 139,7	2 708,6	0,6	9,9	420,6
Aug.	13,9	66,8	1 704,5	1 183,5	–	27,1	493,9	1,8	3 150,2	2 717,5	0,6	9,2	423,0
Sept.	14,2	74,1	1 685,0	1 169,5	–	24,5	491,1	1,9	3 129,7	2 699,9	0,6	8,9	420,3
Okt.	14,7	64,4	1 674,2	1 180,2	–	6,9	487,1	1,8	3 249,0	2 710,7	0,6	28,2	509,4
Nov.	14,0	57,6	1 697,3	1 200,6	–	8,6	488,1	1,8	3 290,2	2 815,9	0,6	26,1	447,6
Dez.	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011 Jan.	13,6	54,0	1 673,1	1 183,9	–	7,9	481,3	1,7	3 241,2	2 777,7	0,7	29,2	433,6
Febr.	13,6	61,7	1 668,2	1 179,5	–	9,4	479,3	1,7	3 240,3	2 786,9	0,7	29,4	423,4
März	14,0	67,0	1 646,6	1 164,7	–	7,7	474,2	1,7	3 211,7	2 757,5	0,6	24,6	429,0
April	15,1	49,1	1 630,9	1 152,3	–	5,4	473,2	1,7	3 226,5	2 748,7	0,6	25,6	451,6
Mai	14,6	56,4	1 623,7	1 143,2	–	5,7	474,8	1,7	3 209,4	2 753,8	0,5	23,7	431,3
Juni	14,4	66,6	1 607,5	1 137,4	–	5,2	465,0	1,7	3 191,7	2 748,9	0,5	21,6	420,7
Juli	14,5	57,5	1 610,1	1 144,0	–	5,1	460,9	1,6	3 193,1	2 753,1	0,5	18,7	420,7
Aug.	14,0	64,1	1 665,6	1 201,1	–	5,3	459,2	1,7	3 201,3	2 768,0	0,5	16,7	416,2
Veränderungen *)													
2002	+ 3,3	– 10,7	+ 15,0	+ 33,1	+ 0,0	+ 2,3	– 20,3	– 0,2	– 19,2	– 18,0	– 0,8	– 1,1	+ 1,7
2003	– 0,5	+ 1,1	– 47,2	– 48,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	– 8,0	– 0,4	+ 0,3	+ 9,3
2004	– 2,1	– 5,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 0,0	– 1,4	+ 22,1	– 0,2	+ 3,3	– 35,0	– 1,0	+ 1,1	+ 39,2
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	– 0,0	– 0,8	– 11,9	– 0,0	– 6,7	– 11,8	– 0,3	– 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	+ 3,6	+ 24,5	– 0,0	+ 2,6	– 30,6	– 0,2	– 12,4	– 20,3	– 0,5	– 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	– 39,8	+ 0,4	– 15,9	+ 12,1	– 0,3	– 0,5	– 27,2
2008	– 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	– 0,8	+ 92,0	+ 47,3	– 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	– 0,5	– 23,6	– 147,2	– 157,3	– 0,0	– 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	– 11,2	– 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	– 0,9	+ 0,6	– 19,3	+ 61,5	± 0,0	– 24,0	– 56,8	– 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2010 März	+ 0,4	+ 30,3	– 27,0	– 30,1	– 0,0	– 0,5	+ 3,6	– 0,0	+ 0,2	– 3,2	+ 0,0	– 0,1	+ 3,4
April	– 0,4	– 23,1	+ 34,8	+ 36,5	–	– 0,7	– 1,1	– 0,0	+ 42,1	+ 15,5	– 0,1	– 1,1	+ 27,7
Mai	+ 0,7	– 8,9	+ 63,0	+ 71,7	–	– 0,0	– 8,7	– 0,0	– 10,7	+ 10,5	– 0,0	+ 0,5	– 21,8
Juni	– 0,5	+ 58,6	– 56,7	– 43,7	+ 0,0	– 0,4	– 12,6	+ 0,0	+ 17,5	+ 8,7	– 0,0	+ 5,5	+ 3,3
Juli	+ 0,5	– 49,3	– 69,2	– 54,4	– 0,0	– 0,1	– 14,7	– 0,1	– 7,8	– 7,8	+ 0,1	+ 1,6	– 1,7
Aug.	– 0,3	– 0,0	+ 15,8	+ 17,9	–	+ 0,7	– 2,8	–	+ 10,5	+ 8,8	– 0,0	– 0,7	+ 2,4
Sept.	+ 0,3	+ 7,4	– 19,5	– 14,0	–	– 2,7	– 2,8	+ 0,0	– 20,6	– 17,6	– 0,1	– 0,2	– 2,7
Okt.	+ 0,4	– 9,8	– 10,8	+ 10,7	–	– 17,5	– 4,0	– 0,0	+ 120,1	+ 11,7	+ 0,1	+ 19,3	+ 89,1
Nov.	– 0,6	– 6,8	+ 23,1	+ 20,4	–	+ 1,7	+ 1,1	– 0,0	+ 41,1	+ 105,0	– 0,0	– 2,1	– 61,8
Dez.	+ 2,0	+ 22,0	– 10,7	– 4,9	–	– 1,1	– 4,6	+ 0,0	– 64,1	– 45,4	+ 0,2	+ 1,8	– 20,7
2011 Jan.	– 2,4	– 25,6	– 13,2	– 11,4	–	+ 0,5	– 2,2	– 0,1	+ 20,3	+ 7,3	– 0,1	+ 1,3	+ 11,8
Febr.	– 0,1	+ 7,7	– 4,9	– 4,4	–	+ 1,5	– 2,0	–	– 0,9	+ 9,2	– 0,0	+ 0,2	– 10,2
März	+ 0,4	+ 5,3	– 21,6	– 14,8	–	– 1,7	– 5,1	+ 0,0	– 28,6	– 29,4	– 0,1	– 4,7	+ 5,6
April	+ 1,1	– 17,8	– 15,7	– 12,4	–	– 2,3	– 0,9	+ 0,0	+ 14,8	– 8,8	+ 0,0	+ 0,9	+ 22,7
Mai	– 0,5	+ 7,2	– 7,3	– 9,1	–	+ 0,3	+ 1,6	– 0,0	– 17,1	+ 5,1	– 0,1	– 1,9	– 20,3
Juni	– 0,3	+ 10,3	– 16,2	– 5,8	–	– 0,5	– 9,8	+ 0,0	– 17,5	– 4,7	– 0,0	– 2,1	– 10,7
Juli	+ 0,2	– 9,1	+ 2,6	+ 6,6	–	– 0,0	– 4,0	– 0,0	+ 1,4	+ 4,2	+ 0,0	– 2,8	+ 0,0
Aug.	– 0,5	+ 6,6	+ 62,8	+ 64,3	–	+ 0,2	– 1,7	+ 0,0	+ 0,8	+ 7,5	– 0,0	– 2,1	– 4,6

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998: inländische Noten und Münzen. — 2 Bis Dezember 1998 ohne Kredite an inländische Bausparkassen. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; siehe auch Anm. 5. — 4 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossaments-

verbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 5 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; siehe auch Anm. 3. — 6 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen. — 7 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 8. — 8 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. — 9 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 8)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3) 9) 10)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 15)					Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 11) 12)	Termin- ein- lagen 12) 13)	weiter- gegebene Wechsel 14)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)	insgesamt	Sicht- ein- lagen 11)	Termin- ein- lagen 13) 16)	Spar- ein- lagen 17)	Spar- briefe 18)		Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
4,0	57,0	95,9	1 204,9	123,1	1 081,6	0,3	27,2	2 034,0	526,4	827,0	574,5	106,0	43,3	2001
3,0	54,8	119,0	1 244,0	127,6	1 116,2	0,2	25,6	2 085,9	575,6	830,6	575,3	104,4	42,1	2002
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 237,9	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 936,6	1 104,4	1 117,1	618,2	96,9	37,5	2010
-	42,9	98,7	1 327,9	129,4	1 198,5	0,0	36,1	2 819,0	1 040,0	1 073,7	604,7	100,5	42,8	2010 März
-	42,8	98,6	1 340,4	140,3	1 200,1	0,0	36,1	2 852,0	1 070,3	1 077,0	604,8	99,9	42,7	April
-	42,8	97,8	1 355,5	139,6	1 215,9	0,0	37,1	2 867,5	1 089,6	1 073,1	605,1	99,7	42,7	Mai
-	42,5	97,6	1 365,2	140,1	1 225,0	0,0	36,8	2 867,5	1 090,5	1 073,1	604,4	99,5	42,4	Juni
-	42,3	96,1	1 243,3	134,7	1 108,6	0,0	35,6	2 851,1	1 084,9	1 061,3	605,9	98,9	42,2	Juli
-	42,3	95,6	1 252,5	138,9	1 113,7	0,0	35,9	2 873,4	1 094,7	1 074,2	605,9	98,7	42,2	Aug.
-	42,1	95,3	1 217,8	138,6	1 079,1	0,0	35,1	2 867,2	1 083,3	1 079,4	606,1	98,4	42,1	Sept.
-	42,0	95,1	1 247,7	137,0	1 110,7	0,0	34,9	2 872,3	1 091,1	1 075,1	607,4	98,6	42,0	Okt.
-	41,7	95,3	1 245,6	150,1	1 095,5	0,0	35,1	2 946,1	1 129,6	1 110,2	610,0	96,3	42,0	Nov.
-	33,7	96,8	1 237,9	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 936,6	1 104,4	1 117,1	618,2	96,9	37,5	Dez.
-	33,5	98,4	1 220,9	148,0	1 072,9	0,0	13,7	2 928,6	1 125,9	1 085,0	620,4	97,2	37,3	2011 Jan.
-	33,5	98,2	1 207,7	135,8	1 071,9	0,0	13,7	2 942,8	1 121,6	1 100,7	622,5	98,0	37,4	Febr.
-	33,3	98,3	1 191,5	126,6	1 064,8	0,0	13,7	2 930,5	1 112,1	1 096,6	623,5	98,3	37,2	März
-	33,1	98,2	1 183,6	132,1	1 051,5	0,0	13,5	2 948,4	1 127,1	1 099,2	622,3	99,8	37,0	April
-	33,0	96,7	1 164,0	119,8	1 044,1	0,0	13,6	2 976,6	1 125,7	1 129,3	619,9	101,7	37,0	Mai
-	33,0	94,7	1 158,5	120,1	1 038,4	0,0	13,6	2 980,6	1 123,7	1 136,4	617,8	102,7	36,7	Juni
-	32,7	94,8	1 154,4	122,4	1 031,9	0,0	13,3	2 976,5	1 130,6	1 125,8	616,6	103,5	36,6	Juli
-	32,7	94,9	1 163,1	123,3	1 039,7	0,0	13,5	3 007,6	1 139,2	1 149,1	615,0	104,2	36,7	Aug.
Veränderungen *)														
- 1,0	- 2,1	+ 24,2	+ 37,9	+ 1,7	+ 36,3	- 0,1	- 1,5	+ 51,7	+ 48,4	+ 4,1	+ 0,8	- 1,6	- 1,1	2002
- 1,0	+ 2,1	- 9,8	- 5,6	- 9,5	+ 3,9	+ 0,0	+ 2,4	+ 54,0	+ 48,4	- 4,8	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	2003
- 1,1	+ 3,0	- 9,6	+ 41,3	+ 2,9	+ 38,5	- 0,1	+ 2,4	+ 62,0	+ 24,4	+ 25,9	+ 13,1	- 1,5	+ 1,2	2004
- 1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 2,1	- 9,2	- 96,8	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,4	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,7	- 1,7	2010
-	- 0,4	- 0,2	- 17,2	- 5,4	- 11,8	- 0,0	+ 0,0	- 11,2	- 15,9	+ 3,2	+ 1,8	- 0,4	- 0,2	2010 März
-	- 0,1	- 0,1	+ 13,6	+ 10,9	+ 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 32,0	+ 30,3	+ 2,2	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	April
-	- 0,0	- 0,9	+ 15,1	- 0,7	+ 15,8	- 0,0	+ 1,0	+ 15,4	+ 19,3	- 3,9	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	Mai
-	- 0,3	- 0,2	+ 9,7	+ 0,5	+ 9,1	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0	+ 1,4	- 0,5	- 0,6	- 0,3	- 0,3	Juni
-	- 0,1	- 1,4	- 118,6	- 5,1	- 113,5	+ 0,0	- 1,2	- 16,4	- 5,6	- 11,8	+ 1,5	- 0,5	- 0,2	Juli
-	- 0,1	- 0,5	+ 9,2	+ 4,1	+ 5,1	- 0,0	+ 0,3	+ 17,6	+ 9,8	+ 8,2	- 0,1	- 0,3	- 0,0	Aug.
-	- 0,2	- 0,3	- 34,7	- 0,2	- 34,5	- 0,0	- 0,8	- 6,2	- 11,4	+ 5,2	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	Sept.
-	- 0,1	- 0,2	+ 29,9	- 1,7	+ 31,5	+ 0,0	- 0,2	+ 4,9	+ 7,9	- 4,5	+ 1,3	+ 0,2	- 0,1	Okt.
-	- 0,1	+ 0,2	- 2,1	+ 13,1	- 15,2	- 0,0	+ 0,4	+ 50,3	+ 39,3	+ 8,2	+ 2,6	+ 0,3	- 0,0	Nov.
-	- 0,1	+ 1,6	- 7,2	- 14,8	+ 7,6	+ 0,0	+ 0,2	- 9,4	- 25,5	+ 6,9	+ 8,5	+ 0,6	- 0,3	Dez.
-	- 0,2	+ 1,6	- 17,0	+ 12,7	- 29,8	- 0,0	- 0,1	- 8,1	+ 21,6	- 32,1	+ 2,2	+ 0,3	- 0,2	2011 Jan.
-	+ 0,0	- 0,2	- 13,4	- 12,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 14,2	- 4,4	+ 15,7	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,0	Febr.
-	- 0,2	+ 0,1	- 16,3	- 9,2	- 7,0	- 0,0	- 0,0	- 12,3	- 9,5	- 4,3	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2	März
-	- 0,2	- 0,1	- 7,9	+ 5,4	- 13,3	- 0,0	- 0,1	+ 17,9	+ 15,9	+ 3,0	- 2,1	+ 1,0	- 0,1	April
-	- 0,0	- 1,5	- 19,6	- 12,2	- 7,4	+ 0,0	+ 0,1	+ 28,3	- 1,4	+ 30,1	- 2,4	+ 1,9	- 0,1	Mai
-	- 0,1	- 2,0	- 5,5	+ 0,3	- 5,7	+ 0,0	+ 0,0	+ 4,0	- 2,0	+ 7,0	- 2,1	+ 1,0	- 0,3	Juni
-	- 0,3	+ 0,1	- 3,8	+ 2,6	- 6,4	+ 0,0	- 0,3	- 4,4	+ 6,6	- 10,6	- 1,2	+ 0,8	- 0,1	Juli
-	+ 0,0	+ 0,2	+ 11,4	+ 1,1	+ 10,3	-	+ 0,1	+ 31,1	+ 8,6	+ 23,4	- 1,6	+ 0,7	+ 0,1	Aug.

Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 10 Bis Dezember 1998 ohne Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 11 Bis Dezember 1998 einschl. Termingelder bis unter 1 Monat. — 12 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. — 13 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 14 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf und bis Dezember 1998 zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten

aus rediskontierten Wechseln. — 15 Bis Dezember 1998 einschl. Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 16 Seit Einbeziehung der Bausparkassen Januar 1999 einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. — 17 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 16. — 18 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen 1)	Kredite an ausländische Banken (MFIs) 2)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel 3)			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Buchkredite, Wechsel 3)			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2001	0,4	596,1	521,7	383,7	138,0	0,8	73,6	3,5	570,3	347,2	99,7	247,5	5,2	217,9
2002	0,3	690,6	615,3	468,0	147,2	0,9	74,4	2,7	558,8	332,6	92,6	240,0	9,3	216,9
2003	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	294,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2010 März	0,5	1 272,2	980,1	640,2	339,8	4,8	287,3	3,0	822,5	478,7	119,5	359,2	11,1	332,7
April	0,4	1 307,0	1 019,7	681,4	338,3	4,6	282,8	3,0	852,3	505,3	143,7	361,7	11,4	335,6
Mai	0,5	1 356,5	1 073,9	725,7	348,3	6,6	276,0	3,0	854,4	531,2	156,2	375,0	10,6	312,7
Juni	0,4	1 301,1	1 019,9	678,6	341,2	6,1	275,1	3,0	832,7	506,4	134,6	371,8	11,5	314,9
Juli	0,4	1 259,9	988,7	678,4	310,3	3,5	267,6	2,9	813,6	492,1	130,7	361,4	12,3	309,2
Aug.	0,5	1 293,4	1 020,2	708,5	311,7	3,8	269,5	2,8	821,9	499,5	135,0	364,5	11,0	311,5
Sept.	0,6	1 234,3	965,4	666,0	299,4	2,6	266,3	2,7	796,0	474,6	119,2	355,4	12,9	308,4
Okt.	0,6	1 159,1	892,5	604,4	288,1	3,1	263,4	2,7	786,3	466,0	115,9	350,1	15,3	304,9
Nov.	0,8	1 176,9	913,0	619,6	293,5	2,2	261,7	2,7	810,4	488,1	129,5	358,6	11,5	310,8
Dez.	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011 Jan.	0,5	1 151,1	888,7	609,2	279,5	2,8	259,6	1,8	774,8	458,0	114,9	343,2	13,9	302,9
Febr.	0,9	1 157,9	894,3	612,9	281,5	2,0	261,5	1,8	773,2	460,3	118,3	342,1	12,9	300,0
März	0,5	1 108,8	848,0	571,0	277,0	2,0	258,7	1,8	757,3	446,7	110,0	336,7	13,7	296,9
April	0,5	1 150,6	890,7	615,6	275,1	4,5	255,3	1,8	770,2	459,8	129,8	330,1	15,2	295,1
Mai	0,8	1 161,7	895,0	618,3	276,8	6,0	260,7	1,8	779,4	466,3	132,2	334,0	17,5	295,7
Juni	0,9	1 121,8	858,3	581,3	277,0	5,8	257,6	1,8	764,6	454,2	122,1	332,1	15,2	295,1
Juli	0,7	1 119,9	860,5	578,8	281,7	6,5	252,9	1,8	769,4	463,0	122,5	340,5	17,1	289,4
Aug.	0,7	1 153,9	895,0	608,5	286,5	5,4	253,5	1,8	768,4	468,0	130,3	337,7	19,9	280,4
Veränderungen *)														
2002	- 0,1	+ 120,3	+ 118,0	+ 99,4	+ 18,6	+ 0,1	+ 2,2	- 0,9	+ 21,2	+ 12,7	- 0,4	+ 13,2	+ 4,6	+ 3,9
2003	- 0,1	+ 103,8	+ 84,6	+ 65,2	+ 19,3	+ 0,6	+ 18,7	- 0,4	+ 46,3	+ 35,1	+ 24,0	+ 11,0	- 2,7	+ 13,9
2004	- 0,1	+ 128,3	+ 89,4	+ 95,3	- 5,9	+ 1,3	+ 37,6	- 0,1	+ 65,8	+ 29,5	+ 31,7	- 2,2	+ 5,1	+ 31,1
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	+ 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	+ 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2010 März	- 0,1	+ 2,5	- 1,5	- 1,1	- 0,4	+ 0,3	+ 3,7	+ 0,1	- 6,7	- 5,8	- 3,3	- 2,5	+ 0,7	- 1,6
April	- 0,1	+ 34,9	+ 36,3	+ 39,4	- 3,1	- 0,3	- 1,1	- 0,0	+ 23,0	+ 24,0	+ 23,5	+ 0,5	+ 0,3	- 1,3
Mai	+ 0,1	+ 30,6	+ 35,8	+ 34,5	+ 1,2	+ 2,0	- 7,1	+ 0,0	- 18,3	+ 10,2	+ 8,8	+ 1,4	- 0,8	- 27,7
Juni	- 0,1	- 59,9	- 58,1	- 49,0	- 9,2	- 1,1	- 0,6	- 0,0	- 24,8	- 27,2	- 24,5	- 2,7	+ 0,9	+ 1,5
Juli	+ 0,0	- 26,9	- 17,5	+ 6,9	- 24,5	- 2,5	- 6,8	- 0,1	- 5,0	- 2,6	- 1,0	- 1,6	+ 0,9	- 3,3
Aug.	+ 0,1	+ 25,8	+ 24,1	+ 26,3	- 2,2	+ 0,2	+ 1,5	- 0,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,9	- 1,4	+ 1,0
Sept.	+ 0,1	- 40,8	- 37,6	- 33,1	- 4,5	- 1,0	- 2,2	- 0,0	- 9,1	- 10,7	- 12,5	+ 1,8	+ 2,0	- 0,4
Okt.	- 0,1	- 71,3	- 69,1	- 59,6	- 9,5	+ 0,5	- 2,7	- 0,0	- 6,0	- 5,5	- 2,6	- 2,9	+ 2,4	- 2,9
Nov.	+ 0,2	+ 2,5	+ 5,9	+ 7,6	- 1,7	- 1,0	- 2,4	+ 0,0	+ 9,9	+ 10,1	+ 11,0	- 0,9	- 3,8	+ 3,5
Dez.	- 0,3	- 17,5	- 15,1	- 9,1	- 5,9	- 0,2	- 2,2	+ 0,0	- 31,4	- 22,3	- 16,2	- 6,1	- 1,4	- 7,7
2011 Jan.	+ 0,0	+ 2,9	+ 1,6	+ 4,5	- 2,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,0	+ 6,3	+ 1,0	+ 3,2	- 2,2	+ 3,8	+ 1,5
Febr.	+ 0,4	+ 8,2	+ 7,0	+ 4,4	+ 2,6	- 0,8	+ 2,0	- 0,0	- 0,1	+ 3,5	+ 3,7	- 0,2	- 1,0	- 2,6
März	- 0,4	- 42,7	- 39,6	- 38,3	- 1,4	+ 0,0	- 3,2	- 0,0	- 9,6	- 8,5	- 7,1	- 1,4	+ 0,9	- 2,0
April	+ 0,0	+ 50,1	+ 50,6	+ 48,9	+ 1,7	+ 2,5	- 3,0	- 0,0	+ 20,8	+ 19,7	+ 21,2	- 1,5	+ 1,5	- 0,4
Mai	+ 0,4	+ 2,8	- 3,7	- 1,7	- 2,0	+ 1,5	+ 5,0	- 0,0	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,9	- 0,5	+ 2,3	- 0,7
Juni	+ 0,0	- 38,4	- 35,2	- 36,2	+ 0,9	- 0,2	- 3,0	+ 0,0	- 13,2	- 10,8	- 9,8	- 1,0	- 2,2	- 0,2
Juli	- 0,1	- 7,3	- 3,0	- 5,1	+ 2,1	+ 0,7	- 5,0	+ 0,0	+ 0,4	+ 5,3	- 0,4	+ 5,6	+ 1,9	- 6,8
Aug.	- 0,1	+ 30,2	+ 30,6	+ 28,5	+ 2,2	- 1,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 1,8	+ 7,4	+ 8,2	- 0,8	+ 2,8	- 8,4

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Bis Dezember 1998: Noten und Münzen in Fremdwährung. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; siehe auch Anm. 4. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen 5)	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs) 2)							Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)							Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparinlagen und Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)			
				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristig				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristig				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	2001		
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002		
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003		
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004		
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005		
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006		
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007		
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008		
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009		
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	226,5	84,8	141,7	76,7	64,9	1,5	2010		
32,8	49,2	701,7	278,4	423,3	289,7	133,6	0,1	236,2	92,4	143,8	76,8	67,0	1,8	2010 März		
32,9	49,9	750,2	270,8	479,3	345,4	134,0	0,1	266,4	111,4	155,0	88,8	66,2	1,8	April		
33,9	49,9	815,8	311,0	504,8	367,4	137,4	0,1	271,2	116,0	155,2	88,7	66,5	1,7	Mai		
33,6	55,9	780,1	331,9	448,2	310,4	137,8	0,1	254,3	110,3	144,1	77,7	66,4	1,7	Juni		
32,4	49,9	779,1	311,8	467,3	336,6	130,7	0,1	260,8	112,2	148,6	82,4	66,2	1,7	Juli		
32,9	51,5	803,7	324,2	479,5	347,2	132,3	0,1	267,5	114,7	152,8	87,3	65,6	1,8	Aug.		
32,2	51,2	756,4	293,5	462,9	330,4	132,5	0,1	254,5	104,3	150,1	85,6	64,6	1,7	Sept.		
32,1	51,5	749,1	301,7	447,5	316,9	130,6	0,1	264,2	108,4	155,8	87,5	68,4	1,7	Okt.		
32,5	52,5	758,3	314,2	444,1	311,8	132,3	0,1	271,5	114,3	157,1	86,9	70,2	1,7	Nov.		
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	226,5	84,8	141,7	76,7	64,9	1,5	Dez.		
15,6	51,0	738,6	284,0	454,6	321,6	133,0	0,1	245,0	110,5	134,5	70,3	64,2	1,5	2011 Jan.		
15,6	50,0	735,9	282,3	453,7	321,0	132,7	0,1	244,5	110,1	134,3	72,2	62,1	1,5	Febr.		
15,6	50,2	695,8	253,9	441,9	310,5	131,4	0,1	219,8	90,3	129,4	68,6	60,8	1,5	März		
15,5	50,2	725,6	265,7	459,8	329,8	130,0	0,1	232,6	105,7	126,9	68,0	58,9	1,5	April		
15,5	50,2	707,7	273,4	434,3	303,4	130,9	0,1	235,5	109,8	125,7	66,2	59,4	1,4	Mai		
15,4	49,7	653,1	253,2	399,9	274,1	125,7	0,1	229,5	102,4	127,0	66,5	60,5	1,5	Juni		
15,3	49,0	656,1	248,3	407,8	279,8	128,0	0,1	229,5	102,8	126,7	66,2	60,5	1,5	Juli		
15,4	48,8	705,7	256,5	449,2	321,1	128,1	0,1	232,9	101,9	131,0	66,0	65,0	1,4	Aug.		
Veränderungen *)																
+ 1,7	+ 1,6	+ 22,7	+ 14,6	+ 8,1	- 1,3	+ 9,4	- 0,3	+ 4,6	+ 0,8	+ 3,8	- 4,6	+ 8,4	- 0,9	2002		
- 0,7	- 1,9	+ 5,7	- 2,0	+ 7,7	- 2,4	+ 10,0	- 0,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 20,6	- 16,5	+ 1,9	2003		
+ 0,7	- 1,5	+ 19,8	- 6,1	+ 25,9	+ 21,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 13,0	+ 5,4	+ 7,6	+ 22,8	- 15,2	- 0,3	2004		
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005		
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006		
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007		
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008		
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009		
+ 0,2	+ 1,4	+ 79,6	+ 42,0	+ 37,5	+ 38,1	- 0,6	- 0,1	- 2,7	+ 6,0	- 8,7	- 3,3	- 5,5	- 0,4	2010		
+ 0,0	+ 1,4	+ 22,4	+ 24,4	- 2,0	- 4,2	+ 2,2	- 0,0	- 8,6	- 0,2	- 8,4	- 5,6	- 2,8	- 0,1	2010 März		
+ 0,1	+ 0,5	+ 46,4	- 8,3	+ 54,6	+ 54,8	- 0,1	-	+ 29,5	+ 18,8	+ 10,7	+ 11,7	- 1,0	- 0,0	April		
+ 1,0	- 1,0	+ 52,5	+ 36,3	+ 16,2	+ 15,1	+ 1,1	- 0,0	+ 0,2	+ 2,8	- 2,6	- 1,9	- 0,8	- 0,0	Mai		
- 0,3	+ 5,7	- 37,8	+ 20,5	- 58,3	- 58,1	- 0,1	- 0,0	- 17,8	- 6,0	- 11,8	- 11,4	- 0,4	- 0,0	Juni		
- 1,1	- 5,8	+ 9,2	- 16,6	+ 25,7	+ 31,1	- 5,4	- 0,0	+ 9,9	+ 3,3	+ 6,6	+ 6,0	+ 0,6	+ 0,0	Juli		
+ 0,5	+ 1,5	+ 19,4	+ 10,6	+ 8,7	+ 8,0	+ 0,7	- 0,0	+ 4,9	+ 1,9	+ 3,0	+ 4,1	- 1,1	+ 0,0	Aug.		
- 0,8	- 0,1	- 34,1	- 26,2	- 7,9	- 10,3	+ 2,4	- 0,0	- 9,1	- 9,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	Sept.		
- 0,0	+ 0,3	- 4,5	+ 9,1	- 13,6	- 12,1	- 1,5	-	+ 10,6	+ 4,3	+ 6,3	+ 2,4	+ 4,0	+ 0,1	Okt.		
+ 0,4	+ 0,8	- 2,3	+ 8,5	- 10,8	- 10,6	- 0,2	- 0,0	+ 3,3	+ 4,7	- 1,4	- 2,2	+ 0,8	- 0,0	Nov.		
- 0,2	- 3,6	- 12,3	- 53,8	+ 41,6	+ 39,4	+ 2,1	- 0,0	- 43,6	- 28,2	- 15,3	- 9,7	- 5,6	- 0,2	Dez.		
- 0,1	+ 2,3	+ 1,0	+ 26,4	- 25,5	- 25,6	+ 0,1	- 0,0	+ 19,7	+ 26,0	- 6,4	- 5,9	- 0,5	- 0,0	2011 Jan.		
+ 0,0	- 1,0	- 1,1	- 1,2	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 2,0	- 1,9	+ 0,0	Febr.		
- 0,0	+ 0,2	- 35,5	- 26,7	- 8,8	- 8,4	- 0,3	- 0,0	- 23,2	- 19,2	- 4,0	- 3,1	- 0,9	- 0,0	März		
- 0,0	+ 0,1	+ 35,9	+ 14,0	+ 21,8	+ 23,5	- 1,7	-	+ 14,6	+ 16,1	- 1,5	- 0,0	- 1,4	+ 0,0	April		
+ 0,0	- 0,1	+ 23,3	+ 5,8	- 29,0	- 28,9	- 0,1	- 0,0	+ 1,1	+ 3,3	- 2,3	- 2,4	+ 0,1	- 0,0	Mai		
- 0,1	- 0,4	- 53,5	- 19,8	- 33,7	- 28,9	- 4,8	- 0,0	- 5,7	- 7,2	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,1	Juni		
+ 0,1	- 0,8	- 0,1	- 5,9	+ 5,9	+ 4,3	+ 1,6	+ 0,0	- 0,9	+ 0,0	- 0,9	- 0,7	- 0,3	- 0,1	Juli		
+ 0,1	- 0,1	+ 49,0	+ 8,7	+ 40,3	+ 39,7	+ 0,6	- 0,0	- 1,4	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	- 0,7	- 0,1	Aug.		

vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; siehe auch Anm. 2. — 5 Bis Dezember 1998 einschl. den Auslandsfilialen zur Verfügung gestelltes Betriebs-

kapital. — 6 Bis Dezember 1998 einschl. Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 7 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt 1) 2)		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen 1)			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel 3) 4)	insgesamt	zu-	Buch-	Schatz-		
mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	insgesamt	zusammen	insgesamt	zusammen	kredite	wechsel	insgesamt	zusammen		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2010 März	3 098,8	2 682,4	348,9	302,9	302,6	0,3	46,1	43,2	2,8	2 749,9	2 290,3
April	3 140,8	2 697,9	358,7	311,7	311,5	0,3	46,9	45,2	1,7	2 782,2	2 318,9
Mai	3 130,1	2 708,4	361,7	310,6	310,3	0,2	51,1	48,8	2,3	2 768,4	2 298,8
Juni	3 147,5	2 717,1	376,1	313,2	312,9	0,3	63,0	55,2	7,8	2 771,4	2 292,6
Juli	3 139,7	2 709,3	366,0	305,7	305,4	0,3	60,4	50,8	9,6	2 773,7	2 296,5
Aug.	3 150,2	2 718,1	367,2	309,8	309,6	0,2	57,3	48,4	9,0	2 783,1	2 300,7
Sept.	3 129,7	2 700,4	351,1	293,4	293,2	0,2	57,8	49,0	8,8	2 778,5	2 294,8
Okt.	3 249,0	2 711,4	378,0	297,5	297,2	0,3	80,5	52,5	28,0	2 871,0	2 300,2
Nov.	3 290,2	2 816,5	470,8	318,0	317,7	0,3	152,8	126,9	25,9	2 819,5	2 309,5
Dez.	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011 Jan.	3 241,2	2 778,4	440,2	290,4	290,2	0,2	149,8	120,8	29,0	2 801,1	2 314,1
Febr.	3 240,3	2 787,6	446,4	308,5	308,2	0,3	137,9	108,8	29,1	2 794,0	2 309,0
März	3 211,7	2 758,1	415,7	292,7	292,4	0,3	123,1	98,7	24,4	2 796,0	2 307,8
April	3 226,5	2 749,3	409,8	295,8	295,5	0,4	114,0	88,8	25,2	2 816,7	2 328,1
Mai	3 209,4	2 754,3	405,8	305,2	304,8	0,4	100,6	77,2	23,3	2 803,6	2 311,3
Juni	3 191,7	2 749,4	404,1	307,1	306,6	0,5	97,0	75,9	21,1	2 787,6	2 298,0
Juli	3 193,1	2 753,6	399,4	305,8	305,4	0,4	93,6	75,3	18,4	2 793,7	2 303,9
Aug.	3 201,3	2 768,5	399,9	318,2	317,8	0,5	81,7	65,5	16,2	2 801,4	2 311,9
Veränderungen *)											
2002	- 19,2	- 18,8	- 23,4	- 25,7	- 25,2	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,6	+ 4,3	+ 7,6
2003	+ 0,1	- 8,4	- 10,0	- 16,7	- 17,5	+ 0,9	+ 6,7	+ 7,3	- 0,6	+ 10,1	+ 16,0
2004	+ 3,3	- 36,0	- 31,7	- 30,5	- 29,7	- 0,8	- 1,2	- 3,2	+ 1,9	+ 35,0	+ 15,6
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2010 März	+ 0,2	- 3,1	+ 5,4	+ 3,0	+ 3,0	+ 0,0	+ 2,4	+ 2,5	- 0,1	- 5,2	- 8,1
April	+ 42,1	+ 15,5	+ 9,7	+ 8,9	+ 8,9	- 0,0	+ 0,9	+ 2,0	- 1,1	+ 32,3	+ 28,6
Mai	- 10,7	+ 10,5	+ 3,0	- 1,2	- 1,1	- 0,0	+ 4,2	+ 3,6	+ 0,6	- 13,7	- 20,0
Juni	+ 17,5	+ 8,7	+ 12,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,0	+ 11,8	+ 6,3	+ 5,5	+ 5,0	- 4,3
Juli	- 7,8	- 7,8	- 10,3	- 7,5	- 7,5	+ 0,0	- 2,8	- 4,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 3,9
Aug.	+ 10,5	+ 8,8	+ 0,6	+ 3,6	+ 3,7	- 0,1	- 3,0	- 2,4	- 0,6	+ 9,9	+ 4,8
Sept.	- 20,6	- 17,7	- 13,4	- 13,8	- 13,8	- 0,0	+ 0,4	+ 0,6	- 0,2	- 7,2	- 8,6
Okt.	+ 120,1	+ 11,7	+ 26,9	+ 4,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 22,7	+ 3,5	+ 19,2	+ 93,3	+ 6,0
Nov.	+ 41,1	+ 105,0	+ 92,7	+ 20,3	+ 20,3	- 0,0	+ 72,3	+ 74,4	- 2,1	+ 51,5	+ 9,3
Dez.	- 64,1	- 45,2	- 42,8	- 34,9	- 34,8	- 0,1	- 7,9	- 9,7	+ 1,8	- 21,3	+ 1,3
2011 Jan.	+ 20,3	+ 7,2	+ 12,2	+ 7,3	+ 7,3	+ 0,0	+ 4,8	+ 3,5	+ 1,3	+ 8,1	+ 8,5
Febr.	- 0,9	+ 9,1	+ 6,2	+ 18,6	+ 18,6	+ 0,1	- 12,4	- 12,5	+ 0,1	- 7,1	- 5,1
März	- 28,6	- 29,5	- 30,7	- 15,9	- 15,9	+ 0,0	- 14,8	- 10,1	- 4,8	+ 2,1	- 1,2
April	+ 14,8	- 8,8	- 5,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 0,1	- 9,1	- 9,9	+ 0,8	+ 20,7	+ 20,3
Mai	- 17,1	+ 5,0	- 4,1	+ 9,3	+ 9,3	-	- 13,4	- 11,6	- 1,9	- 13,1	- 16,8
Juni	- 17,5	- 4,7	- 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,1	- 3,6	- 1,3	- 2,3	- 16,1	- 13,3
Juli	+ 1,4	+ 4,2	- 4,7	- 1,3	- 1,2	- 0,1	- 3,4	- 0,6	- 2,7	+ 6,1	+ 5,9
Aug.	+ 0,8	+ 7,5	+ 0,5	+ 12,4	+ 12,4	+ 0,1	- 12,0	- 9,8	- 2,2	+ 0,4	+ 0,6

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen eingeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bauspar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; siehe auch Anm. 8. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzugs versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringer Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab 1999

IV. Banken

Kredite 2) 5)													Zeit
nehmen und Privatpersonen 1) 2)					an öffentliche Haushalte 2)								
Buchkredite			Wert- papiere 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 8)	zu- sammen	Buchkredite			Wertpa- piere 5) 9)	Aus- gleichs- forde- rungen 10)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 8)		
zu- sammen	mittel- fristig 6)	lang- fristig 7)				zu- sammen	mittel- fristig 6)	lang- fristig 7)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001	
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002	
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003	
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	–	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 044,4	237,5	1 806,9	245,9	38,7	459,6	292,2	30,5	261,8	167,4	–	4,1	2010 März	
2 048,7	237,7	1 811,0	270,1	38,7	463,3	292,5	30,9	261,6	170,8	–	4,1	April	
2 054,3	237,6	1 816,7	244,6	38,6	469,6	295,0	31,4	263,6	174,6	–	4,1	Mai	
2 055,1	237,2	1 817,9	237,5	38,4	478,8	293,9	31,3	262,6	184,9	–	4,1	Juni	
2 059,1	237,2	1 821,9	237,3	38,3	477,2	294,0	31,9	262,1	183,3	–	4,1	Juli	
2 063,6	236,7	1 826,9	237,2	38,3	482,3	296,5	33,9	262,6	185,8	–	4,0	Aug.	
2 060,7	236,2	1 824,5	234,2	38,1	483,7	297,6	34,0	263,6	186,1	–	4,0	Sept.	
2 063,2	236,9	1 826,3	237,0	38,0	570,8	298,4	34,7	263,7	272,4	–	4,0	Okt.	
2 071,6	238,5	1 833,1	237,9	37,8	510,0	300,3	35,7	264,6	209,6	–	3,9	Nov.	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	Dez.	
2 066,5	237,0	1 829,6	247,6	30,5	486,9	301,0	37,2	263,8	186,0	–	3,0	2011 Jan.	
2 069,2	236,8	1 832,5	239,8	30,5	485,0	301,3	37,9	263,4	183,6	–	3,0	Febr.	
2 066,3	238,6	1 827,6	241,5	30,3	488,2	300,7	38,2	262,5	187,5	–	3,0	März	
2 065,4	236,2	1 829,2	262,7	30,1	488,6	299,6	38,6	261,1	189,0	–	3,0	April	
2 071,7	237,7	1 833,9	239,6	30,1	492,3	300,6	38,8	261,8	191,7	–	3,0	Mai	
2 068,2	234,6	1 833,6	229,8	30,0	489,5	298,7	39,0	259,7	190,9	–	2,9	Juni	
2 073,7	235,8	1 838,0	230,2	29,7	489,7	299,2	39,7	259,5	190,5	–	2,9	Juli	
2 085,5	244,8	1 840,8	226,4	29,8	489,5	299,7	40,0	259,8	189,8	–	2,9	Aug.	
Veränderungen *)													
+ 26,6	– 2,1	+ 28,7	– 19,0	– 1,6	– 3,4	– 23,1	+ 1,0	– 24,1	+ 20,7	– 1,0	– 0,5	2002	
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	– 1,9	+ 2,6	– 5,9	– 16,1	+ 4,9	– 21,0	+ 11,2	– 1,0	– 0,5	2003	
+ 10,7	+ 0,2	+ 10,5	+ 4,9	+ 3,6	+ 19,4	– 13,8	– 0,9	– 12,9	+ 34,3	– 1,1	– 0,6	2004	
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	– 3,0	– 22,1	– 13,4	+ 0,9	– 14,2	– 7,7	– 1,0	– 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	– 3,9	– 28,8	– 16,4	– 1,4	– 15,0	– 12,4	–	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
– 6,8	– 4,4	– 2,5	– 1,2	– 0,4	+ 2,8	– 1,8	– 0,4	– 1,4	+ 4,6	–	– 0,0	2010 März	
+ 4,4	+ 0,2	+ 4,2	+ 24,2	– 0,1	+ 3,7	+ 0,3	+ 0,5	– 0,2	+ 3,5	–	– 0,0	April	
+ 5,5	– 0,1	+ 5,6	– 25,6	– 0,0	+ 6,3	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,8	–	– 0,0	Mai	
+ 2,7	+ 0,6	+ 2,1	– 7,0	– 0,3	+ 9,3	– 1,0	– 0,4	– 0,6	+ 10,3	–	– 0,0	Juni	
+ 4,1	+ 0,0	+ 4,1	– 0,2	– 0,1	– 1,4	+ 0,0	+ 0,6	– 0,6	– 1,5	–	– 0,0	Juli	
+ 5,0	– 0,3	+ 5,3	– 0,2	– 0,0	+ 5,1	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,5	+ 2,5	–	– 0,0	Aug.	
– 5,6	– 0,5	– 5,1	– 3,0	– 0,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,3	–	– 0,0	Sept.	
+ 3,2	+ 0,7	+ 2,5	+ 2,8	– 0,1	+ 87,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 86,3	–	– 0,0	Okt.	
+ 8,3	+ 1,6	+ 6,8	+ 1,0	– 0,0	– 60,8	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,0	– 62,8	–	– 0,0	Nov.	
– 1,5	– 0,3	– 1,2	+ 2,8	– 0,0	– 22,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,5	– 23,5	–	– 0,0	Dez.	
– 3,5	– 1,2	– 2,3	+ 12,0	– 0,2	– 0,4	– 0,3	+ 1,1	– 1,3	– 0,2	–	– 0,0	2011 Jan.	
+ 2,7	– 0,2	+ 2,9	– 7,8	+ 0,0	– 2,0	+ 0,4	+ 0,7	– 0,4	– 2,3	–	– 0,0	Febr.	
– 2,9	+ 1,2	– 4,2	+ 1,7	– 0,2	+ 3,2	– 0,6	+ 0,3	– 0,9	+ 3,8	–	– 0,0	März	
– 0,9	– 2,4	+ 1,5	+ 21,2	– 0,2	+ 0,4	– 1,1	+ 0,3	– 1,5	+ 1,5	–	– 0,0	April	
+ 6,3	+ 1,6	+ 4,6	– 23,0	– 0,0	+ 3,7	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 2,7	–	+ 0,0	Mai	
– 3,4	– 3,1	– 0,3	– 9,8	– 0,1	– 2,8	– 2,0	+ 0,2	– 2,1	– 0,8	–	– 0,0	Juni	
+ 5,5	+ 1,1	+ 4,4	+ 0,4	– 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	– 0,2	– 0,4	–	– 0,0	Juli	
+ 4,4	+ 1,6	+ 2,8	– 3,8	+ 0,1	– 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	– 0,7	–	– 0,0	Aug.	

Aufgliederung der Wertpapierkredite in mittel- und langfristige nicht mehr möglich. — 6 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren und darüber,

ab 1999: von über 5 Jahren. — 8 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; siehe auch Anm. 2. — 9 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 10. — 10 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)

Zeit	Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)													
	darunter:		Kredite für den Wohnungsbau					Kredite an Unternehmen und Selbständige						
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
	Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													
2009	2 357,6	1 155,1	1 094,7	905,0	189,7	1 327,1	301,4	145,8	68,5	63,2	122,1	36,4	74,7	165,2
2010 Juni	2 368,1	1 157,6	1 091,0	901,8	189,2	1 339,2	299,0	143,5	72,3	64,2	120,6	39,6	81,5	171,8
Sept.	2 353,9	1 151,9	1 096,6	905,8	190,8	1 320,0	300,2	138,1	73,0	63,4	120,1	40,5	78,1	160,6
Dez.	2 352,9	1 153,8	1 101,6	907,8	193,8	1 317,2	302,4	134,1	75,5	61,7	120,3	40,3	78,8	157,5
2011 März	2 358,7	1 150,4	1 098,9	906,8	192,1	1 325,0	300,5	138,0	76,9	61,8	121,8	40,5	77,3	161,1
Juni	2 374,9	1 163,7	1 102,8	909,3	193,4	1 337,2	301,3	137,1	78,9	60,7	121,6	41,6	77,0	173,6
	Veränderungen im Vierteljahr *)													
2010 2.Vj.	+ 21,0	+ 2,7	+ 0,5	+ 0,7	- 0,1	+ 18,2	- 0,6	- 0,4	+ 2,7	+ 0,4	- 1,6	+ 2,1	+ 4,4	+ 8,7
3.Vj.	- 14,1	+ 2,3	+ 5,1	+ 3,6	+ 1,5	- 19,5	+ 1,1	- 4,2	+ 0,7	- 0,8	+ 0,5	+ 0,9	- 3,4	- 11,2
4.Vj.	- 0,4	+ 3,6	+ 4,2	+ 3,6	+ 0,5	- 2,8	+ 0,7	- 3,9	+ 2,4	- 1,7	+ 0,3	- 0,3	+ 0,7	- 3,1
2011 1.Vj.	+ 6,3	- 1,9	- 1,8	- 0,1	- 1,7	+ 8,2	- 0,9	+ 3,9	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,3	- 1,5	+ 3,8
2.Vj.	+ 16,4	+ 3,3	+ 4,0	+ 2,2	+ 1,8	+ 12,2	+ 1,1	- 0,9	+ 2,0	- 0,9	- 0,2	+ 1,0	- 0,3	+ 12,5
	Veränderungen im Vierteljahr *)													
2010 2.Vj.	+ 8,4	-	- 0,7	-	- 0,7	+ 7,9	- 0,6	- 0,2	+ 0,3	- 0,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 8,1
3.Vj.	- 17,7	-	+ 0,2	-	+ 0,2	- 17,8	+ 0,1	- 1,7	- 1,2	- 0,4	+ 0,2	- 0,2	- 0,6	- 10,4
4.Vj.	- 10,5	-	- 0,4	-	- 0,4	- 9,4	- 0,2	- 2,6	+ 0,0	- 1,4	+ 0,3	- 0,7	- 0,7	- 3,8
2011 1.Vj.	+ 10,0	-	- 0,0	-	- 0,0	+ 10,6	+ 0,1	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,5	+ 3,6
2.Vj.	+ 14,4	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 13,7	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,6	- 0,2	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	+ 12,1
	Veränderungen im Vierteljahr *)													
2010 2.Vj.	+ 0,7	-	+ 0,5	-	+ 0,5	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,3	- 1,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,7
3.Vj.	- 0,8	-	+ 0,5	-	+ 0,5	- 1,7	+ 0,1	- 0,9	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,3	- 0,4	+ 0,9
4.Vj.	+ 1,9	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 1,4	- 0,5	- 0,7	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 1,3
2011 1.Vj.	- 0,1	-	- 0,3	-	- 0,3	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 0,7
2.Vj.	- 3,8	-	+ 0,7	-	+ 0,7	- 4,0	+ 0,2	- 1,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,4
	Veränderungen im Vierteljahr *)													
2010 2.Vj.	+ 11,9	+ 2,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,0	+ 10,4	- 0,2	- 0,2	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,6	+ 4,3	- 0,1
3.Vj.	+ 4,4	+ 2,3	+ 4,3	+ 3,6	+ 0,8	+ 0,0	+ 1,0	- 1,7	+ 2,1	- 0,5	- 0,4	+ 0,8	- 2,5	- 1,6
4.Vj.	+ 8,1	+ 3,6	+ 4,7	+ 3,6	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,4	- 0,7	+ 2,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,6	+ 1,5	- 0,6
2011 1.Vj.	- 3,6	- 1,9	- 1,5	- 0,1	- 1,4	- 2,5	- 0,7	- 0,9	+ 1,2	- 0,3	- 0,7	+ 0,0	- 1,3	- 0,4
2.Vj.	+ 5,8	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,2	+ 1,0	+ 2,6	+ 0,7	- 0,9	+ 1,5	- 0,4	- 0,5	+ 0,6	+ 0,2	- 0,1

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bauspar-kassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nach-

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	Debet-salden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														Kredite insgesamt
651,2	181,2	46,5	170,5	378,9	54,3	1 017,5	790,0	227,5	142,0	15,8	13,0	3,3	2009	
645,7	177,3	44,1	175,0	381,1	55,0	1 016,0	788,7	227,4	143,8	14,2	12,9	3,4	2010 Juni	
646,2	176,8	46,8	176,4	381,2	54,4	1 020,8	792,9	228,0	154,0	14,7	13,1	3,5	Sept.	
649,0	178,5	46,8	175,8	380,4	53,5	1 022,4	795,7	226,7	155,0	13,9	13,3	3,5	Dez.	
647,6	175,8	47,0	178,7	378,2	53,9	1 020,3	794,9	225,4	155,1	13,7	13,5	3,5	2011 März	
646,7	178,3	44,6	177,9	379,5	53,6	1 024,2	798,0	226,2	145,7	13,9	13,6	3,5	Juni	
Kurzfristige Kredite														
69,9	11,1	12,1	14,6	33,3	8,3	38,7	4,0	34,7	3,0	15,8	0,7	0,0	2009	
68,7	10,5	11,7	14,5	34,1	8,8	39,6	3,7	35,9	2,8	14,2	0,8	0,0	2010 Juni	
65,3	9,9	11,6	14,3	33,1	8,5	40,0	4,0	36,0	2,6	14,7	0,7	0,0	Sept.	
64,7	9,6	11,7	13,9	32,2	7,7	38,9	3,9	35,1	2,6	13,9	0,9	0,0	Dez.	
64,2	9,4	12,3	13,5	31,9	8,4	38,2	3,7	34,5	2,6	13,7	0,9	0,0	2011 März	
63,3	9,5	11,7	13,2	32,1	8,5	38,7	3,7	35,0	2,5	13,9	1,1	0,0	Juni	
Mittelfristige Kredite														
70,8	8,5	11,0	21,7	27,6	4,0	68,2	20,5	47,7	40,9	-	0,6	0,0	2009	
66,8	8,5	8,8	21,8	27,8	3,8	67,4	20,6	46,8	41,5	-	0,5	0,0	2010 Juni	
67,1	8,7	9,8	21,3	28,0	3,7	67,9	21,0	46,9	41,7	-	0,5	0,0	Sept.	
68,1	8,8	10,1	21,3	28,1	3,8	68,5	21,3	47,1	42,0	-	0,5	0,0	Dez.	
67,8	8,6	10,0	22,1	28,0	3,9	68,2	21,4	46,8	41,7	-	0,5	0,0	2011 März	
65,3	8,4	8,3	21,6	28,2	3,7	68,3	21,8	46,5	41,5	-	0,5	0,0	Juni	
Langfristige Kredite														
510,4	161,6	23,5	134,1	318,0	42,0	910,6	765,5	145,0	98,0	-	11,7	3,3	2009	
510,2	158,3	23,6	138,7	319,1	42,3	909,1	764,4	144,7	99,5	-	11,6	3,3	2010 Juni	
513,8	158,1	25,4	140,8	320,0	42,2	913,0	767,8	145,1	109,6	-	11,9	3,5	Sept.	
516,2	160,2	25,0	140,6	320,1	42,0	915,0	770,5	144,5	110,4	-	11,9	3,5	Dez.	
515,7	157,9	24,7	143,1	318,3	41,6	913,9	769,8	144,1	110,8	-	12,0	3,5	2011 März	
518,0	160,4	24,5	143,1	319,2	41,4	917,2	772,5	144,8	101,7	-	12,0	3,4	Juni	
Veränderungen im Vierteljahr *)														Kredite insgesamt
+ 2,1	- 2,0	- 0,9	+ 3,2	+ 2,7	- 0,1	+ 2,9	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,9	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	2010 2.Vj.	
- 1,0	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,2	- 0,6	+ 5,2	+ 3,8	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	3.Vj.	
+ 2,9	+ 1,4	+ 0,2	- 0,4	- 0,8	- 0,9	+ 2,1	+ 3,4	- 1,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,0	4.Vj.	
- 1,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 2,2	+ 0,4	- 2,1	- 0,8	- 1,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	2011 1.Vj.	
- 1,0	+ 1,4	- 2,5	+ 0,2	+ 1,3	- 0,4	+ 4,1	+ 2,9	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	2.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,5	- 0,1	+ 0,6	- 0,2	- 0,7	+ 0,0	- 0,0	2010 2.Vj.	
- 3,6	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 1,2	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,0	3.Vj.	
- 0,6	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	- 1,0	- 0,8	- 1,2	- 0,2	- 1,0	- 0,0	- 0,8	+ 0,1	- 0,0	4.Vj.	
- 0,8	- 0,1	+ 0,4	- 0,6	- 0,3	+ 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	2011 1.Vj.	
- 0,8	+ 0,2	- 0,6	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	2.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
+ 0,0	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,4	- 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	-	- 0,1	+ 0,0	2010 2.Vj.	
- 1,2	+ 0,3	- 0,2	- 0,6	+ 0,2	- 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	3.Vj.	
+ 1,0	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.	
- 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,4	- 0,3	-	+ 0,0	- 0,0	2011 1.Vj.	
- 2,4	- 0,2	- 1,7	- 0,5	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	-	+ 0,0	- 0,0	2.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 1,9	- 1,8	- 0,4	+ 3,7	+ 2,3	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,5	-	- 0,0	+ 0,0	2010 2.Vj.	
+ 3,8	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,1	- 0,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 0,9	+ 0,7	-	+ 0,2	+ 0,1	3.Vj.	
+ 2,4	+ 1,8	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2	+ 2,8	+ 3,3	- 0,5	+ 0,4	-	+ 0,1	+ 0,0	4.Vj.	
- 0,2	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 1,7	- 0,3	- 1,1	- 0,7	- 0,4	+ 0,3	-	+ 0,1	- 0,0	2011 1.Vj.	
+ 2,2	+ 1,4	- 0,2	+ 0,9	+ 0,8	- 0,2	+ 3,2	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,7	-	- 0,0	- 0,0	2.Vj.	

trägliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne Treuhandkredite. — 2 Einschl. Einzel-

kaufleute. — 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:		
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre					
Inländische Nichtbanken insgesamt											Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2008	2 781,4	834,6	1 276,1	530,6	745,6	32,6	713,0	535,2	135,4	32,3	34,4	59,3
2009	2 829,7	1 029,5	1 102,6	339,5	763,1	32,1	731,0	594,5	103,2	43,4	35,6	76,8
2010	2 936,6	1 104,4	1 117,1	329,3	787,8	25,1	762,7	618,2	96,9	37,5	37,2	80,9
2010 Sept.	2 867,2	1 083,3	1 079,4	331,4	748,0	24,2	723,9	606,1	98,4	42,1	37,6	89,1
Okt.	2 872,3	1 091,1	1 075,1	316,3	758,9	24,6	734,2	607,4	98,6	42,0	37,4	78,6
Nov.	2 946,1	1 129,6	1 110,2	323,6	786,6	24,7	762,0	610,0	96,3	42,0	37,4	103,7
Dez.	2 936,6	1 104,4	1 117,1	329,3	787,8	25,1	762,7	618,2	96,9	37,5	37,2	80,9
2011 Jan.	2 928,6	1 125,9	1 085,0	304,4	780,6	25,0	755,6	620,4	97,2	37,3	37,0	68,0
Febr.	2 942,8	1 121,6	1 100,7	320,6	780,0	24,9	755,1	622,5	98,0	37,4	37,1	90,9
März	2 930,5	1 112,1	1 096,6	317,9	778,7	25,4	753,3	623,5	98,3	37,2	36,8	75,0
April	2 948,4	1 127,1	1 099,2	323,6	775,7	26,0	749,7	622,3	99,8	37,0	36,7	84,7
Mai	2 976,6	1 125,7	1 129,3	354,4	775,0	26,7	748,3	619,9	101,7	37,0	36,7	102,8
Juni	2 980,6	1 123,7	1 136,4	363,7	772,7	26,0	746,7	617,8	102,7	36,7	36,6	103,5
Juli	2 976,5	1 130,6	1 125,8	352,4	773,4	27,2	746,2	616,6	103,5	36,6	36,6	87,4
Aug.	3 007,6	1 139,2	1 149,1	374,6	774,5	28,4	746,1	615,0	104,2	36,7	36,4	99,4
Inländische öffentliche Haushalte											Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2008	164,7	34,2	127,8	75,4	52,5	3,6	48,8	1,2	1,5	24,2	3,9	-
2009	129,3	41,8	83,4	43,0	40,4	3,6	36,8	2,6	1,5	35,7	3,9	0,5
2010	153,4	46,1	103,0	47,7	55,3	2,6	52,7	2,8	1,5	34,7	6,2	0,4
2010 Sept.	140,6	43,4	93,0	51,6	41,3	1,9	39,4	2,8	1,5	35,1	6,2	1,4
Okt.	147,3	41,7	101,3	47,3	54,0	2,2	51,8	2,8	1,5	35,0	6,2	0,1
Nov.	156,0	49,1	102,6	45,8	56,7	2,1	54,7	2,8	1,5	35,0	6,2	1,0
Dez.	153,4	46,1	103,0	47,7	55,3	2,6	52,7	2,8	1,5	34,7	6,2	0,4
2011 Jan.	149,0	49,6	95,1	44,8	50,3	2,5	47,8	2,8	1,5	34,5	6,2	0,0
Febr.	152,7	48,7	99,6	49,4	50,2	2,3	47,9	2,9	1,5	34,5	6,2	3,2
März	154,4	50,2	99,9	50,1	49,7	2,4	47,3	2,9	1,5	34,4	6,1	1,4
April	150,8	46,8	99,6	51,3	48,3	2,5	45,9	2,9	1,5	34,4	6,1	0,9
Mai	160,9	50,3	106,3	57,5	48,8	2,9	45,9	2,8	1,5	34,4	6,1	2,7
Juni	170,4	52,0	114,1	65,8	48,3	2,6	45,7	2,7	1,6	34,1	6,1	6,1
Juli	164,1	49,5	110,5	61,6	48,9	3,3	45,7	2,6	1,6	34,0	6,0	0,2
Aug.	169,4	50,4	114,9	66,6	48,3	3,3	45,0	2,6	1,5	34,1	6,0	2,1
Veränderungen *)											Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2009	- 23,9	+ 7,5	- 32,9	- 32,2	- 0,7	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	+ 0,1	- 0,5	+ 0,0	+ 0,5
2010	+ 23,9	+ 4,1	+ 19,7	+ 4,7	+ 14,9	- 1,0	+ 16,0	+ 0,3	- 0,1	- 1,0	+ 2,3	- 0,1
2010 Sept.	+ 3,6	+ 0,3	+ 3,4	+ 4,1	- 0,7	- 0,1	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	-	+ 1,0
Okt.	+ 6,7	+ 1,6	+ 8,4	- 4,3	+ 12,7	+ 0,3	+ 12,4	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 1,3
Nov.	+ 8,7	+ 7,4	+ 1,2	- 1,5	+ 2,7	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,9
Dez.	- 2,6	- 3,1	+ 0,5	+ 1,9	- 1,4	+ 0,5	- 1,9	- 0,0	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,6
2011 Jan.	- 4,4	+ 3,5	- 7,9	- 2,9	- 5,0	- 0,0	- 4,9	- 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,4
Febr.	+ 3,7	- 0,9	+ 4,5	+ 4,6	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 3,2
März	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,8	- 0,5	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 1,8
April	- 4,0	- 3,3	- 0,7	+ 0,8	- 1,4	+ 0,0	- 1,4	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,4
Mai	+ 10,1	+ 3,4	+ 6,7	+ 6,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	-	+ 1,7
Juni	+ 9,5	+ 1,8	+ 7,8	+ 8,3	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 3,4
Juli	- 6,3	- 2,6	- 3,6	- 4,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 5,9
Aug.	+ 5,3	+ 1,0	+ 4,4	+ 5,0	- 0,7	+ 0,0	- 0,7	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 1,9

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2008	2 616,7	800,5	1 148,3	455,2	693,1	29,0	664,1	534,0	133,9	8,1	30,5	59,3		
2009	2 700,4	987,6	1 019,2	296,5	722,7	28,5	694,2	591,9	101,6	7,7	31,7	76,3		
2010	2 783,2	1 058,3	1 014,1	281,6	732,5	22,5	710,0	615,4	95,4	2,9	31,0	80,5		
2010 Sept.	2 726,6	1 039,9	986,4	279,7	706,7	22,2	684,5	603,3	96,9	7,0	31,4	87,7		
Okt.	2 725,0	1 049,4	973,8	268,9	704,9	22,5	682,4	604,6	97,2	7,0	31,2	78,5		
Nov.	2 790,1	1 080,4	1 007,6	277,7	729,9	22,6	707,3	607,2	94,8	7,0	31,2	102,8		
Dez.	2 783,2	1 058,3	1 014,1	281,6	732,5	22,5	710,0	615,4	95,4	2,9	31,0	80,5		
2011 Jan.	2 779,6	1 076,4	989,9	259,6	730,3	22,5	707,8	617,6	95,7	2,8	30,9	68,0		
Febr.	2 790,1	1 072,9	1 001,1	271,3	729,8	22,6	707,2	619,7	96,5	2,9	30,9	87,7		
März	2 776,1	1 061,9	996,7	267,8	728,9	23,0	706,0	620,7	96,8	2,7	30,7	73,6		
April	2 797,5	1 080,3	999,6	272,3	727,3	23,5	703,8	619,5	98,2	2,6	30,6	83,7		
Mai	2 815,7	1 075,4	1 023,0	296,9	726,2	23,8	702,4	617,1	100,1	2,6	30,6	100,1		
Juni	2 810,2	1 071,6	1 022,3	297,9	724,4	23,4	701,0	615,1	101,1	2,6	30,5	97,4		
Juli	2 812,3	1 081,1	1 015,3	290,8	724,5	24,0	700,5	614,0	101,9	2,6	30,6	87,1		
Aug.	2 838,2	1 088,7	1 034,3	308,0	726,2	25,1	701,2	612,5	102,7	2,6	30,4	97,3		
Veränderungen *)														
2009	+ 83,6	+ 203,8	- 146,4	- 175,3	+ 28,9	- 0,5	+ 29,4	+ 57,9	- 31,7	- 0,4	+ 1,4	+ 17,0		
2010	+ 53,5	+ 71,9	- 38,6	- 17,3	- 21,3	- 6,0	- 15,3	+ 23,8	- 3,6	- 0,7	- 0,7	+ 4,2		
2010 Sept.	- 9,8	- 11,8	+ 1,8	+ 2,6	- 0,8	- 0,1	- 0,7	+ 0,2	- 0,2	- 0,1	-	- 9,4		
Okt.	- 1,8	+ 9,5	- 12,9	- 10,8	- 2,1	+ 0,2	- 2,3	+ 1,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	- 9,2		
Nov.	+ 41,7	+ 31,9	+ 6,9	+ 7,9	- 1,0	+ 0,1	- 1,1	+ 2,5	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 24,3		
Dez.	- 6,9	- 22,4	+ 6,4	+ 3,9	+ 2,6	- 0,1	+ 2,7	+ 8,6	+ 0,6	- 0,0	- 0,2	- 22,3		
2011 Jan.	- 3,7	+ 18,1	- 24,2	- 22,0	- 2,2	- 0,1	- 2,1	+ 2,2	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	- 12,5		
Febr.	+ 10,6	- 3,5	+ 11,2	+ 11,7	- 0,5	+ 0,1	- 0,6	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 19,8		
März	- 14,0	- 10,9	- 4,6	- 3,4	- 1,2	+ 0,4	- 1,6	+ 1,0	+ 0,5	- 0,1	- 0,1	- 14,1		
April	+ 21,8	+ 19,2	+ 3,7	+ 4,9	- 1,2	+ 0,6	- 1,7	- 2,1	+ 1,1	- 0,1	- 0,1	+ 10,1		
Mai	+ 18,2	- 4,8	+ 23,5	+ 24,6	- 1,1	+ 0,3	- 1,4	- 2,3	+ 1,9	- 0,0	- 0,1	+ 16,4		
Juni	- 5,5	- 3,8	- 0,7	+ 1,0	- 1,8	- 0,4	- 1,4	- 2,0	+ 1,0	- 0,0	- 0,1	- 2,7		
Juli	+ 1,8	+ 9,2	- 7,0	- 7,0	+ 0,0	+ 0,6	- 0,5	- 1,1	+ 0,8	- 0,0	+ 0,0	- 10,6		
Aug.	+ 25,9	+ 7,6	+ 19,0	+ 17,2	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,7	- 1,5	+ 0,8	- 0,0	- 0,2	+ 10,3		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2008	1 073,5	292,6	757,7	223,7	534,0	7,7	526,3	3,8	19,3	7,8	22,0	59,3		
2009	1 105,6	336,4	743,6	187,5	556,1	9,1	547,0	5,5	20,2	7,6	21,8	76,3		
2010	1 124,3	344,6	755,5	196,0	559,5	7,5	552,0	6,3	17,9	2,8	21,3	80,5		
2010 Sept.	1 101,8	343,1	731,8	194,0	537,9	7,4	530,4	6,5	20,4	6,9	21,6	87,7		
Okt.	1 092,1	346,2	719,0	183,6	535,4	7,5	527,9	6,5	20,4	6,9	21,4	78,5		
Nov.	1 145,3	369,3	751,8	192,1	559,7	7,4	552,3	6,4	17,9	6,9	21,4	102,8		
Dez.	1 124,3	344,6	755,5	196,0	559,5	7,5	552,0	6,3	17,9	2,8	21,3	80,5		
2011 Jan.	1 119,8	364,2	731,6	174,9	556,6	7,5	549,1	6,3	17,7	2,7	21,2	68,0		
Febr.	1 124,8	358,7	742,0	186,9	555,1	7,4	547,6	6,4	17,8	2,8	21,2	87,7		
März	1 108,5	347,3	737,5	184,1	553,4	7,9	545,4	6,4	17,4	2,6	21,1	73,6		
April	1 121,5	359,3	738,5	186,6	551,8	8,3	543,5	6,4	17,2	2,6	21,0	83,7		
Mai	1 137,8	354,0	760,1	210,3	549,8	8,6	541,3	6,4	17,4	2,5	20,9	100,1		
Juni	1 130,0	348,4	757,7	210,2	547,5	8,2	539,3	6,3	17,5	2,5	20,8	97,4		
Juli	1 123,6	351,9	747,8	200,9	546,9	8,3	538,6	6,3	17,5	2,5	20,9	87,1		
Aug.	1 150,5	360,9	765,8	217,5	548,3	9,2	539,1	6,3	17,6	2,5	20,7	97,3		
Veränderungen *)														
2009	+ 32,6	+ 61,6	- 31,5	- 53,1	+ 21,6	+ 1,4	+ 20,3	+ 1,6	+ 0,9	- 0,4	- 0,3	+ 17,0		
2010	- 10,6	+ 9,8	- 21,6	+ 6,1	- 27,6	- 1,6	- 26,0	+ 0,9	+ 0,3	- 0,7	- 0,5	+ 4,2		
2010 Sept.	- 8,7	- 13,2	+ 4,6	+ 6,1	- 1,4	- 0,1	- 1,4	- 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 9,4		
Okt.	- 10,0	+ 3,1	- 13,1	- 10,4	- 2,7	+ 0,1	- 2,8	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 9,2		
Nov.	+ 29,8	+ 23,9	+ 6,0	+ 7,7	- 1,7	- 0,1	- 1,6	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 24,3		
Dez.	- 21,0	- 24,6	+ 3,6	+ 3,8	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 22,3		
2011 Jan.	- 4,5	+ 19,6	- 23,9	- 21,0	- 2,9	- 0,0	- 2,9	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 12,5		
Febr.	+ 5,1	- 5,5	+ 10,4	+ 12,0	- 1,6	- 0,1	- 1,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 19,8		
März	- 16,3	- 11,5	- 4,8	- 2,8	- 2,0	+ 0,5	- 2,5	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 14,1		
April	+ 13,3	+ 12,0	+ 1,3	+ 3,0	- 1,6	+ 0,4	- 2,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 10,1		
Mai	+ 16,4	- 5,3	+ 21,6	+ 23,6	- 2,0	+ 0,2	- 2,2	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 16,4		
Juni	- 7,9	- 5,5	- 2,4	- 0,1	- 2,4	- 0,4	- 2,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 2,7		
Juli	- 6,7	+ 3,2	- 9,9	- 9,3	- 0,5	+ 0,2	- 0,7	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 10,6		
Aug.	+ 27,0	+ 8,9	+ 17,9	+ 16,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 10,3		

aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. —

4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zu-sammen	Selb-ständige	wirt-schaftlich Unselb-ständige	sonstige Privat-personen			zu-sammen	Selb-ständige	wirt-schaftlich Unselb-ständige	sonstige Privat-personen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2008	1 543,2	507,8	491,8	85,1	336,5	70,3	16,0	390,6	367,2	50,4	281,0	35,8	
2009	1 594,9	651,3	631,3	112,5	424,6	94,3	19,9	275,6	258,5	24,5	213,2	20,7	
2010	1 658,9	713,7	692,4	123,8	471,2	97,4	21,3	258,6	241,4	21,2	203,7	16,4	
2011 März	1 667,6	714,7	692,1	121,5	472,2	98,4	22,5	259,3	242,6	22,1	204,2	16,3	
April	1 676,1	721,0	698,2	125,3	474,5	98,4	22,8	261,1	244,2	22,7	204,8	16,6	
Mai	1 677,9	721,5	698,9	126,1	474,5	98,4	22,5	262,9	245,8	22,8	205,8	17,2	
Juni	1 680,2	723,2	700,0	123,6	477,9	98,5	23,2	264,6	247,5	23,1	206,9	17,5	
Juli	1 688,8	729,2	706,5	126,7	480,9	98,9	22,7	267,5	250,0	24,0	208,3	17,7	
Aug.	1 687,7	727,9	706,1	129,2	478,0	99,0	21,8	268,5	250,7	23,3	209,6	17,9	
Veränderungen *)													
2009	+ 51,0	+ 142,2	+ 138,3	+ 27,4	+ 88,3	+ 22,6	+ 4,0	- 115,0	- 108,7	- 25,8	- 67,7	- 15,2	
2010	+ 64,0	+ 62,1	+ 60,8	+ 11,3	+ 40,4	+ 9,1	+ 1,4	- 17,0	- 17,1	- 3,3	- 9,7	- 4,1	
2011 März	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,4	- 2,1	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	
April	+ 8,5	+ 7,2	+ 7,0	+ 3,9	+ 2,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,4	
Mai	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,6	
Juni	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,0	- 2,4	+ 3,4	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,3	
Juli	+ 8,5	+ 6,0	+ 6,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 0,4	- 0,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,2	
Aug.	- 1,1	- 1,3	- 0,5	+ 2,4	- 3,0	+ 0,1	- 0,9	+ 1,1	+ 0,8	- 0,7	+ 1,3	+ 0,2	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite													
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder						
		zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	bis 1 Jahr einschl.					über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2008	164,7	34,8	2,3	3,7	28,9	0,0	6,6	28,2	6,9	9,9	11,3	0,1	17,3	
2009	129,3	22,2	1,3	3,7	17,1	0,1	17,3	23,1	7,1	5,8	10,1	0,1	18,0	
2010	153,4	38,7	5,7	3,3	29,6	0,1	17,0	28,2	8,5	6,7	12,9	0,2	17,2	
2011 März	154,4	36,2	8,3	3,8	24,1	0,1	17,0	35,1	12,2	10,2	12,6	0,2	17,1	
April	150,8	33,8	7,2	3,9	22,7	0,1	17,0	33,3	9,7	11,0	12,4	0,2	17,0	
Mai	160,9	34,8	6,1	5,6	23,0	0,1	17,0	34,8	11,6	10,5	12,5	0,2	17,0	
Juni	170,4	38,3	6,1	9,6	22,4	0,1	16,8	39,9	14,1	13,3	12,3	0,2	16,9	
Juli	164,1	35,6	8,3	4,8	22,4	0,1	16,8	37,6	11,6	13,1	12,7	0,2	16,9	
Aug.	169,4	36,8	8,9	5,8	22,0	0,1	16,9	37,6	9,0	15,8	12,7	0,2	16,9	
Veränderungen *)														
2009	- 23,9	- 0,8	- 1,0	+ 0,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	- 5,1	+ 0,2	- 4,1	- 1,1	+ 0,0	- 0,4	
2010	+ 23,9	+ 16,5	+ 4,4	- 0,4	+ 12,5	+ 0,0	- 0,2	+ 5,2	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,8	+ 0,0	- 0,7	
2011 März	+ 1,7	- 1,6	- 0,8	- 0,3	- 0,5	- 0,0	- 0,0	+ 5,5	+ 5,1	+ 0,5	- 0,1	-	- 0,0	
April	- 4,0	- 2,3	- 1,1	+ 0,3	- 1,4	+ 0,0	+ 0,0	- 1,8	- 2,4	+ 0,8	- 0,2	- 0,0	- 0,0	
Mai	+ 10,1	+ 1,0	- 1,1	+ 1,7	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,5	+ 1,9	- 0,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	
Juni	+ 9,5	+ 3,5	- 0,0	+ 4,0	- 0,5	- 0,0	- 0,2	+ 5,1	+ 2,4	+ 2,8	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	
Juli	- 6,3	- 2,7	+ 2,1	- 4,8	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 2,3	- 2,5	- 0,2	+ 0,4	+ 0,0	- 0,0	
Aug.	+ 5,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	- 0,4	-	+ 0,1	+ 0,1	- 2,6	+ 2,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
23,4	231,5	159,2	21,3	137,9	530,2	523,1	7,1	114,6	0,3	8,5	-	2008	
17,2	109,0	166,6	19,4	147,2	586,5	577,5	9,0	81,5	0,1	9,8	-	2009	
17,3	85,7	173,0	15,0	158,0	609,1	599,2	9,9	77,5	0,1	9,7	-	2010	
16,7	83,7	175,5	15,0	160,5	614,3	604,3	10,0	79,4	0,1	9,7	-	2011 März	
16,9	85,6	175,5	15,2	160,3	613,0	603,0	10,0	81,0	0,1	9,7	-	April	
17,1	86,6	176,3	15,3	161,1	610,8	601,0	9,8	82,8	0,1	9,7	-	Mai	
17,2	87,7	177,0	15,2	161,7	608,8	599,2	9,6	83,6	0,1	9,7	-	Juni	
17,5	89,9	177,5	15,6	161,9	607,7	598,1	9,6	84,4	0,1	9,7	-	Juli	
17,8	90,6	178,0	15,9	162,1	606,2	596,7	9,5	85,1	0,1	9,6	-	Aug.	
Veränderungen *)													
- 6,2	- 122,2	+ 7,2	- 1,9	+ 9,1	+ 56,3	+ 54,4	+ 1,9	- 32,6	+ 0,0	+ 1,7	-	2009	
+ 0,1	- 23,3	+ 6,4	- 4,4	+ 10,8	+ 22,8	+ 22,0	+ 0,9	- 4,0	- 0,0	- 0,2	± 0,0	2010	
- 0,2	- 0,6	+ 0,8	- 0,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,0	- 0,0	-	2011 März	
+ 0,2	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	- 2,2	- 2,1	- 0,0	+ 1,1	- 0,1	- 0,0	-	April	
+ 0,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,8	- 2,3	- 2,0	- 0,2	+ 1,8	- 0,0	+ 0,0	-	Mai	
+ 0,1	+ 1,1	+ 0,6	- 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 1,8	- 0,2	+ 0,8	+ 0,0	- 0,0	-	Juni	
+ 0,4	+ 2,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	- 1,1	- 1,0	- 0,0	+ 0,8	- 0,0	- 0,0	-	Juli	
+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 1,5	- 1,5	- 0,0	+ 0,7	- 0,0	- 0,0	-	Aug.	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. — 4 Einschl.

Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
42,5	14,3	22,0	3,9	2,2	0,2	59,2	10,7	39,8	8,4	0,3	0,0	2008
38,0	20,2	10,3	4,2	3,3	0,4	46,0	13,3	23,1	8,9	0,6	0,0	2009
37,4	19,5	9,9	4,5	3,5	0,4	49,1	12,3	27,9	8,3	0,6	0,0	2010
35,0	16,6	10,2	4,6	3,6	0,4	48,1	13,1	26,0	8,5	0,6	0,0	2011 März
35,2	16,8	10,2	4,7	3,5	0,4	48,5	13,1	26,3	8,6	0,6	0,0	April
38,0	18,2	11,6	4,8	3,5	0,4	53,3	14,3	29,8	8,6	0,6	0,0	Mai
36,6	16,9	11,3	4,8	3,5	0,4	55,6	14,9	31,5	8,7	0,5	0,0	Juni
36,1	16,3	11,4	5,0	3,4	0,4	54,8	13,3	32,2	8,8	0,6	0,0	Juli
39,9	18,5	13,0	5,0	3,3	0,4	55,1	14,0	32,1	8,5	0,5	0,0	Aug.
Veränderungen *)												
- 4,4	+ 5,9	- 11,7	+ 0,3	+ 1,1	- 0,0	- 13,6	+ 2,5	- 16,8	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	2009
- 0,6	- 0,6	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	+ 2,9	- 1,2	+ 4,7	- 0,6	- 0,1	- 0,0	2010
- 1,0	- 1,1	+ 0,0	-	+ 0,0	- 0,0	- 1,2	- 1,8	+ 0,4	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	2011 März
+ 0,0	+ 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	-	April
+ 2,8	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 4,7	+ 1,3	+ 3,5	- 0,0	- 0,0	-	Mai
- 1,4	- 1,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	-	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,7	+ 0,1	- 0,0	-	Juni
- 0,4	- 0,6	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	-	- 0,8	- 1,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	-	Juli
+ 3,7	+ 2,2	+ 1,5	+ 0,0	- 0,1	-	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	- 0,3	- 0,0	-	Aug.

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)									Sparbriefe 3), abgegeben an				
	ins-gesamt	von Inländern				von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nicht-banken ins-gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nichtbanken
		zu-sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu-sammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist				zu-sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			darunter Sonder-spar-formen 2)	zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)	zu-sammen		darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	zu-sammen					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2008	544,1	535,2	424,8	344,0	110,4	103,2	8,9	6,3	14,9	150,8	135,4	59,6	15,4	
2009	604,1	594,5	474,5	379,4	120,0	112,1	9,6	7,0	13,8	118,8	103,2	68,3	15,6	
2010	628,2	618,2	512,5	412,3	105,7	96,6	9,9	7,7	10,9	113,5	96,9	72,0	16,6	
2011 April	632,4	622,3	517,6	415,8	104,7	95,6	10,1	7,9	0,3	115,7	99,8	73,6	16,0	
Mai	630,0	619,9	515,4	413,9	104,6	95,5	10,0	7,8	0,3	117,8	101,7	74,9	16,2	
Juni	627,8	617,8	513,5	411,8	104,3	95,3	10,0	7,7	0,3	118,8	102,7	75,6	16,1	
Juli	626,5	616,6	512,2	410,9	104,3	95,3	9,9	7,6	0,4	119,7	103,5	76,0	16,2	
Aug.	624,9	615,0	510,8	409,8	104,2	95,2	9,9	7,6	0,4	120,4	104,2	76,5	16,1	
Veränderungen *)														
2009	+ 60,0	+ 59,3	+ 50,3	+ 35,8	+ 8,9	+ 7,8	+ 0,7	+ 0,8	.	- 30,6	- 31,6	+ 9,5	+ 1,0	
2010	+ 24,3	+ 24,0	+ 38,3	+ 33,1	- 14,3	- 15,5	+ 0,3	+ 0,6	.	- 2,7	- 3,7	+ 6,3	+ 1,0	
2011 April	- 2,1	- 2,1	- 1,3	- 1,2	- 0,8	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	.	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,7	- 0,3	
Mai	- 2,5	- 2,4	- 2,3	- 1,9	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	.	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,2	
Juni	- 2,2	- 2,1	- 1,9	- 2,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	.	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	- 0,0	
Juli	- 1,3	- 1,2	- 1,2	- 1,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	.	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,0	
Aug.	- 1,6	- 1,6	- 1,4	- 1,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	.	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,4	- 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene	
	ins-gesamt	darunter:				mit Laufzeit				ins-gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungs-anleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						über 2 Jahre
						zu-sammen	darunter ohne Nominalbetrags-garantie 5)	zu-sammen	darunter ohne Nominalbetrags-garantie 5)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2008	1 640,1	395,9	50,7	314,1	64,0	162,6	.	153,3	.	1 324,2	2,3	0,8	52,5	1,6
2009	1 529,8	380,6	43,9	317,4	70,4	115,9	.	105,8	.	1 308,2	0,9	0,6	46,1	1,8
2010	1 435,1	287,2	27,8	359,2	82,8	94,0	4,6	54,1	6,5	1 281,4	0,7	0,6	43,9	1,5
2011 April	1 383,0	299,1	24,5	324,8	68,5	78,4	6,0	54,9	8,3	1 242,6	0,7	0,6	45,0	1,5
Mai	1 391,7	299,4	24,2	335,4	73,6	84,0	6,1	53,9	8,6	1 246,6	0,6	0,5	44,3	1,5
Juni	1 373,6	293,3	23,9	329,0	61,0	71,0	5,9	53,7	8,2	1 241,6	0,6	0,5	44,1	1,5
Juli	1 373,8	294,6	24,2	338,7	68,7	78,1	5,7	51,9	8,4	1 235,3	0,5	0,5	44,2	1,5
Aug.	1 374,4	295,4	24,8	340,1	76,7	86,5	4,3	49,7	6,0	1 229,5	0,5	0,4	43,8	1,5
Veränderungen *)														
2009	- 110,1	- 15,3	- 6,8	+ 4,7	+ 6,4	- 46,7	.	- 47,8	.	- 15,6	- 1,4	- 0,2	- 6,4	+ 0,5
2010	- 94,2	- 92,8	- 9,8	+ 41,9	+ 12,4	- 22,8	.	- 52,1	.	- 26,4	- 0,2	- 0,0	- 2,1	- 0,3
2011 April	- 14,9	+ 4,0	- 2,4	- 8,3	- 7,9	- 8,8	+ 0,3	+ 1,9	+ 0,5	- 7,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0
Mai	+ 8,7	+ 0,3	- 0,3	+ 10,6	+ 5,1	+ 5,7	+ 0,1	- 1,1	+ 0,3	+ 4,0	- 0,0	- 0,0	- 0,7	+ 0,0
Juni	- 18,1	+ 1,3	- 0,3	- 6,3	- 12,6	- 12,7	- 0,2	+ 0,2	- 0,4	- 5,0	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0
Juli	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,2	+ 9,6	+ 7,7	+ 7,1	- 0,2	- 1,8	+ 0,2	- 5,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0
Aug.	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,4	+ 8,0	+ 8,5	- 1,4	- 2,2	- 2,3	- 5,8	- 0,0	- 0,1	- 0,4	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 2 Emissionswert bei Auflegung. — 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. — 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- sum- me 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2010	24	198,9	42,8	0,0	18,9	27,8	72,0	14,3	14,4	0,6	29,7	130,9	7,3	5,5	7,5	92,7
2011 Juni	23	197,5	41,7	0,0	17,8	27,5	72,7	15,1	14,4	0,6	26,1	132,8	6,8	5,6	8,3	8,2
Juli	23	197,0	41,8	0,0	17,4	27,6	72,9	15,0	14,2	0,6	25,5	132,9	6,8	5,6	8,3	8,2
Aug.	23	196,6	40,8	0,0	17,4	27,6	73,0	15,3	14,3	0,7	24,7	133,1	6,7	5,6	8,3	8,2
Private Bausparkassen																
2011 Juni	13	142,6	25,2	0,0	12,1	17,9	58,0	13,5	8,4	0,4	22,8	87,7	6,6	5,6	5,5	5,4
Juli	13	142,1	25,3	0,0	11,6	17,9	58,2	13,4	8,2	0,4	22,3	87,7	6,6	5,6	5,6	5,3
Aug.	13	141,6	24,1	0,0	11,8	17,9	58,2	13,7	8,3	0,4	21,5	87,9	6,5	5,6	5,6	5,3
Öffentliche Bausparkassen																
2011 Juni	10	54,9	16,4	0,0	5,7	9,6	14,7	1,6	6,0	0,2	3,3	45,1	0,2	-	2,7	2,8
Juli	10	54,9	16,5	0,0	5,7	9,6	14,7	1,6	6,0	0,2	3,2	45,1	0,2	-	2,7	2,9
Aug.	10	55,0	16,7	0,0	5,7	9,6	14,8	1,6	5,9	0,3	3,2	45,2	0,2	-	2,7	2,9

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen						Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- bau- prä- mien 12)
	einge- zahlte Bauspar- be- träge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lun- gen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen				neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lun- gen	ins- gesamt	darunter Tilgung- en im Quartal	
							Bauspareinlagen		Bauspardarlehen 9)							
							zu- sammen	darunter zur Ablö- sung von Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredit- en	zu- sammen	darunter zur Ablö- sung von Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredit- en						
Alle Bausparkassen																
2010	27,8	2,6	5,5	43,6	29,3	37,9	17,0	4,3	7,8	4,0	13,2	11,8	7,5	11,8	9,6	0,5
2011 Juni	2,3	0,0	0,5	4,0	2,8	3,6	1,6	0,3	0,7	0,3	1,3	12,7	7,8	0,9	2,2	0,0
Juli	2,1	0,0	0,5	4,0	2,8	3,6	1,6	0,4	0,8	0,4	1,3	12,7	7,8	0,9	0,0	0,0
Aug.	2,2	0,0	0,5	3,9	2,6	3,5	1,5	0,4	0,7	0,4	1,3	12,6	7,7	0,8	0,0	0,0
Private Bausparkassen																
2011 Juni	1,5	0,0	0,2	2,8	1,9	2,6	1,1	0,3	0,5	0,2	1,0	7,8	4,0	0,6	1,5	0,0
Juli	1,4	0,0	0,3	2,8	1,8	2,5	1,1	0,3	0,5	0,3	1,0	7,8	4,0	0,6	0,0	0,0
Aug.	1,5	0,0	0,3	2,7	1,7	2,5	1,0	0,3	0,5	0,3	1,0	7,7	3,9	0,6	0,0	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2011 Juni	0,7	0,0	0,2	1,2	0,9	1,0	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	4,9	3,8	0,3	0,7	0,0
Juli	0,7	0,0	0,2	1,2	1,0	1,1	0,5	0,1	0,3	0,1	0,3	4,9	3,8	0,3	0,0	0,0
Aug.	0,8	0,0	0,2	1,2	0,9	1,0	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	4,9	3,8	0,3	0,0	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zuteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. — 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)	
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	insgesamt	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	insgesamt	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands
					zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken			zusammen	an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken			
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2007	52	218	2 042,4	813,8	743,1	238,6	504,5	70,7	1 066,8	811,4	21,6	789,8	255,3	161,8	-
2008	56	226	1 715,5	730,7	669,1	244,9	424,2	61,6	825,3	630,4	20,2	610,3	194,9	159,5	-
2009	51	211	1 461,6	579,2	539,1	210,1	328,9	40,2	691,5	534,7	20,7	514,0	156,7	190,9	-
2010 Okt.	56	217	1 582,8	640,1	612,1	225,7	386,4	28,1	706,1	547,4	21,6	525,8	158,8	236,5	-
Nov.	56	215	1 636,3	648,0	620,2	232,1	388,1	27,8	725,7	557,5	24,0	533,6	168,2	262,6	-
Dez.	55	212	2 226,3	591,4	564,8	232,0	332,8	26,6	696,7	532,5	27,5	505,0	164,2	938,2	633,9
2011 Jan.	55	211	2 072,1	583,8	558,1	221,8	336,3	25,8	712,9	550,9	27,1	523,8	162,0	775,4	614,1
Febr.	55	211	2 041,4	570,4	545,7	210,6	335,1	24,8	697,6	542,8	26,6	516,2	154,8	773,4	585,7
März	55	211	1 980,5	546,9	523,0	199,5	323,5	24,0	678,2	523,5	26,1	497,4	154,7	755,4	585,1
April	55	211	2 057,3	567,6	544,1	213,6	330,6	23,5	673,2	518,2	25,5	492,7	155,0	816,4	642,8
Mai	55	212	2 023,3	579,5	556,2	204,0	352,2	23,3	682,3	526,8	24,9	501,9	155,6	761,5	600,1
Juni	55	211	1 962,2	533,9	511,8	179,1	332,7	22,1	664,5	509,9	24,5	485,3	154,6	763,8	600,8
Juli	55	211	2 028,0	526,1	503,4	182,4	321,0	22,7	676,6	523,5	25,0	498,5	153,1	825,3	651,9
Veränderungen *)															
2008	+ 4	+ 8	- 359,4	- 98,5	- 89,3	+ 6,3	- 95,5	- 9,2	- 256,8	- 190,7	- 1,5	-189,3	- 66,1	- 4,1	-
2009	- 5	- 15	- 247,9	- 148,8	- 127,3	- 34,7	- 92,6	- 21,5	- 131,7	- 94,6	+ 0,5	-95,1	- 37,1	+32,6	-
2010 Nov.	-	- 2	+ 12,4	- 9,5	- 8,8	+ 6,4	- 15,3	- 0,7	- 2,0	- 6,9	+ 2,3	- 9,2	+ 4,9	+23,9	-
Dez.	- 1	- 3	+ 606,6	- 50,2	- 49,3	- 0,1	- 49,2	- 1,0	- 19,7	- 17,8	+ 3,5	-21,3	- 2,0	+676,6	-
2011 Jan.	-	- 1	- 139,5	- 0,7	+ 0,0	- 10,2	+ 10,3	- 0,7	+ 23,5	+ 23,9	- 0,4	+24,3	- 0,4	-162,2	- 19,8
Febr.	-	-	- 26,8	- 11,6	- 10,6	- 11,2	+ 0,6	- 1,0	- 13,3	- 6,6	- 0,5	- 6,2	- 6,7	- 1,9	- 28,4
März	-	-	- 42,2	- 16,8	- 16,1	- 11,1	- 5,0	- 0,6	- 8,9	- 11,0	- 0,5	-10,5	+ 2,1	-16,6	- 0,6
April	-	-	+ 99,6	+ 30,1	+ 30,4	+ 14,1	+ 16,3	- 0,3	+ 7,4	+ 4,2	- 0,6	+ 4,8	+ 3,2	+62,1	+ 57,7
Mai	-	+ 1	- 54,5	+ 3,1	+ 3,5	- 9,6	+ 13,1	- 0,4	- 1,6	+ 0,2	- 0,6	+ 0,8	- 1,8	-56,0	- 42,6
Juni	-	- 1	- 55,9	- 44,1	- 42,9	- 24,9	- 18,1	- 1,2	- 14,4	- 14,1	- 0,4	-13,7	- 0,4	+ 2,6	+ 0,7
Juli	-	-	+ 52,3	- 13,3	- 13,8	+ 3,3	- 17,1	+ 0,5	+ 5,0	+ 8,0	+ 0,4	+ 7,6	- 3,0	+60,6	+ 51,1
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2007	39	120	590,8	267,8	202,4	104,8	97,5	65,5	263,9	176,0	37,8	138,1	87,9	59,0	-
2008	38	116	594,9	244,9	183,1	85,5	97,6	61,8	267,8	196,5	42,2	154,3	71,3	82,2	-
2009	36	97	474,1	205,4	157,0	87,4	69,6	48,4	217,0	154,7	38,7	115,9	62,4	51,7	-
2010 Okt.	37	96	500,7	221,7	178,4	96,0	82,4	43,4	216,6	164,9	36,9	128,1	51,7	62,4	-
Nov.	37	95	498,2	223,0	180,4	95,6	84,8	42,6	218,4	167,2	37,8	129,4	51,1	56,8	-
Dez.	37	93	495,1	220,9	178,7	98,8	79,9	42,1	218,3	168,8	37,7	131,2	49,5	55,9	-
2011 Jan.	37	94	492,5	222,7	180,6	99,6	81,0	42,0	217,6	167,2	38,1	129,1	50,4	52,3	-
Febr.	37	94	490,1	221,5	182,1	100,5	81,6	39,4	215,9	165,3	37,4	127,9	50,6	52,7	-
März	37	94	484,4	219,4	180,3	100,2	80,1	39,1	214,5	164,5	36,3	128,3	49,9	50,5	-
April	36	93	485,9	224,5	184,9	100,7	84,2	39,5	211,9	162,8	35,4	127,4	49,1	49,5	-
Mai	36	93	495,2	225,8	186,6	99,7	86,8	39,3	214,2	165,7	35,9	129,8	48,5	55,1	-
Juni	36	93	481,8	216,0	177,0	99,1	77,9	39,0	213,1	165,1	36,5	128,6	47,9	52,8	-
Juli	35	91	480,7	211,3	172,8	100,2	72,7	38,5	215,9	167,3	36,6	130,7	48,6	53,5	-
Veränderungen *)															
2008	- 1	- 4	- 0,2	- 24,2	- 19,8	- 19,3	- 0,5	- 4,4	+ 1,1	+ 17,5	+ 4,4	+ 13,2	-16,4	+ 22,9	-
2009	- 2	- 19	-120,2	- 39,8	- 26,9	+ 1,9	- 28,8	- 12,9	- 50,0	- 41,1	- 3,5	- 37,6	- 8,9	+ 30,4	-
2010 Nov.	-	- 1	- 8,9	- 2,1	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	- 1,9	- 1,0	- 0,5	+ 0,9	- 1,4	- 0,5	- 5,8	-
Dez.	-	- 2	- 1,5	- 1,1	- 1,0	+ 3,2	- 4,2	- 0,1	+ 0,4	+ 2,1	- 0,1	+ 2,2	- 1,7	- 0,8	-
2011 Jan.	-	+ 1	- 0,2	+ 2,9	+ 2,6	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	- 0,9	+ 0,9	- 3,6	-
Febr.	-	-	- 1,9	- 0,9	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,7	- 2,6	- 1,5	- 1,7	- 0,7	- 1,0	+ 0,2	+ 0,5	-
März	-	-	- 3,3	- 0,8	- 1,0	- 0,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,3	+ 0,3	- 1,2	+ 1,5	- 0,7	- 2,1	-
April	- 1	- 1	+ 4,4	+ 6,7	+ 5,6	+ 0,5	+ 5,2	+ 1,1	- 1,4	- 0,6	- 0,8	+ 0,2	- 0,8	- 0,9	-
Mai	-	-	+ 6,1	- 0,2	+ 0,6	- 1,0	+ 1,6	- 0,8	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,9	- 0,6	+ 5,5	-
Juni	-	-	-13,0	- 9,6	- 9,3	- 0,6	- 8,7	- 0,2	- 1,1	- 0,6	+ 0,6	- 1,1	- 0,6	- 2,3	-
Juli	- 1	- 2	- 3,5	- 5,6	- 4,8	+ 1,1	- 5,9	- 0,8	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	-

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Verände-

rungerwerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite										Geldmarkt-papiere und Schuldverschreibungen im Umlauf 5)	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				ausländische Nichtbanken	insgesamt			darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands		
	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken 4)		mittel- und langfristige						insgesamt	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen	
1 723,7	1 191,0	547,7	643,3	532,7	55,3	51,2	4,1	477,4	186,0	29,2	103,5	–	2007	
1 446,1	1 070,4	554,3	516,1	375,7	45,0	36,5	8,5	330,7	126,6	35,6	107,2	–	2008	
1 125,9	798,0	449,6	348,4	327,9	37,4	33,8	3,5	290,5	157,5	33,9	144,4	–	2009	
1 208,9	804,6	390,1	414,5	404,3	45,4	39,6	5,8	358,9	186,7	34,1	153,1	–	2010 Okt.	
1 240,7	815,2	395,9	419,2	425,6	47,0	41,1	5,9	378,6	193,0	34,2	168,3	–	Nov.	
1 131,3	751,9	398,2	353,7	379,4	44,9	39,2	5,7	334,5	187,1	34,7	187,1	648,7	Dez.	
1 155,7	759,6	400,8	358,8	396,1	44,2	38,9	5,4	351,9	187,8	35,0	693,6	610,9	2011 Jan.	
1 150,3	752,8	387,7	365,0	397,5	45,1	39,8	5,3	352,4	188,4	35,0	667,8	582,3	Febr.	
1 092,3	719,1	379,7	339,4	373,2	41,2	36,0	5,3	331,9	183,0	34,5	670,8	581,5	März	
1 111,1	737,1	397,3	339,8	374,0	39,8	34,6	5,2	334,1	177,5	34,3	734,4	636,6	April	
1 134,5	761,8	394,7	367,1	372,7	40,4	35,1	5,3	332,3	172,7	36,6	679,5	594,1	Mai	
1 090,2	715,1	384,0	331,0	375,2	40,2	35,0	5,2	334,9	163,3	36,9	671,8	594,0	Juni	
1 099,1	724,7	386,4	338,2	374,5	38,7	33,4	5,2	335,8	162,7	37,1	729,1	653,2	Juli	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
– 304,0	– 139,7	+ 6,5	– 146,3	– 164,3	– 10,3	– 14,7	+ 4,4	– 153,9	– 59,4	+ 6,5	– 2,4	–	2008	
– 312,0	– 267,8	– 104,7	– 163,1	– 44,2	– 7,6	– 2,6	+ 5,0	– 36,6	+ 30,9	+ 1,7	+ 34,9	–	2009	
+ 1,5	– 6,8	+ 5,8	– 12,6	+ 8,2	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,1	+ 6,7	+ 6,3	+ 0,1	+ 4,5	–	2010 Nov.	
– 96,5	– 56,3	+ 2,2	– 58,5	– 40,2	– 2,1	– 1,9	– 0,2	– 38,1	– 5,9	+ 0,5	+ 708,5	–	Dez.	
+ 34,6	+ 13,3	+ 2,7	+ 10,7	+ 21,3	– 0,7	– 0,4	– 0,3	+ 21,9	+ 0,8	+ 0,3	– 175,1	– 37,7	2011 Jan.	
– 2,2	– 5,0	– 13,1	+ 8,1	+ 2,8	+ 0,9	+ 1,0	– 0,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,0	– 25,2	– 28,6	Febr.	
– 44,6	– 26,7	– 8,0	– 18,7	– 17,9	– 3,9	– 3,8	– 0,1	– 14,0	– 5,3	– 0,5	+ 8,2	– 0,8	März	
+ 35,5	+ 26,9	+ 17,6	+ 9,3	+ 8,6	– 1,4	– 1,4	+ 0,1	+ 10,0	– 5,5	– 0,2	+ 69,8	+ 55,1	April	
+ 9,4	+ 17,6	– 2,6	+ 20,1	– 8,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	– 8,8	– 4,8	+ 2,3	+ 61,4	+ 42,5	Mai	
– 41,1	– 45,4	– 10,7	– 34,7	+ 4,3	– 0,2	– 0,1	– 0,1	+ 4,5	– 9,4	+ 0,3	– 5,6	– 0,1	Juni	
– 0,0	+ 5,0	+ 2,4	+ 2,6	– 5,0	– 1,5	– 1,5	– 0,0	– 3,4	– 0,6	+ 0,2	+ 52,7	+ 59,2	Juli	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandstöchter	
437,3	270,1	118,2	151,9	167,2	37,1	30,3	6,8	130,1	69,5	28,6	55,4	–	2007	
453,7	277,7	145,1	132,7	176,0	32,8	24,1	8,7	143,2	57,7	30,5	52,9	–	2008	
377,6	218,5	125,4	93,1	159,1	37,0	29,6	7,4	122,1	33,3	24,3	38,9	–	2009	
390,8	224,6	135,1	89,5	166,2	31,1	23,7	7,5	135,1	30,2	31,7	48,1	–	2010 Okt.	
387,1	221,2	137,6	83,6	165,9	30,0	22,4	7,5	136,0	29,6	31,8	49,7	–	Nov.	
387,4	221,1	136,4	84,7	166,3	31,0	23,6	7,3	135,3	28,9	31,8	46,9	–	Dez.	
387,2	221,2	135,5	85,7	166,0	32,5	25,0	7,4	133,5	27,7	30,2	47,5	–	2011 Jan.	
386,1	218,4	131,5	86,8	167,7	31,3	23,9	7,4	136,4	26,7	30,4	47,0	–	Febr.	
384,9	218,8	132,0	86,8	166,1	31,1	23,9	7,2	135,0	24,7	30,1	44,7	–	März	
387,2	223,7	130,6	93,1	163,4	31,1	23,8	7,3	132,3	24,1	29,8	44,8	–	April	
393,9	232,0	139,8	92,2	161,9	29,8	22,4	7,3	132,1	24,7	30,5	46,1	–	Mai	
384,4	222,0	134,2	87,8	162,5	30,2	22,9	7,3	132,2	24,6	30,5	42,3	–	Juni	
379,0	220,6	133,7	86,9	158,5	30,8	23,4	7,4	127,7	25,5	30,6	45,6	–	Juli	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
+ 12,1	+ 4,8	+ 26,9	– 22,1	+ 7,3	– 4,3	– 6,3	+ 2,0	+ 11,6	– 11,8	+ 1,9	– 2,4	–	2008	
– 76,0	– 59,1	– 19,7	– 39,5	– 16,9	+ 4,2	+ 5,5	– 1,4	– 21,1	– 24,3	– 6,2	– 13,6	–	2009	
– 8,7	– 5,7	+ 2,5	– 8,2	– 3,0	– 1,2	– 1,2	+ 0,1	– 1,9	– 0,6	+ 0,1	+ 0,3	–	2010 Nov.	
+ 1,7	+ 0,5	– 1,1	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	– 0,2	+ 0,2	– 0,7	+ 0,1	– 2,7	–	Dez.	
+ 1,6	+ 0,9	– 0,9	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,1	– 0,8	– 1,3	– 1,6	+ 1,1	–	2011 Jan.	
– 0,6	– 2,6	– 4,0	+ 1,4	+ 2,0	– 1,2	– 1,1	– 0,1	+ 3,2	– 1,0	+ 0,2	– 0,5	–	Febr.	
+ 0,7	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,8	– 0,6	– 0,2	– 0,1	– 0,1	– 0,4	– 2,0	– 0,3	– 1,7	–	März	
+ 4,8	+ 6,1	– 1,4	+ 7,5	– 1,3	+ 0,0	– 0,1	+ 0,1	– 1,3	– 0,5	– 0,3	+ 0,5	–	April	
+ 4,3	+ 7,1	+ 9,2	– 2,1	– 2,8	– 1,4	– 1,4	– 0,0	– 1,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	–	Mai	
– 9,1	– 9,9	– 5,7	– 4,2	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,5	– 0,0	+ 0,3	– 0,1	– 0,0	– 3,8	–	Juni	
– 6,9	– 2,2	– 0,4	– 1,8	– 4,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,1	– 5,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,5	–	Juli	

als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige

und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998 – gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion – ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungs- periode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kre- ditinstitute auf Girokonten 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2011 Febr.	10 606,9	212,1	0,5	211,6	212,9	1,3	0,0
März	10 491,8	209,8	0,5	209,3	210,5	1,1	0,0
April	10 438,7	208,8	0,5	208,3	209,5	1,2	0,0
Mai	10 372,1	207,4	0,5	206,9	209,0	2,0	0,0
Juni	10 412,3	208,2	0,5	207,7	210,9	3,1	0,0
Juli	10 464,9	209,3	0,5	208,8	211,5	2,7	0,0
Aug. p)	10 374,3	207,5	0,5	207,0	209,5	2,5	0,0
Sept. p)	10 330,1	206,6	0,5	206,1
Okt.
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2011 Febr.	2 580 325	51 606	186	51 421	51 756	335	0
März	2 576 678	51 534	186	51 348	51 711	363	1
April	2 563 152	51 263	186	51 077	51 437	360	0
Mai	2 524 058	50 481	186	50 296	51 660	1 364	0
Juni	2 540 817	50 816	185	50 631	52 597	1 966	0
Juli	2 552 960	51 059	185	50 874	52 734	1 860	1
Aug. p)	2 516 922	50 338	185	50 154	51 818	1 664	3
Sept. p)	2 532 338	50 647	184	50 463
Okt. p)	2 588 110	51 762	184	51 579

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. — 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reser-

sätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht. — 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. — 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refinanzierungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refinanzierungs- fazilität
		Festsatz	Mindest- bietungs- satz				Festsatz	Mindest- bietungs- satz	
2002 6. Dez.	1,75	-	2,75	3,75	2008 9. Juli	3,25	-	4,25	5,25
					8. Okt.	2,75	-	3,75	4,75
2003 7. März	1,50	-	2,50	3,50	9. Okt.	3,25	3,75	-	4,25
	1,00	-	2,00	3,00	12. Nov.	2,75	3,25	-	3,75
2005 6. Dez.	1,25	-	2,25	3,25	10. Dez.	2,00	2,50	-	3,00
2006 8. März	1,50	-	2,50	3,50	2009 21. Jan.	1,00	2,00	-	3,00
	1,75	-	2,75	3,75	11. März	0,50	1,50	-	2,50
	2,00	-	3,00	4,00	8. April	0,25	1,25	-	2,25
	2,25	-	3,25	4,25	13. Mai	0,25	1,00	-	1,75
	2,50	-	3,50	4,50	2011 13. April	0,50	1,25	-	2,00
2007 14. März	2,75	-	3,75	4,75	13. Juli	0,75	1,50	-	2,25
	3,00	-	4,00	5,00					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2007 1. Jan.	2,70
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2008 1. Jan.	3,32
1. Juli	1,22	1. Juli	3,19
2004 1. Jan.	1,14	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	1,13	1. Juli	0,12
2005 1. Jan.	1,21	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,17		
2006 1. Jan.	1,37		
1. Juli	1,95		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender			Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
	Mio €			% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte								
2011 7. Sept.	115 408	115 408	1,50	-	-	-	-	7
14. Sept.	163 768	163 768	1,50	-	-	-	-	7
21. Sept.	201 149	201 149	1,50	-	-	-	-	7
28. Sept.	208 349	208 349	1,50	-	-	-	-	7
5. Okt.	198 881	198 881	1,50	-	-	-	-	7
12. Okt.	204 939	204 939	1,50	-	-	-	-	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte								
2011 11. Aug.	49 752	49 752	2) ...	-	-	-	-	203
1. Sept.	49 356	49 356	2) ...	-	-	-	-	91
14. Sept.	54 222	54 222	1,50	-	-	-	-	28
29. Sept.	140 628	140 628	2) ...	-	-	-	-	84
12. Okt.	59 062	59 062	1,50	-	-	-	-	28

Quelle: EZB. — * Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2011 um Estland. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. — 2 Berechnung am Ende

der Laufzeit; Zuteilung zu dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				EONIA 2)	EURIBOR 3)					
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld			Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Neun- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
	Monats- durchschnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats- durchschnitte	Niedrigst- und Höchstsätze		Monatsdurchschnitte					
2011 März	0,60	0,25 - 0,85	1,12	0,98 - 1,25	0,66	0,81	0,90	1,18	1,48	1,72	1,92
April	0,94	0,43 - 1,50	1,28	1,14 - 1,40	0,97	1,07	1,13	1,32	1,62	1,86	2,09
Mai	1,00	0,50 - 1,35	1,39	1,29 - 1,45	1,03	1,19	1,24	1,43	1,71	1,93	2,15
Juni	1,10	0,65 - 1,92	1,44	1,30 - 1,55	1,12	1,19	1,28	1,49	1,75	1,95	2,14
Juli	0,95	0,50 - 1,45	1,55	1,44 - 1,63	1,01	1,32	1,42	1,60	1,82	1,99	2,18
Aug.	0,83	0,75 - 1,25	1,52	1,42 - 1,62	0,91	1,17	1,37	1,55	1,75	1,92	2,10
Sept.	0,93	0,75 - 1,70	1,49	1,42 - 1,57	1,01	1,13	1,35	1,54	1,74	1,90	2,07

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode

act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. — 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2010 Aug.	1,62	126 748	2,46	208 128	0,91	90 953	3,90	22 595
Sept.	1,59	123 619	2,45	208 722	0,92	92 658	3,90	22 520
Okt.	1,59	123 550	2,44	209 255	0,97	95 970	3,86	22 535
Nov.	1,59	123 828	2,42	209 940	1,00	95 794	3,85	22 646
Dez.	1,57	123 875	2,41	213 208	1,02	98 840	3,83	22 637
2011 Jan.	1,58	123 263	2,40	213 962	1,08	95 791	3,80	22 856
Febr.	1,58	123 712	2,40	215 243	1,10	96 346	3,80	22 983
März	1,58	123 032	2,37	216 569	1,14	98 952	3,79	23 106
April	1,61	125 585	2,36	217 665	1,25	100 520	3,76	23 816
Mai	1,65	127 375	2,36	219 602	1,33	102 891	3,75	23 709
Juni	1,68	128 443	2,36	220 838	1,41	100 866	3,74	23 964
Juli	1,73	131 401	2,35	221 490	1,50	103 337	3,72	24 136
Aug.	1,78	132 093	2,35	222 091	1,52	107 467	3,71	24 181

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2010 Aug.	4,05	5 504	4,10	26 087	4,72	923 541	8,27	66 989	5,95	69 869	5,77	313 830
Sept.	4,18	5 496	4,07	26 301	4,69	925 117	8,42	68 206	5,93	69 703	5,75	313 591
Okt.	4,14	5 455	4,05	26 375	4,68	926 841	8,26	66 398	5,89	69 962	5,74	313 936
Nov.	4,06	5 394	4,01	26 558	4,66	927 903	8,06	66 324	5,78	70 098	5,73	314 010
Dez.	3,99	5 369	3,97	26 563	4,64	927 171	8,14	68 321	5,73	70 042	5,70	312 604
2011 Jan.	3,91	5 251	3,95	26 421	4,63	926 224	8,20	65 462	5,72	69 810	5,70	311 915
Febr.	3,82	5 036	3,92	26 475	4,62	926 667	8,20	64 486	5,70	69 108	5,69	312 164
März	3,88	5 244	3,89	26 702	4,60	926 845	8,25	65 739	5,66	69 606	5,68	311 059
April	3,95	5 202	3,88	26 839	4,59	927 168	8,22	63 985	5,64	69 778	5,68	312 376
Mai	4,04	5 248	3,87	27 063	4,58	928 319	8,30	64 040	5,60	70 343	5,68	313 138
Juni	4,13	5 203	3,86	27 213	4,58	929 355	8,46	66 552	5,56	69 359	5,68	312 069
Juli	4,17	5 292	3,87	27 349	4,57	930 437	8,45	63 944	5,55	69 328	5,69	312 900
Aug.	4,20	5 315	3,86	27 537	4,56	931 968	8,52	63 857	5,67	74 147	5,68	313 504

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2010 Aug.	3,74	130 788	3,59	133 990	3,86	553 853
Sept.	3,83	132 925	3,57	134 337	3,87	551 283
Okt.	3,88	131 772	3,63	133 816	3,85	551 206
Nov.	3,82	132 041	3,65	134 424	3,85	555 004
Dez.	3,82	128 142	3,66	133 617	3,86	555 314
2011 Jan.	3,89	130 003	3,67	132 483	3,85	555 165
Febr.	3,88	133 863	3,68	133 024	3,86	557 886
März	3,90	135 214	3,70	133 748	3,87	556 255
April	3,96	134 351	3,75	130 873	3,90	558 075
Mai	3,99	134 221	3,78	130 465	3,91	558 898
Juni	4,15	137 565	3,86	127 937	3,94	560 966
Juli	4,09	137 256	3,95	127 958	3,98	561 830
Aug.	4,12	135 318	4,04	129 991	3,98	562 984

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankentatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. — ^o Die Bestände werden zeitpunkt-

bezogen zum Monatsultimo erhoben. — ¹ Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. — ² Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. — ³ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. — ⁴ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. — ⁵ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. — ⁶ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2010 Aug.	0,74	695 737	1,03	13 926	2,35	1 245	2,13	1 253	1,32	496 668	1,90	108 681
Sept.	0,74	697 415	1,04	13 929	2,26	1 354	2,12	1 477	1,40	499 188	1,83	106 394
Okt.	0,75	703 734	1,13	13 062	2,04	1 166	2,23	1 691	1,37	501 900	1,80	105 025
Nov.	0,74	711 278	1,16	13 413	1,80	1 342	2,16	1 756	1,36	503 907	1,81	105 590
Dez.	0,71	714 112	1,06	13 862	1,99	1 075	2,13	2 300	1,39	512 222	1,82	105 583
2011 Jan.	0,72	712 891	1,29	17 554	2,14	1 570	2,49	2 259	1,34	514 833	1,83	105 207
Febr.	0,74	714 176	1,24	15 659	2,21	1 621	2,67	2 278	1,36	516 856	1,84	105 268
März	0,75	714 781	1,18	13 674	2,20	1 980	2,42	2 293	1,37	517 707	1,85	105 429
April	0,74	720 878	1,36	15 283	2,28	1 988	2,78	2 473	1,40	517 337	1,87	104 640
Mai	0,79	721 441	1,36	15 015	2,31	1 980	2,81	3 088	1,40	515 120	1,88	104 562
Juni	0,81	723 542	1,40	14 485	2,61	1 707	2,79	2 458	1,43	513 314	1,89	104 371
Juli	0,87	729 146	1,55	17 846	2,53	2 140	2,80	2 398	1,42	512 173	1,90	104 420
Aug.	0,90	728 133	1,53	17 115	2,50	1 828	2,80	1 953	1,43	510 755	1,91	104 307

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2010 Aug.	0,44	248 523	0,59	32 128	1,59	353	2,32	243
Sept.	0,45	248 544	0,59	35 618	1,72	475	2,81	139
Okt.	0,50	249 029	0,75	35 976	1,69	376	2,28	248
Nov.	0,47	254 987	0,73	38 509	1,86	288	2,70	381
Dez.	0,46	258 245	0,68	51 978	2,60	452	2,81	811
2011 Jan.	0,53	253 658	0,77	43 391	1,72	383	2,63	388
Febr.	0,47	242 018	0,87	31 168	1,90	706	3,02	783
März	0,48	245 287	0,90	35 003	2,03	430	2,48	448
April	0,58	243 324	1,12	33 097	2,09	625	2,55	845
Mai	0,58	245 993	1,20	37 292	2,31	433	2,94	472
Juni	0,62	243 252	1,25	36 331	2,08	434	2,63	465
Juli	0,63	243 727	1,29	39 877	2,22	774	2,77	574
Aug.	0,63	246 151	1,23	38 033	2,53	428	2,55	515

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
		Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
2010 Aug.	2,39	4 240	4,47	857	3,92	2 206	2,43	2 517	4,64	635	3,89	1 250
Sept.	2,40	4 582	4,15	1 061	3,88	2 581	2,39	2 871	4,27	798	3,84	1 387
Okt.	2,53	4 941	4,33	1 025	4,00	2 246	2,56	3 235	4,37	763	3,98	1 249
Nov.	2,57	4 301	4,31	1 519	3,93	2 536	2,58	2 861	4,44	737	3,88	1 456
Dez.	2,58	5 582	4,15	1 326	3,98	3 534	2,67	3 302	4,29	889	3,96	1 781
2011 Jan.	2,58	5 362	4,13	1 387	4,15	2 234	2,62	3 557	4,22	1 007	4,16	1 295
Febr.	2,53	4 860	4,56	1 039	4,27	2 456	2,62	2 727	4,68	676	4,28	1 411
März	2,63	5 036	4,56	1 328	4,45	2 880	2,70	3 273	4,67	988	4,44	1 711
April	2,81	4 744	4,56	1 175	4,61	2 360	2,86	3 116	4,66	844	4,56	1 342
Mai	2,93	3 980	4,71	1 150	4,63	2 605	3,02	2 670	4,81	795	4,64	1 381
Juni	3,04	4 559	4,42	1 092	4,62	2 391	3,17	3 034	4,64	654	4,62	1 377
Juli	3,13	5 314	4,68	1 599	4,54	2 613	3,24	3 393	4,76	740	4,57	1 486
Aug.	3,14	4 211	4,81	1 087	4,36	2 051	3,22	2 473	4,98	830	4,34	1 152

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. — + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neu-

geschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittssätze einbezogen werden. — 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. — 9 Ohne Überziehungskredite. — 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt										
2010 Aug.	7,18	6,54	4 850	3,47	734	5,76	2 080	8,46	2 036	
Sept.	7,09	6,50	4 957	3,43	731	5,67	2 142	8,43	2 084	
Okt.	6,89	6,26	5 170	3,45	908	5,49	2 170	8,28	2 092	
Nov.	6,75	6,21	4 945	3,45	729	5,42	2 175	8,03	2 041	
Dez.	6,34	5,82	4 400	3,16	771	5,27	1 943	7,66	1 686	
2011 Jan.	6,99	6,26	5 179	3,36	1 042	5,51	2 029	8,43	2 108	
Febr.	6,93	6,20	5 233	3,30	958	5,43	2 167	8,30	2 108	
März	6,99	6,37	6 134	3,52	945	5,57	2 652	8,28	2 537	
April	6,86	6,20	5 700	3,28	1 029	5,55	2 417	8,23	2 254	
Mai	7,11	6,39	6 269	3,68	1 086	5,69	2 625	8,25	2 558	
Juni	7,00	6,34	5 203	3,42	879	5,72	2 258	8,27	2 066	
Juli	7,07	6,30	5 699	3,47	1 164	5,75	2 307	8,35	2 228	
Aug.	7,09	6,35	5 769	3,56	1 044	5,74	2 364	8,19	2 361	
darunter: besicherte Kredite 12)										
2010 Aug.	.	4,34	425	2,19	133	6,41	156	4,07	136	
Sept.	.	4,35	433	2,09	110	6,30	164	3,91	159	
Okt.	.	4,00	536	2,29	210	6,16	173	3,91	153	
Nov.	.	4,64	456	2,49	94	6,40	187	3,92	175	
Dez.	.	4,72	475	2,78	104	6,42	198	3,95	173	
2011 Jan.	.	4,50	430	2,67	119	5,92	176	4,25	135	
Febr.	.	4,12	449	2,48	181	5,82	152	4,44	116	
März	.	5,26	458	2,72	105	6,24	182	4,61	142	
April	.	4,88	440	2,84	116	6,17	200	4,69	124	
Mai	.	4,85	527	3,04	168	6,40	207	4,74	152	
Juni	.	5,16	423	3,14	109	6,52	201	4,69	113	
Juli	.	5,01	466	3,24	130	6,26	215	4,69	121	
Aug.	.	4,81	461	2,98	119	5,99	207	4,60	135	

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2010 Aug.	3,73	3,66	15 163	3,27	2 125	3,31	2 330	3,80	5 932	3,82	4 776
Sept.	3,62	3,54	16 328	3,28	2 039	3,25	2 340	3,65	6 342	3,64	5 607
Okt.	3,61	3,49	16 995	3,21	2 797	3,34	2 407	3,58	6 464	3,59	5 327
Nov.	3,65	3,55	16 236	3,42	1 977	3,25	2 378	3,61	6 393	3,66	5 488
Dez.	3,76	3,62	17 749	3,38	2 524	3,31	2 659	3,70	7 049	3,77	5 517
2011 Jan.	3,82	3,74	17 098	3,38	3 444	3,43	2 803	3,85	6 692	4,06	4 159
Febr.	3,99	3,92	14 711	3,56	2 101	3,60	2 470	4,02	5 832	4,15	4 308
März	4,07	3,99	17 526	3,49	2 777	3,70	2 793	4,10	6 742	4,26	5 214
April	4,18	4,09	16 705	3,51	2 760	3,73	2 601	4,18	6 626	4,50	4 718
Mai	4,23	4,16	16 448	3,82	2 503	3,84	2 531	4,23	6 594	4,41	4 820
Juni	4,18	4,11	13 933	3,78	2 189	3,82	2 051	4,19	5 334	4,32	4 359
Juli	4,12	4,02	15 868	3,68	3 131	3,82	2 395	4,13	6 067	4,25	4 275
Aug.	4,06	3,98	15 594	3,89	2 272	3,69	2 348	4,01	6 041	4,13	4 933
darunter: besicherte Kredite 12)											
2010 Aug.	.	3,59	7 930	3,07	840	3,25	1 267	3,70	3 147	3,77	2 676
Sept.	.	3,46	8 500	3,10	786	3,18	1 265	3,57	3 395	3,56	3 054
Okt.	.	3,47	9 197	3,02	1 241	3,40	1 389	3,51	3 540	3,63	3 027
Nov.	.	3,48	8 496	3,19	844	3,15	1 280	3,52	3 452	3,66	2 920
Dez.	.	3,57	8 982	3,28	1 055	3,29	1 401	3,62	3 753	3,76	2 773
2011 Jan.	.	3,66	8 664	3,22	1 431	3,36	1 477	3,76	3 560	3,98	2 196
Febr.	.	3,86	7 820	3,43	916	3,58	1 366	3,96	3 235	4,07	2 303
März	.	3,92	8 747	3,34	1 077	3,64	1 439	4,02	3 544	4,17	2 680
April	.	4,04	8 763	3,33	1 330	3,69	1 323	4,09	3 440	4,49	2 670
Mai	.	4,09	8 592	3,65	1 093	3,78	1 342	4,16	3 638	4,33	2 519
Juni	.	4,03	7 153	3,64	994	3,73	1 055	4,11	2 874	4,25	2 230
Juli	.	3,94	8 563	3,53	1 652	3,77	1 280	4,05	3 296	4,18	2 335
Aug.	.	3,91	8 077	3,72	1 009	3,60	1 236	3,93	3 239	4,12	2 593

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*;
Anmerkung 12 s. S. 47*. — 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden

sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft *)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter	
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite					
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €
2010 Aug.	10,02	45 747	10,09	40 545	14,89	3 236	4,74	64 516	4,75	64 337
Sept.	10,12	46 795	10,17	41 644	14,90	3 233	4,82	66 162	4,83	65 969
Okt.	9,92	45 605	9,97	40 404	14,82	3 254	4,90	64 296	4,91	64 108
Nov.	9,82	44 999	9,92	39 670	14,84	3 241	4,86	64 101	4,87	63 904
Dez.	9,95	46 527	10,04	41 264	14,85	3 266	4,86	62 512	4,87	62 342
2011 Jan.	9,99	44 746	10,11	39 415	14,94	3 263	4,91	64 520	4,92	64 347
Febr.	10,09	43 724	10,19	38 548	14,88	3 250	4,91	67 762	4,92	67 580
März	10,08	44 548	10,19	39 295	14,88	3 251	4,87	68 034	4,89	67 799
April	10,08	42 907	10,20	37 543	14,94	3 281	4,95	66 106	4,96	65 901
Mai	10,16	43 083	10,30	37 679	14,96	3 315	4,91	65 330	4,93	65 099
Juni	10,18	44 814	10,27	39 450	14,94	3 362	5,07	69 283	5,08	69 071
Juli	10,23	42 851	10,30	37 415	15,04	3 425	4,91	67 586	4,93	67 417
Aug.	10,30	43 085	10,36	37 638	15,11	3 455	4,96	66 014	4,97	65 831

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2010 Aug.	3,51	5 640	4,35	1 113	3,72	1 313	2,62	37 588	3,39	1 401	3,66	3 808
Sept.	3,49	7 124	4,40	1 227	3,67	1 438	2,37	43 643	3,40	1 725	3,66	4 437
Okt.	3,42	7 024	4,25	1 296	3,73	1 496	2,44	45 964	3,33	1 851	3,47	4 341
Nov.	3,84	6 989	4,27	1 329	3,66	1 505	2,64	38 043	3,47	2 006	3,44	4 998
Dez.	3,77	7 119	4,24	1 472	3,81	1 798	2,78	52 023	3,26	3 889	3,56	7 562
2011 Jan.	3,36	6 823	4,25	1 315	3,96	1 288	2,50	44 418	3,34	2 283	3,95	4 794
Febr.	3,59	5 971	4,51	1 247	4,08	1 211	2,69	34 963	4,05	1 522	3,98	3 950
März	3,69	7 429	4,54	1 537	4,28	1 426	2,69	46 728	3,84	2 216	3,97	5 171
April	3,63	6 876	4,63	1 303	4,37	1 254	2,87	45 450	3,82	2 177	4,70	5 871
Mai	3,95	6 606	4,71	1 378	4,36	1 362	2,91	38 493	3,67	1 083	4,10	4 057
Juni	3,93	6 808	4,64	1 264	4,33	1 143	3,06	44 897	3,62	2 839	4,23	4 181
Juli	3,87	7 200	4,70	1 380	4,33	1 382	3,02	47 966	3,79	2 894	4,18	5 167
Aug.	3,97	6 317	4,75	1 470	4,10	1 181	3,02	36 669	3,91	1 643	3,99	4 147
darunter: besicherte Kredite 12)												
2010 Aug.	3,99	1 025	3,79	162	3,49	387	2,34	6 046	3,97	303	3,62	1 016
Sept.	3,75	1 258	3,99	149	3,53	465	2,37	8 203	3,23	443	3,99	1 246
Okt.	3,77	1 439	3,75	191	3,58	532	2,43	8 896	3,18	746	3,68	1 251
Nov.	4,25	1 179	3,60	190	3,47	404	2,65	6 985	3,45	592	3,32	1 543
Dez.	4,15	1 477	3,72	196	3,57	503	2,82	9 561	2,74	1 206	3,41	1 665
2011 Jan.	3,59	1 605	3,70	209	3,86	386	2,51	9 039	3,38	950	4,09	1 135
Febr.	3,65	1 231	4,19	146	3,86	311	2,53	6 812	4,26	624	4,06	1 070
März	3,70	1 428	4,25	194	4,11	388	2,75	9 342	3,70	743	4,09	976
April	3,76	1 476	4,37	199	4,20	337	2,76	9 355	3,88	922	4,60	2 009
Mai	4,11	1 312	4,53	172	4,18	363	2,95	7 064	3,73	221	4,12	946
Juni	4,00	1 343	4,40	156	4,05	321	3,08	8 797	3,54	1 049	4,30	1 271
Juli	4,04	1 536	4,41	190	4,04	428	3,13	10 905	3,52	999	4,36	1 227
Aug.	4,17	1 230	4,38	147	3,96	289	3,11	6 455	4,06	531	3,88	917

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. — 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. — 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. — 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskre-

diten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. — 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. — 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. — 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelnen, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz						Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	Inländer				Aus- länder 8)
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anlei- hen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anlei- hen der öffent- lichen Hand 3)		zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Nicht- banken 7)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 6)	
	Mio DM										
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	-	173 038
	Mio €										
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	-	136 898
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 399	151 568	91 447	60 121	-	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 571	111 281	35 848	75 433	-	68 946
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	46 940	-	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	69 809	-	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	-	13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	32 978	-	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	56 530	-	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	-	26 762	96 476	-	244 560
2008	72 574	66 139	-	45 712	86 527	25 322	6 435	2 798	68 049	-	69 776
2009	67 560	-	538	-	114 902	22 709	91 655	68 098	88 871	-	21 311
2010	148 535	-	1 212	-	7 621	24 044	-	17 635	149 747	-	48 072
2011 Juni	-	22 178	-	16 468	-	24 220	-	3 159	4 593	-	4 109
Juli	-	15 843	-	13 921	-	8 597	-	2 528	-	-	7 639
Aug.	-	40 722	-	38 421	-	16 683	-	903	-	-	34 924

Aktien							
Zeit	Absatz			Erwerb			
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	Inländer			Ausländer 13)
				zu- sammen 11)	Kredit- institute 6) 12)	Nicht- banken 7)	
	Mio DM						
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	100 353
	Mio €						
1999	150 013	36 010	114 003	103 136	18 637	84 499	46 877
2000	140 461	22 733	117 729	164 654	23 293	141 361	24 194
2001	82 665	17 575	65 091	-	2 252	14 714	84 918
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	-	23 236	20 941
2003	11 896	16 838	-	4 946	-	7 056	27 016
2004	-	3 317	-	13 474	7 432	5 045	10 748
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	-	31 329
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	-	18 748
2007	-	5 009	-	15 062	-	6 702	57 299
2008	-	28 613	-	39 939	1 542	23 079	30 153
2009	37 903	23 962	13 940	32 176	-	8 335	5 725
2010	35 469	20 049	15 422	37 798	7 340	30 458	2 329
2011 Juni	9 703	6 427	3 276	-	5 184	5 057	14 887
Juli	-	5 947	137	-	6 084	-	158
Aug.	-	3 202	203	-	3 405	-	2 543

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Anteile an Investmentfonds s. Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. — 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer

Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. — 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 11 In- und ausländische Aktien. — 12 Bis einschl. 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen
Brutto-Absatz 4)									
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
Mio €									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	-
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	-
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	-
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	-
2011 Mai	109 277	61 243	3 490	3 146	38 582	16 025	7 751	40 283	-
Juni	101 126	47 060	1 872	1 872	30 852	12 225	10 762	43 304	-
Juli	101 359	41 497	1 040	559	25 022	14 875	8 459	51 403	-
Aug.	124 006	67 984	774	1 187	45 089	20 934	3 615	52 407	-

darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)

1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
Mio €									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	-
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	-
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	-
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	-
2011 Mai	29 509	10 462	1 570	349	5 217	3 327	2 596	16 450	-
Juni	36 018	17 689	1 258	1 343	12 017	3 071	5 662	12 667	-
Juli	28 753	9 215	658	319	4 574	3 664	4 898	14 640	-
Aug.	27 396	11 663	428	82	7 542	3 612	1 647	14 086	-

Netto-Absatz 6)

1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	3 118	60 243	84 308
Mio €									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	16 705
2001	84 122	60 905	6 932	9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	30 657
2002	131 976	56 393	7 936	26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	44 546
2003	124 556	40 873	2 700	42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	54 990
2004	167 233	81 860	1 039	52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	22 124
2005	141 715	65 798	2 151	34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	35 963
2006	129 423	58 336	12 811	20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	19 208
2007	86 579	58 168	10 896	46 629	42 567	73 127	3 683	32 093	29 750
2008	119 472	8 517	15 052	65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	31 607
2009	76 441	75 554	858	80 646	25 579	21 345	48 508	103 482	21 037
2010	21 566	87 646	3 754	63 368	28 296	48 822	23 748	85 464	10 904
2011 Mai	20 016	5 338	682	1 720	5 899	10 199	1 166	24 187	926
Juni	15 356	25 203	1 296	3 638	1 703	18 566	3 574	6 274	300
Juli	13 941	6 201	437	5 090	273	401	1 497	9 238	-
Aug.	32 551	13 553	715	2 954	14 226	2 996	2 327	21 325	-

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. — 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und

Treuhandanstalt. — 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201	1 570 490	147 529	232 954	544 517	645 491	250 774	1 526 937	22 074
2011 März	3 359 446	1 573 863	152 564	221 709	549 250	650 340	268 919	1 516 664	17 517
April	3 380 943	1 565 583	151 857	215 274	553 094	645 358	270 457	1 544 902	17 391
Mai	3 400 959	1 560 246	152 539	213 554	558 994	635 158	271 624	1 569 089	16 464
Juni	3 385 603	1 535 042	151 243	209 916	557 291	616 592	275 197	1 575 363	16 164
Juli	3 371 662	1 528 843	150 806	204 826	557 018	616 193	276 694	1 566 125	16 164
Aug.	3 404 214	1 542 396	150 091	201 872	571 245	619 189	274 368	1 587 450	16 164

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)										Stand Ende August 2011									
bis unter 2	1 351 592	656 713	70 850	99 575	233 275	253 014	61 765	633 116	4 086										
2 bis unter 4	769 878	395 547	45 271	57 567	130 237	162 473	59 577	314 754	5 303										
4 bis unter 6	502 074	249 821	22 546	26 161	77 476	123 639	29 378	222 875	2 973										
6 bis unter 8	215 952	88 259	7 468	10 513	47 111	23 167	14 971	112 721	273										
8 bis unter 10	193 297	58 091	3 393	4 007	37 978	12 714	8 021	127 186	218										
10 bis unter 15	55 184	21 764	465	2 528	14 115	4 654	10 165	23 256	1 657										
15 bis unter 20	84 530	15 549	64	325	7 500	7 660	3 038	65 943	687										
20 und darüber	231 704	56 651	35	1 196	23 553	31 866	87 454	87 600	967										

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldver-

schreibungen. — 3 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von						Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung				
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	2 099	1 560	-	708	1 603 304
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	- 1 986	1 827	- 1 745	-	1 353 000
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	1 018	905	- 3 152	-	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	868	- 2 152	- 2 224	-	647 492
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	322	- 10 806	- 1 584	-	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	- 1 760	- 2 286	-	887 217
2005	163 071	1 733	2 470	1 040	694	268	- 1 443	- 3 060	- 1 703	-	1 058 532
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	- 1 868	- 1 256	- 3 761	-	1 279 638
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	682	- 1 847	- 1 636	-	1 481 930
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	- 428	- 608	- 1 306	-	830 622
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	- 3 741	- 1 269	- 974	-	927 256
2010	174 596	1 096	3 265	497	178	10	- 486	- 993	- 3 569	-	1 091 220
2011 März	175 124	145	253	19	6	-	- 73	- 16	- 44	-	1 108 591
April	175 396	272	303	30	-	-	- 1	- 36	- 25	-	1 162 665
Mai	174 520	876	1 413	-	3	-	0	18	- 2 310	-	1 133 630
Juni	177 023	2 503	2 860	147	10	-	66	9	- 457	-	1 137 397
Juli	177 208	185	107	221	97	9	- 14	- 78	- 157	-	1 101 653
Aug.	176 989	219	192	1	-	-	- 242	- 102	- 68	-	919 444

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. — 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Geregelten Markt aufgehoben) oder zum Neuen Markt

(Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	110,60	92,52	445,95	6 958,14
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	112,48	94,11	396,59	6 433,61
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	113,12	94,16	319,38	5 160,10
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011 Juni	2,8	2,7	2,7	2,9	3,1	3,7	4,2	123,67	101,08	381,23	7 376,24
Juli	2,7	2,6	2,6	2,7	3,1	3,5	4,2	125,79	103,94	368,64	7 158,77
Aug.	2,3	2,1	2,0	2,2	2,6	3,2	4,4	128,78	105,99	302,46	5 784,85
Sept.	1,9	1,7	1,7	1,8	2,4	2,7	4,6	129,54	108,24	285,00	5 502,02

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit

den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz								Erwerb							
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							ausländische Fonds 4)	Inländer						Ausländer 5)
		zu-sammen	zu-sammen	Publikumsfonds			Spezial-fonds	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		Nichtbanken 3)						
				Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Offene Immobilien-fonds				zu-sammen	darunter ausländische Anteile					
Mio DM																
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	- 2 775		
Mio €																
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	- 637	85 659	14 722	5 761		
2000	118 021	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 002		
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951		
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680		
2003	47 754	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	- 2 658	734	52 205	3 077	- 1 793		
2004	14 435	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168		
2005	85 268	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016		
2006	47 264	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	27 729	39 006	- 14 676	5 221	24 330	22 508	8 258		
2007	55 778	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	- 229	4 240	51 538	38 102	4 469		
2008	- 313	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	7 598	8 401	- 16 625	- 9 252	25 026	16 850	- 8 714		
2009	41 972	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	- 1 776	36 566	- 14 995	- 8 178	51 561	6 402	5 406		
2010	106 663	84 906	13 381	- 148	8 683	1 897	71 525	21 756	104 253	3 873	6 290	100 380	15 466	2 410		
2011 Juni	2 627	2 249	- 469	- 113	- 441	426	2 718	378	3 423	- 439	- 5	3 862	383	- 796		
Juli	4 617	6 417	2 803	- 113	3 105	10	3 615	- 1 800	1 966	- 1 115	- 2 134	3 081	334	2 651		
Aug.	- 3 511	- 1 284	- 2 453	392	- 2 355	- 103	1 169	- 2 227	- 3 521	410	228	- 3 931	- 2 455	10		

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. — 2 Buchwerte. — 3 Als Rest errechnet. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. — 5 Netto-Erwerb

bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neunten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Finanzierungsrechnung
**1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren
(unkonsolidiert)**

Mrd €

Position	2008	2009	2010	2009			2010				2011
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	121,0	49,9	80,2	15,2	5,5	19,8	16,5	21,3	7,6	34,8	7,8
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 21,8	- 11,7	- 11,2	- 4,5	1,0	- 1,2	- 3,5	- 4,9	0,9	- 3,8	2,5
Aktien	- 15,1	17,4	15,9	1,4	1,3	3,7	3,3	5,9	- 2,5	9,2	3,4
Sonstige Beteiligungen	3,0	3,0	3,0	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8	0,7
Investmentzertifikate	- 34,3	- 1,1	10,0	2,5	- 0,5	- 0,3	3,4	6,6	0,5	- 0,5	- 3,5
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	31,2	60,6	63,1	13,1	11,9	15,6	22,1	13,8	11,1	16,1	23,1
kurzfristige Ansprüche	0,4	0,5	0,4	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
längerfristige Ansprüche	30,8	60,1	62,7	13,0	11,8	15,4	22,0	13,7	11,0	16,0	22,9
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	7,3	9,9	7,7	2,5	2,4	2,5	1,9	1,9	1,9	1,9	2,0
Sonstige Forderungen 4)	32,4	19,0	- 15,0	5,0	7,6	- 11,5	9,4	- 8,0	9,2	- 25,5	13,7
Insgesamt	123,8	147,0	153,7	35,9	30,1	29,2	53,8	37,4	29,4	33,1	49,7
II. Finanzierung											
Kredite	- 14,9	- 5,1	4,5	2,5	4,5	- 4,5	- 7,2	5,7	5,5	0,6	- 4,2
kurzfristige Kredite	1,2	- 4,3	- 2,3	- 0,1	- 1,3	- 2,5	- 0,3	1,0	- 0,8	- 2,1	- 0,6
längerfristige Kredite	- 16,0	- 0,9	6,8	2,6	5,7	- 2,0	- 6,9	4,7	6,3	2,7	- 3,6
Sonstige Verbindlichkeiten	0,4	1,1	0,4	0,3	- 0,1	0,4	0,4	0,0	- 0,0	- 0,0	0,2
Insgesamt	- 14,4	- 4,0	4,9	2,8	4,4	- 4,1	- 6,8	5,7	5,4	0,6	- 4,0
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	11,2	23,6	9,4	10,2	12,6	2,1	5,5	- 21,9	20,1	5,8	2,0
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 0,4	4,9	- 0,1	- 0,6	- 0,1	0,1	- 0,6	0,4	1,7	- 1,6	3,5
Finanzderivate	16,6	- 6,0	26,6	- 0,3	3,7	0,2	2,0	3,3	4,2	17,3	5,2
Aktien	42,1	37,2	36,7	10,7	4,5	5,1	5,4	3,4	9,9	18,1	3,1
Sonstige Beteiligungen	15,7	21,8	39,0	7,2	6,9	- 2,8	31,9	7,0	3,2	- 3,1	2,0
Investmentzertifikate	30,3	- 20,7	9,7	- 4,7	- 15,4	- 0,2	- 3,7	- 2,6	8,2	7,7	1,7
Kredite	50,6	87,1	85,5	15,6	19,2	24,8	26,5	28,7	17,8	12,5	21,3
kurzfristige Kredite	34,4	53,8	65,3	11,3	12,7	12,8	20,2	20,0	16,9	8,2	15,4
längerfristige Kredite	16,2	33,3	20,2	4,3	6,6	12,0	6,3	8,7	0,9	4,3	5,9
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	0,4	1,0	0,8	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
kurzfristige Ansprüche	0,4	1,0	0,8	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	- 25,4	33,5	- 9,9	- 0,9	- 3,1	20,4	- 27,8	18,3	11,0	- 11,3	10,3
Insgesamt	141,3	182,2	197,9	37,3	28,6	50,0	39,3	36,8	76,2	45,6	49,3
II. Finanzierung											
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	9,6	- 7,1	9,6	- 1,8	3,5	1,2	8,7	- 0,5	- 3,6	5,1	7,7
Finanzderivate
Aktien	3,6	5,5	7,2	0,3	2,3	1,0	6,1	0,1	0,2	0,8	0,3
Sonstige Beteiligungen	19,7	7,2	9,1	- 0,7	1,6	5,1	1,7	1,6	5,2	0,6	4,0
Kredite	81,6	59,1	25,6	12,1	2,2	11,6	28,6	14,1	16,2	- 33,2	- 11,8
kurzfristige Kredite	47,2	10,7	44,5	- 1,0	- 0,3	- 0,7	29,8	20,8	8,5	- 14,7	- 18,8
längerfristige Kredite	34,4	48,5	- 18,9	13,1	2,5	12,3	- 1,3	- 6,8	7,7	- 18,5	7,0
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	2,9	4,8	2,6	1,2	1,2	1,2	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Sonstige Verbindlichkeiten	25,6	44,3	40,6	7,1	9,2	2,1	2,7	6,6	7,6	23,7	17,3
Insgesamt	143,0	113,8	94,7	18,1	20,1	22,1	48,3	22,5	26,2	- 2,4	18,3

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere. — 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungsein-

richtungen. — 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

VIII. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren
(unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2008	2009	2010	2009			2010				2011
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 737,5	1 788,1	1 868,3	1 762,9	1 768,4	1 788,1	1 804,6	1 825,9	1 833,4	1 868,3	1 876,1
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	267,1	265,5	254,1	258,5	266,7	265,5	264,7	259,1	259,6	254,1	254,6
Aktien	181,9	201,7	243,5	166,2	185,2	201,7	214,1	208,5	215,0	243,5	257,2
Sonstige Beteiligungen	171,4	165,1	175,1	160,9	160,8	165,1	169,1	180,5	168,8	175,1	170,6
Investmentzertifikate	376,7	412,5	431,3	386,4	406,7	412,5	423,1	416,4	422,7	431,3	422,1
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 214,8	1 282,7	1 347,7	1 247,8	1 265,7	1 282,7	1 305,2	1 318,5	1 330,2	1 347,7	1 370,8
Kurzfristige Ansprüche	81,3	81,8	82,2	81,5	81,6	81,8	81,9	82,0	82,1	82,2	82,3
Längerfristige Ansprüche	1 133,6	1 200,9	1 265,6	1 166,3	1 184,2	1 200,9	1 223,3	1 236,5	1 248,1	1 265,6	1 288,5
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	262,4	272,3	280,0	267,4	269,8	272,3	274,2	276,2	278,1	280,0	282,0
Sonstige Forderungen 4)	39,8	38,7	38,7	39,2	38,9	38,7	38,8	38,8	38,7	38,7	38,2
Insgesamt	4 251,7	4 426,6	4 638,8	4 289,3	4 362,3	4 426,6	4 493,8	4 523,8	4 546,4	4 638,8	4 671,6
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 521,7	1 520,9	1 525,4	1 519,1	1 523,6	1 520,9	1 514,4	1 520,1	1 525,2	1 525,4	1 521,2
Kurzfristige Kredite	80,0	75,7	75,6	79,5	78,2	75,7	75,4	78,0	77,6	75,6	75,0
Längerfristige Kredite	1 441,7	1 445,1	1 449,8	1 439,6	1 445,4	1 445,1	1 439,0	1 442,1	1 447,7	1 449,8	1 446,1
Sonstige Verbindlichkeiten	11,4	12,6	12,9	12,9	12,7	12,6	14,0	13,5	13,8	12,9	15,2
Insgesamt	1 533,2	1 533,4	1 538,2	1 532,0	1 536,3	1 533,4	1 528,4	1 533,7	1 539,1	1 538,2	1 536,3
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	420,0	455,2	450,5	425,1	445,2	455,2	454,1	438,8	450,3	450,5	438,0
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	42,0	48,4	48,1	47,5	48,6	48,4	48,2	48,5	50,0	48,1	51,6
Finanzderivate
Aktien	772,1	834,9	922,1	791,7	830,2	834,9	866,4	841,0	863,5	922,1	935,1
Sonstige Beteiligungen	286,3	293,1	345,1	284,1	289,5	293,1	330,7	358,6	337,1	345,1	336,9
Investmentzertifikate	102,3	108,8	119,3	103,2	105,4	108,8	114,4	113,7	118,8	119,3	119,9
Kredite	363,0	450,1	535,6	406,1	425,3	450,1	476,6	505,3	523,1	535,6	556,9
Kurzfristige Kredite	240,5	294,2	359,5	268,8	281,4	294,2	314,4	334,4	351,3	359,5	375,0
Längerfristige Kredite	122,5	155,8	176,1	137,3	143,9	155,8	162,2	170,9	171,8	176,1	182,0
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	44,2	45,2	46,0	44,6	44,8	45,2	45,4	45,6	45,8	46,0	46,2
Kurzfristige Ansprüche	44,2	45,2	46,0	44,6	44,8	45,2	45,4	45,6	45,8	46,0	46,2
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	933,1	916,1	740,6	896,5	915,2	916,1	910,6	952,5	934,7	740,6	761,2
Insgesamt	2 963,1	3 151,8	3 207,3	2 998,9	3 104,4	3 151,8	3 246,5	3 304,0	3 323,2	3 207,3	3 245,7
II. Verbindlichkeiten											
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	137,0	136,9	145,2	124,5	132,8	136,9	146,9	154,1	153,6	145,2	128,5
Finanzderivate
Aktien	963,5	1 081,3	1 301,8	948,4	1 043,3	1 081,3	1 118,8	1 089,5	1 159,5	1 301,8	1 322,3
Sonstige Beteiligungen	689,9	697,1	706,1	690,3	691,9	697,1	698,7	700,4	705,6	706,1	710,2
Kredite	1 407,7	1 453,5	1 473,9	1 449,4	1 441,8	1 453,5	1 473,7	1 487,9	1 502,3	1 473,9	1 461,4
Kurzfristige Kredite	469,6	478,0	523,0	477,9	477,2	478,0	502,8	523,6	530,5	523,0	500,8
Längerfristige Kredite	938,1	975,4	950,9	971,4	964,6	975,4	970,9	964,2	971,8	950,9	960,5
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	218,4	223,2	225,8	220,8	222,0	223,2	223,8	224,5	225,1	225,8	226,5
Sonstige Verbindlichkeiten	838,9	854,8	840,2	841,0	861,0	854,8	859,4	881,4	877,2	840,2	830,6
Insgesamt	4 255,2	4 446,7	4 693,1	4 274,3	4 392,8	4 446,7	4 521,5	4 537,7	4 623,3	4 693,1	4 679,4

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere. — 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungsein-

richtungen. — 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2005	- 74,1	- 47,8	- 22,9	+ 0,6	- 4,0	- 3,3	- 2,1	- 1,0	+ 0,0	- 0,2
2006	- 38,2	- 34,7	- 11,8	+ 3,3	+ 5,0	- 1,7	- 1,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2
2007	+ 5,6	- 18,8	+ 2,5	+ 11,1	+ 10,8	+ 0,2	- 0,8	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4
2008 p)	- 1,5	- 15,3	- 2,2	+ 8,8	+ 7,2	- 0,1	- 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3
2009 p)	- 76,5	- 38,5	- 20,8	- 2,1	- 15,2	- 3,2	- 1,6	- 0,9	- 0,1	- 0,6
2010 2) p)	- 105,9	- 79,9	- 22,6	- 5,7	+ 2,3	- 4,3	- 3,2	- 0,9	- 0,2	+ 0,1
2009 1.Hj. p)	- 18,2	- 9,4	- 6,6	+ 1,2	- 3,3	- 1,6	- 0,8	- 0,6	+ 0,1	- 0,3
2.Hj. p)	- 58,0	- 28,7	- 14,2	- 3,2	- 11,9	- 4,7	- 2,3	- 1,2	- 0,3	- 1,0
2010 1.Hj. 2) p)	- 37,3	- 26,9	- 9,8	- 3,7	+ 3,1	- 3,1	- 2,2	- 0,8	- 0,3	+ 0,3
2.Hj. p)	- 68,8	- 53,1	- 12,8	- 2,1	- 0,9	- 5,4	- 4,2	- 1,0	- 0,2	- 0,1
2011 1.Hj. ts)	- 7,2	- 14,7	- 2,0	- 0,6	+ 10,0	- 0,6	- 1,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,8
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2005	1 524,4	935,3	482,3	120,0	2,7	68,5	42,0	21,7	5,4	0,1
2006	1 571,7	970,7	492,1	122,4	1,7	67,9	42,0	21,3	5,3	0,1
2007	1 578,8	978,0	494,1	120,2	1,6	65,0	40,3	20,3	4,9	0,1
2008 ts)	1 644,1	1 007,6	531,3	118,8	1,5	66,5	40,7	21,5	4,8	0,1
2009 ts)	1 760,8	1 075,7	573,6	123,8	1,3	74,2	45,3	24,2	5,2	0,1
2010 ts)	2 079,6	1 342,2	621,0	130,1	1,3	84,0	54,2	25,1	5,3	0,1
2009 1.Vj. ts)	1 675,0	1 028,3	539,8	119,4	1,6	68,7	42,2	22,1	4,9	0,1
2.Vj. ts)	1 740,7	1 074,4	559,4	120,4	1,4	72,6	44,8	23,3	5,0	0,1
3.Vj. ts)	1 748,7	1 077,0	562,8	121,2	1,5	73,6	45,3	23,7	5,1	0,1
4.Vj. ts)	1 760,8	1 075,7	573,6	123,8	1,3	74,2	45,3	24,2	5,2	0,1
2010 1.Vj. ts)	1 781,4	1 088,5	580,6	124,6	1,3	74,4	45,4	24,2	5,2	0,1
2.Vj. ts)	1 823,4	1 099,1	609,8	126,7	1,3	75,2	45,3	25,1	5,2	0,1
3.Vj. ts)	1 848,1	1 116,4	616,4	128,4	1,6	75,4	45,5	25,1	5,2	0,1
4.Vj. ts)	2 079,6	1 342,2	621,0	130,1	1,3	84,0	54,2	25,1	5,3	0,1
2011 1.Vj. ts)	2 088,4	1 348,3	620,6	132,4	1,7	83,3	53,8	24,7	5,3	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. — 1 Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren ent-

sprechen dem Finanzierungssaldo gemäß VGR. — 2 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. — 3 Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *

Zeit	Einnahmen			Ausgaben						Finanzierungs- saldo	Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾	
	insgesamt	davon: Steuern	Sozial- beiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen			sonstige
Mrd €												
2005	969,3	475,7	397,1	96,5	1 043,5	579,7	176,8	63,2	31,4	192,4	- 74,1	883,7
2006	1 011,1	512,7	400,7	97,7	1 049,3	580,6	177,2	66,1	33,7	191,6	- 38,2	924,7
2007	1 062,3	558,4	400,9	103,0	1 056,8	579,4	178,2	68,5	36,0	194,6	+ 5,5	971,3
2008 p)	1 088,2	572,6	408,8	106,9	1 089,6	590,3	182,3	68,3	38,9	209,8	- 1,4	994,2
2009 p)	1 066,0	546,3	409,8	109,9	1 142,1	622,6	189,7	63,8	41,4	224,6	- 76,1	966,3
2010 p)	1 079,8	548,9	418,7	112,2	2) 1 185,8	632,3	194,5	61,9	40,8	2) 256,3	2) - 106,0	977,7
in % des BIP												
2005	43,6	21,4	17,9	4,3	46,9	26,1	7,9	2,8	1,4	8,6	- 3,3	39,7
2006	43,7	22,2	17,3	4,2	45,3	25,1	7,7	2,9	1,5	8,3	- 1,7	40,0
2007	43,7	23,0	16,5	4,2	43,5	23,9	7,3	2,8	1,5	8,0	+ 0,2	40,0
2008 p)	44,0	23,1	16,5	4,3	44,0	23,9	7,4	2,8	1,6	8,5	- 0,1	40,2
2009 p)	44,9	23,0	17,3	4,6	48,1	26,2	8,0	2,7	1,7	9,5	- 3,2	40,7
2010 p)	43,6	22,2	16,9	4,5	2) 47,9	25,5	7,9	2,5	1,6	2) 10,3	2) - 4,3	39,5
Zuwachsraten in %												
2005	+ 1,9	+ 2,5	- 0,1	+ 7,7	+ 1,0	+ 0,9	- 0,2	+ 0,1	- 3,5	+ 3,1	.	+ 1,4
2006	+ 4,3	+ 7,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 4,6	+ 7,4	- 0,4	.	+ 4,6
2007	+ 5,1	+ 8,9	+ 0,1	+ 5,4	+ 0,7	- 0,2	+ 0,6	+ 3,6	+ 6,7	+ 1,5	.	+ 5,0
2008 p)	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,1	+ 1,9	+ 2,3	- 0,2	+ 7,9	+ 7,8	.	+ 2,4
2009 p)	- 2,0	- 4,6	+ 0,2	+ 2,8	+ 4,8	+ 5,5	+ 4,0	- 6,6	+ 6,5	+ 7,1	.	- 2,8
2010 p)	+ 1,3	+ 0,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,8	+ 1,6	+ 2,5	- 3,1	- 1,5	+ 14,1	.	+ 1,2

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden auf den Internetseiten der Deutschen Bundesbank weiterhin zur Verfügung

gestellt. — 1 Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU. — 2 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2004 ts)	545,9	442,8	24,1	610,4	173,4	236,9	64,8	34,3	9,6	- 64,5	469,7	468,6	+ 1,1	926,8	990,2	- 63,4
2005 ts)	568,9	452,1	31,3	620,6	172,1	245,3	64,0	33,0	14,3	- 51,7	467,8	471,3	- 3,4	947,4	1 002,5	- 55,1
2006 ts)	590,9	488,4	18,8	626,2	169,7	252,1	64,4	33,7	11,6	- 35,3	486,3	466,6	+ 19,7	988,2	1 003,8	- 15,6
2007 ts)	644,8	538,2	17,7	644,2	182,2	250,0	66,2	34,6	9,5	+ 0,6	475,3	466,4	+ 8,9	1 025,6	1 016,1	+ 9,6
2008 ts)	668,9	561,2	13,4	677,4	187,3	259,9	67,3	36,4	18,6	- 8,5	485,5	478,9	+ 6,6	1 058,5	1 060,4	- 1,9
2009 ts)	630,4	524,0	9,2	721,3	195,2	270,4	64,0	40,5	38,0	- 90,9	492,0	505,9	- 13,9	1 020,5	1 125,3	- 104,8
2010 ts)	650,0	530,6	12,7	732,8	199,9	293,9	60,1	40,1	19,4	- 82,8	515,4	512,3	+ 3,2	1 048,0	1 127,6	- 79,6
2009 1.Vj. p)	156,6	128,7	1,7	175,4	45,9	67,2	22,8	5,0	10,0	- 18,9	117,9	122,3	- 4,4	250,8	274,1	- 23,3
2.Vj. p)	154,8	130,6	3,3	169,5	47,1	60,6	10,7	7,5	16,9	- 14,6	120,5	125,5	- 5,0	251,8	271,5	- 19,6
3.Vj. p)	148,8	124,4	2,1	174,9	47,6	65,0	19,8	10,5	4,5	- 26,0	120,1	127,6	- 7,5	245,2	278,7	- 33,5
4.Vj. p)	168,0	140,3	1,9	199,4	52,5	76,6	10,2	16,3	6,4	- 31,4	132,3	130,1	+ 2,2	269,3	298,5	- 29,2
2010 1.Vj. p)	147,9	121,6	2,6	180,4	47,6	74,8	21,2	5,5	4,9	- 32,5	123,6	127,6	- 4,0	242,2	278,7	- 36,6
2.Vj. p)	7) 163,6	134,9	3,7	173,7	48,2	71,2	13,2	8,1	6,2	- 10,1	128,2	127,3	+ 0,9	7) 262,4	271,6	- 9,2
3.Vj. p)	153,2	127,6	3,0	177,3	48,3	69,8	16,1	10,5	3,4	- 24,0	124,7	125,6	- 1,0	251,0	276,0	- 25,0
4.Vj. p)	183,2	147,6	3,2	199,4	54,0	76,1	9,2	14,7	4,8	- 16,2	133,3	131,8	+ 1,5	290,3	305,0	- 14,7

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Einschl. Nebenhaushalte, ab 2007 auch einschl. Postpensionskasse; ohne das 2009 gegründete Sondervermögen „Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere“. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. — 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben

bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. — 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. — 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. — 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit. — 7 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2004	233,9	273,6	- 39,7	233,5	257,1	- 23,6	147,0	150,1	- 3,1
2005	250,0	281,5	- 31,5	237,4	259,6	- 22,2	151,3	153,2	- 1,9
2006	254,6	282,8	- 28,2	250,3	260,1	- 9,8	161,1	157,4	+ 3,7
2007 ts)	277,4	292,1	- 14,7	275,9	267,5	+ 8,4	171,3	162,4	+ 8,9
2008 ts)	292,0	303,8	- 11,8	279,3	278,0	+ 1,3	176,9	169,0	+ 7,9
2009 ts)	282,6	317,1	- 34,5	266,2	293,7	- 27,5	172,0	178,9	- 6,9
2010 ts)	288,0	332,4	- 44,4	278,5	302,0	- 23,5	176,5	183,9	- 7,4
2009 1.Vj. p)	65,8	76,8	- 11,0	65,3	75,9	- 10,6	35,8	39,0	- 3,1
2.Vj. p)	71,3	68,6	+ 2,7	66,1	67,9	- 1,8	41,1	42,2	- 1,1
3.Vj. p)	68,6	84,5	- 15,9	63,1	69,4	- 6,3	42,5	45,1	- 2,6
4.Vj. p)	77,0	87,2	- 10,2	70,7	79,4	- 8,7	50,6	51,0	- 0,4
2010 1.Vj. p)	61,1	82,6	- 21,5	65,0	73,5	- 8,5	34,6	41,2	- 6,6
2.Vj. p)	4) 75,6	80,6	- 5,0	68,3	69,1	- 0,8	42,2	43,5	- 1,3
3.Vj. p)	66,2	82,7	- 16,6	68,5	73,3	- 4,8	43,8	45,2	- 1,4
4.Vj. p)	85,2	86,5	- 1,3	75,8	85,0	- 9,2	53,8	52,3	+ 1,5
2011 1.Vj. p)	65,4	84,5	- 19,1	74,1	75,6	- 1,5	37,1	42,5	- 5,3
2.Vj. p)	76,6	73,5	+ 3,1	76,0	75,8	+ 0,2	45,4	44,3	+ 1,1

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. — 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. — 3 Die Vierteljahresdaten

enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen und Zweckverbände. — 4 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: BEZ, Energiesteueranteil der Länder
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder	Europäische Union 2)				
2004	442 838	386 459	208 920	157 898	19 640	56 237	+	142	21 967
2005	452 078	392 313	211 779	158 823	21 711	59 750	+	16	21 634
2006	488 444	421 151	225 634	173 374	22 142	67 316	-	22	21 742
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+	138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	-	190	21 510
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	-	34	20 275
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	-	28	19 734
2009 1.Vj.	128 787	109 674	55 941	46 212	7 521	13 289	+	5 824	5 154
2.Vj.	130 491	113 442	65 247	46 653	1 541	17 397	-	347	5 140
3.Vj.	124 437	108 572	62 354	42 335	3 883	15 865	-	1	5 048
4.Vj.	140 285	123 928	69 299	47 073	7 556	21 868	-	5 511	4 933
2010 1.Vj.	121 321	104 370	54 316	41 777	8 278	11 299	+	5 652	4 885
2.Vj.	134 843	116 767	66 331	46 516	3 919	18 270	-	194	4 879
3.Vj.	127 311	109 956	61 146	43 102	5 709	17 564	-	209	5 081
4.Vj.	147 112	129 137	72 744	49 932	6 462	23 253	-	5 278	4 889
2011 1.Vj.	135 590	115 878	60 579	46 582	8 717	13 640	+	6 071	4 741
2.Vj.	...	126 086	71 530	50 289	4 266	4 854
2010 Juli	.	34 147	18 892	13 498	1 757	.	.	.	1 694
Aug.	.	33 407	18 906	12 672	1 830	.	.	.	1 694
2011 Juli	.	37 582	20 855	14 763	1 964	.	.	.	1 627
Aug.	.	34 664	20 143	13 038	1 483	.	.	.	1 627

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen und Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund. — 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes ver-

buchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. — 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle IX. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)							
		zu-sammen	Lohn-steuer 3)	Ver-anlagte Ein-kommen-steuer	Körper-schaft-steuer	Kapital-ertrag-steuer 4)	zu-sammen	Umsatz-steuer	Einfuhr-umsatz-steuer	Ge-werb-steuer-umlagen 6)				
2004	409 517	159 104	123 896	5 394	13 123	16 691	137 366	104 715	32 651	5 661	84 554	19 774	3 059	23 058
2005	415 355	161 960	118 919	9 766	16 333	16 943	139 713	108 440	31 273	6 218	83 508	20 579	3 378	23 042
2006	446 139	182 614	122 612	17 567	22 898	19 537	146 688	111 318	35 370	7 013	84 215	21 729	3 880	24 988
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2009 1.Vj.	116 731	50 001	33 975	2 971	4 399	8 657	43 087	34 234	8 853	- 36	17 361	5 351	966	7 057
2.Vj.	120 543	48 503	30 481	9 141	342	8 539	43 424	35 176	8 248	1 499	21 085	5 186	846	7 102
3.Vj.	115 567	43 486	32 150	6 732	592	4 011	44 365	35 717	8 649	1 346	22 427	3 023	920	6 994
4.Vj.	132 040	51 695	38 559	7 586	1 841	3 708	46 114	36 780	9 334	2 099	28 445	2 815	872	8 112
2010 1.Vj.	111 163	45 127	30 255	6 155	1 951	6 766	42 891	34 054	8 837	215	19 001	2 814	1 115	6 793
2.Vj.	123 859	51 667	30 447	9 681	3 830	7 710	44 343	33 779	10 564	1 311	22 682	2 914	943	7 092
3.Vj.	116 691	42 813	30 445	7 320	1 588	3 460	44 997	33 258	11 740	1 574	22 922	3 242	1 143	6 734
4.Vj.	137 019	53 209	36 757	8 023	4 672	3 756	47 810	35 369	12 441	2 825	28 821	3 177	1 177	7 882
2011 1.Vj.	123 131	50 328	32 478	6 755	2 485	8 611	47 389	35 528	11 861	366	20 515	3 408	1 124	7 253
2.Vj.	133 727	57 624	34 144	9 366	4 215	9 900	46 091	33 082	13 010	1 692	24 026	3 207	1 087	7 641
2010 Juli	36 127	11 749	11 286	- 423	- 857	1 742	14 518	10 617	3 900	1 155	7 308	1 042	355	1 980
Aug.	35 143	9 992	9 672	- 631	- 54	897	15 629	11 708	3 921	400	7 639	1 104	379	1 736
2011 Juli	39 709	13 253	12 440	- 747	- 211	1 772	15 523	11 407	4 116	1 482	8 055	1 021	375	2 127
Aug.	36 562	10 912	10 750	- 709	- 106	976	16 033	11 683	4 350	250	7 895	1 140	333	1 898

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle IX. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins-

und Veräußerungserträge 44/44/12. — 3 Nach Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage. — 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. — 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2010: 53,2/44,8/2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. — 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2010: 21,7/78,3. — 7 Aufgliederung s. Tabelle IX. 7.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2004	41 782	13 630	10 108	8 751	.	6 597	2 195	1 492	7 740	4 646	4 284	3 105	38 982	28 373	9 939
2005	40 101	14 273	10 315	8 750	.	6 462	2 142	1 465	8 674	4 791	4 097	3 018	42 941	32 129	10 247
2006	39 916	14 387	11 277	8 775	.	6 273	2 160	1 428	8 937	6 125	3 763	2 904	49 319	38 370	10 399
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	–	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2009 1.Vj.	4 777	2 365	3 191	4 502	.	1 560	594	372	2 284	1 165	1 144	758	12 021	9 370	2 452
2.Vj.	10 059	3 560	3 057	1 999	.	1 569	478	363	2 114	1 131	1 334	608	11 447	8 433	2 860
3.Vj.	9 883	3 499	2 638	2 096	1 907	1 582	488	335	0	1 297	1 123	604	10 216	6 800	3 233
4.Vj.	15 103	3 942	3 040	1 952	1 897	1 567	542	402	–	1 264	950	601	10 344	7 818	2 391
2010 1.Vj.	4 446	2 462	2 856	4 496	2 345	1 498	526	372	–	1 229	918	667	10 374	7 641	2 518
2.Vj.	9 596	3 327	3 100	2 060	2 235	1 570	437	357	–	1 207	1 115	591	12 295	9 201	2 915
3.Vj.	10 172	3 608	2 615	2 110	2 012	1 563	489	354	–	1 430	1 216	597	12 194	8 618	3 373
4.Vj.	15 625	4 096	3 142	1 619	1 895	1 540	538	366	–	1 425	1 156	597	12 918	10 252	2 508
2011 1.Vj.	4 457	2 893	3 072	4 869	2 349	1 785	574	516	–	1 555	1 170	683	12 825	9 948	2 631
2.Vj.	10 002	3 300	3 450	2 017	2 215	1 960	482	599	–	1 464	1 129	614
2010 Juli	3 306	1 225	708	564	723	499	165	118	–	449	385	208	.	.	.
Aug.	3 359	1 208	635	1 006	647	507	159	118	–	477	447	179	.	.	.
2011 Juli	3 568	1 042	807	551	663	606	163	656	–	472	351	198	.	.	.
Aug.	3 181	1 195	685	1 087	686	581	175	305	–	566	356	218	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Für die Summe siehe Tabelle IX. 6. — 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund

zu. Buchungen bei den Ländern in der Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. — 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- pieren	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2004 8)	231 684	156 535	71 680	233 011	198 587	14 258	– 1 327	5 158	4 980	19	41	118	4 834
2005	229 428	156 264	71 917	233 357	199 873	13 437	– 3 929	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2006	241 231	168 083	71 773	233 668	200 459	13 053	+ 7 563	10 047	9 777	115	46	109	4 912
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 2 111	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2009 1.Vj.	58 681	39 891	18 500	60 105	51 554	3 633	– 1 424	14 902	14 699	15	56	132	4 618
2.Vj.	60 812	42 140	18 384	60 263	51 410	3 626	+ 549	15 280	15 082	15	59	124	4 593
3.Vj.	59 783	41 142	18 364	61 841	52 869	3 580	– 2 058	13 647	13 428	40	60	119	4 585
4.Vj.	64 864	46 005	18 594	61 993	52 917	3 583	+ 2 871	16 812	16 608	23	61	120	4 582
2010 1.Vj.	59 761	40 601	18 917	61 861	53 059	3 582	– 2 100	14 922	14 717	20	64	120	4 490
2.Vj.	62 249	43 054	18 923	61 999	53 006	3 585	+ 250	15 254	15 053	20	69	112	4 478
3.Vj.	61 237	42 048	18 912	62 091	53 102	3 589	– 854	14 853	14 656	20	68	109	4 474
4.Vj.	66 317	47 060	18 933	61 887	52 966	3 579	+ 4 430	19 274	17 978	1 120	68	108	4 476
2011 1.Vj.	60 804	41 608	18 902	62 188	53 176	3 742	– 1 384	18 063	17 069	819	74	101	4 482
2.Vj.	63 452	44 307	18 855	62 058	52 920	3 731	+ 1 394	19 704	18 507	1 019	78	100	4 475

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. — * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“ — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrech-

nung. — 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger. — 8 Einnahmen einschl. Erlös aus Beteiligungsverkauf.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben								Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Darlehen des Bundes
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt 3)	Arbeitslosenunterstützungen 4) 5)	davon:		berufliche Förderung 5) 6)	davon:		Umlagenfinanzierte Maßnahmen 7)		
		Beiträge	Umlagen 2)			Westdeutschland	Ostdeutschland		Westdeutschland	Ostdeutschland			
2004	50 314	47 211	1 674	54 490	29 746	21 821	7 925	16 843	9 831	7 011	1 641	- 4 176	4 175
2005	52 692	46 989	1 436	53 089	27 654	20 332	7 322	11 590	7 421	4 169	1 450	- 397	397
2006	55 384	51 176	1 123	44 162	23 249	17 348	5 901	9 259	6 185	3 074	1 089	+ 11 221	0
2007	42 838	32 264	971	36 196	17 356	13 075	4 282	8 370	5 748	2 623	949	+ 6 643	-
2008	38 289	26 452	974	39 407	14 283	10 652	3 631	8 712	6 222	2 490	920	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	1 000	48 057	20 866	16 534	4 332	11 595	8 794	2 801	1 946	- 13 803	-
2010	37 070	22 614	3 222	45 213	19 456	15 629	3 827	10 791	8 287	2 504	740	- 8 143	5 200
2009 1.Vj.	6 283	5 248	192	10 396	4 723	3 556	1 167	2 318	1 688	630	480	- 4 113	-
2.Vj.	6 490	5 421	261	12 391	5 563	4 376	1 187	2 893	2 193	700	491	- 5 901	-
3.Vj.	6 853	5 316	250	12 480	5 465	4 439	1 026	3 026	2 325	701	630	- 5 626	-
4.Vj.	14 627	6 061	296	12 790	5 115	4 163	951	3 358	2 588	770	345	+ 1 837	-
2010 1.Vj.	10 020	5 196	714	11 681	6 475	5 112	1 362	2 957	2 263	694	208	- 1 661	-
2.Vj.	10 649	5 601	784	10 501	5 264	4 148	1 116	2 872	2 204	668	184	+ 148	-
3.Vj.	8 109	5 527	808	8 887	4 082	3 353	729	2 431	1 863	567	193	- 778	-
4.Vj.	8 291	6 290	916	14 144	3 635	3 016	619	2 531	1 957	575	154	- 5 853	5 200
2011 1.Vj.	10 259	5 853	123	9 583	4 602	3 701	901	2 660	2 048	612	186	+ 676	-
2.Vj.	8 802	6 358	60	8 246	3 710	3 007	703	2 285	1 753	532	175	+ 556	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. — * Ohne Versorgungsfonds. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für das Insolvenzgeld. — 3 Ab 2005 einschl. Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag an den Bund. — 4 Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld. — 5 Einschl. Kranken-, Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge. —

6 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltsicherung und Existenzgründungszuschüsse. — 7 Winterbauförderung und Insolvenzgeld.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Krankenhausbehandlung	Arzneimittel	Ärztliche Behandlung	Zahnärztliche Behandlung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Krankengeld	Verwaltungsausgaben 5)	
		Beiträge 2)	Bundesmittel 3)									
2004	144 279	140 120	1 000	140 260	47 594	21 811	22 955	11 263	8 281	6 367	8 196	+ 4 020
2005	145 742	140 250	2 500	144 071	48 959	25 358	23 096	9 928	8 284	5 868	8 303	+ 1 671
2006	149 929	142 183	4 200	148 297	50 327	25 835	23 896	10 364	8 303	5 708	8 319	+ 1 632
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 758	158 594	7 200	170 823	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 947	- 1 065
2010	179 878	160 792	15 700	176 036	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 553	+ 3 842
2009 1.Vj.	42 502	39 324	2 575	41 432	14 154	7 463	6 969	2 797	2 095	1 822	1 977	+ 1 069
2.Vj.	42 540	40 464	1 377	42 400	14 092	7 652	6 810	2 857	2 392	1 779	2 083	+ 140
3.Vj.	42 752	38 827	3 002	42 548	13 967	7 574	6 981	2 684	2 437	1 746	2 324	+ 204
4.Vj.	41 635	39 992	246	44 445	13 892	8 052	7 021	2 904	2 607	1 895	2 604	- 2 809
2010 1.Vj. 6)	43 093	38 542	3 878	43 274	14 419	7 549	7 255	2 871	2 368	1 996	2 130	- 182
2.Vj.	44 440	39 826	3 889	43 999	14 037	7 870	7 128	2 882	2 669	1 955	2 261	+ 441
3.Vj.	44 457	39 808	3 884	43 662	14 122	7 592	7 007	2 786	2 676	1 903	2 255	+ 795
4.Vj.	47 505	42 600	4 049	44 842	14 144	7 307	7 107	2 952	2 853	1 943	2 876	+ 2 663
2011 1.Vj.	45 339	40 871	3 783	44 392	15 075	7 158	7 361	2 893	2 528	2 210	2 173	+ 947
2.Vj.	46 887	42 370	3 783	44 955	14 601	7 239	7 372	3 001	2 834	2 106	2 263	+ 1 931

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. — 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. — 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. —

4 Einschl. Zahnersatz. — 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. — 6 Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2004	16 817	16 654	17 605	2 365	8 349	4 049	925	851	-	788
2005	17 526	17 385	17 891	2 409	8 516	4 050	890	875	-	366
2006	17 749	17 611	18 064	2 437	8 671	4 017	862	886	-	315
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2009 1.Vj.	5 110	5 082	4 970	676	2 284	1 104	215	274	+	139
2.Vj.	5 275	5 253	4 977	662	2 308	1 100	217	248	+	298
3.Vj.	5 279	5 239	5 157	706	2 338	1 115	219	246	+	122
4.Vj.	5 650	5 614	5 223	710	2 358	1 148	225	228	+	427
2010 1.Vj.	5 241	5 175	5 298	722	2 362	1 151	217	264	-	56
2.Vj.	5 398	5 369	5 302	707	2 378	1 167	219	258	+	95
3.Vj.	5 385	5 358	5 416	735	2 398	1 160	220	266	-	31
4.Vj.	5 760	5 739	5 432	743	2 417	1 195	225	229	+	328
2011 1.Vj.	5 306	5 269	5 457	750	2 408	1 165	216	277	-	150
2.Vj.	5 519	5 496	5 396	713	2 417	1 173	210	263	+	123

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Seit 2005: Einschl. Sonder-

beitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). — 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2004	+ 227 441	+ 44 410	+ 1 844	+ 802
2005	+ 224 922	+ 35 479	+ 4 511	+ 6 041
2006	+ 221 873	+ 32 656	+ 3 258	+ 6 308
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2009 1.Vj.	+ 66 560	+ 20 334	- 2 256	- 7 856
2.Vj.	+ 96 270	+ 46 283	- 2 791	+ 26 434
3.Vj.	+ 82 451	+ 1 343	+ 1 268	- 15 901
4.Vj.	+ 67 448	- 1 139	- 4 406	- 2 572
2010 1.Vj.	+ 74 369	+ 12 637	- 5 322	- 1 520
2.Vj.	+ 83 082	+ 3 666	- 4 143	+ 1 950
3.Vj.	+ 79 589	+ 14 791	+ 250	- 4 625
4.Vj.	+ 65 655	+ 11 304	+ 4 174	+ 5 803
2011 1.Vj.	+ 76 394	+ 15 958	- 607	- 5 206
2.Vj.	+ 77 158	+ 10 392	- 49	+ 26 625

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. — 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. — 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2005	1 489 029	4 440	518 400	488	312 201	653 500
2006	1 533 697	4 440	496 800	480	329 177	702 800
2007	1 540 381	4 440	456 900	476	317 065	761 500
2008	1 564 590	4 440	435 600	510	305 040	819 000
2009	1 657 842	4 440	438 700	507	312 695	901 500
2010 p)	1 732 374	4 440	400 600	473	280 961	1 045 900
2009 1.Vj.	1 594 403	4 440	426 200	514	302 249	861 000
2.Vj.	1 646 307	4 440	430 300	520	301 347	909 700
3.Vj.	1 651 955	4 440	439 500	520	299 295	908 200
4.Vj.	1 657 842	4 440	438 700	507	312 695	901 500
2010 1.Vj. p)	1 678 191	4 440	450 100	508	318 743	904 400
2.Vj. p)	1 687 957	4 440	469 600	468	301 949	911 500
3.Vj. p)	1 712 685	4 440	470 200	473	297 372	940 200
4.Vj. p)	1 732 374	4 440	400 600	473	280 961	1 045 900
2011 1.Vj. ts)	1 747 302	4 440	410 800	525	268 137	1 063 400

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Als Differenz ermittelt.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2005	1 489 029	36 945	310 044	174 423	11 055	521 801	.	366 978	488	62 765	4 443	88
2006	1 533 697	37 834	320 288	179 940	10 199	552 028	.	356 514	480	71 889	4 443	82
2007	1 540 381	39 510	329 108	177 394	10 287	574 512	.	329 588	476	74 988	4 443	76
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	510	82 781	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	507	103 014	4 442	71
2010 1.Vj. p)	1 678 191	93 830	374 088	191 722	9 441	602 650	2 286	297 819	508	101 331	4 442	73
2.Vj. p)	1 687 957	82 661	378 912	192 682	9 438	617 987	2 123	296 325	468	102 843	4 440	78
3.Vj. p)	1 712 685	84 808	389 502	203 056	8 867	618 150	2 058	297 349	473	103 908	4 440	75
4.Vj. p)	1 732 374	87 042	391 976	195 534	8 704	628 757	1 975	297 584	429	115 931	4 440	2
2011 1.Vj. ts)	1 747 302	84 961	393 494	211 821	8 500	629 716	1 845	297 787	495	114 241	4 440	2
Bund 7) 8) 9) 10) 11) 12)												
2005	886 254	36 098	108 899	174 371	11 055	510 866	.	29 318	408	10 710	4 443	87
2006	918 911	37 798	103 624	179 889	10 199	541 404	.	30 030	408	11 036	4 443	82
2007	939 988	37 385	102 083	177 394	10 287	574 156	.	22 829	408	10 928	4 443	75
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	448	10 674	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	448	10 700	4 442	70
2010 1.Vj. p)	1 045 654	93 630	117 695	191 722	9 441	602 345	2 286	13 303	448	10 270	4 442	73
2.Vj. p)	1 049 321	82 511	120 801	192 682	9 438	617 682	2 123	8 859	408	10 300	4 440	77
3.Vj. p)	1 064 111	82 908	124 948	203 056	8 867	617 845	2 058	9 084	408	10 425	4 440	74
4.Vj. p)	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	408	10 335	4 440	2
2011 1.Vj. p)	1 091 373	82 607	129 208	211 821	8 500	629 541	1 845	13 056	408	9 945	4 440	2
2.Vj. p)	1 101 764	78 961	131 348	208 669	8 497	644 668	1 819	13 002	408	9 951	4 440	2
Länder												
2005	471 375	847	201 146	221 163	3	48 216	.	1
2006	481 850	36	216 665	209 270	2	55 876	.	1
2007	484 373	2 125	227 025	194 956	2	60 264	.	1
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010 1.Vj. p)	511 619	200	256 393	167 878	10	87 137	.	1
2.Vj. p)	515 471	150	258 111	168 581	10	88 618	.	1
3.Vj. p)	523 883	1 900	264 554	167 854	15	89 558	.	1
4.Vj. p)	526 118	1 176	265 756	162 452	1	96 733	.	1
2011 1.Vj. p)	526 308	2 354	264 286	164 167	67	95 433	.	1
2.Vj. p)	527 387	2 037	273 090	154 767	62	97 431	.	1
Gemeinden 13)												
2005	116 033	466	.	111 889	77	3 601	.	.
2006	118 380	256	.	113 265	70	4 789	.	.
2007	115 920	256	.	111 803	66	3 796	.	.
2008	114 518	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010 1.Vj. p)	120 918	305	.	116 638	50	3 925	.	.
2.Vj. p)	123 165	305	.	118 885	50	3 925	.	.
3.Vj. p)	124 691	305	.	120 411	50	3 925	.	.
4.Vj. p)	130 842	175	.	121 784	20	8 863	.	.
2011 1.Vj. ts)	129 622	175	.	120 564	20	8 863	.	.
Sondervermögen 7) 8) 9) 14)												
2005	15 367	.	.	51	.	10 469	.	4 609	-	238	.	.
2006	14 556	.	.	51	.	10 368	.	3 950	-	188	.	.
2007	100	100	.	.	-	.	.	.
2008	-	.	.	.
2009	-	.	.	.
2010 1.Vj. p)	-	.	.	.
2.Vj. p)	-	.	.	.
3.Vj. p)	-	.	.	.
4.Vj. p)	-	.	.	.
2011 1.Vj. p)	-	.	.	.
2.Vj. p)	-	.	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Einschl. Finanzierungsschätze. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschätzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. — 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – ent-

sprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 8 Zum 1. Januar 2005 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 9 Zum 1. Juli 2007 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des ERP-Sondervermögens durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 10 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. — 11 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. — 12 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. — 13 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. — 14 ERP-Sondervermögen (bis einschl. Juni 2007), Fonds „Deutsche Einheit“ (bis einschl. 2004) und Entschädigungsfonds.

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2009			2010			2011						
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
	Index 2005=100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	109,9	90,2	99,0	- 2,0	- 17,9	9,8	- 7,8	7,2	12,5	9,2	10,3	11,0	6,4
Baugewerbe	99,0	94,9	96,6	- 0,3	- 4,1	1,7	- 1,9	- 1,7	6,2	2,7	- 0,9	10,1	2,1
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	109,9	104,2	108,1	3,0	- 5,2	3,8	- 2,0	1,7	3,6	4,7	4,9	6,3	4,5
Information und Kommunikation	124,0	135,1	141,8	5,0	9,0	5,0	14,5	4,0	5,4	4,5	6,0	1,7	2,1
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	115,5	128,9	128,8	2,3	11,6	- 0,1	3,5	2,5	- 0,3	- 2,5	- 0,0	- 0,1	- 1,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	105,5	107,6	107,8	1,7	2,0	0,2	3,5	1,3	- 0,3	0,4	- 0,5	0,0	0,8
Unternehmensdienstleister 1)	112,2	99,1	102,8	1,9	- 11,7	3,8	- 9,9	1,7	3,7	5,5	4,1	4,4	3,9
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	104,9	107,1	108,8	2,8	2,1	1,6	3,5	2,8	1,7	1,7	0,2	0,3	0,7
Sonstige Dienstleister	105,7	106,5	107,8	1,7	0,8	1,2	2,4	1,6	1,5	1,7	- 0,0	- 0,3	- 0,8
Bruttowertschöpfung	109,1	103,0	107,2	1,2	- 5,6	4,1	- 1,7	3,3	4,8	4,2	4,1	4,5	3,0
Bruttoinlandsprodukt 2)	108,3	102,7	106,5	1,1	- 5,1	3,7	- 1,6	2,6	4,4	4,0	3,8	5,0	2,8
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 3)	101,9	101,8	102,5	0,6	- 0,1	0,6	0,0	- 0,1	- 0,2	0,9	1,8	1,9	1,4
Konsumausgaben des Staates	105,5	109,0	110,9	3,1	3,3	1,7	3,3	2,7	1,2	1,5	1,2	0,6	1,3
Ausrüstungen	127,9	98,7	109,1	3,6	- 22,8	10,5	- 20,8	0,3	9,3	13,1	17,6	16,5	11,6
Bauten	104,3	101,2	103,4	- 0,7	- 3,0	2,2	0,6	- 1,9	6,1	3,4	0,1	13,2	2,4
Sonstige Anlagen 4)	125,1	125,9	131,9	7,0	0,6	4,7	- 0,6	4,3	4,3	4,3	5,9	4,8	4,8
Vorratsveränderungen 5) 6)	.	.	.	0,0	- 0,9	0,6	- 0,6	0,0	1,7	0,3	0,5	0,1	0,1
Inländische Verwendung	106,0	103,2	105,7	1,3	- 2,6	2,4	- 2,0	0,4	3,3	2,4	3,4	3,6	2,3
Außenbeitrag 6)	.	.	.	0,0	- 2,6	1,5	0,3	2,2	1,3	1,6	0,7	1,6	0,6
Exporte	125,4	108,3	123,2	2,7	- 13,6	13,7	- 5,0	8,4	17,7	15,0	13,9	13,3	7,7
Importe	121,8	110,6	123,5	3,3	- 9,2	11,7	- 6,4	3,6	16,6	12,2	14,6	11,0	7,3
Bruttoinlandsprodukt 2)	108,3	102,7	106,5	1,1	- 5,1	3,7	- 1,6	2,6	4,4	4,0	3,8	5,0	2,8
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 3)	1 387,7	1 387,4	1 423,0	2,3	- 0,0	2,6	0,8	1,9	1,7	2,9	3,7	4,1	3,7
Konsumausgaben des Staates	452,6	475,8	488,8	4,3	5,1	2,7	4,2	4,3	2,5	2,0	2,1	1,7	3,0
Ausrüstungen	201,4	155,1	170,8	3,0	- 23,0	10,1	- 20,8	- 0,0	9,1	12,9	17,2	16,4	11,5
Bauten	231,5	227,1	235,0	2,6	- 1,9	3,5	1,5	- 1,5	7,7	5,2	1,4	16,2	5,3
Sonstige Anlagen 4)	27,9	27,0	27,8	4,3	- 2,9	2,7	- 2,4	1,9	2,7	2,8	3,3	3,1	2,8
Vorratsveränderungen 5)	18,6	- 16,5	- 4,0
Inländische Verwendung	2 319,6	2 256,0	2 341,4	2,7	- 2,7	3,8	- 1,7	1,8	4,7	3,7	4,9	5,3	4,5
Außenbeitrag	154,2	118,5	135,5
Exporte	1 189,2	995,9	1 159,8	3,8	- 16,2	16,5	- 7,3	8,4	20,7	19,1	17,6	18,1	10,9
Importe	1 035,0	877,4	1 024,4	6,1	- 15,2	16,7	- 11,6	4,1	22,0	19,1	22,0	20,1	13,7
Bruttoinlandsprodukt 2)	2 473,8	2 374,5	2 476,8	1,9	- 4,0	4,3	- 0,2	3,7	5,1	4,4	4,1	5,3	3,7
IV. Preise (2005 = 100)													
Privater Konsum	104,2	104,3	106,3	1,7	0,1	1,9	0,8	2,0	1,9	2,0	1,9	2,2	2,3
Bruttoinlandsprodukt	102,7	103,9	104,6	0,8	1,2	0,6	1,4	1,1	0,7	0,4	0,3	0,2	0,9
Terms of Trade	97,6	101,3	99,2	- 1,5	3,8	- 2,0	3,4	- 0,5	- 1,9	- 2,4	- 3,0	- 3,6	- 2,9
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 229,8	1 231,5	1 262,9	3,6	0,1	2,5	- 0,5	1,3	2,6	2,9	3,3	4,3	5,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	664,4	574,7	635,0	- 3,7	- 13,5	10,5	3,4	14,2	15,8	7,0	6,3	5,6	- 0,3
Volkseinkommen	1 894,2	1 806,2	1 897,8	0,9	- 4,6	5,1	0,6	5,5	6,4	4,4	4,2	4,8	3,4
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 505,5	2 424,9	2 522,8	1,4	- 3,2	4,0	0,9	4,0	4,9	3,7	3,6	5,0	3,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: September 2011. — 1 Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. — 2 Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). — 3 Einschl. Private Organi-

sationen ohne Erwerbszweck. — 4 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 5 Einschl. Nettozugang an Wertsachen. — 6 Wachstumsbeitrag zum BIP.

X. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Bauhauptgewerbe	Energie	Industrie					darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
			zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2005=100												
Gewicht in % ¹⁾	100.00	5.56	8.76	85.69	33.96	35.37	2.78	13.58	12.15	10.82	12.48	12.34
Zeit												
2006	105,4	105,8	101,0	105,8	107,1	106,0	107,3	101,7	107,3	112,8	107,5	102,6
2007	111,6	108,9	98,2	113,1	114,5	114,9	108,4	105,8	114,0	124,4	119,5	109,7
2008	111,5	108,3	95,6	113,3	114,2	116,8	104,0	104,4	114,4	128,8	124,5	104,5
2009	94,3	108,2	90,6	93,7	93,3	92,0	87,6	100,6	87,5	100,8	92,2	82,0
2010	103,9	108,4	93,6	104,6	107,2	103,7	95,7	102,4	101,7	117,5	101,5	102,3
2010 Jan.	89,7	49,4	109,6	90,3	95,6	82,5	88,6	97,7	88,3	99,8	77,2	82,7
Febr.	91,5	55,4	98,2	93,1	96,1	89,9	91,4	94,3	91,1	103,3	82,6	92,0
März	106,3	105,2	98,6	107,2	109,5	106,3	99,3	105,7	105,4	115,8	102,8	108,3
April	101,2	123,2	90,6	100,9	106,1	97,5	90,8	98,9	100,3	109,8	93,2	99,6
Mai	103,4	122,8	91,2	103,4	108,9	100,6	92,1	99,5	102,6	112,9	95,8	104,7
Juni	106,5	127,7	81,5	107,6	110,7	108,2	96,4	100,6	105,8	119,9	104,8	108,8
Juli	105,2	132,3	86,5	105,4	111,2	101,7	90,0	103,5	105,1	119,7	100,0	97,8
Aug.	98,7	124,6	82,0	98,8	106,5	91,4	84,4	101,9	99,0	115,6	95,2	78,5
Sept.	111,8	133,6	83,8	113,2	114,4	114,7	107,2	107,5	108,9	127,4	110,8	119,1
Okt.	114,7	135,2	94,4	115,5	117,7	115,6	110,0	110,7	112,7	132,2	110,2	121,0
Nov.	115,4	127,8	98,3	116,4	115,9	119,7	109,2	110,8	111,8	134,2	116,6	119,4
Dez.	101,8	64,0	108,6	103,5	93,2	116,6	88,8	98,1	89,9	118,9	129,3	95,8
2011 Jan.	100,8	75,6	105,5	102,0	108,4	97,7	94,0	99,1	103,5	120,6	92,2	101,2
Febr.	105,2	86,6	95,2	107,4	110,4	108,3	99,5	99,0	106,8	126,1	101,5	117,0
März	2) 118,6	2) 121,4	98,6	120,4	122,2	124,0	109,8	109,0	118,5	136,7	123,2	128,6
April ^{r)}	2) 110,9	2) 129,6	84,4	112,4	116,3	112,7	99,8	104,1	112,0	126,1	110,3	116,9
Mai ^{r)}	2) 111,1	2) 131,3	78,9	113,1	117,0	114,4	97,2	103,4	114,0	127,4	110,3	119,3
Juni ^{r)}	2) 114,0	2) 132,1	77,4	116,5	120,0	119,6	94,8	104,3	116,7	137,1	120,9	117,1
Juli ^{x)}	2) 116,0	2) 140,3	78,9	118,2	122,5	119,8	101,8	106,4	117,7	143,5	119,2	119,5
Aug. ^{x) p)}	2) 106,3	2) 131,1	75,2	107,8	115,1	105,4	84,6	100,5	107,8	135,3	108,4	97,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2006	+ 5,7	+ 6,3	+ 0,9	+ 6,2	+ 7,4	+ 6,4	+ 7,6	+ 2,1	+ 7,6	+ 13,0	+ 8,0	+ 3,0
2007	+ 5,9	+ 2,9	- 2,8	+ 6,9	+ 6,9	+ 8,4	+ 1,0	+ 4,0	+ 6,2	+ 10,3	+ 11,2	+ 6,9
2008	- 0,1	- 0,6	- 2,6	+ 0,2	- 0,3	+ 1,7	- 4,1	- 1,3	+ 0,4	+ 3,5	+ 4,2	- 4,7
2009	- 15,4	- 0,1	- 5,2	- 17,3	- 18,3	- 21,2	- 15,8	- 3,6	- 23,5	- 21,7	- 25,9	- 21,5
2010	+ 10,2	+ 0,2	+ 3,3	+ 11,6	+ 14,9	+ 12,7	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,2	+ 16,6	+ 10,1	+ 24,8
2010 Jan.	+ 3,3	- 16,1	+ 4,1	+ 4,2	+ 10,1	+ 0,6	+ 4,5	- 1,1	+ 7,3	+ 4,3	- 10,4	+ 21,6
Febr.	+ 5,9	- 17,9	+ 5,4	+ 7,1	+ 10,8	+ 7,0	+ 7,4	- 1,3	+ 10,7	+ 6,9	- 8,6	+ 40,5
März	+ 9,2	+ 0,9	+ 6,5	+ 10,2	+ 16,7	+ 7,4	+ 6,5	+ 3,3	+ 20,6	+ 11,0	- 2,1	+ 28,5
April	+ 13,7	+ 4,7	+ 10,0	+ 14,9	+ 21,8	+ 15,2	+ 8,6	± 0,0	+ 23,8	+ 20,3	+ 7,2	+ 42,1
Mai	+ 12,6	+ 4,3	+ 12,9	+ 13,3	+ 20,2	+ 11,5	+ 10,7	+ 1,7	+ 22,1	+ 20,5	+ 7,5	+ 25,2
Juni	+ 10,5	+ 3,1	- 3,1	+ 12,2	+ 16,9	+ 11,5	+ 14,9	+ 2,3	+ 19,4	+ 21,6	+ 10,1	+ 19,3
Juli	+ 11,2	+ 4,8	+ 0,5	+ 12,8	+ 16,3	+ 13,1	+ 12,4	+ 3,8	+ 19,7	+ 20,5	+ 16,3	+ 17,0
Aug.	+ 11,0	+ 2,1	- 2,8	+ 13,3	+ 15,4	+ 15,5	+ 14,1	+ 4,0	+ 17,0	+ 20,5	+ 21,3	+ 20,4
Sept.	+ 8,2	+ 3,5	- 2,4	+ 9,5	+ 12,2	+ 10,1	+ 7,8	+ 1,7	+ 13,4	+ 16,7	+ 8,1	+ 15,5
Okt.	+ 12,5	+ 7,2	+ 1,0	+ 14,0	+ 13,7	+ 18,6	+ 11,7	+ 3,8	+ 16,1	+ 18,2	+ 22,6	+ 23,7
Nov.	+ 11,3	+ 5,4	+ 2,7	+ 12,6	+ 12,1	+ 17,6	+ 6,3	+ 2,8	+ 12,6	+ 17,8	+ 25,4	+ 19,6
Dez.	+ 11,7	- 23,7	+ 4,8	+ 14,6	+ 11,9	+ 23,3	+ 7,1	+ 0,1	+ 12,9	+ 19,1	+ 25,4	+ 34,6
2011 Jan.	+ 12,4	+ 53,0	- 3,7	+ 13,0	+ 13,4	+ 18,4	+ 6,1	+ 1,4	+ 17,2	+ 20,8	+ 19,4	+ 22,4
Febr.	+ 15,0	+ 56,3	- 3,1	+ 15,4	+ 14,9	+ 20,5	+ 8,9	+ 5,0	+ 17,2	+ 22,1	+ 22,9	+ 27,2
März	2) + 11,6	2) + 15,4	± 0,0	+ 12,3	+ 11,6	+ 16,7	+ 10,6	+ 3,1	+ 12,4	+ 18,0	+ 19,8	+ 18,7
April ^{r)}	2) + 9,6	2) + 5,2	- 6,8	+ 11,4	+ 9,6	+ 15,6	+ 9,9	+ 5,3	+ 11,7	+ 14,8	+ 18,3	+ 17,4
Mai ^{r)}	2) + 7,4	2) + 6,9	- 13,5	+ 9,4	+ 7,4	+ 13,7	+ 5,5	+ 3,9	+ 11,1	+ 12,8	+ 15,1	+ 13,9
Juni ^{r)}	2) + 7,0	2) + 3,4	- 5,0	+ 8,3	+ 8,4	+ 10,5	- 1,7	+ 3,7	+ 10,3	+ 14,3	+ 15,4	+ 7,6
Juli ^{x)}	2) + 10,3	2) + 6,0	- 8,8	+ 12,1	+ 10,2	+ 17,8	+ 13,1	+ 2,8	+ 12,0	+ 19,9	+ 19,2	+ 22,2
Aug. ^{x) p)}	2) + 7,7	2) + 5,2	± 8,3	+ 9,1	+ 8,1	+ 15,3	+ 0,2	- 1,4	+ 8,9	+ 17,0	+ 13,9	+ 24,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. — ^{o)} Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — ¹⁾ Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2005. — ²⁾ Vom Statistischen Bundesamt schätzungs-

weise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 4%). — ^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung. — ^{s)} Ursprungswerte vom Statistischen Bundesamt geschätzt.

X. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Industrie		davon:									
	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		davon:			
			2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2006	110,7	+ 11,0	114,0	+ 14,3	109,4	+ 9,7	105,3	+ 5,5	108,4	+ 8,7	104,3	+ 4,5
2007	123,1	+ 11,2	125,2	+ 9,8	123,2	+ 12,6	111,9	+ 6,3	110,3	+ 1,8	112,5	+ 7,9
2008	115,5	- 6,2	121,2	- 3,2	112,8	- 8,4	108,1	- 3,4	103,5	- 6,2	109,7	- 2,5
2009	87,5	- 24,2	89,3	- 26,3	85,2	- 24,5	94,8	- 12,3	88,5	- 14,5	96,9	- 11,7
2010	109,0	+ 24,6	114,3	+ 28,0	106,8	+ 25,4	99,8	+ 5,3	101,4	+ 14,6	99,3	+ 2,5
2010 Aug.	104,4	+ 24,4	108,9	+ 24,2	102,1	+ 27,5	99,8	+ 7,3	89,9	+ 18,3	103,1	+ 4,5
Sept.	112,9	+ 18,6	117,5	+ 20,4	111,3	+ 19,9	103,6	+ 1,9	111,7	+ 1,0	100,8	+ 2,1
Okt.	112,6	+ 22,4	119,3	+ 21,6	109,4	+ 25,9	104,0	+ 4,8	115,9	+ 14,8	100,0	+ 1,5
Nov.	120,9	+ 24,9	121,8	+ 20,6	123,1	+ 31,5	102,1	+ 2,4	110,7	+ 11,4	99,3	- 0,4
Dez.	111,2	+ 24,2	107,9	+ 23,6	116,4	+ 27,5	89,3	+ 2,6	87,6	+ 0,7	89,9	+ 3,3
2011 Jan.	118,1	+ 21,1	128,5	+ 22,3	113,6	+ 23,1	102,4	+ 3,5	105,2	+ 13,6	101,5	+ 0,5
Febr.	122,1	+ 25,0	126,2	+ 21,0	121,0	+ 30,2	110,9	+ 10,7	104,8	+ 12,7	113,0	+ 10,0
März	129,4	+ 14,8	139,8	+ 17,7	125,4	+ 14,5	110,0	+ 3,1	114,3	+ 6,9	108,4	+ 1,6
April	120,4	+ 13,9	127,7	+ 10,4	118,4	+ 17,2	100,8	+ 8,4	108,0	+ 9,5	98,3	+ 8,0
Mai	122,7	+ 15,3	128,9	+ 13,1	121,9	+ 18,5	99,5	+ 3,5	103,4	+ 0,5	98,2	+ 4,7
Juni	129,2	+ 11,9	128,3	+ 7,8	134,0	+ 15,9	100,6	+ 1,1	107,0	+ 0,9	98,4	+ 1,1
Juli	122,4	+ 11,1	129,6	+ 8,8	119,2	+ 13,3	112,3	+ 7,6	111,9	+ 10,5	112,4	+ 6,6
Aug. p)	110,5	+ 5,8	118,4	+ 8,7	106,5	+ 4,3	102,6	+ 2,8	95,9	+ 6,7	104,9	+ 1,7
aus dem Inland												
2006	109,0	+ 9,3	113,3	+ 13,6	106,4	+ 6,8	103,4	+ 3,7	111,0	+ 11,3	100,9	+ 1,2
2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	107,0	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2
2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,9	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0
2009	88,0	- 22,2	89,9	- 26,2	86,5	- 19,5	87,4	- 15,9	89,9	- 16,1	86,6	- 15,8
2010	104,5	+ 18,8	115,9	+ 28,9	97,8	+ 13,1	88,6	+ 1,4	93,9	+ 4,4	86,9	+ 0,3
2010 Aug.	100,0	+ 15,2	112,4	+ 25,4	91,4	+ 8,7	90,1	+ 1,5	87,6	+ 7,0	90,9	- 0,1
Sept.	108,5	+ 16,5	119,1	+ 22,0	102,0	+ 15,5	95,2	- 3,3	109,6	- 10,1	90,5	- 0,2
Okt.	110,2	+ 18,9	123,0	+ 21,5	102,7	+ 19,7	92,5	+ 2,0	112,1	+ 8,1	86,1	- 0,3
Nov.	113,5	+ 19,3	125,1	+ 20,4	107,6	+ 21,4	91,9	+ 2,6	105,3	+ 8,1	87,6	+ 0,7
Dez.	99,5	+ 17,8	104,9	+ 19,9	99,0	+ 19,6	76,8	- 3,3	78,2	- 5,3	76,4	- 2,4
2011 Jan.	112,4	+ 17,3	128,2	+ 22,2	103,4	+ 15,7	88,3	- 0,8	95,7	+ 10,4	85,9	- 4,2
Febr.	115,2	+ 21,4	127,1	+ 22,0	108,6	+ 23,5	96,3	+ 7,4	99,5	+ 16,2	95,3	+ 4,6
März	123,3	+ 12,6	138,8	+ 16,6	115,1	+ 10,7	96,4	+ 1,3	107,0	+ 7,0	92,9	- 0,9
April	114,9	+ 10,4	131,0	+ 10,1	106,1	+ 11,1	88,1	+ 7,3	102,1	+ 16,3	83,5	+ 4,0
Mai	126,8	+ 23,2	135,2	+ 16,9	126,6	+ 32,4	88,4	+ 5,5	101,0	+ 7,3	84,3	+ 4,7
Juni	116,6	+ 8,0	128,4	+ 6,0	111,8	+ 10,7	88,7	+ 4,0	98,5	+ 8,8	85,5	+ 2,3
Juli	120,3	+ 12,1	135,7	+ 10,9	111,4	+ 14,5	97,8	+ 6,7	108,2	+ 20,6	94,4	+ 2,3
Aug. p)	108,5	+ 8,5	123,4	+ 9,8	98,6	+ 7,9	93,6	+ 3,9	99,0	+ 13,0	91,8	+ 1,0
aus dem Ausland												
2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,8	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,0	108,1	+ 8,3
2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,5	+ 10,5
2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,0
2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4
2010	112,8	+ 29,7	112,5	+ 27,0	113,2	+ 34,3	111,9	+ 8,9	109,0	+ 25,1	112,9	+ 4,2
2010 Aug.	108,3	+ 33,0	105,0	+ 22,8	109,7	+ 41,9	110,3	+ 13,1	92,3	+ 31,9	116,6	+ 8,7
Sept.	116,7	+ 20,2	115,6	+ 18,6	117,8	+ 22,7	112,6	+ 6,9	113,9	+ 14,8	112,2	+ 4,4
Okt.	114,6	+ 25,5	115,0	+ 21,7	114,2	+ 30,4	116,5	+ 7,6	119,7	+ 21,9	115,4	+ 3,1
Nov.	127,4	+ 29,6	118,1	+ 21,0	134,0	+ 37,9	113,2	+ 2,4	116,1	+ 14,5	112,2	- 1,4
Dez.	121,3	+ 29,2	111,3	+ 27,9	128,7	+ 32,3	102,7	+ 7,9	97,1	+ 6,2	104,7	+ 8,4
2011 Jan.	123,1	+ 24,5	128,9	+ 22,4	120,8	+ 28,1	117,6	+ 7,4	114,7	+ 16,3	118,7	+ 4,7
Febr.	128,1	+ 28,0	125,2	+ 19,8	129,7	+ 34,4	126,7	+ 13,6	110,2	+ 9,7	132,6	+ 14,9
März	134,7	+ 16,7	141,0	+ 18,9	132,7	+ 17,1	124,6	+ 4,6	121,6	+ 6,8	125,6	+ 3,8
April	125,1	+ 16,8	123,9	+ 10,7	127,0	+ 21,1	114,5	+ 9,4	114,0	+ 4,0	114,7	+ 11,5
Mai	119,1	+ 8,9	121,8	+ 8,8	118,6	+ 9,7	111,5	+ 2,0	105,9	- 5,3	113,5	+ 4,7
Juni	140,2	+ 14,8	128,2	+ 9,9	149,6	+ 18,9	113,4	- 1,3	115,5	- 5,1	112,6	+ 0,2
Juli	124,3	+ 10,3	122,7	+ 6,3	124,7	+ 12,6	127,9	+ 8,3	115,7	+ 2,3	132,2	+ 10,4
Aug. p)	112,3	+ 3,7	112,7	+ 7,3	112,0	+ 2,1	112,3	+ 1,8	92,7	+ 0,4	119,3	+ 2,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14 bis II.16. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

X. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt		Hochbau		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber	
			zusammen	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	
2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	
2007	114,0	+ 8,5	112,5	+ 5,5	98,5	- 5,6	123,2	+ 12,4	108,5	+ 6,7	115,4	+ 11,5	120,7	+ 10,7	113,7	+ 11,9
2008	113,4	- 0,5	114,7	+ 2,0	94,4	- 4,2	127,9	+ 3,8	116,7	+ 7,6	112,0	- 2,9	123,3	+ 2,2	111,4	- 2,0
2009	107,4	- 5,3	100,7	- 12,2	94,2	- 0,2	100,7	- 21,3	115,5	- 1,0	114,4	+ 2,1	104,9	- 14,9	115,6	+ 3,8
2010	109,0	+ 1,5	106,7	+ 6,0	103,3	+ 9,7	105,4	+ 4,7	118,9	+ 2,9	111,3	- 2,7	111,0	+ 5,8	109,4	- 5,4
2010 Juli	123,3	- 0,4	117,8	+ 7,1	113,8	+ 5,7	116,2	+ 9,0	132,1	+ 4,5	129,0	- 6,7	123,4	+ 10,0	127,2	- 10,6
Aug.	117,7	- 0,6	119,8	+ 8,6	112,7	+ 15,7	124,7	+ 7,6	119,8	- 0,8	115,4	- 8,9	120,3	+ 2,7	117,1	- 8,9
Sept.	123,2	± 0,0	118,8	+ 2,6	130,1	+ 18,5	106,3	- 4,1	134,9	- 7,6	127,8	- 2,3	116,0	± 0,0	127,5	- 6,3
Okt.	113,9	+ 4,3	110,8	+ 6,4	107,0	+ 3,9	111,6	+ 9,6	117,0	+ 2,2	117,2	+ 2,4	125,5	+ 14,6	105,3	- 5,5
Nov.	92,1	+ 1,7	93,8	+ 0,8	96,1	+ 7,3	92,8	± 0,0	92,0	- 10,1	90,3	+ 2,6	97,2	+ 0,5	85,3	+ 0,5
Dez.	90,3	- 8,8	96,0	- 3,2	101,3	+ 13,7	92,3	- 5,1	96,5	- 24,7	84,2	- 14,8	95,1	- 6,6	80,7	- 19,5
2011 Jan.	76,9	+ 8,2	84,4	+ 21,3	77,5	+ 38,1	94,0	+ 25,5	68,1	- 17,5	69,1	- 5,0	94,2	+ 19,5	59,3	- 15,0
Febr.	94,1	+ 3,6	102,3	+ 17,2	97,7	+ 28,2	114,3	+ 29,9	72,5	- 34,2	85,6	- 9,4	114,5	+ 26,5	72,0	- 26,1
März	134,3	+ 5,8	133,8	+ 9,8	142,6	+ 24,5	130,6	+ 6,0	124,3	- 7,4	134,9	+ 2,0	147,3	+ 13,0	117,8	- 8,6
April	122,9	+ 7,7	118,6	+ 6,5	135,9	+ 20,1	111,6	+ 7,5	102,9	- 22,4	127,3	+ 8,8	124,9	+ 16,0	115,2	- 4,8
Mai	127,6	+ 10,1	135,6	+ 25,2	148,5	+ 36,5	127,4	+ 23,6	134,1	+ 7,9	119,3	- 3,7	126,0	+ 12,5	120,4	- 2,0
Juni	136,2	+ 6,2	137,7	+ 10,1	129,3	+ 17,2	136,6	+ 7,3	160,7	+ 6,3	134,5	+ 2,4	140,4	+ 4,3	134,8	+ 4,3
Juli	137,0	+ 11,1	124,1	+ 5,3	133,9	+ 17,7	115,2	- 0,9	132,0	- 0,1	150,4	+ 16,6	129,7	+ 5,1	145,7	+ 14,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte

Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne Wohnungsbauaufträge.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen*)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel												Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen			
	insgesamt		darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen 1):													
			Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	in Preisen von 2005	Veränderung gegen Vorjahr	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	
2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	
2007 3)	99,4	- 1,6	99,0	- 1,3	99,5	- 0,6	103,7	+ 1,2	110,2	+ 7,7	98,6	- 4,6	104,2	+ 2,1	100,7	- 5,7
2008	101,5	+ 2,1	98,9	- 0,1	100,8	+ 1,3	104,7	+ 1,0	116,4	+ 5,6	99,7	+ 1,1	107,1	+ 2,8	95,8	- 4,9
2009 4)	98,1	- 3,3	96,2	- 2,7	98,8	- 2,0	101,5	- 3,1	117,0	+ 0,5	97,1	- 2,6	110,0	+ 2,7	96,8	+ 1,0
2010 5)	100,3	+ 2,2	97,2	+ 1,0	99,5	+ 0,7	105,8	+ 4,2	119,2	+ 1,9	99,1	+ 2,1	114,3	+ 3,9	92,2	- 4,8
2010 Aug. 5)	98,1	+ 3,9	95,3	+ 2,9	97,0	- 1,8	101,8	+ 12,1	115,1	+ 7,9	98,9	+ 5,3	113,0	+ 6,6	87,5	- 2,3
Sept.	98,5	+ 3,1	95,4	+ 1,9	94,4	+ 0,6	116,8	+ 7,6	113,3	+ 3,0	97,9	+ 0,7	112,6	+ 4,6	95,6	+ 0,3
Okt.	104,7	+ 2,2	101,4	+ 1,2	100,8	+ 2,6	125,3	+ 0,2	119,7	- 1,6	107,2	+ 4,3	117,6	+ 4,0	103,0	+ 3,8
Nov.	104,1	+ 2,0	100,7	+ 0,1	100,2	+ 2,1	111,2	+ 7,6	130,9	- 3,3	106,7	+ 1,6	116,9	- 1,2	101,3	+ 11,1
Dez.	120,5	+ 1,9	116,9	+ 0,3	118,5	+ 1,5	129,9	+ 0,8	181,5	- 0,2	104,9	± 0,0	130,7	+ 1,6	88,8	+ 8,2
2011 Jan.	93,3	+ 4,0	90,6	+ 2,8	92,7	+ 0,2	89,4	+ 4,1	132,6	+ 9,0	87,4	+ 9,3	110,0	+ 4,3	83,3	+ 19,5
Febr.	90,6	+ 4,3	86,9	+ 2,2	90,9	+ 2,2	83,4	+ 5,8	105,7	- 0,6	88,5	+ 7,3	106,1	+ 1,0	90,9	+ 22,7
März	103,5	+ 2,0	98,5	+ 0,3	103,5	+ 1,3	108,2	+ 2,2	110,5	- 1,0	107,4	+ 1,4	114,1	- 2,5	110,2	+ 11,5
April	103,5	+ 3,4	98,0	+ 1,9	103,3	+ 4,6	116,4	+ 8,1	100,3	- 0,4	108,5	+ 5,4	112,4	± 0,0	105,0	+ 8,7
Mai	100,3	- 0,6	95,0	- 2,3	100,0	- 1,5	101,9	- 0,3	102,6	- 5,8	101,6	- 2,7	112,2	- 0,4	102,5	+ 8,7
Juni	100,1	+ 2,8	95,2	+ 1,1	103,4	+ 5,5	102,4	+ 2,1	104,0	- 4,9	99,6	+ 0,8	111,8	+ 0,3	102,5	+ 2,6
Juli	103,8	+ 2,6	99,4	+ 1,4	102,9	+ 1,3	108,5	+ 4,3	112,6	+ 1,5	103,4	+ 4,9	116,2	- 0,2	101,9	+ 5,9
Aug. 6)	98,4	+ 0,3	94,4	- 0,9	98,6	+ 1,6	97,2	- 4,5	111,1	- 3,5	99,0	+ 0,1	110,3	- 2,4	91,0	+ 4,0

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 In Verkaufsräumen. — 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. — 3 Im Januar 2006 und Januar 2007 Erweiterung des Berichtskreises um Neuzugänge; Berichtskreissprünge durch Verkettung ausgeschaltet. — 4 Im Januar 2009 neuer Berichtskreis, einschl. Neuzugänge; Be-

richtskreissprünge durch Verkettung ausgeschaltet. — 5 Ergebnisse ab Januar 2010 vorläufig und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher. — 6 Ursprungswerte vom Statistischen Bundesamt teilweise geschätzt. Da die Schätzung fehlender Meldungen auf den Angaben für August 2010 basiert, der einen Verkaufstag weniger hatte, wird eine Revision nach oben erwartet.

X. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)						Kurzarbeiter 3)			Arbeitslose 4)		Arbeitslosenquote 4) 6) in %	Offene Stellen 4) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung	Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)		insgesamt	konjunkturell bedingt 5)		Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III		
2006	39 192	+ 0,6	26 366	0,5	.	.	.	4 819	67	54	4 487	1 663	10,8	356	
2007	39 857	+ 1,7	26 942	2,2	8 533	.	.	4 861	68	26	3 760	1 245	9,0	423	
2008	40 344	+ 1,2	27 510	2,1	8 659	17 958	679	4 866	102	58	3 258	1 006	7,8	389	
2009	40 362	± 0,0	27 493	- 0,1	8 521	18 210	549	4 904	1 144	1 078	3 415	1 190	8,1	301	
2010	40 553	+ 0,5	27 757	1,0	8 426	18 438	679	4 883	503	429	3 238	1 075	7,7	359	
2008 3.Vj.	40 506	+ 1,2	27 617	2,1	8 701	17 974	717	4 849	44	33	3 154	947	7,5	416	
4.Vj.	40 724	+ 0,9	27 916	1,8	8 771	18 259	674	4 885	157	128	3 021	926	7,2	362	
2009 1.Vj.	40 120	+ 0,5	27 390	0,9	8 563	18 083	550	4 864	999	855	3 533	1 284	8,4	312	
2.Vj.	40 305	+ 0,2	27 379	0,1	8 515	18 133	512	4 906	1 436	1 411	3 475	1 207	8,3	300	
3.Vj.	40 418	- 0,2	27 482	- 0,5	8 500	18 204	557	4 913	1 136	1 103	3 418	1 186	8,1	300	
4.Vj.	40 606	- 0,3	27 720	- 0,7	8 504	18 423	579	4 934	1 007	944	3 232	1 083	7,7	290	
2010 1.Vj.	39 993	- 0,3	27 307	- 0,3	8 308	18 244	561	4 854	987	804	3 601	1 327	8,6	296	
2.Vj.	40 460	+ 0,4	27 592	0,8	8 377	18 346	648	4 885	517	485	3 261	1 053	7,8	353	
3.Vj.	40 740	+ 0,8	27 886	1,5	8 469	18 454	740	4 889	265	239	3 132	1 003	7,5	395	
4.Vj.	41 019	+ 1,0	28 242	1,9	8 548	18 710	767	4 905	242	188	2 959	920	7,0	392	
2011 1.Vj.	40 564	+ 1,4	27 944	2,3	8 428	18 578	740	4 852	291	158	3 290	1 088	7,8	411	
2.Vj.	41 013	+ 1,4	28 261	2,4	8 533	18 718	785	4 905	...	107	2 977	850	7,1	470	
3.Vj.	2 893	843	6,9	497	
2008 Mai	40 266	+ 1,2	27 419	2,1	8 628	17 883	681	4 869	51	40	3 273	963	7,8	398	
Juni	40 345	+ 1,3	27 458	2,2	8 646	17 877	710	4 882	50	39	3 151	906	7,5	418	
Juli	40 392	+ 1,3	27 440	2,2	8 652	17 842	722	4 872	43	31	3 201	963	7,6	422	
Aug.	40 433	+ 1,2	27 684	2,1	8 721	18 019	715	4 820	39	29	3 187	961	7,6	417	
Sept.	40 693	+ 1,2	27 996	2,1	8 810	18 243	718	4 829	50	39	3 073	917	7,3	409	
Okt.	40 825	+ 1,0	28 020	1,8	8 802	18 299	699	4 868	71	61	2 989	883	7,1	393	
Nov.	40 789	+ 1,0	27 914	1,6	8 773	18 269	663	4 913	130	120	2 980	902	7,1	367	
Dez.	40 557	+ 0,8	27 632	1,5	8 662	18 178	598	4 920	270	201	3 094	994	7,4	327	
2009 Jan.	40 116	+ 0,7	27 379	1,1	8 565	18 063	561	4 848	594	452	3 480	1 263	8,3	302	
Febr.	40 103	+ 0,6	27 307	0,7	8 529	18 052	533	4 848	1 079	919	3 542	1 293	8,5	318	
März	40 140	+ 0,4	27 337	0,4	8 530	18 088	513	4 872	1 325	1 194	3 576	1 296	8,5	317	
April	40 262	+ 0,3	27 383	0,2	8 524	18 132	507	4 901	1 446	1 426	3 575	1 270	8,5	305	
Mai	40 324	+ 0,1	27 395	- 0,1	8 509	18 154	508	4 914	1 469	1 443	3 449	1 192	8,2	299	
Juni	40 330	± 0,0	27 380	- 0,3	8 493	18 135	531	4 932	1 394	1 365	3 401	1 159	8,1	297	
Juli	40 317	- 0,2	27 314	- 0,5	8 464	18 080	551	4 935	1 248	1 215	3 454	1 210	8,2	298	
Aug.	40 357	- 0,2	27 542	- 0,5	8 507	18 249	565	4 891	1 055	1 022	3 463	1 211	8,2	300	
Sept.	40 581	- 0,3	27 800	- 0,7	8 564	18 430	578	4 893	1 104	1 072	3 338	1 137	7,9	302	
Okt.	40 684	- 0,3	27 786	- 0,8	8 534	18 449	581	4 909	1 109	1 076	3 221	1 071	7,7	298	
Nov.	40 675	- 0,3	27 731	- 0,7	8 497	18 434	589	4 961	982	947	3 208	1 069	7,6	291	
Dez.	40 460	- 0,2	27 488	- 0,5	8 400	18 341	553	4 971	929	809	3 268	1 108	7,8	281	
2010 Jan.	39 965	- 0,4	27 249	- 0,5	8 295	18 214	550	4 840	1 057	874	3 610	1 339	8,6	271	
Febr.	39 933	- 0,4	27 230	- 0,3	8 269	18 210	560	4 814	1 031	829	3 635	1 356	8,6	298	
März	40 082	- 0,1	27 398	0,2	8 318	18 277	596	4 846	874	709	3 560	1 285	8,5	320	
April	40 310	+ 0,1	27 553	0,6	8 371	18 335	627	4 875	632	599	3 399	1 140	8,1	335	
Mai	40 485	+ 0,4	27 667	1,0	8 395	18 382	665	4 898	499	467	3 236	1 036	7,7	355	
Juni	40 585	+ 0,6	27 710	1,2	8 414	18 365	707	4 916	420	390	3 148	983	7,5	370	
Juli	40 606	+ 0,7	27 691	1,4	8 419	18 320	732	4 915	313	286	3 186	1 029	7,6	391	
Aug.	40 688	+ 0,8	27 976	1,6	8 493	18 508	752	4 864	244	219	3 183	1 030	7,6	396	
Sept.	40 926	+ 0,9	28 269	1,7	8 573	18 700	766	4 859	237	214	3 026	948	7,2	398	
Okt.	41 072	+ 1,0	28 296	1,8	8 566	18 738	769	4 886	231	209	2 941	908	7,0	404	
Nov.	41 088	+ 1,0	28 277	2,0	8 562	18 723	779	4 932	215	194	2 927	903	6,9	394	
Dez.	40 897	+ 1,1	28 033	2,0	8 460	18 635	743	4 931	279	162	3 011	949	7,1	380	
2011 Jan.	40 514	+ 1,4	27 863	2,3	8 399	18 540	732	4 842	322	177	3 346	1 146	7,9	375	
Febr.	40 514	+ 1,5	27 912	2,5	8 416	18 560	738	4 831	305	155	3 313	1 107	7,9	417	
März	40 664	+ 1,5	28 080	2,5	8 477	18 632	759	4 836	246	143	3 210	1 010	7,6	442	
April	40 877	+ 1,4	28 209	2,4	8 516	18 701	770	4 901	...	116	3 078	907	7,3	461	
Mai	41 033	+ 1,4	28 345	2,5	8 556	18 762	797	4 928	...	109	2 960	839	7,0	470	
Juni	9) 41 129	+ 1,3	28 380	2,4	8 579	18 754	820	4 939	...	97	2 893	804	6,9	480	
Juli	9) 41 133	+ 1,3	28 364	2,4	8 592	18 717	831	4 932	...	66	2 939	859	7,0	492	
Aug.	9) 41 203	+ 1,3	2 945	867	7,0	497	
Sept.	2 796	802	6,6	501	

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. — 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. — 2 Monatswerte: Endstände. — 3 Anzahl innerhalb eines Monats. — 4 Stand zur Monatsmitte. — 5 Bis Ende 2006 Kurzarbeit ohne Bau- und Landwirtschaft, ab 2007 gemäß § 170 SGB III. — 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. — 8 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. — 9 Erste vorläufige

Schätzung des Statistischen Bundesamts. — 10 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2008 und 2009 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,2 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 2,0 % sowie im Jahr 2009 bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 14 % von den endgültigen Angaben ab. — 11 Ab Mai 2011 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

X. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex							Baupreisindex 2)	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 4)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 5)	
	insgesamt	davon:					Ausfuhr				Einfuhr	Energie 6)	sonstige Rohstoffe 7)	
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1) 2)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 3)	Wohnungsmieten 3)								
	2005 = 100											2010 = 100		
	Indexstand													
2006	8) 101,6	101,9	100,3	108,5	101,0	101,1	102,4	8) 105,4	107,3	101,8	104,4	84,4	80,7	
2007	9)10) 103,9	105,9	101,7	112,8	103,9	102,2	109,3	106,8	119,9	103,0	105,1	86,0	87,5	
2008	106,6	112,7	102,5	123,6	105,8	103,5	113,0	112,7	124,3	104,8	109,9	109,7	92,0	
2009	107,0	111,2	103,9	116,9	107,4	104,6	114,4	108,0	100,6	102,5	100,5	72,8	74,5	
2010	108,2	113,0	104,4	121,5	108,0	105,8	115,4	109,7	114,0	106,0	108,3	100,0	100,0	
2009 Nov.	106,9	109,5	104,2	116,9	106,9	105,0	114,4	106,6	101,5	102,5	100,7	84,4	77,9	
Dez.	107,8	110,4	104,5	115,9	109,5	105,1		106,5	102,5	102,7	101,2	83,8	82,8	
2010 Jan.	107,1	111,7	103,7	118,5	106,9	105,2		107,3	103,2	103,3	102,9	89,0	85,7	
Febr.	107,5	112,0	104,1	117,5	107,7	105,3	114,5	107,3	104,7	103,7	103,9	89,6	85,7	
März	108,0	113,1	104,5	120,6	107,9	105,5		108,0	105,2	104,5	105,7	96,5	89,5	
April	107,9	114,0	104,5	122,2	106,7	105,6		108,9	106,3	105,5	107,8	105,1	97,2	
Mai	108,0	113,2	104,4	122,5	107,2	105,7	115,2	109,2	108,2	106,0	108,4	100,6	98,9	
Juni	108,1	113,4	104,2	122,4	107,5	105,8		109,9	110,4	106,4	109,4	102,6	100,4	
Juli	108,4	113,6	103,6	121,4	109,2	105,9		110,4	111,3	106,4	109,2	98,8	101,2	
Aug.	108,4	112,6	104,0	121,2	109,4	106,0	115,8	110,4	117,7	106,8	109,4	99,3	104,8	
Sept.	108,3	112,5	104,7	121,7	108,0	106,0		110,7	119,3	107,1	109,7	99,0	106,6	
Okt.	108,4	112,2	105,1	122,1	107,9	106,1		111,1	119,9	106,8	109,5	98,9	104,1	
Nov.	108,5	113,2	105,3	122,8	107,3	106,3	116,1	111,3	122,6	107,1	110,8	104,3	108,1	
Dez.	109,6	114,4	105,1	125,4	110,0	106,4		112,1	127,0	108,0	113,3	115,7	116,1	
2011 Jan.	109,2	114,7	104,5	128,7	107,9	106,5		113,4	127,8	108,9	115,0	121,1	121,4	
Febr.	109,8	115,8	104,8	129,5	108,8	106,7	117,4	114,2	131,4	109,3	116,3	126,5	122,8	
März	110,3	115,6	105,4	133,3	108,7	106,8		114,7	131,5	109,6	117,6	135,5	117,7	
April	110,5	115,6	105,6	135,0	108,9	106,9		115,9	133,7	109,9	117,9	141,0	117,8	
Mai	110,5	116,3	105,7	134,1	108,4	107,0	118,5	115,9	134,5	110,0	117,2	132,5	115,7	
Juni	110,6	116,3	105,5	133,5	109,3	107,1		116,0	133,4	110,0	116,5	130,5	114,0	
Juli	111,0	116,0	105,0	134,3	111,0	107,2		116,8	130,7	110,3	117,4	135,1	115,0	
Aug.	111,0	115,4	105,4	133,2	110,8	107,3	119,3	116,5	129,6	110,2	116,6	127,5	112,9	
Sept.	111,1	115,3	106,3	135,3	109,5	107,4		135,7	114,1	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2006	8) + 1,6	+ 1,9	+ 0,3	+ 8,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,4	8) + 5,4	+ 7,3	+ 1,8	+ 4,4	+ 16,4	+ 25,5	
2007	9)10) + 2,3	+ 3,9	+ 1,4	+ 4,0	+ 2,9	+ 1,1	+ 6,7	+ 1,3	+ 11,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,9	+ 8,4	
2008	+ 2,6	+ 6,4	+ 0,8	+ 9,6	+ 1,8	+ 1,3	+ 3,4	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,7	+ 4,6	+ 27,6	+ 5,1	
2009	+ 0,4	- 1,3	+ 1,4	- 5,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,2	- 4,2	- 19,1	- 2,2	- 8,6	- 33,6	- 19,0	
2010	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,5	+ 3,9	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,6	+ 13,3	+ 3,4	+ 7,8	+ 37,4	+ 34,2	
2009 Nov.	+ 0,4	- 2,2	+ 1,1	- 2,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 5,9	- 10,4	- 1,7	- 5,0	+ 19,2	+ 3,2	
Dez.	+ 0,9	- 2,0	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1		- 5,2	- 6,6	- 0,4	- 1,0	+ 57,8	+ 22,8	
2010 Jan.	+ 0,8	- 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,1		- 3,4	- 3,3	+ 0,4	+ 1,4	+ 56,4	+ 24,0	
Febr.	+ 0,6	- 1,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,1	- 2,9	- 2,1	+ 0,8	+ 2,6	+ 55,8	+ 23,1	
März	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 4,0	+ 1,1	+ 1,1		- 1,5	+ 0,4	+ 2,0	+ 5,0	+ 61,9	+ 30,8	
April	+ 1,0	+ 1,5	+ 0,6	+ 5,2	- 0,1	+ 1,1		+ 0,6	+ 3,3	+ 3,0	+ 7,9	+ 65,0	+ 34,4	
Mai	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,7	+ 4,9	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 6,1	+ 3,6	+ 8,5	+ 44,3	+ 32,6	
Juni	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,8	+ 0,6	+ 1,1		+ 1,7	+ 8,0	+ 3,9	+ 9,1	+ 27,5	+ 31,8	
Juli	+ 1,2	+ 2,6	+ 0,3	+ 4,7	+ 0,4	+ 1,1		+ 3,7	+ 10,2	+ 4,1	+ 9,9	+ 30,3	+ 36,6	
Aug.	+ 1,0	+ 2,8	+ 0,2	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 3,2	+ 17,5	+ 4,2	+ 8,6	+ 18,9	+ 33,3	
Sept.	+ 1,3	+ 3,0	+ 0,3	+ 4,6	+ 0,7	+ 1,1		+ 3,9	+ 21,5	+ 4,6	+ 9,9	+ 30,1	+ 42,3	
Okt.	+ 1,3	+ 2,9	+ 0,4	+ 5,1	+ 0,6	+ 1,1		+ 4,3	+ 21,8	+ 4,3	+ 9,2	+ 22,6	+ 37,3	
Nov.	+ 1,5	+ 3,4	+ 1,1	+ 5,0	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 4,4	+ 20,8	+ 4,5	+ 10,0	+ 23,6	+ 38,8	
Dez.	+ 1,7	+ 3,6	+ 0,6	+ 8,2	+ 0,5	+ 1,2		+ 5,3	+ 23,9	+ 5,2	+ 12,0	+ 38,1	+ 40,2	
2011 Jan.	+ 2,0	+ 2,7	+ 0,8	+ 8,6	+ 0,9	+ 1,2		+ 5,7	+ 23,8	+ 5,4	+ 11,8	+ 36,1	+ 41,7	
Febr.	+ 2,1	+ 3,4	+ 0,7	+ 10,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,5	+ 6,4	+ 25,5	+ 5,4	+ 11,9	+ 41,2	+ 43,3	
März	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,9	+ 10,5	+ 0,7	+ 1,2		+ 6,2	+ 25,0	+ 4,9	+ 11,3	+ 40,4	+ 31,5	
April	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 10,5	+ 2,1	+ 1,2		+ 6,4	+ 25,8	+ 4,2	+ 9,4	+ 34,2	+ 21,2	
Mai	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,2	+ 9,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,9	+ 6,1	+ 24,3	+ 3,8	+ 8,1	+ 31,7	+ 17,0	
Juni	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,2	+ 9,1	+ 1,7	+ 1,2		+ 5,6	+ 20,8	+ 3,4	+ 6,5	+ 27,2	+ 13,5	
Juli	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,4	+ 10,6	+ 1,6	+ 1,2		+ 5,8	+ 17,4	+ 3,7	+ 7,5	+ 36,7	+ 13,6	
Aug.	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,3	+ 9,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 3,0	+ 5,5	+ 10,1	+ 3,2	+ 6,6	+ 28,4	+ 7,7	
Sept.	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,5	+ 11,2	+ 1,4	+ 1,3		+ 37,1	+ 7,0	

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWI. — 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. — 2 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts. — 3 Nettomieten. — 4 Ohne Mehrwertsteuer. — 5 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. — 6 Kohle und Rohöl. — 7 Nahrungs- und

Genussmittel sowie Industrierohstoffe. — 8 Ab Oktober 2006 Erhöhung der Preise für Tabakwaren. — 9 Ab Januar 2007 Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer von 16% auf 19%. — 10 Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern. — 11 Ab Mai 2011 Erhöhung der Tabaksteuer.

X. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2003	920,2	- 0,0	615,6	- 0,8	358,4	3,0	974,0	0,6	1 411,8	2,3	147,3	6,1	10,4
2004	924,7	0,5	627,9	2,0	359,5	0,3	987,3	1,4	1 435,4	1,7	151,8	3,1	10,6
2005	922,1	- 0,3	625,5	- 0,4	359,8	0,1	985,3	- 0,2	1 463,9	2,0	156,9	3,3	10,7
2006	935,0	1,4	627,8	0,4	358,5	- 0,4	986,3	0,1	1 502,0	2,6	162,5	3,6	10,8
2007	965,9	3,3	646,2	2,9	353,6	- 1,4	999,8	1,4	1 524,8	1,5	168,1	3,4	11,0
2008	1 002,3	3,8	664,0	2,8	355,4	0,5	1 019,4	2,0	1 571,2	3,0	183,5	9,2	11,7
2009	1 000,1	- 0,2	661,5	- 0,4	386,8	8,8	1 048,3	2,8	1 560,5	- 0,7	173,1	- 5,7	11,1
2010	1 026,7	2,7	688,5	4,1	391,6	1,2	1 080,1	3,0	1 603,8	2,8	180,8	4,5	11,3
2010 1.Vj.	238,2	1,5	159,6	3,7	100,2	4,4	259,8	4,0	395,5	2,2	59,6	3,9	15,1
2.Vj.	249,1	2,9	164,2	4,4	98,0	1,4	262,2	3,3	397,4	2,1	43,3	5,3	10,9
3.Vj.	254,2	2,9	174,3	3,6	97,3	- 0,6	271,6	2,0	405,1	3,1	38,8	4,6	9,6
4.Vj.	285,2	3,2	190,4	4,6	96,1	- 0,3	286,5	2,9	405,8	3,8	39,1	4,3	9,6
2011 1.Vj.	249,4	4,7	165,4	3,6	98,0	- 2,1	263,4	1,4	409,1	3,4	59,4	- 0,4	14,5
2.Vj.	262,8	5,5	172,8	5,3	96,2	- 1,9	269,0	2,6	411,0	3,4	43,7	0,9	10,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: September 2011. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich emp-

fangene monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				Grundvergütungen 2)			
	2005 = 100	% gegen Vorjahr	insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		2005 = 100	% gegen Vorjahr		
2003	98,3	2,0	98,1	2,0	98,2	2,1	97,7	2,4	99,2	1,1
2004	99,1	0,9	98,9	0,9	99,1	0,9	99,0	1,3	99,7	0,5
2005	100,0	0,9	100,0	1,1	100,0	0,9	100,0	1,0	100,0	0,3
2006	100,9	0,9	101,2	1,2	100,8	0,8	100,8	0,8	100,8	0,8
2007	102,1	1,2	102,5	1,3	102,2	1,4	102,3	1,4	102,2	1,4
2008	104,9	2,7	105,4	2,8	105,3	3,0	105,5	3,2	104,5	2,3
2009	107,0	2,0	107,5	2,0	107,6	2,2	108,0	2,4	104,2	- 0,3
2010	108,7	1,6	109,2	1,6	109,3	1,6	109,8	1,7	106,4	2,1
2010 1.Vj.	100,9	1,7	101,4	1,8	101,6	2,1	109,3	2,2	100,0	1,8
2.Vj.	102,2	2,1	102,7	2,2	102,4	1,7	109,8	1,7	103,6	2,4
3.Vj.	110,5	1,1	111,0	1,1	111,3	1,3	110,1	1,5	105,0	2,0
4.Vj.	121,2	1,4	121,8	1,5	121,8	1,3	110,2	1,4	116,6	2,1
2011 1.Vj.	102,6	1,7	103,1	1,7	102,9	1,2	110,5	1,1	103,2	3,2
2.Vj.	103,5	1,3	104,0	1,3	104,1	1,7	111,5	1,6	107,8	4,1
2011 Febr.	101,9	0,9	102,4	0,9	102,7	1,1	110,5	1,1	.	.
März	102,5	1,4	103,0	1,4	103,3	1,5	110,6	1,0	.	.
April	103,9	1,7	104,4	1,7	104,1	1,4	111,2	1,4	.	.
Mai	103,6	1,3	104,1	1,3	104,3	2,0	111,5	1,6	.	.
Juni	103,1	0,9	103,6	1,0	104,0	1,6	111,8	1,8	.	.
Juli	130,5	1,7	131,1	1,7	131,6	1,7	112,0	1,9	.	.
Aug.	103,6	2,0	104,1	2,0	104,3	1,9	112,2	1,9	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. — 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonderzahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld,

Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). — 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: September 2011.

XI. Außenwirtschaft
1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2008	2009	2010	2010	2011				
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	Juli
A. Leistungsbilanz	- 142 440	- 25 713	- 40 439	+ 2 208	- 30 923	- 28 271	- 18 727	- 3 063	- 3 163
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 590 237	1 303 553	1 564 144	422 144	423 971	438 371	151 361	145 606	147 757
Einfuhr (fob)	1 612 768	1 266 047	1 544 612	415 736	436 509	439 959	150 343	144 713	144 436
Saldo	- 22 530	+ 37 506	+ 19 534	+ 6 408	- 12 538	- 1 588	+ 1 018	+ 894	+ 3 321
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	514 449	473 937	516 054	135 382	123 001	131 802	44 794	46 088	47 183
Ausgaben	473 340	440 170	474 925	124 965	115 998	117 949	40 100	39 920	41 942
Saldo	+ 41 107	+ 33 768	+ 41 131	+ 10 418	+ 7 003	+ 13 853	+ 4 694	+ 6 168	+ 5 241
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 63 280	- 6 404	- 467	+ 1 716	+ 9 199	- 20 115	- 18 239	- 2 362	- 1 435
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	91 214	93 905	87 342	31 128	24 675	18 643	7 085	5 562	5 329
eigene Leistungen	188 950	184 484	187 977	47 463	59 261	39 064	13 285	13 325	15 618
Saldo	- 97 739	- 90 581	- 100 637	- 16 335	- 34 588	- 20 421	- 6 200	- 7 763	- 10 290
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 9 243	+ 6 565	+ 6 616	+ 1 437	+ 3 047	+ 917	+ 495	+ 357	+ 469
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	+ 141 476	+ 9 977	+ 46 574	+ 1 288	+ 12 755	+ 26 901	+ 18 645	+ 6 233	+ 3 463
1. Direktinvestitionen	- 236 012	- 109 378	- 46 588	+ 59 227	- 11 460	- 25 660	- 3 839	+ 5 939	+ 2 443
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 328 779	- 325 268	- 140 996	+ 18 401	- 65 898	- 42 784	- 8 124	+ 6 662	- 10 664
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 92 767	+ 215 888	+ 94 410	+ 40 828	+ 54 437	+ 17 124	+ 4 285	- 723	+ 13 107
2. Wertpapieranlagen	+ 283 263	+ 270 688	+ 135 177	+ 33 608	+ 133 258	+ 187 026	+ 55 772	+ 83 485	- 18 427
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 7 206	- 84 281	- 137 951	- 40 142	- 23 866	+ 14 872	- 11 871	+ 21 768	+ 5 891
Aktien	+ 98 025	- 46 825	- 77 046	- 38 751	+ 3 434	- 13 765	- 7 951	+ 7 746	- 1 676
Anleihen	- 80 737	- 30 209	- 104 683	- 1 055	- 4 309	- 595	- 9 383	+ 2 390	+ 6 229
Geldmarktpapiere	- 10 082	- 7 247	+ 43 776	- 337	- 22 992	+ 29 232	+ 5 463	+ 11 632	+ 1 338
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 276 057	+ 354 966	+ 273 128	+ 73 750	+ 157 124	+ 172 153	+ 67 642	+ 61 717	- 24 319
Aktien	- 84 591	+ 111 842	+ 124 628	+ 54 165	+ 90 499	- 38 645	- 13 718	+ 3 291	+ 6 662
Anleihen	+ 177 761	+ 123 263	+ 145 250	+ 44 082	+ 15 947	+ 180 376	+ 49 456	+ 59 554	- 29 243
Geldmarktpapiere	+ 182 890	+ 119 862	+ 3 252	- 24 496	+ 50 677	+ 30 421	+ 31 904	- 1 128	- 1 738
3. Finanzderivate	- 82 869	+ 37 207	+ 8 716	+ 1 735	- 4 042	+ 5 407	+ 1 682	+ 3 049	- 4 628
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	+ 180 452	- 193 096	- 40 553	- 91 729	- 93 948	- 144 186	- 31 846	- 87 740	+ 24 977
Eurosysteem	+ 290 397	- 233 231	+ 11 820	+ 11 213	+ 5 975	+ 2 610	+ 6 896	+ 732	+ 14 269
Staat	+ 14 929	+ 1 751	+ 26 097	+ 12 495	+ 35 593	+ 11 404	+ 12 875	+ 2 012	+ 12 262
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 132 067	+ 68 489	- 5 469	- 71 150	- 133 883	- 100 908	- 30 347	- 78 820	- 4 873
langfristig	- 226 153	- 21 394	+ 41 680	+ 3 201	+ 48 320	- 12 531	- 4 952	- 7 730	+ 2 817
kurzfristig	+ 94 082	+ 89 887	- 47 146	- 74 352	- 182 203	- 88 377	- 25 396	- 71 089	- 7 690
Unternehmen und Privatpersonen	+ 7 198	- 30 105	- 73 001	- 44 287	- 1 633	- 57 291	- 21 268	- 11 665	+ 3 318
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	- 3 358	+ 4 558	- 10 180	- 1 553	- 11 052	+ 4 313	- 3 124	+ 1 499	- 902
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 8 281	+ 9 170	- 12 754	- 4 933	+ 15 121	+ 453	- 413	- 3 527	- 769

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XI. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	Kapitalbilanz		Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Außenhandel 2)	Dienstleistungen 3)	Erwerbs- und Vermögenseinkommen	laufende Übertragungen		insgesamt 4)	darunter Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 5)		
	Mio DM										
1997	- 17 336	+ 116 467	- 7 875	- 68 692	- 4 740	- 52 496	+ 52	+ 6 671	+ 6 640	+ 10 613	
1998	- 28 696	+ 126 970	- 8 917	- 75 053	- 18 635	- 53 061	+ 1 289	+ 25 683	- 7 128	+ 1 724	
1999	- 25 177	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 11 415	- 24 785	- 154	+ 10 396	+ 12 535	+ 35 726	
2000	- 68 913	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 302	- 54 666	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 11 295	
2001	+ 830	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 21 382	- 52 526	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 22 994	
	Mio €										
1999	- 25 177	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 11 415	- 24 785	- 154	- 10 396	+ 12 535	+ 35 726	
2000	- 35 235	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 335	- 27 950	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	- 5 775	
2001	+ 424	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 10 932	- 26 856	- 387	- 11 794	+ 6 032	+ 11 757	
2002	+ 42 973	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 019	- 27 517	- 212	- 38 448	+ 2 065	- 4 313	
2003	+ 40 917	+ 129 921	- 11 148	- 34 506	- 15 067	- 28 283	+ 311	- 61 758	+ 445	+ 20 529	
2004	+ 102 833	+ 156 096	- 16 470	- 29 375	+ 20 431	- 27 849	+ 435	- 122 984	+ 1 470	+ 19 717	
2005	+ 112 906	+ 158 179	- 14 057	- 27 401	+ 24 896	- 28 712	- 1 369	- 129 635	+ 2 182	+ 18 098	
2006	+ 144 999	+ 159 048	- 12 888	- 17 346	+ 44 893	- 28 708	- 258	- 175 474	+ 2 934	+ 30 732	
2007	+ 181 150	+ 195 348	- 9 816	- 14 852	+ 43 310	- 32 841	+ 104	- 210 151	- 953	+ 28 897	
2008	+ 154 833	+ 178 297	- 14 058	- 11 585	+ 35 565	- 33 386	- 215	- 160 196	- 2 008	+ 5 577	
2009	+ 133 744	+ 138 697	- 11 604	- 10 437	+ 50 105	- 33 017	+ 74	- 145 427	+ 3 200	+ 11 609	
2010	+ 141 105	+ 154 473	- 11 415	- 8 349	+ 44 483	- 38 086	- 637	- 140 301	- 1 613	- 167	
2008 3.Vj.	+ 30 791	+ 40 225	- 3 157	- 8 932	+ 11 710	- 9 054	- 299	- 11 462	+ 1 630	- 19 031	
4.Vj.	+ 37 045	+ 33 972	- 3 977	+ 1 529	+ 12 613	- 7 092	- 661	- 43 830	- 1 584	+ 7 446	
2009 1.Vj.	+ 24 869	+ 27 576	- 3 657	- 1 984	+ 14 543	- 11 609	+ 22	- 3 419	+ 321	- 21 471	
2.Vj.	+ 26 201	+ 34 119	- 2 666	- 2 973	+ 3 742	- 6 021	+ 291	- 49 965	+ 41	+ 23 473	
3.Vj.	+ 32 190	+ 36 092	- 2 679	- 8 269	+ 15 210	- 8 164	+ 37	- 22 056	+ 2 269	- 10 171	
4.Vj.	+ 50 485	+ 40 910	- 2 603	+ 2 789	+ 16 610	- 7 222	- 276	- 69 987	+ 569	+ 19 778	
2010 1.Vj.	+ 34 528	+ 37 830	- 2 535	- 965	+ 14 296	- 14 098	+ 271	- 32 811	- 651	- 1 989	
2.Vj.	+ 28 534	+ 37 408	- 2 835	- 2 596	+ 3 131	- 6 573	- 443	- 31 734	- 801	+ 3 643	
3.Vj.	+ 31 624	+ 39 711	- 2 973	- 7 127	+ 12 900	- 10 886	+ 6	- 25 709	+ 344	- 5 921	
4.Vj.	+ 46 418	+ 39 524	- 3 072	+ 2 339	+ 14 156	- 6 529	- 472	- 50 046	+ 506	+ 4 100	
2011 1.Vj. r)	+ 35 336	+ 40 807	- 4 402	- 217	+ 13 293	- 14 146	+ 912	- 54 840	- 1 393	+ 18 593	
2.Vj. r)	+ 27 198	+ 38 303	- 3 805	- 2 381	+ 686	- 5 606	- 251	- 29 207	- 438	+ 2 259	
2009 März	+ 12 556	+ 11 401	- 1 221	+ 18	+ 5 712	- 3 354	+ 165	- 17 054	- 1 652	+ 4 333	
April	+ 7 432	+ 10 066	- 774	+ 147	+ 709	- 2 715	+ 313	- 9 810	- 590	+ 2 065	
Mai	+ 6 088	+ 10 327	- 1 031	- 335	- 2 171	- 703	+ 101	- 8 738	+ 342	+ 2 549	
Juni	+ 12 680	+ 13 726	- 860	- 2 785	+ 5 203	- 2 603	- 123	- 31 416	+ 288	+ 18 858	
Juli	+ 12 894	+ 15 592	- 978	- 3 813	+ 4 661	- 2 568	+ 24	- 3 788	- 92	- 9 130	
Aug.	+ 7 503	+ 8 999	- 959	- 2 985	+ 5 433	- 2 985	- 10	- 8 514	+ 743	+ 1 021	
Sept.	+ 11 792	+ 11 501	- 743	- 1 471	+ 5 116	- 2 611	+ 23	- 9 753	+ 1 618	- 2 062	
Okt.	+ 11 383	+ 12 466	- 591	- 1 195	+ 5 619	- 4 916	- 249	- 23 201	- 651	+ 12 067	
Nov.	+ 16 586	+ 15 962	- 1 485	+ 379	+ 5 525	- 3 794	+ 91	- 22 777	+ 1 522	+ 6 100	
Dez.	+ 22 516	+ 12 482	- 526	+ 3 605	+ 5 466	+ 1 488	- 117	- 24 010	- 302	+ 1 611	
2010 Jan.	+ 5 554	+ 8 094	- 1 038	- 1 499	+ 4 526	- 4 528	+ 64	+ 13 557	- 55	- 19 175	
Febr.	+ 10 196	+ 12 745	- 286	- 17	+ 4 637	- 6 882	+ 430	- 17 923	- 782	+ 7 296	
März	+ 18 778	+ 16 991	- 1 210	+ 551	+ 5 133	- 2 687	- 223	- 28 445	+ 187	+ 9 890	
April	+ 11 993	+ 13 178	- 816	+ 390	+ 1 479	- 2 239	- 200	- 9 518	- 116	- 2 275	
Mai	+ 3 113	+ 9 905	- 1 289	- 1 166	- 2 827	- 1 510	- 53	- 8 748	- 671	+ 5 688	
Juni	+ 13 429	+ 14 325	- 730	- 1 820	+ 4 478	- 2 824	- 190	- 13 468	- 14	+ 230	
Juli	+ 10 364	+ 13 623	- 1 263	- 2 721	+ 4 435	- 3 710	+ 420	+ 19 207	+ 20	- 29 992	
Aug.	+ 5 726	+ 9 175	- 955	- 3 158	+ 4 229	- 3 566	- 112	- 18 532	+ 119	+ 12 918	
Sept.	+ 15 534	+ 16 913	- 756	- 1 249	+ 4 236	- 3 610	- 302	- 26 385	+ 205	+ 11 153	
Okt.	+ 13 984	+ 14 298	- 644	- 826	+ 4 734	- 3 577	- 221	+ 557	+ 234	- 14 319	
Nov.	+ 13 551	+ 13 065	- 1 051	+ 892	+ 4 699	- 4 053	- 169	- 21 728	+ 81	+ 8 346	
Dez.	+ 18 883	+ 12 161	- 1 376	+ 2 273	+ 4 723	+ 1 102	- 81	- 28 875	- 820	+ 10 073	
2011 Jan. r)	+ 7 040	+ 10 108	- 1 356	- 1 191	+ 3 543	- 4 065	+ 542	- 6 102	- 182	- 1 480	
Febr. r)	+ 8 702	+ 11 929	- 1 088	+ 350	+ 4 623	- 7 111	+ 528	- 20 372	- 23	+ 11 141	
März r)	+ 19 593	+ 18 771	- 1 958	+ 624	+ 5 126	- 2 971	- 158	- 28 367	- 1 188	+ 8 932	
April r)	+ 8 992	+ 10 821	- 1 186	- 729	+ 1 805	- 1 720	- 177	- 15 203	- 563	+ 6 388	
Mai r)	+ 6 657	+ 14 787	- 904	- 449	- 5 763	- 1 015	- 65	- 13 540	+ 24	+ 6 948	
Juni r)	+ 11 549	+ 12 695	- 1 715	- 1 203	+ 4 643	- 2 871	- 10	- 463	+ 101	- 11 077	
Juli	+ 7 785	+ 10 561	- 1 432	- 2 137	+ 4 465	- 3 672	- 141	+ 5 117	- 428	- 12 761	
Aug. p)	+ 7 020	+ 11 813	- 1 833	- 4 264	+ 4 514	- 3 211	+ 334	- 15 241	+ 109	+ 7 887	

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. — 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische

Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 4 Saldo der Kapitalbilanz einschließlich Veränderung der Währungsreserven. Kapitalexport: - - 5 Zunahme: - .

XI. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2008	2009	2010	2011					
					Jan. / Jul.	April ¹⁾	Mai ¹⁾	Juni ¹⁾	Juli ¹⁾	August ¹⁾
Alle Länder ¹⁾	Ausfuhr	984 140	803 312	951 899	611 418	84 252	92 164	88 298	85 810	85 337
	Einfuhr	805 842	664 615	797 426	521 747	73 431	77 377	75 603	75 250	73 524
	Saldo	+ 178 297	+ 138 697	+ 154 473	+ 89 672	+ 10 821	+ 14 787	+ 12 695	+ 10 561	+ 11 813
I. Europäische Länder	Ausfuhr	733 092	585 826	682 376	437 372	60 790	65 498	64 022	59 929	...
	Einfuhr	567 062	463 721	552 976	362 026	50 890	53 989	53 217	52 414	...
	Saldo	+ 166 031	+ 122 105	+ 129 400	+ 75 345	+ 9 900	+ 11 509	+ 10 805	+ 7 515	...
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	622 637	500 654	578 225	367 036	51 023	54 558	54 012	49 731	...
	Einfuhr	460 887	380 323	455 896	295 015	41 390	43 856	44 821	41 883	...
	Saldo	+ 161 750	+ 120 331	+ 122 329	+ 72 020	+ 9 633	+ 10 701	+ 9 192	+ 7 848	...
EWU-Länder (17)	Ausfuhr	421 120	343 701	393 227	247 864	34 383	36 836	36 849	33 295	...
	Einfuhr	315 410	258 729	307 730	199 138	27 896	29 663	30 641	28 038	...
	Saldo	+ 105 710	+ 84 972	+ 85 497	+ 48 725	+ 6 486	+ 7 173	+ 6 207	+ 5 258	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	55 230	46 262	52 165	31 419	4 319	4 774	4 480	4 003	...
	Einfuhr	39 959	30 694	36 678	23 882	3 429	3 484	3 618	3 364	...
	Saldo	+ 15 271	+ 15 568	+ 15 487	+ 7 536	+ 890	+ 1 290	+ 862	+ 638	...
Frankreich	Ausfuhr	93 718	81 304	90 694	59 133	8 121	8 849	8 897	7 660	...
	Einfuhr	63 369	53 338	61 751	38 867	4 887	6 028	6 848	4 985	...
	Saldo	+ 30 349	+ 27 966	+ 28 943	+ 20 266	+ 3 234	+ 2 821	+ 2 049	+ 2 675	...
Italien	Ausfuhr	62 015	50 620	58 477	37 480	5 163	5 467	5 569	5 172	...
	Einfuhr	46 842	37 197	43 667	28 708	4 119	4 256	4 370	4 345	...
	Saldo	+ 15 173	+ 13 423	+ 14 810	+ 8 772	+ 1 045	+ 1 211	+ 1 198	+ 827	...
Niederlande	Ausfuhr	65 799	53 195	63 235	40 472	5 781	5 929	6 322	5 512	...
	Einfuhr	67 971	55 583	68 767	47 484	6 962	7 010	6 874	6 832	...
	Saldo	- 2 172	- 2 388	- 5 532	- 7 013	- 1 181	- 1 081	- 552	- 1 320	...
Österreich	Ausfuhr	54 689	46 093	53 721	33 697	4 750	5 067	4 938	4 759	...
	Einfuhr	33 180	27 565	34 315	21 920	3 125	3 303	3 300	3 245	...
	Saldo	+ 21 509	+ 18 528	+ 19 406	+ 11 777	+ 1 625	+ 1 764	+ 1 638	+ 1 515	...
Spanien	Ausfuhr	42 676	31 281	34 381	21 020	2 805	3 136	3 071	2 848	...
	Einfuhr	20 701	18 959	22 258	13 724	1 890	1 985	2 076	1 860	...
	Saldo	+ 21 975	+ 12 322	+ 12 122	+ 7 296	+ 915	+ 1 150	+ 995	+ 988	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	201 517	156 953	184 998	119 172	16 640	17 721	17 163	16 436	...
	Einfuhr	145 478	121 594	148 166	95 877	13 494	14 194	14 179	13 846	...
	Saldo	+ 56 039	+ 35 359	+ 36 832	+ 23 295	+ 3 146	+ 3 528	+ 2 984	+ 2 590	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	64 175	53 240	59 487	37 927	5 054	5 502	5 210	5 380	...
	Einfuhr	41 646	32 452	38 594	25 407	3 628	3 626	3 541	3 888	...
	Saldo	+ 22 529	+ 20 787	+ 20 894	+ 12 520	+ 1 426	+ 1 876	+ 1 670	+ 1 492	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	110 455	85 172	104 151	70 336	9 767	10 940	10 010	10 198	...
	Einfuhr	106 174	83 398	97 080	67 011	9 499	10 133	8 397	10 530	...
	Saldo	+ 4 281	+ 1 774	+ 7 071	+ 3 325	+ 268	+ 808	+ 1 613	- 333	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	39 027	35 510	41 712	26 887	3 589	4 115	3 707	3 840	...
	Einfuhr	31 299	28 096	32 485	20 777	2 710	3 237	2 967	3 052	...
	Saldo	+ 7 728	+ 7 414	+ 9 227	+ 6 111	+ 879	+ 879	+ 740	+ 788	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	249 199	216 466	276 825	173 544	23 424	26 472	24 240	25 842	...
	Einfuhr	238 050	200 303	253 163	159 738	22 541	23 387	22 386	22 855	...
	Saldo	+ 11 150	+ 16 163	+ 23 662	+ 13 806	+ 883	+ 3 084	+ 1 853	+ 2 987	...
1. Afrika	Ausfuhr	19 636	17 412	20 033	11 881	1 620	1 741	1 700	1 786	...
	Einfuhr	20 661	14 235	16 991	13 299	2 016	1 442	2 017	1 892	...
	Saldo	- 1 024	+ 3 177	+ 3 043	- 1 417	- 395	+ 299	- 317	- 106	...
2. Amerika	Ausfuhr	101 866	78 727	99 924	62 333	8 386	9 417	8 889	9 325	...
	Einfuhr	73 884	60 498	71 294	46 238	6 479	7 464	6 692	6 276	...
	Saldo	+ 27 982	+ 18 229	+ 28 630	+ 16 096	+ 1 907	+ 1 952	+ 2 197	+ 3 049	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	71 428	54 356	65 570	41 338	5 449	6 199	5 925	6 159	...
	Einfuhr	46 464	39 283	45 063	27 992	3 900	4 530	3 775	3 677	...
	Saldo	+ 24 965	+ 15 074	+ 20 507	+ 13 346	+ 1 549	+ 1 669	+ 2 149	+ 2 482	...
3. Asien	Ausfuhr	120 102	113 179	147 870	93 805	12 639	14 389	12 864	13 884	...
	Einfuhr	140 585	122 823	161 776	97 919	13 616	14 127	13 346	14 394	...
	Saldo	- 20 483	- 9 644	- 13 906	- 4 114	- 977	+ 262	- 483	- 509	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	27 498	23 598	28 126	15 005	2 048	2 241	2 024	2 202	...
	Einfuhr	7 943	5 506	6 881	4 282	624	630	621	718	...
	Saldo	+ 19 555	+ 18 092	+ 21 245	+ 10 723	+ 1 424	+ 1 611	+ 1 403	+ 1 484	...
Japan	Ausfuhr	12 732	10 875	13 114	8 258	1 072	1 129	1 129	1 285	...
	Einfuhr	23 130	18 946	22 065	13 586	1 947	1 899	1 858	1 921	...
	Saldo	- 10 398	- 8 071	- 8 951	- 5 327	- 875	- 771	- 730	- 636	...
Volksrepublik China ²⁾	Ausfuhr	34 065	37 273	53 636	37 020	4 876	5 835	5 142	5 409	...
	Einfuhr	60 825	56 706	76 528	44 150	5 916	6 670	6 245	6 304	...
	Saldo	- 26 760	- 19 434	- 22 892	- 7 130	- 1 040	- 835	- 1 103	- 896	...
Südostasiatische Schwellenländer ³⁾	Ausfuhr	32 572	28 606	38 054	23 926	3 323	3 736	3 181	3 523	...
	Einfuhr	33 152	28 338	39 025	23 454	3 138	3 311	3 013	3 434	...
	Saldo	- 580	+ 268	- 971	+ 472	+ 186	+ 424	+ 168	+ 89	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	7 595	7 147	8 997	5 524	778	925	787	848	...
	Einfuhr	2 920	2 747	3 102	2 283	430	354	331	294	...
	Saldo	+ 4 674	+ 4 401	+ 5 895	+ 3 242	+ 348	+ 571	+ 456	+ 553	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. Die Angaben für das

Jahr 2010 enthalten Korrekturen, die regional aufgedgliedert noch nicht vorliegen. — 2 Ohne Hongkong. — 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan und Thailand.

XI. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland,
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen							übrige Dienstleistungen			Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	zusammen	darunter:				
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbeserungen			
2006	- 17 346	- 32 771	+ 5 723	+ 2 232	- 1 895	+ 3 736	+ 5 629	- 1 790	+ 3 980	- 773	+ 45 666	
2007	- 14 852	- 34 324	+ 6 756	+ 2 801	- 2 016	+ 3 309	+ 8 622	- 1 964	+ 3 197	+ 252	+ 43 058	
2008	- 11 585	- 34 718	+ 8 300	+ 4 106	- 1 337	+ 2 372	+ 9 691	- 1 648	+ 3 145	+ 463	+ 35 103	
2009	- 10 437	- 33 341	+ 6 873	+ 3 848	+ 804	+ 2 369	+ 9 011	- 1 256	+ 2 563	- 126	+ 50 231	
2010	- 8 349	- 32 778	+ 7 056	+ 3 709	+ 992	+ 2 470	+ 10 202	- 1 155	+ 2 887	- 269	+ 44 751	
2009 4.Vj.	+ 2 789	- 5 750	+ 1 478	+ 1 533	+ 1 504	+ 494	+ 3 529	- 313	+ 1 012	- 509	+ 17 119	
2010 1.Vj.	- 965	- 5 171	+ 1 497	+ 920	+ 112	+ 608	+ 1 068	- 246	+ 584	+ 443	+ 13 853	
2.Vj.	- 2 596	- 8 514	+ 2 038	+ 663	+ 438	+ 595	+ 2 184	- 267	+ 716	+ 294	+ 2 837	
3.Vj.	- 7 127	- 13 252	+ 1 910	+ 1 033	- 289	+ 596	+ 2 875	- 329	+ 649	+ 584	+ 13 484	
4.Vj.	+ 2 339	- 5 841	+ 1 611	+ 1 093	+ 731	+ 671	+ 4 075	- 313	+ 938	- 423	+ 14 578	
2011 1.Vj.	- 217	- 5 563	+ 1 402	+ 709	- 141	+ 596	+ 2 781	- 248	+ 618	+ 410	+ 12 883	
2.Vj.	- 2 381	- 8 180	+ 2 153	+ 805	+ 400	+ 675	+ 1 767	- 248	+ 669	+ 287	+ 399	
2010 Okt.	- 826	- 3 176	+ 496	+ 239	- 75	+ 213	+ 1 479	- 88	+ 261	- 164	+ 4 898	
Nov.	+ 892	- 1 640	+ 550	+ 330	+ 197	+ 271	+ 1 184	- 101	+ 375	- 185	+ 4 884	
Dez.	+ 2 273	- 1 025	+ 565	+ 525	+ 609	+ 187	+ 1 412	- 124	+ 302	- 74	+ 4 796	
2011 Jan.	- 1 191	- 1 994	+ 411	+ 391	- 198	+ 187	+ 13	- 87	+ 150	+ 131	+ 3 413	
Febr.	+ 350	- 1 486	+ 489	+ 64	+ 244	+ 194	+ 845	- 64	+ 264	+ 130	+ 4 494	
März	+ 624	- 2 083	+ 502	+ 253	- 187	+ 215	+ 1 924	- 97	+ 204	+ 150	+ 4 977	
April	- 729	- 1 830	+ 645	+ 301	+ 86	+ 229	- 160	- 47	+ 235	+ 94	+ 1 711	
Mai	- 449	- 2 576	+ 783	+ 291	+ 313	+ 234	+ 506	- 117	+ 196	+ 102	- 5 864	
Juni	- 1 203	- 3 774	+ 724	+ 213	+ 1	+ 212	+ 1 421	- 84	+ 238	+ 92	+ 4 552	
Juli	- 2 137	- 4 238	+ 727	+ 434	- 90	+ 223	+ 808	- 108	+ 116	- 185	+ 4 650	
Aug.	- 4 264	- 5 479	+ 631	+ 243	+ 70	+ 224	+ 47	- 114	+ 187	- 185	+ 4 699	

1 Ergebnisse ab Januar 2001 mit größerer Unsicherheit behaftet.— 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten.— 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärische Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom
Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
2006	- 28 708	- 15 998	- 16 404	- 14 850	+ 406	- 12 710	- 2 927	- 9 783
2007	- 32 841	- 17 393	- 19 331	- 17 548	+ 1 939	- 15 448	- 2 997	- 12 451
2008	- 33 386	- 17 003	- 18 741	- 16 645	+ 1 738	- 16 384	- 3 079	- 13 304
2009	- 33 017	- 18 830	- 19 044	- 16 603	+ 214	- 14 187	- 2 995	- 11 192
2010	- 38 086	- 22 960	- 22 607	- 19 542	- 353	- 15 126	- 3 035	- 12 092
2009 4.Vj.	- 7 222	- 3 744	- 2 785	- 2 216	- 959	- 3 478	- 749	- 2 729
2010 1.Vj.	- 14 098	- 10 921	- 10 086	- 8 986	- 835	- 3 177	- 759	- 2 418
2.Vj.	- 6 573	- 2 298	- 4 393	- 3 771	+ 2 095	- 4 275	- 759	- 3 516
3.Vj.	- 10 886	- 7 168	- 6 457	- 5 662	- 711	- 3 718	- 759	- 2 960
4.Vj.	- 6 529	- 2 573	- 1 670	- 1 123	- 903	- 3 956	- 759	- 3 197
2011 1.Vj.	- 14 146	- 10 553	- 9 872	- 8 949	- 682	- 3 593	- 744	- 2 849
2.Vj.	- 5 606	- 1 061	- 4 865	- 4 255	+ 3 804	- 4 545	- 744	- 3 801
2010 Okt.	- 3 577	- 2 716	- 2 335	- 2 085	- 381	- 862	- 253	- 609
Nov.	- 4 053	- 2 758	- 2 271	- 2 145	- 487	- 1 296	- 253	- 1 043
Dez.	+ 1 102	+ 2 901	+ 2 935	+ 3 108	- 35	- 1 799	- 253	- 1 546
2011 Jan.	- 4 065	- 2 943	- 2 904	- 2 415	- 39	- 1 122	- 248	- 874
Febr.	- 7 111	- 5 882	- 5 439	- 5 128	- 443	- 1 229	- 248	- 981
März	- 2 971	- 1 729	- 1 529	- 1 406	- 200	- 1 242	- 248	- 994
April	- 1 720	- 590	- 1 637	- 1 272	+ 1 046	- 1 130	- 248	- 882
Mai	- 1 015	+ 1 061	- 1 666	- 1 562	+ 2 727	- 2 076	- 248	- 1 828
Juni	- 2 871	- 1 532	- 1 562	- 1 421	+ 30	- 1 339	- 248	- 1 091
Juli	- 3 672	- 2 479	- 2 107	- 1 932	- 373	- 1 193	- 248	- 945
Aug.	- 3 211	- 2 109	- 1 826	- 1 484	- 283	- 1 102	- 248	- 854

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

6. Vermögensübertragungen
(Salden)

Mio €

Zeit	insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
2007	+ 104	- 2 034	+ 2 138
2008	- 215	- 1 857	+ 1 642
2009	+ 74	- 1 704	+ 1 778
2010	- 637	- 2 044	+ 1 407
2009 4.Vj.	- 276	- 633	+ 357
2010 1.Vj.	+ 271	- 402	+ 673
2.Vj.	- 443	- 403	- 40
3.Vj.	+ 6	- 425	+ 431
4.Vj.	- 472	- 815	+ 343
2011 1.Vj.	+ 912	- 405	+ 1 317
2.Vj.	- 251	- 429	+ 178
2010 Okt.	- 221	- 177	- 45
Nov.	- 169	- 202	+ 33
Dez.	- 81	- 436	+ 355
2011 Jan.	+ 542	- 122	+ 664
Febr.	+ 528	- 108	+ 636
März	- 158	- 175	+ 17
April	- 177	- 128	- 49
Mai	- 65	- 141	+ 76
Juni	- 10	- 160	+ 150
Juli	- 141	- 161	+ 20
Aug.	+ 334	- 150	+ 484

— 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

XI. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2008	2009	2010	2010		2011				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Juni	Juli	Aug.
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 200 157	- 10 911	- 399 139	- 79 657	- 102 141	- 51 097	- 71 793	+ 45 164	- 3 192	- 102 548
1. Direktinvestitionen ¹⁾	- 52 663	- 56 292	- 80 756	+ 7 533	- 11 270	- 26 355	+ 889	+ 6 426	+ 418	- 1 580
Beteiligungskapital	- 52 227	- 51 427	- 43 540	- 946	- 11 525	- 6 874	- 8 469	- 3 132	+ 1 980	- 2 075
reinvestierte Gewinne ²⁾	+ 17 073	- 22 735	- 23 470	- 7 992	- 5 058	- 9 236	- 6 461	- 1 787	- 2 910	- 2 511
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	- 17 508	+ 17 871	- 13 745	+ 16 471	+ 5 312	- 10 245	+ 15 819	+ 11 344	+ 1 347	+ 3 007
2. Wertpapieranlagen	+ 25 099	- 69 144	- 171 328	- 24 915	- 115 741	- 20 714	- 16 302	+ 2 662	+ 7 142	+ 3 403
Aktien ³⁾	+ 39 133	- 2 821	+ 173	+ 2 793	- 2 285	+ 4 793	- 8 418	- 2 670	+ 3 420	+ 3 477
Investmentzertifikate ⁴⁾	- 7 600	+ 1 775	- 21 753	- 7 721	- 3 190	- 2 916	- 2 299	- 378	+ 1 800	+ 2 227
Anleihen ⁵⁾	- 24 151	- 81 203	- 156 134	- 17 250	- 115 902	- 19 965	+ 2 491	+ 3 630	+ 4 082	+ 1 043
Geldmarktpapiere	+ 17 717	+ 13 105	+ 6 387	- 2 738	+ 5 636	- 2 626	- 8 075	+ 2 081	- 2 161	- 3 344
3. Finanzderivate ⁶⁾	- 30 235	+ 12 368	- 17 608	- 7 898	+ 267	- 11 474	- 5 292	- 263	- 448	- 3 214
4. übriger Kapitalverkehr	- 140 350	+ 98 957	- 127 834	- 54 720	+ 25 109	+ 8 838	- 50 650	+ 36 237	- 9 876	- 101 266
Monetäre Finanzinstitute ^{7) 8)}	- 71 888	+ 176 553	+ 138 535	+ 41 677	+ 96 260	+ 34 446	- 21 915	+ 45 962	- 1 698	- 38 871
langfristig	- 142 271	+ 25 779	+ 77 701	+ 29 327	+ 26 615	+ 5 073	+ 2 120	- 19	- 7 886	- 1 557
kurzfristig	+ 70 382	+ 150 774	+ 60 833	+ 12 350	+ 69 645	+ 29 373	- 24 035	+ 45 981	+ 6 188	- 37 313
Unternehmen und Privatpersonen	- 26 758	- 18 390	- 57 669	- 34 893	- 2 768	- 27 258	- 8 652	+ 11 142	- 12 003	- 18 101
langfristig	- 23 572	- 22 263	- 39 834	- 13 769	- 7 214	- 9 599	- 1 200	+ 9 474	- 3 104	+ 705
kurzfristig ⁷⁾	- 3 187	+ 3 872	- 17 835	- 21 124	+ 4 446	- 17 660	- 7 452	+ 1 668	- 8 899	- 18 806
Staat	+ 2 896	+ 2 061	- 61 067	- 942	- 52 494	- 675	- 6 772	- 7 968	+ 10 947	+ 2 468
langfristig	- 238	- 596	- 52 757	+ 656	- 41 371	+ 1 777	- 377	- 1 249	+ 191	+ 76
kurzfristig ⁷⁾	+ 3 135	+ 2 657	- 8 309	- 1 598	- 11 122	- 2 452	- 6 395	- 6 720	+ 10 756	+ 2 391
Bundesbank	- 44 600	- 61 267	- 147 633	- 60 563	- 15 890	+ 2 325	- 13 311	- 12 899	- 7 123	- 46 762
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	- 2 008	+ 3 200	- 1 613	+ 344	- 506	- 1 393	- 438	+ 101	- 428	+ 109
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 39 962	- 134 516	+ 258 838	+ 53 947	+ 52 095	- 3 743	+ 42 586	- 45 627	+ 8 309	+ 87 307
1. Direktinvestitionen ¹⁾	+ 2 879	+ 27 085	+ 34 833	+ 7 947	+ 10 267	+ 856	+ 2 774	+ 2 456	+ 266	+ 163
Beteiligungskapital	+ 22 800	+ 8 528	+ 7 955	+ 3 862	- 212	- 1 513	+ 757	- 92	- 489	+ 773
reinvestierte Gewinne ²⁾	- 21 491	+ 1 389	+ 5 303	+ 3 130	+ 343	+ 3 911	- 438	+ 77	+ 939	+ 1 173
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 1 571	+ 17 168	+ 21 575	+ 955	+ 10 137	- 1 542	+ 2 455	+ 2 471	- 185	- 1 783
2. Wertpapieranlagen	+ 26 328	- 13 571	+ 46 408	+ 32 037	+ 8 003	+ 47 794	+ 71 478	+ 9 949	- 4 765	+ 32 488
Aktien ³⁾	- 34 734	+ 2 334	- 4 073	+ 1 989	- 2 089	- 4 920	+ 11 748	+ 14 854	+ 224	- 2 447
Investmentzertifikate	- 8 715	+ 5 406	+ 2 408	- 504	+ 1 160	+ 2 399	+ 864	- 796	+ 2 651	+ 10
Anleihen ⁵⁾	+ 29 841	- 71 690	+ 48 308	+ 21 537	- 7 321	+ 32 448	+ 37 583	- 616	- 17 327	+ 24 310
Geldmarktpapiere	+ 39 935	+ 50 379	- 235	+ 9 015	+ 16 253	+ 17 866	+ 21 283	- 3 493	+ 9 688	+ 10 614
3. übriger Kapitalverkehr	+ 10 755	- 148 031	+ 177 597	+ 13 964	+ 33 824	- 52 393	- 31 666	- 58 031	+ 12 808	+ 54 656
Monetäre Finanzinstitute ^{7) 8)}	- 57 268	- 114 873	+ 76 198	+ 745	- 49 228	- 39 262	- 30 470	- 59 379	- 947	+ 47 429
langfristig	+ 12 805	- 23 849	- 5 855	- 2 417	- 640	- 3 597	- 6 879	- 3 701	+ 1 327	- 113
kurzfristig	- 70 073	- 91 024	+ 82 052	+ 3 162	- 48 588	- 35 666	- 23 592	- 55 679	- 2 274	+ 47 543
Unternehmen und Privatpersonen	+ 47 437	- 6 087	+ 2 683	+ 9 159	- 6 861	- 3 420	+ 2 064	- 1 957	+ 9 972	+ 5 464
langfristig	+ 26 991	+ 1 773	- 5 173	- 2 014	- 2 679	- 5 685	- 6 183	- 1 672	+ 699	- 447
kurzfristig ⁷⁾	+ 20 445	- 7 860	+ 7 856	+ 11 174	- 4 182	+ 2 265	+ 8 247	- 285	+ 9 272	+ 5 911
Staat	+ 6 235	- 5 290	+ 93 198	+ 4 230	+ 86 286	- 8 670	- 406	+ 4 169	+ 2 413	- 1 546
langfristig	- 1 161	- 2 013	- 232	+ 101	+ 299	+ 243	+ 1 755	+ 2 200	+ 124	- 28
kurzfristig ⁷⁾	+ 7 396	- 3 276	+ 93 430	+ 4 129	+ 85 987	- 8 913	- 2 161	+ 1 969	+ 2 288	- 1 518
Bundesbank	+ 14 351	- 21 782	+ 5 518	- 170	+ 3 627	- 1 042	- 2 854	- 865	+ 1 371	+ 3 308
III. Saldo der Kapitalbilanz ⁹⁾ (Nettokapitalausfuhr: -)	- 160 196	- 145 427	- 140 301	- 25 709	- 50 046	- 54 840	- 29 207	- 463	+ 5 117	- 15 241

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XI. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	insgesamt	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen	
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forde- rungen an die EZB 2)					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	insgesamt	Währungsreserven				sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUWU- Ländern		
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2010 Juni	444 756	160 629	110 727	19 039	30 863	50	261 416	22 662	11 220	433 536
Juli	452 125	145 637	98 074	18 507	29 056	50	283 223	23 216	11 557	440 569
Aug.	473 073	155 245	106 417	18 798	30 030	50	294 597	23 181	10 910	462 163
Sept.	496 333	150 758	105 059	18 188	27 511	50	321 979	23 547	10 995	485 338
Okt.	472 762	150 481	105 507	17 972	27 002	50	298 661	23 569	12 729	460 032
Nov.	497 807	162 835	115 698	18 397	28 740	50	311 444	23 479	11 281	486 526
Dez.	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2011 Jan.	492 995	152 428	106 493	18 667	27 268	50	314 944	25 574	13 719	479 276
Febr.	515 777	156 964	111 426	18 532	27 005	50	333 010	25 754	12 100	503 677
März	516 360	155 718	110 136	19 253	26 329	50	335 543	25 049	13 569	502 791
April	502 690	157 344	112 655	18 818	25 871	50	321 422	23 875	12 011	490 679
Mai	522 887	162 854	116 831	19 202	26 821	50	335 955	24 028	11 566	511 322
Juni	531 716	159 745	114 087	19 098	26 560	50	348 854	23 067	10 700	521 016
Juli	549 738	170 639	123 740	19 901	26 998	50	355 977	23 072	12 077	537 661
Aug.	622 802	184 687	138 174	19 774	26 739	50	402 739	35 327	15 380	607 422
Sept.	686 659	181 430	131 912	20 862	28 655	50	461 927	43 253	13 809	672 850

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreiten-

den Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. — 5 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XI. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2007	509 178	162 654	346 524	196 178	150 346	139 842	10 504	650 966	111 543	539 423	404 904	134 519	82 979	51 540
2008	553 465	173 255	380 210	227 055	153 155	140 520	12 635	707 704	147 242	560 462	424 211	136 251	79 980	56 271
2009	593 591	209 729	383 862	240 727	143 135	130 605	12 530	754 355	159 667	594 688	457 468	137 220	80 759	56 461
2010	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	804 695	159 601	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2011 März	698 653	244 947	453 706	286 702	167 004	151 699	15 305	805 282	151 778	653 504	502 145	151 359	88 337	63 022
April	696 810	245 892	450 918	284 647	166 271	150 763	15 508	811 012	153 508	657 504	506 775	150 729	86 431	64 298
Mai	718 924	258 838	460 086	291 826	168 260	152 515	15 745	819 831	155 596	664 235	513 556	150 679	85 337	65 342
Juni	708 789	258 103	450 686	281 190	169 496	153 825	15 671	831 722	157 780	673 942	522 016	151 926	86 973	64 953
Juli	722 209	267 205	455 004	287 583	167 421	151 778	15 643	842 832	164 298	678 534	526 366	152 168	86 505	65 663
Aug.	735 308	283 424	451 884	288 335	163 549	147 577	15 972	848 127	170 558	677 569	530 211	147 358	80 839	66 519
Industrieländer ¹⁾														
2007	452 354	160 666	291 688	180 564	111 124	103 104	8 020	590 245	110 291	479 954	384 024	95 930	69 347	26 583
2008	489 430	171 387	318 043	207 807	110 236	101 002	9 234	643 652	145 045	498 607	402 020	96 587	68 148	28 439
2009	531 796	208 571	323 225	220 778	102 447	93 566	8 881	684 984	157 343	527 641	431 525	96 116	68 912	27 204
2010	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	723 154	157 032	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2011 März	622 598	243 569	379 029	262 884	116 145	104 506	11 639	722 932	149 238	573 694	467 684	106 010	74 105	31 905
April	619 487	244 734	374 753	260 065	114 688	102 907	11 781	728 238	151 125	577 113	472 222	104 891	72 242	32 649
Mai	640 601	257 640	382 961	266 647	116 314	104 150	12 164	737 988	153 218	584 770	479 695	105 075	71 852	33 223
Juni	630 725	256 817	373 908	255 877	118 031	105 863	12 168	749 820	155 366	594 454	487 851	106 603	73 664	32 939
Juli	642 801	265 862	376 939	261 928	115 011	102 822	12 189	759 886	161 866	598 020	492 028	105 992	72 618	33 374
Aug.	655 871	282 043	373 828	262 698	111 130	98 702	12 428	765 235	168 121	597 114	495 833	101 281	67 216	34 065
EU-Länder ¹⁾														
2007	364 105	154 644	209 461	127 080	82 381	75 942	6 439	489 234	105 022	384 212	318 769	65 443	46 262	19 181
2008	398 833	164 762	234 071	151 391	82 680	75 192	7 488	536 351	137 208	399 143	331 498	67 645	46 188	21 457
2009	443 431	200 400	243 031	165 986	77 045	70 051	6 994	579 596	141 633	437 963	367 980	69 983	48 977	21 006
2010	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	615 655	148 327	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2011 März	517 530	232 896	284 634	198 253	86 381	76 842	9 539	616 340	141 104	475 236	398 178	77 058	51 576	25 482
April	516 479	234 048	282 431	197 082	85 349	75 711	9 638	621 671	143 439	478 232	402 600	75 632	49 441	26 191
Mai	536 675	246 676	289 999	203 907	86 092	76 343	9 749	629 953	145 459	484 494	408 972	75 522	48 923	26 599
Juni	527 918	246 356	281 562	194 117	87 445	77 673	9 772	640 902	147 106	493 796	416 538	77 258	50 922	26 336
Juli	541 068	255 413	285 655	200 458	85 197	75 431	9 766	650 146	154 060	496 086	419 899	76 187	49 502	26 685
Aug.	549 770	267 045	282 725	201 265	81 460	71 490	9 970	653 554	158 524	495 030	422 331	72 699	45 530	27 169
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2007	251 718	118 112	133 606	79 745	53 861	49 537	4 324	367 318	56 632	310 686	269 095	41 591	28 964	12 627
2008	281 518	130 226	151 292	96 968	54 324	49 408	4 916	415 221	81 703	333 518	290 093	43 425	29 768	13 657
2009	321 991	159 740	162 251	114 378	47 873	43 179	4 694	466 064	91 792	374 272	332 280	41 992	28 397	13 595
2010	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	494 943	95 687	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2011 März	384 470	183 763	200 707	142 592	58 115	52 164	5 951	494 474	90 991	403 483	352 111	51 372	35 014	16 358
April	383 318	185 118	198 200	140 424	57 776	51 820	5 956	498 473	93 258	405 215	355 135	50 080	33 472	16 608
Mai	401 448	195 688	205 760	147 119	58 641	52 611	6 030	508 198	96 187	412 011	361 143	50 868	33 911	16 957
Juni	394 643	192 988	201 655	141 579	60 076	54 085	5 991	518 130	97 430	420 700	368 894	51 806	35 021	16 785
Juli	409 922	204 629	205 293	147 241	58 052	52 067	5 985	531 725	105 614	426 111	374 540	51 571	34 587	16 984
Aug.	413 495	210 079	203 416	148 459	54 957	48 930	6 027	530 471	105 236	425 235	375 913	49 322	31 959	17 363
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2007	56 824	1 988	54 836	15 614	39 222	36 738	2 484	60 721	1 252	59 469	20 880	38 589	13 632	24 957
2008	64 035	1 868	62 167	19 248	42 919	39 518	3 401	64 052	2 197	61 855	22 191	39 664	11 832	27 832
2009	61 795	1 158	60 637	19 949	40 688	37 039	3 649	69 371	2 324	67 047	25 943	41 104	11 847	29 257
2010	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2011 März	76 055	1 378	74 677	23 818	50 859	47 193	3 666	82 350	2 540	79 810	34 461	45 349	14 232	31 117
April	77 323	1 158	76 165	24 582	51 583	47 856	3 727	82 774	2 383	80 391	34 553	45 838	14 189	31 649
Mai	78 323	1 198	77 125	25 179	51 946	48 365	3 581	81 843	2 378	79 465	33 861	45 604	13 485	32 119
Juni	78 064	1 286	76 778	25 313	51 465	47 962	3 503	81 902	2 414	79 488	34 165	45 323	13 309	32 014
Juli	79 408	1 343	78 065	25 655	52 410	48 956	3 454	82 946	2 432	80 514	34 338	46 176	13 887	32 289
Aug.	79 437	1 381	78 056	25 637	52 419	48 875	3 544	82 892	2 437	80 455	34 378	46 077	13 623	32 454

* Bis November 2009 einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Ab

Januar 2007 einschl. Bulgarien und Rumänien. — 2 Ab Januar 2007 einschl. Slowenien; ab Januar 2008 einschl. Malta und Zypern; ab Januar 2009 einschl. Slowakei; ab Januar 2011 einschl. Estland. — 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Dezember 2010 einschl. Niederländische Antillen; ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl. Teil).

XI. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... WE

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,6427	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2010 April	1,4463	9,1505	7,4428	125,33	1,3467	7,9323	9,6617	1,4337	1,3406	0,87456
Mai	1,4436	8,5794	7,4413	115,83	1,3060	7,8907	9,6641	1,4181	1,2565	0,85714
Juni	1,4315	8,3245	7,4409	110,99	1,2674	7,9062	9,5723	1,3767	1,2209	0,82771
Juli	1,4586	8,6538	7,4522	111,73	1,3322	8,0201	9,4954	1,3460	1,2770	0,83566
Aug.	1,4337	8,7520	7,4495	110,04	1,3411	7,9325	9,4216	1,3413	1,2894	0,82363
Sept.	1,3943	8,8104	7,4476	110,26	1,3515	7,9156	9,2241	1,3089	1,3067	0,83987
Okt.	1,4164	9,2665	7,4567	113,67	1,4152	8,1110	9,2794	1,3452	1,3898	0,87638
Nov.	1,3813	9,0895	7,4547	112,69	1,3831	8,1463	9,3166	1,3442	1,3661	0,85510
Dez.	1,3304	8,7873	7,4528	110,11	1,3327	7,9020	9,0559	1,2811	1,3220	0,84813
2011 Jan.	1,3417	8,8154	7,4518	110,38	1,3277	7,8199	8,9122	1,2779	1,3360	0,84712
Febr.	1,3543	8,9842	7,4555	112,77	1,3484	7,8206	8,7882	1,2974	1,3649	0,84635
März	1,3854	9,1902	7,4574	114,40	1,3672	7,8295	8,8864	1,2867	1,3999	0,86653
April	1,3662	9,4274	7,4574	120,42	1,3834	7,8065	8,9702	1,2977	1,4442	0,88291
Mai	1,3437	9,3198	7,4566	116,47	1,3885	7,8384	8,9571	1,2537	1,4349	0,87788
Juni	1,3567	9,3161	7,4579	115,75	1,4063	7,8302	9,1125	1,2092	1,4388	0,88745
Juli	1,3249	9,2121	7,4560	113,26	1,3638	7,7829	9,1340	1,1766	1,4264	0,88476
Aug.	1,3651	9,1857	7,4498	110,43	1,4071	7,7882	9,1655	1,1203	1,4343	0,87668
Sept.	1,3458	8,7994	7,4462	105,75	1,3794	7,7243	9,1343	1,2005	1,3770	0,87172

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5

Devisenkursstatistik. — 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. — 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... WE
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466

XI. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft								
	EWK-20 1)		EWK-40 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	24 ausgewählte Industrieländer 4)			36 Länder 5) 6)	24 ausgewählte Industrieländer 4)	36 Länder 5)	56 Länder 7)
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU				
1999	96,2	96,0	95,9	96,4	96,5	95,8	97,7	99,5	95,5	97,6	98,2	98,0	97,7
2000	86,9	86,5	86,0	85,7	87,9	85,8	91,5	97,1	85,0	90,9	92,8	91,9	90,9
2001	87,6	87,2	86,6	84,8	90,4	87,1	91,0	95,8	85,4	90,1	92,9	91,3	90,8
2002	90,0	90,3	89,5	87,9	94,8	90,7	91,6	94,9	87,9	90,5	93,5	91,9	91,7
2003	100,6	101,5	100,4	98,3	106,8	101,6	95,0	93,9	96,9	94,2	97,0	96,5	96,7
2004	104,4	105,3	103,2	102,2	111,4	105,2	95,1	92,6	99,1	94,2	98,4	98,0	98,2
2005	102,9	103,8	101,3	99,8	109,4	102,7	93,9	91,2	98,1	92,1	98,4	96,9	96,5
2006	102,8	103,8	100,5	98,7	109,4	102,0	92,5	89,6	97,1	90,5	98,5	96,4	95,8
2007	106,4	106,8	102,7	100,5	113,0	104,3	93,4	88,8	100,9	90,9	100,8	97,9	97,1
2008	110,4	109,9	105,1	104,1	117,9	107,1	93,8	87,3	104,4	90,8	102,4	98,4	97,6
2009	111,7	110,6	106,1	106,0	120,6	108,0	93,3	87,3	103,1	91,3	102,0	98,5	98,0
2010	104,6	103,0	98,4	98,0	112,3	99,3	90,6	86,7	96,8 p)	88,2	98,9	94,5	92,9
2008 Febr.	109,8	109,2	105,8	104,2	116,4	106,2	94,3	87,8	105,0	91,4	102,5	98,7	97,7
2008 März	112,5	112,2			119,8	109,4					103,4	99,9	99,2
2008 April	113,6	113,1			121,2	110,3					103,6	99,8	99,2
2008 Mai	113,1	112,7	107,7	106,9	120,4	109,6	94,9	87,3	107,5	91,8	103,6	99,7	98,9
2008 Juni	112,8	112,4			120,3	109,4					103,5	99,3	98,6
2008 Juli	113,0	112,4			120,5	109,4					103,9	99,3	98,6
2008 Aug.	110,8	110,0			117,7	106,6	94,1	87,0	105,7	90,6	102,8	98,2	97,1
2008 Sept.	109,1	108,2			116,3	105,2					101,9	97,4	96,5
2008 Okt.	105,6	104,9			113,7	102,8					99,8	95,8	95,1
2008 Nov.	104,8	104,3	101,6	100,8	112,9	102,0	91,8	87,1	99,4	89,4	99,8	95,6	94,9
2008 Dez.	110,0	109,5			118,7	107,2					101,8	98,0	97,6
2009 Jan.	109,8	109,3			118,7	107,1					101,5	97,9	97,5
2009 Febr.	108,7	108,1	104,6	104,5	117,8	106,2	92,2	87,0	100,6	90,6	100,7	97,7	97,4
2009 März	111,2	110,3			120,5	108,3					101,6	98,4	98,1
2009 April	110,3	109,5			119,1	107,1					101,6	98,0	97,4
2009 Mai	110,9	109,9	105,8	105,5	119,6	107,3	93,2	87,4	102,7	91,3	101,7	98,1	97,5
2009 Juni	112,0	111,0			120,8	108,4					102,1	98,8	98,2
2009 Juli	111,6	110,4			120,6	107,8					102,0	98,4	97,8
2009 Aug.	111,6	110,5			120,7	108,0	93,7	87,5	103,8	91,5	102,1	98,5	97,9
2009 Sept.	112,9	111,4	106,4	105,9	122,0	108,8					102,4	98,8	98,2
2009 Okt.	114,2	112,7			123,0	109,6					102,9	99,4	98,7
2009 Nov.	114,0	112,4	107,5	107,9	122,9	109,4	94,2	87,5	105,4	91,9	102,7	99,2	98,5
2009 Dez.	113,0	111,2			121,7	108,1					102,5	98,9	98,0
2010 Jan.	110,8	109,0			119,2	105,6					101,5	97,6	96,5
2010 Febr.	108,0	106,1	102,3	102,3	116,3	102,8	92,3	87,1	100,8	89,9	100,4	96,2	95,0
2010 März	107,4	105,8			115,2	102,2					100,4	95,9	94,5
2010 April	106,1	104,5			113,5	100,6					99,7	95,0	93,4
2010 Mai	102,8	101,4	97,1	96,8	109,9	97,5	90,2	86,7	95,7	87,7	98,3	93,6	91,9
2010 Juni	100,6	99,3			107,7	95,6					97,2	92,7	90,9
2010 Juli	102,5	101,1			109,9	97,5					97,8	93,5	91,9
2010 Aug.	102,1	100,6	96,5	95,4	109,5	97,0	89,7	86,6	94,4 p)	87,3	97,6	93,2	91,6
2010 Sept.	102,5	100,8			110,0	97,2					97,8	93,3	91,6
2010 Okt.	106,0	104,1			113,8	100,3					99,3	94,8	93,3
2010 Nov.	104,7	102,7	97,7	97,7	112,5	99,0	90,3	86,5	96,4 p)	87,8	98,9	94,3	92,7
2010 Dez.	102,6	100,6			110,1	96,8					97,9	93,4	91,6
2011 Jan.	102,4	100,3			110,1	96,7					97,9	93,1 p)	91,4
2011 Febr.	103,4	101,1	96,9	96,4	111,4	97,6	89,8	86,1	95,6 p)	87,2	98,3	93,5 p)	92,0
2011 März	105,2 p)	103,1			113,2 p)	99,4					98,8	94,2 p)	92,7
2011 April	107,0 p)	104,9			115,0 p)	101,1					99,8	95,1 p)	93,5
2011 Mai	106,0 p)	103,8	99,5	99,2	114,1 p)	100,1	p)	91,1 p)	86,3	98,7 p)	99,2	94,4 p)	92,9
2011 Juni	106,1 p)	104,0			114,4 p)	100,3					99,3	94,5 p)	93,0
2011 Juli	105,2 p)	102,7			113,4 p)	99,1					98,9 p)	94,1 p)	92,6
2011 Aug.	104,9 p)	102,3			113,8 p)	99,4					98,4 p)	93,8 p)	92,6
2011 Sept.	103,8 p)	101,1			112,8 p)	98,4					97,9 p)	93,3 p)	92,2

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff., Mai 2008, S. 41 und November 2010, S. 44 f). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 2 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitt der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. — 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-20-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. — 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. — 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. — 5 EWU-Länder sowie EWK-20-Länder. — 6 Aufgrund fehlender Daten für den Deflator des Gesamtabsatzes ist China in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. — 7 EWU-Länder sowie EWK-40-Länder (siehe Fußnote 2).

ten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. — 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-20-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. — 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. — 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. — 5 EWU-Länder sowie EWK-20-Länder. — 6 Aufgrund fehlender Daten für den Deflator des Gesamtabsatzes ist China in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. — 7 EWU-Länder sowie EWK-40-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Finanzstabilitätsbericht

Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2010 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2011 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

November 2010

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2010

Dezember 2010

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2011 und 2012
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2009
- Entwicklung, Aussagekraft und Regulierung des Marktes für Kreditausfall-Swaps

Januar 2011

- Der Banknotenkreislauf und das Banknoten-Recycling in Deutschland
- Der Auslandsumlauf von in Deutschland emittierten Euro-Banknoten
- Anlegerverhalten in Theorie und Praxis
- Anforderungen an die Konjunkturbereinigung im Rahmen der neuen Schuldenregel

Februar 2011

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2010/2011

März 2011

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2010
- Ansätze zur Messung und makroprudenziellen Behandlung systemischer Risiken
- Konsequenzen für die Geldpolitik aus der Finanzkrise

April 2011

- Effektive Wechselkurse aus Finanzmarktdaten
- Der US-Arbeitsmarkt im aktuellen Zyklus
- Zu den Beschlüssen des Europäischen Rates zur künftigen Vermeidung und Bewältigung von Staatsschuldenkrisen

Mai 2011

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2011

Juni 2011

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2011 und 2012
- Renditedifferenzen von Staatsanleihen im Euro-Raum
- Die erweiterte MFI-Zinsstatistik: Methodik und erste Ergebnisse
- Grundzüge des Restrukturierungsgesetzes

Juli 2011

- Zur Entwicklung der Ausfuhr in den vier großen EWU-Mitgliedstaaten seit Beginn der Währungsunion
- Leasingfinanzierung in Deutschland
- Verlässlichkeit und Revisionsmuster ausgewählter deutscher Konjunkturindikatoren
- Frühjahrskonferenz der Deutschen Bundesbank 2011 – Kurz- und langfristige Herausforderungen für die Geld- und Fiskalpolitik

August 2011

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2011

September 2011

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2010
- Die Entwicklung der Buchkredite deutscher Banken an den inländischen Privatsektor seit Sommer 2009
- Internationale Zusammenarbeit in der Bankenregulierung: Historie und aktuelle Entwicklungen

Oktober 2011

- Die Schuldenbremse in Deutschland – Wesentliche Inhalte und deren Umsetzung
- Die außenwirtschaftliche Position Deutschlands vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftspolitischer Überwachung

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik (monatlich)¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, September 2011²⁾³⁾

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juni 2011²⁾³⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2005 bis 2010, September 2011³⁾

5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2007, November 2009³⁾

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2007 bis 2008, März 2011²⁾³⁾

7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, März 2009

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁰⁾

9 Wertpapierdepots, August 2005

10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2011¹⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2011

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien und Kundensystematik, Juli 2011³⁾

⁰⁾ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.

¹⁾ Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

²⁾ Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

³⁾ Nur im Internet verfügbar.

Diskussionspapiere*)

Reihe 1:

Volkswirtschaftliche Studien

11/2011

Fatigue in payment diaries – empirical evidence from Germany

12/2011

Currency blocs in the 21st century

13/2011

How informative are central bank assessments of macroeconomic risks?

14/2011

Evaluating macroeconomic risk forecasts

15/2011

Crises, rescues, and policy transmission through international banks

16/2011

Substitution between net and gross settlement systems – A concern for financial stability?

17/2011

Recent developments in quantitative models of sovereign default

18/2011

Exchange rate dynamics, expectations, and monetary policy

19/2011

An information economics perspective on main bank relationships and firm R&D

20/2011

Foreign demand for euro banknotes issued in Germany: estimation using direct approaches

21/2011

Foreign demand for euro banknotes issued in Germany: estimation using indirect approaches

Reihe 2:

Studien zu Banken und Finanzwirtschaft

06/2011

Contagion at the interbank market with stochastic LGD

07/2011

The two-sided effect of financial globalization on output volatility

08/2011

Systemic risk contributions: a credit portfolio approach

09/2011

The importance of qualitative risk assessment in banking supervision before and during the crisis

10/2011

Bank bailouts, interventions, and moral hazard

11/2011

Improvements in rating models for the German corporate sector

Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008²⁾

* Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

Weitere Anmerkungen siehe S. 79*.